



Rathaus in Großbottwar

Ludwigsburger Geschichtsblätter

Historischer Verein für
Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Band 74/2020

Historischer Verein für
Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.



Ludwigsburger Geschichtsblätter

Band 74/2020 mit 138 Abbildungen

Ungeheuer+Ulmer KG GmbH+Co.
Körnerstraße 14–18, 71634 Ludwigsburg

ISSN 0179-1842

ISBN 978-3-946061-39-7

Herausgegeben vom Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg.

Redaktion: Dr. Thomas Schulz, Remseck,

unter Mitarbeit von Dr. Simon Karzel, Ludwigsburg.

Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Gesamtherstellung und Kommissionsverlag:

Ungeheuer+Ulmer KG GmbH+Co., Körnerstraße 14–18, 71634 Ludwigsburg.

Geschäftsstelle des Historischen Vereins:

Stadtarchiv Ludwigsburg, Mathildenstraße 21, 71638 Ludwigsburg.

Inhalt

Mitarbeiter an diesem Band	4
Vorwort (Elfriede Krüger)	5
Albert Sting zum Gedenken (Simon Karzel)	7
Eine Wassermühle aus dem 9. Jahrhundert in Oberriexingen von Cornelia Karow	11
Das Großbottwarer Rathaus. Ein Kulturdenkmal im Wandel der Zeit von Martin Klumpp	22
Die Taxordnung von 1669. Ein Einblick in das Marbacher Stadtleben vor 350 Jahren von Albrecht Gühning	42
Ludwigsburger Keramik-Maler. Nachgewiesene Personen mit abgebildeten Arbeiten aus den ersten drei Ludwigsburger Manufakturen 1758–1824 von Hans Dieter Flach	53
Geordnete Hilfe statt Almosen. Zur Geschichte der Wandererfürsorge im Oberamt Ludwigsburg von Thomas Schulz	66
Der Anfang der Demokratie im Südwesten. Die Jahre 1918 bis 1920 von Franziska Dunkel	90
Ferdinand Ostertag (1902–1984). Der Brandstifter von der Bausparkasse von Jochen Faber	105
Wilhelm Holzwarth (1889–1961). DLW-Betriebsobmann und NS-Agitator in Bietigheim von Christian Hofmann	116

»Ein Spiegelbild der Gemeinde«.

Friedhöfe in Ditzingen, Heimerdingen, Hirschlanden und Schöckingen

von **Florian Hoffmann** 132

Hofbuchhändler und Literaturförderer.

Die Ludwigsburger Familie Aigner

von **Simon Karzel** 163

Ludwigsburg geht baden.

200 Jahre Geschichte und Geschichten der Ludwigsburger Bäder

von **Günther Bergan** 173

Steinerne Bogenbrücken.

Idyllen und schützenswerte Kulturdenkmale

von **Reinhard Wolf** 220

Buchbesprechungen 227

Bildnachweis 235

Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–2020 236

Mitarbeiter an diesem Band

Günther Bergan, Diplom-Ingenieur, Ludwigsburg

Wolfram Berner, M.A., Kreisarchivar, Marbach a. N.

Dr. Franziska Dunkel, Kuratorin, Stuttgart

Jochen Faber, Journalist, Ludwigsburg

Dr. Hans Dieter Flach, Wenzenbach

Albrecht Gühring, Stadtarchivar, Möglingen

Dr. Florian Hoffmann, Stadtarchivar, Stuttgart

Christian Hofmann, Archivar, Ludwigsburg

Cornelia Karow, M.A., Historikerin, Stuttgart

Dr. Simon Karzel, Stadtoberarchivar, Ludwigsburg

Martin Klumpp, Diplom-Ingenieur (FH), Freier Architekt, Großbottwar

Elfriede Krüger, Rektorin i. R., Ludwigsburg

Dr. Thomas Schulz, Kreisarchivoberrat, Remseck a. N.

Regina Witzmann, Stadtarchivamtfrau, Stuttgart

Reinhard Wolf, Landeskonservator i. R., Marbach a. N.

Vorwort

Elfriede Krüger,

Vorsitzende des Historischen
Vereins für Stadt und Kreis
Ludwigsburg



In diesen Herbsttagen schauen wir auf außergewöhnliche Monate zurück. Was im Januar im weit entfernten China mit einer neuen Virusinfektion begann, verbreitete sich innerhalb weniger Wochen weltweit und entwickelte sich zu einer noch nicht überschaubaren Pandemie. Auch der Historische Verein ist davon betroffen. Bedingt durch die Abstands- und Hygienemaßnahmen, die die Corona-Pandemie erforderlich machte, mussten auch wir Veranstaltungen absagen. Der letzte Vortrag unserer Vortragsreihe 2019/20 und unsere Mitgliederversammlung im März konnten ebenso wenig stattfinden wie unsere Sommerexkursionen. Auch die geplanten Vorträge von Oktober bis Dezember werden wir verschieben, über die weiteren Vortragstermine von Januar bis März 2021 entscheiden wir Ende des Jahres.

Umso mehr können Sie sich nun aber über den Band 74 der Ludwigsburger Geschichtsblätter freuen, der hiermit in gewohnter Qualität und Vielfalt vorliegt. Danken möchte ich allen Autoren und Mitarbeitern und vor allem Dr. Thomas Schulz für die bewährte Redaktion.

Ein herzliches Dankeschön an Stadt und Kreis Ludwigsburg und die Wüstenrot Stiftung, die uns durch ihre Unterstützung die Herausgabe der Geschichtsblätter in dieser

Qualität ermöglichen. Damit können wir Geschehnisse im Laufe der Geschichte aufbereiten und festhalten, um auch in späterer Zeit die Möglichkeit zu schaffen, die gemachten Erfahrungen zu nutzen und daraus zu lernen.

Schon vor etwas mehr als 100 Jahren, im Sommer 1918, führte die »Spanische Grippe« zu ähnlichen Verhältnissen wie zurzeit. Wie in der LKZ nachzulesen ist, wurden in Ludwigsburg vom Reichsgesundheitsamt Hygiene- und Abstandsregeln veröffentlicht. Die hiesige Ärzteschaft kam im Oktober an ihre Leistungsgrenze und aufgrund von zahlreichen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen wurden Schulen geschlossen. Weitere einschneidende Maßnahmen folgten.

Immer wieder traten im Laufe der Geschichte Seuchen, wie man früher sagte, Epidemien oder auch Pandemien auf. Die Ärzte und Wissenschaftler kämpften und ringen auch heute um neue Erkenntnisse, um die Anzahl der Erkrankungen und Todesfälle möglichst zu begrenzen. Doch das Verhalten jedes Einzelnen spielte immer eine bedeutende Rolle bei der Weiterverbreitung bzw. Eindämmung ansteckender Krankheiten und tut dies noch immer.

In den letzten Wochen werden die Proteste einer Minderheit immer lauter. Menschen aus den unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Bereichen beklagen die Einschränkung ihrer Grundrechte. Häufig kommt auch individueller Unmut über die bestehenden Verhältnisse ungefiltert dazu. Reichsbürger und Rechtspopulisten verschiedenster Richtungen mischen sich darunter, um Unruhe zu stiften.

Ja, es stimmt, der Alltag jedes Einzelnen ist mehr oder weniger hart von den verordneten Maßnahmen betroffen. Die Politik versuchte damit, den in manchen anderen Ländern sichtbaren Verlauf mit massiv steigenden schweren Erkrankungen und vielen Toten hier im Land zu begrenzen und abzumildern. Im weltweiten Vergleich gilt Deutschland vielen Experten damit als positives Beispiel für das Management dieser Krise.

Brauchen wir, wie von manchen Demonstranten gefordert, zur Bewältigung einer Pandemie eine andere Regierung oder gar eine andere Regierungsform? Ich glaube nicht! Ich fühle mich meiner Grundrechte nicht beraubt. Ich kann meine Meinung frei sagen, das geht auch mit einem Mund-Nasen-Schutz, und ich kann öffentlich protestieren. Man kann sich mit Gleichgesinnten auch mit Abstand vereinen. Die Reisefreiheit, das Freizeitvergnügen, die Arbeitsverhältnisse, das soziale Miteinander und vieles mehr sind eingeschränkt oder beeinträchtigt. Und trotzdem finde ich es gut, wenn sich die Regierung meines Staates auch um das Grundrecht meiner Gesundheit kümmert. Und so lange im Parlament, in den einzelnen Landesregierungen und öffentlich um jede Entscheidung gerungen und gestritten wird, fühle ich mich wohl in dieser unbequemen, manchmal schwerfälligen Demokratie.

Das Glück, in einer Demokratie leben zu können, bedeutet für mich die Sicherheit, durch die Grundrechte geschützt zu sein, aber auch die Verantwortung für das Wohl der gesamten Bevölkerung. Demokratie heißt deshalb auch das Aushalten von Maßnahmen, denen ich nicht, dafür

die Mehrheit der Bevölkerung zustimmen, die nicht immer mir als einzelner Person, sondern dem Wohl der Gesamtheit dienen. Aber nur eine starke und gesunde Gemeinschaft bietet auch mir Raum und Möglichkeiten für mein persönliches Glück.

Wir haben die Corona-Pandemie noch nicht überwunden. Wir alle sind aufgefordert mitzuwirken, um eine zweite Erkrankungswelle im Herbst und Winter zu vermeiden. Dem neu gewählten Landrat Dietmar Allgaier wie auch dem seit einem Jahr amtierenden Oberbürgermeister Dr. Matthias Knecht wünschen wir weiter die richtigen Entscheidungen und viel Erfolg bei der Bekämpfung der Pandemie und ihrer Auswirkungen.

Mit großer Trauer mussten wir im August die Nachricht vom Tod unseres langjährigen Vorstandsmitglieds und Ludwigsburger Ehrenbürgers Dr. Albert Sting vernehmen. Seine Verdienste für den Verein und die Stadt bleiben unvergessen.

Nun wünsche ich Ihnen Gesundheit, Geduld in der noch anstehenden Zeit der Pandemie, Kraft für die Bewältigung ihrer Probleme und persönliches Glück für das Jahr 2021. Mögen Sie Freude und neue Erkenntnisse beim Lesen der unterschiedlichen Beiträge von Band 74 der Ludwigsburger Geschichtsblätter gewinnen.

Im September 2020



Elfriede Krüger

Albert Sting zum Gedenken



Bis ins hohe Alter hinein erwies sich Dr. Albert Sting als Vermittler, Versöhner und Mediator, so wie er es Zeit seines langen Lebens in ganz unterschiedlichen Ausprägungen immer wieder gewesen war. Zuletzt bezog er in der »Flüchtlingskrise« Position und nahm im Alter von 91 Jahren gemeinsam mit dem Arbeitskreis »Dialog Synagogenplatz« einen eigens konzipierten Clip auf, um in der Gesellschaft um Verständnis für die Belange der Geflüchteten zu werben und entschieden davor zu warnen, dass sich die Verfolgung von Bevölkerungsgruppen wie im »Dritten Reich« wiederholte.

Das weitgespannte gesellschaftliche Engagement und die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen, kamen nicht von ungefähr.

Albert Sting wusste aus eigener Erfahrung nur zu gut von den Verwerfungen und Schicksalsschlägen, die das 20. Jahrhundert den Menschen zumutete. Vor allem die vier langen Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft, darunter auch einige Zeit im zerstörten Stalingrad, hinterließen einen tiefen Eindruck bei ihm. In dieser Zeit entschloss er sich, von seinem ursprünglichen Berufswunsch des Arztes abzulassen und sich der Theologie zu widmen. Wenn keine Wissenschaft mehr hilft, dann bleibt immer noch die Zuflucht in den Glauben, sagte er einmal sinngemäß. Das Vermitteln war die große Berufung Albert Stings – sei es während seiner beruflichen Tätigkeit als Pfarrer, sei es als Historiker, der seinen Mitmenschen geschichtliche Zusammenhänge näher brachte, oder als Privatperson, die sich auf vielfältige Weise für das soziale Miteinander einsetzte.

Neben seinen umfangreichen karitativen und kirchlichen Aufgaben war die Geschichtsschreibung das zweite Feld, auf dem Albert Sting sich große Verdienste erworben hat. Natürlich war es Zufall, dass er auf den Tag genau 220 Jahre nach der Grundsteinlegung des Ludwigsburger Residenzschlosses (und damit an einem der Gründungsdaten der Stadt Ludwigsburg) am 7. Mai 1924 in Ludwigsburg geboren wurde. Und doch erscheint dieses Geburtsdatum im Rückblick wie ein Fingerzeig auf sein späteres historiographisches Werk, das ihn in eine Reihe mit den anderen großen Chronisten der Stadt Ludwigsburg wie Christian Belschner, Oscar Paret und Wolfgang Läßle stellt.

Albert Sting wurde in eine schwäbische Pfarrerfamilie geboren, sein Vater Max Sting war Pfarrer an der Ludwigsburger Stadt-

kirche. Mit dem Ludwigsburger Schriftsteller und Philosophen Friedrich Theodor Vischer, der ebenfalls als Pfarrersohn zur Welt kam, hatte Sting das Geburtshaus am Stadtkirchenplatz 1 gemeinsam. Bis zum achten Lebensjahr lebte Sting mit seinen Eltern und seinen drei Brüdern in Ludwigsburg. Dieser Zeit hat er in den autobiographischen »Marktplatz-Episoden« ein Denkmal gesetzt. 1932 zog er mit seiner Familie nach Besigheim um, wo sein Vater eine neue Pfarrstelle annahm.

Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft begann Sting für kurze Zeit ein Sprachstudium, das er 1950 gegen ein Studium der Theologie und Psychologie in Göttingen und Tübingen tauschte. Im Rahmen dieses Studiums war er Vikar in Besigheim, Gaildorf und Waiblingen. 1955 wurde er in Tübingen zum Doktor der Philosophie promoviert.

Bei seiner ersten Pfarrstelle in Waiblingen ab 1957 baute Albert Sting zur Versorgung von Alten und Kranken einen Essen-auf-Rädern-Dienst auf. In Stuttgart half er beim Aufbau der Ehe- und Familienberatung und war Gründungsmitglied der dortigen Telefonseelsorge. 1966 kehrte Albert Sting an seinen Geburtsort Ludwigsburg zurück und wurde Pfarrer an der Stadtkirche, wie schon zuvor sein Vater. Gleichzeitig war er auch Diakoniepfarrrer des Kirchenbezirks Ludwigsburg. Für seinen nächsten Karriereschritt blieb Sting in Ludwigsburg: 1971 wurde er zum Konrektor der kirchlichen Ausbildungsstätte für Diakonie und Religionspädagogik auf der Karlshöhe berufen. Der Höhepunkt seines beruflichen Wirkens kam mit der Einsetzung als Direktor der Karlshöhe 1979. Dieses Amt übte er bis zu seinem Ruhestand im Jahr 1989 aus. Auch bei den Theo-Lorch-Werkstätten für Behinderte wurde er 1985 Vorsitzender.

An seinem großen historischen Wissen ließ Sting die Gesellschaft in vielfältiger Weise teilhaben. In zahlreichen Aufsätzen

und Publikationen stellte er seine Kennerenschaft unter Beweis. Unzählige sind die Stadtführungen zu den unterschiedlichsten stadthistorischen Themen, die er in seinem langen Leben angeboten hat. Es lag nahe, dass Sting ein gern gesehener und häufiger Gast im städtischen Museum und Archiv wurde. Beide Institutionen unterstützte er tatkräftig. Seit 1989 gehörte er dem Vorstand des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg an. Sein 1987 veröffentlichter Geschichtskalender ist heute noch das Rückgrat für die Planung aller städtischen Feierlichkeiten. Neben seinen autobiographischen Schriften verfasste er einen Stadtführer sowie einen Bildband über seine Heimatstadt. Für die heimatgeschichtliche Beilage der Ludwigsburger Kreiszeitung war er seit 1993 der verantwortliche Redakteur. Sein Opus Magnum aber bleibt die von 2000 bis 2005 publizierte dreibändige »Geschichte der Stadt Ludwigsburg«, die immer noch das Standardwerk der Ludwigsburger Historiographie ist.

Auch das Schicksal und die Geschichte der Ludwigsburger Juden lagen Sting sehr am Herzen. Sein Schulweg zum Schillergymnasium hatte ihn immer wieder an der 1938 zerstörten Ludwigsburger Synagoge vorbeigeführt – ein Ereignis, das er Zeit seines Lebens nicht mehr vergaß. Mehrere Schriften zum jüdischen Leben in Ludwigsburg tragen dem Rechnung. Sting gehörte zu den Gründungsmitgliedern des »Fördervereins Zentrale Stelle«, des »Arbeitskreises Dialog Synagogenplatz« und der Ludwigsburger »Stolperstein-Initiative«. Mit diesen Gruppierungen engagierte er sich für die Aufarbeitung der den jüdischen Bewohnern Ludwigsburgs angetanen Verbrechen sowie für die Aufklärung anderer nationalsozialistischer Vergehen. Damit leistete er wichtige Beiträge zur Ludwigsburger Erinnerungskultur. Ein Höhepunkt der Arbeit dieser Initiativen war sicherlich die Einladung der ehemaligen jüdischen Bürger Ludwigsburgs

1998, 60 Jahre nach der Zerstörung der Ludwigsburger Synagoge.

Aus diesem Engagement, aber auch seinen reichhaltigen Lebenserfahrungen erwuchs das Bedürfnis, einen erneuten Zivilisationsbruch in der Gesellschaft zu verhindern. Unermüdlich brachte sich Albert Sting als Vermittler zwischen den so verschiedenen Teilen der Stadtgesellschaft ein. Zu erwähnen ist hier vor allem seine Moderationstätigkeit am Runden Tisch mit der Türkisch-Islamischen Union beim Bau des Islamischen Zentrums in Ludwigsburg oder am Runden Tisch für Asylfragen.

In Verbundenheit mit den Erlebnissen seiner Kindheit war Sting selbstverständlich auch Mitglied im »Bürgerverein Untere Stadt«. An unzähligen Abenden bereicherte er alle diese Vereine und Institutionen mit seiner Anwesenheit. Klug und häufig mit einem verschmitzten Augenzwinkern vertrat er seinen Standpunkt, immer darauf bedacht, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Die Ehrungen und Auszeichnungen, die Albert Sting für seine Verdienste erhalten hat, sind zahllos und es fällt schwer, sie alle zu nennen. Neben den höchsten Auszeichnungen, die die Stadt Ludwigsburg zu vergeben hat (Bürgermedaille, Ehrenbürgerschaft), sind dies das Bundesverdienst-

kreuz, die Staufermedaille, die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg sowie die des Landkreises Ludwigsburg. Dazu kommen noch Ehrenmitgliedschaften in nahezu allen genannten Vereinen und Initiativen.

Albert Sting war ein ausdauernder Mensch, was beispielsweise einen Beleg in der Episode findet, dass er im hohen Alter noch den Segelflugschein erwarb. Als junger Soldat hatte er bereits Flugzeuge geflogen. Dies wäre ihm ohne Flugschein im zivilen Leben verwehrt geblieben. Vielleicht ist die Beharrlichkeit, Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit zusammenzubringen, das größte Verdienst Albert Stings. Er hat die Vielschichtigkeit und die zunehmenden Differenzen der Gegenwart mit einem ihm eigenen Sinn immer gespürt und dementsprechend gehandelt.

Dr. Albert Sting ist im hohen Alter von 96 Jahren am 9. August 2020 in Eningen unter Achalm gestorben. Sting, der seit 2002 verwitwet war, hinterlässt vier Kinder und sieben Enkelkinder. Nicht nur für seine Familie und seine Freunde stellt sein Tod ein schmerzlicher Verlust dar. Auch der Stadt Ludwigsburg und ihren Bürgerinnen und Bürgern wird Albert Sting fehlen.

Simon Karzel

Eine Wassermühle aus dem 9. Jahrhundert in Oberriexingen

von **Cornelia Karow, M.A.**,
Stuttgart; Historikerin; Veröffentlichungen zur Landesgeschichte, Altstraßen und Wirtschaftsgeschichte.



Beim Mühlbrunnen habe im Mittelalter eine Mühle gestanden, behauptet Werner Sattler in seiner Zusammenstellung der Flurnamen von Oberriexingen.¹ Er verrät nicht, woher er sein Wissen bezog. Diese Notiz wäre bedeutungslos, gäbe es nicht den sogenannten »Codex Edelini«, das Güterbuch des Klosters Weißenburg aus dem 9. Jahrhundert, das diese Mühle im Zusammenhang mit Herrenhof und Kirche erwähnt: »Ad Ruadgisingen est curtis dominica, [...] basilica 1 cum decima, molendinum 1, mansi serviles 26.«²

Am Mühlbrunnen kann jedoch mindestens seit 1455 keine Mühle mehr gestanden haben, da die Bürger von Oberriexingen seit dieser Zeit das Wasser zur Wiesenwässerung unbeschränkt nutzen konnten. In Renningen hingegen durfte das Wasser des Mühlgrabens nur von Samstagabend bis Sonntagmorgen für die Wiesenwässerung benutzt werden.³ Bereits für das Jahr 1452 ist durch einen in den alten Kellerei-Lagerbüchern tradierten Lehenbrief belegt, dass

die Mühle an der Enz als Erblehen des Hauses Württemberg vergeben wurde. Grund für die Ausstellung des Lehenbriefs war der Tod des ersten bekannten Müllers, Rüdiger Miller, und die Übertragung der Mühle an seine Witwe, Gertraud Millerin.⁴ Dies ist nicht mehr die Mühle am Mühlbrunnen, sondern die ehemalige Erblehensmühle auf dem linken Ufer der Enz, die heute noch steht und zur Gewinnung von Strom dient.

Gemäß einer Beschreibung aus dem Jahr 1455 lag der Mühlbrunnen »hinder sant endris Cappell unter der helden [Hälde]«.⁵ Wenn man vom Ort Oberriexingen aus dorthin wollte, führte der Weg zunächst an die Furt und dann an die Andreaskapelle auf dem Wörth, hinter der dann der Mühlbrunnen lag. Offensichtlich bestand die heutige Straßenführung mit Brücke über die Enzinsel 1455 noch nicht. Auf der um 1685 entstandenen Kieser'schen Ortsansicht⁶ ist an der Stelle der heutigen Brücke zwar ein sehr hoher Holzsteg eingezeichnet; dieser scheint jedoch nur für Karren und Fußgänger gedient zu haben. Der Weg über die Brücke entspricht jedenfalls nicht der Beschreibung von 1455. Demnach ging damals die Hauptverbindung noch über die Furt, die Andreaskapelle und den Mühlbrunnen und weiter am Fuß der Hälde entlang. Dieser Weg könnte sogar in römischer Zeit schon bestanden haben, denn dort, nahe des jetzigen Quellaustritts des Mühlbrunnens am Hangfuß, wurde eine römische Bronzemünze geborgen.⁷



Hochwasser an der Enz, um 1895. Die linke Bildhälfte zeigt den Gebäudekomplex der alten Erblehensmühle. (Stadtarchiv Oberriexingen)

Über diese Enzfurt wurde wohl auch das Getreide zur Mühle am Mühlbrunnen gebracht. Zumindest war dies 1455 noch die Hauptverbindung aus der Stadt, wenn auch die Mühle dort wohl seit langem, mindestens jedoch seit mehr als 50 Jahren nicht mehr bestand.

Die Quelle des Mühlbrunnens

Der Mühlbrunnen sammelt das Wasser auf Pulverdingler Gebiet, es versickert dort und quillt heute am Hangfuß des Häldeberges aus dem Untergrund in ein gemauertes Becken. Von dort fließt es in die Enz. Auch in sehr trockenen Jahreszeiten versiegt die Quelle nicht und hat eine Schüttung zwischen 15 und 80 l/s. Sie ist die größte Karstquelle des Landkreises Ludwigsburg.⁸ Allerdings würde der heutige Quellaustritt nur das Betreiben einer Mühle mit einem unterschlächtigen, wenig leistungsfähigen Wasserrad erlauben.

Direkt neben dem heutigen Quellaustritt erhebt sich ein Schutthügel, der vom Steilhang des Häldeberges durch einen eingetieften Pfad, Graben oder Wasserkanal in Richtung des Quellaustritts getrennt ist. Be-

steigt man den Schutthügel, fällt der Blick auf eine in den Hang eingetiefte Schlucht, die im unteren Teil von einer Muschelkalkbank unterbrochen wird. Auswaschungen unter der Kalkbank sowie die Schlucht selbst legen nahe, dass das Wasser vor Zeiten diese Schlucht zwar in den Hang eintiefte, dann wieder in ihr versickerte und der Quellaustritt sich nach unten verlagerte. Irgendwann scheint das Wasser unterirdisch unter dieser Kalkbank hervorgequollen zu sein, ehe es dort wieder versickerte und den jetzigen Quellaustritt formte. Das Wasser hat nicht nur die Schlucht ausgewaschen, sondern am Hangfuß auch den Schutthügel angehäuft, ehe es rechts oder links davon abfloss. Obwohl in diesen Schutthügel unterhalb der Schlucht während der NS-Zeit ein Bunker eingebaut wurde, ist die ursprüngliche Hügelaufschüttung noch gut zu erkennen.

Wo stand die Mühle?

Solange das Wasser noch durch die Schlucht abfloss, war es nicht schwer, das Wasser von der Kalkbank oder oberhalb von ihr in eine Holzrinne und auf ein oberschlächtiges

Mühlrad zu leiten. Ein idealer Standort war sicher der Schutthügel über dem Hangfuß oder am Hangfuß selbst, solange das Wasser noch nicht den heutigen Quellaustritt benutzte, der ohne Gefälle ist. Eine Holzrinne könnte das Wasser aus der Schlucht über das Mühlrad geführt und dann in die seitlich angelegten Rinnen oder den Kanal in Richtung des heutigen Quellaustritts abgeleitet haben.

Auch hinter dem Schutthügel – zur Enz hin und zwar parallel zur Enz – besteht eine rinnenartige Eintiefung, die ebenfalls Wasser aufnehmen konnte, wenn die Mühle auf dem Schutthügel oder in einer Eintiefung im Hügel stand. Möglicherweise wechselte die Mühle sogar ihren Standort, um den nach unten wandernden Quellaustritt noch optimal nutzen zu können. Denkbar wäre auch ein Wechsel vom oberflächigen zum mittel- oder unterschlächtigen Mühlrad.⁹

Der Ablauf des Wassers aus der Schlucht scheint schon immer das heutige Bachbett

in die Enz oder den davor liegenden Enzarm unterhalb des Hanges benützt zu haben. Dieser Enzarm verlief wohl über den Brühl und um den Andreaswörth. Sein Mündungsbereich in den Hauptfluss ist auf der Urflurkarte von 1832 noch sichtbar.

Ein römischer Mühlen-Vorläufer?

Die Mühle könnte auch weiter oben in der Schlucht gestanden haben, ähnlich der römischen Mühle von Löslich (bei Bernkastel-Kues). Diese stand ca. 200 m nördlich des Herrenhauses in der Schlucht des Kluckertbachs. Eine in den Fels gearbeitete Radrinne, Mühlensteinbruchstücke sowie ein Mühlenteich bzw. Rückhaltebecken wurden entdeckt.¹⁰

Eine römische Mühle, der eine Mühle aus merowingischer Zeit folgt, ist nicht ungewöhnlich und wäre für Oberriexingen zu überprüfen. Sie könnte zur villa rustica



Ortsansicht nach Andreas Kieser mit Holzsteg und Erblehmühle (links), um 1680.
(Hauptstaatsarchiv Stuttgart)



Auf der Urflurkarte von 1832 ist neben der Erblehensmühle am Wehr auch der Wasserlauf des Mühlbrunnens (unten Mitte) deutlich zu erkennen. (Staatsarchiv Ludwigsburg)

wenig oberhalb des Herrenhofes gehört haben.

Ein Beispiel dafür sind die Mühlen von Dasing (bei Augsburg): Den merowingerzeitlichen Wassermühlen II und III aus dem 7. und 8. Jahrhundert ging wenig flussaufwärts eine römische Wassermühle aus der Zeit Kaiser Trajans (110/120 n. Chr.) voraus.¹¹ Diese an der Paar, einem Zufluss der Donau, gelegenen Wassermühlen belegen eine Kontinuität der Mühlenbautechnik seit römischer Zeit, zumindest im Paartal.¹²

Wie sah die Mühle aus?

Im Rotbachtal südlich von Erftstadt-Niederberg (bei Bonn) fand man Bau- und Konstruktionshölzer aus Eiche, die zu einer Mühle gehörten. Mittels Dendrochronologie konnte man sie ins 9. Jahrhundert datieren. Das wohl unterschlächtig betriebene Mühlrad besaß einen Durchmesser von etwa 1,65 m mit 24 eingesteckten Schaufelblättern. Die Mühle fiel nach einer unbekanntem Laufzeit – höchstens 50 Jahre – wohl einem Hoch-



*Links: Rekonstruktion der merowingischen Wassermühle III von Dasing;
rechts: Fotomontage mit der rekonstruierten Mühle von Dasing auf dem Schutthügel
des Mühlbrunnens in Oberriexingen.*

wasser, Überfällen oder einem Brand zum Opfer. Danach musste sie erneuert werden.

Das Mühlengebäude (ca. 4 bis 5 qm Fläche) war vom Mahlwerk im Inneren getrennt und beide waren durch Pfähle und Schwellbalken im Untergrund befestigt. Das Gerinne, das das Aufschlagwasser heranzuführte, bestand aus Holz und Flechtwerk. Das überschüssige Wasser leitete man rechts oder links vor der Mühle ab. Die Befunde der Mühle im Rotbachtal ähneln denjenigen der hochmittelalterlichen Wassermühle von Elfgen (bei Grevenbroich), der merowingerzeitlichen Mühle bei Dasing und der frühmittelalterlichen Mühle von Großhöbing im Altmühltal.¹³

Ähnlich wie die oben beschriebenen Mühlen dürfte auch die Mühle am Mühlbrunnen in Oberriexingen ausgesehen haben.¹⁴

Wem gehörte die Mühle am Mühlbrunnen?

Die älteste Nachricht über Riexingen »Ruadgisingen« enthält das Weißenburger Güterbuch, das wohl um 900 n. Chr. entstanden ist.¹⁵ Das Kloster Weißenburg besaß in »Ru-

adgisingen« einen Herrenhof (»curtis dominica«) mit Salland zu 8 Mansen (ca. 120 ha, die direkt zum klostereigenen Herrenhof gehörten), Wiesen, die 40 Karren (Fuder) Heu ergaben, eine Kirche (»basilica«) mit dem Zehnten, eine Mühle (»molendinum«) und 26 abhängige Bauernhöfe (Huben oder »mansi serviles«). Zu jedem dieser 26 Bauernhöfe gehörte je 1 »mansus« Ackerfläche, ca. 15 ha. Unfreie Hörige, auch »mansi« genannt, bewirtschafteten das Salland. Aber auch die zugehörigen 26 Bauernhöfe mussten durch Dienstleistungen wie Pflügen und Ernten ihren Beitrag zur Bewirtschaftung des Herrenhofes leisten.

Da für diese frühe Zeit Mühlen an der Enz weder schriftlich noch archäologisch nachgewiesen sind – eine Ausnahme bildet diejenige von Dürrmenz, deren Standort jedoch unbekannt ist –, kann die im Weißenburger Güterbuch erwähnte Mühle nur am Mühlbrunnen gestanden haben. Sie stand nahe beim Herrenhof, wenn auch auf der gegenüber liegenden Flussseite – jedoch keinesfalls in Unterriexingen an der Glems.¹⁶

Voraussetzung für den Betrieb einer Wassermühle war ein geeignetes Fließgewässer,

ertragreiche Ackerflächen im Umland sowie eine Grundherrschaft, die diese Technik betrieb.¹⁷ Alle drei genannten Faktoren trafen auf Oberriexingen zu: der Weißenburger Herrenhof als große Grundherrschaft im Umfeld der heutigen Georgskirche von Oberriexingen, das Fließgewässer Mühlbrunnen und das hervorragende Ackerland im Norden des Ortes am nach Süden geneigten flachen Hang.¹⁸

Im Umfeld des Mühlbrunnens gibt es keine Flurnamen, die den Begriff »Mühle« beinhalten, nicht einmal den Begriff Mühlkanal. Dies spricht für eine direkte Nutzung des Fließgewässers und die Zugehörigkeit der Mühle zur Grundherrschaft. Die Mühle war in dieser Zeit noch nicht mittels Lehensvertrag an einen eigenständig arbeitenden Müller verliehen, sondern war ein abhängiger Eigenbetrieb des Herrenhofes. War eine Mühle verliehen, so wurden auch deren Einkünfte notiert und diese Notizen sind oft erhalten geblieben. Ähnlich formuliert auch Wolfgang Czyszk die Eigentumsver-

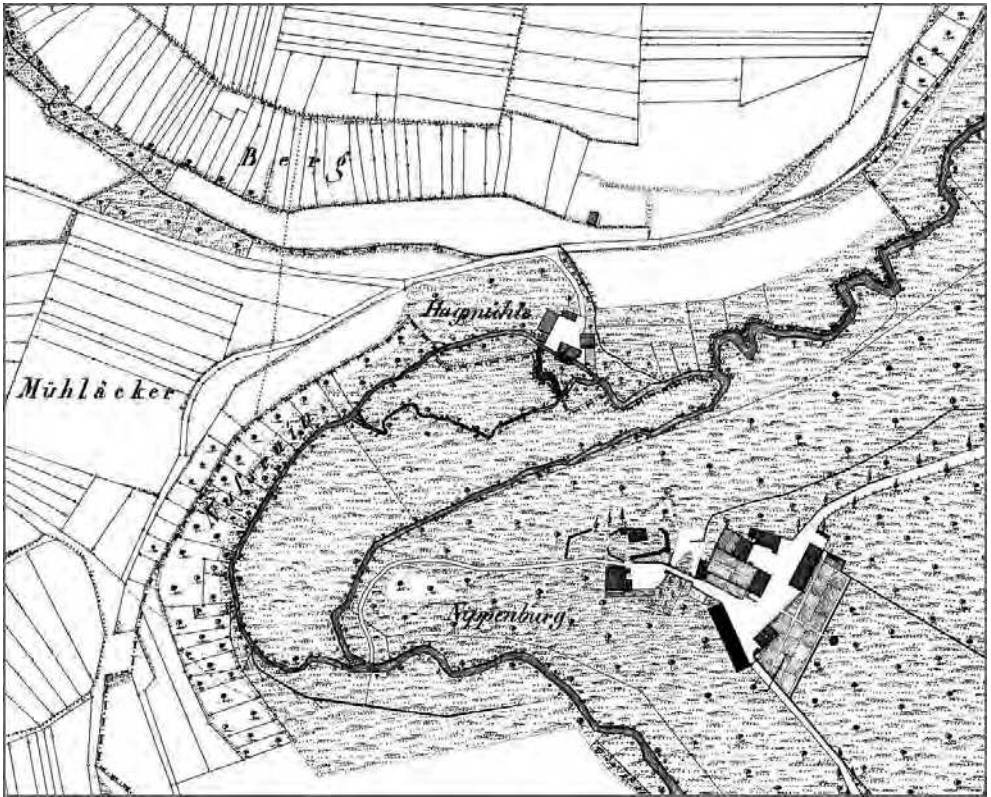
hältnisse von Mühlen im 8. Jahrhundert auf der Grundlage einer Schenkungsurkunde: »Nicht der Müller besaß die Mühle, sondern sein Herr.«¹⁹

Hemmingen – eine weitere Wassermühle aus dem 9. Jahrhundert

Wie die Oberriexinger Mühle gehörte auch die Mühle von Hemmingen zu einem Weißenburger Herrenhof. Glems oder Gaichelbach betrieben die Hemminger Mühle. Der geeignete Standort wäre in der Nähe der Einmündung des Gaichelbachs in die Glems, im Umfeld des Standortes der heutigen Hagmühle, die heute von einem 650 m langen Glemskanal versorgt wird. In diesem Bereich besitzt der Gaichelbach sein größtes Gefälle. Ein Mühlenteich am Mittellauf des Gaichelbachs ist nicht auszuschließen. Da aber bereits Berward, der spätere Probst von Hirsau, 1150 eine Mühle im Bereich des Zusammenflusses der beiden Bäche im



Luftbild von Hemmingen, um 1985. Rechts oben: Einmündung des Gaichelbachs in die Glems. (Staatsarchiv Sigmaringen)



Ausschnitt aus der Urflurkarte von 1832: Unterhalb der Nippenburg die Hagmühle am Zusammenfluss von Gaichelbach und Glems. (Staatsarchiv Ludwigsburg).

Gewann »in Nippenburg« installieren ließ, ist eher dort der Standort der Mühle auch aus dem 9. Jahrhundert zu vermuten.

Seit 1350 ist ein Mühlweg vom östlichen Ortsrand von Hemmingen zur Mühle an der Glems nachgewiesen.²⁰ Vielleicht wurde als Schutz schon früh eine Umzäunung, ein »Hag«, angelegt, wie der heutige Name Hagmühle dies nahelegt.

Die Mühle stand nicht in Unterriexingen! – Die gleiche Quelle unterschiedlich datiert

Die Mühle von Oberriexingen wird – obwohl sie wie die Hemminger Mühle in der gleichen schriftlichen Quelle, dem »Codex Edelini«, erwähnt ist – von Hermann Roe-

mer als Glemsmühle nach Unterriexingen verwiesen.²¹ Deshalb führt der Mühlenatlas für den Landkreis Ludwigsburg diese Mühle im Jahre 1280 unter dem Ort Unterriexingen auf. Für Oberriexingen erscheint erst für das Jahr 1452 die Lehensmühle an der Enz.²²

Der zeitliche Unterschied von ca. 300 Jahren zwischen der Mühle von Hemmingen und der von Oberriexingen entstand durch die unterschiedliche Datierung des Weißenburger Güterbuchs. Die Abschrift des »Codex Edelini« erfolgte 1280 auf der Basis von Texten aus dem 9. Jahrhundert. Folglich bestanden beide Mühlen in dieser Zeit und die Wassermühle stand in Oberriexingen am Mühlbrunnen und nicht an der Glems in Unterriexingen. Auch der Historiker Hans-Martin Maurer legt in seinen

wissenschaftlichen Ausführungen zum Ort Renningen – dort lag ebenfalls ein Weißenburger Herrenhof – Oberriexingen als Standort der Mühle fest.²³

Die ältesten Mühlen im Umkreis von Oberriexingen

Im Jahre 1003 ist für Kirchheim am Neckar eine Mühle erwähnt, allerdings ist unbekannt, ob der Neckar selbst oder ein Nebenfluss die Wasserversorgung sicherte. 1150 gründete Berward, der spätere Probst von Hirsau, je eine Mühle in Hessigheim und eine »in Nippenburg«. Für Hessigheim wird in späterer Zeit von einem 500 m langen Mühlkanal, der vom Neckar abgeht, berichtet. Die Nippenburger Mühle dürfte an der Glems, direkt unterhalb der Burg, aber am gegenüberliegenden Ufer der Glems gestanden haben und der Vorläufer der heutigen Hagmühle sein.²⁴

1153 wird zwar eine Mühle in Besigheim erwähnt, aber erst für 1322 sind dort zwei Mühlen an der Enz gesichert.²⁵ 1325 bestand beim abgegangenen Ort Remmigheim wohl ebenfalls schon eine Mühle an der Enz, deren Wehr im Floßvertrag zwischen Württemberg und Baden über die Öffnung der Enz Erwähnung fand.²⁶ In diesem Floßvertrag ist auch ein Wehr zu Bissingen aufgeführt, das auf eine Mühle oder ein Fischwehr hinweist.²⁷ In Bietigheim dagegen liegen vor 1364 die Untere sowie die Obere Bachmühle an der Metter und erst 1535/36 gibt es nachweislich eine Mühle an der Enz.²⁸

Die weitaus älteste Mühle an der Enz ist jedoch in Dürrmenz zu lokalisieren, denn dort schenkte im Jahr 835 ein vermöglicher Grundherr namens Gvichat an das Kloster Lorsch eine steinerne Kirche samt Fronhofverband und Mühle an der Enz (»et in flumine Enzin molendinum«).²⁹ Wahrscheinlich lag die Mühle ein Stück entfernt von der Enz und wurde entweder durch einen lan-

gen Kanal mit dem Wasser der Enz oder des Nebenflusses Erlenbach angetrieben.³⁰ Wegen Überschwemmungsgefahr ist ihre Lage an einer Verzweigung der Enz, direkt unterhalb des Hofes, weniger wahrscheinlich.³¹

Die Lagebezeichnung »in der Enz« gilt nicht nur für die Dürrmenzer Mühle, sondern auch für die Mühle in Oberriexingen: Auch wenn diese sicher durch den Mühlbrunnen, einen Zufluss der Enz, versorgt wurde, so stand sie doch am Ufer der Enz. Beide Mühlen bestanden bereits im 9. Jahrhundert – eine klösterliche und eine adelige Mühle.

Kontinuität der Mühlentechnik seit römischer Zeit

Als Beleg für eine Kontinuität der Mühlenbautechnik seit römischer Zeit konnten bereits oben die Wassermühlen von Dasing angeführt werden. Auch in Baden-Württemberg weisen Bruchsteine von Mühlsteinen sowie ein Mühlkanal in der Siedlung Lauchheim-Mittelhofen an der Jagst auf eine merowingerzeitliche Wassermühle hin. In der Nähe stand ein großer Herrenhof mit sechs Speichergebäuden zum Einlagern von Getreide. Dieses wurde dann in der hofeigenen Mühle gemahlen.³²

Dass diese Mühlen Standardeinrichtungen von Hofsiedlungen seit dem 7./8. Jahrhundert waren, verdeutlichen neben den archäologischen Relikten auch die germanischen Volks- und Stammesrechte, die Strafen für Diebstahl und Brandstiftung an Mühleneinrichtungen vorsahen.³³

So wird man von einer Kontinuität der Mühlentechnik von römischer Zeit bis ins frühe Mittelalter ausgehen können, auch wenn das »know how« wohl meist von den Klöstern aus dem romanischen Nordgallien mitgebracht wurde. Die Herrenhöfe in Lauchheim und Dürrmenz nutzten die Mühlentechnik bereits vor dem Einfluss der nordgallischen Klöster, zu denen Weißenburg zählte. Der



Luftbild von Oberriexingen, um 1935. Der Bach »Mühlbrunnen« liegt links und oberhalb der Brücke. (Stadtarchiv Oberriexingen)

Techniktransfer könnte zumindest in Dürrenz auch durch fränkische »missi«, hochstehende Amtsträger, stattgefunden haben, die Mühlenbauer als Handwerker vermittelten. In Lauchheim dagegen ist eher an langobardischen Einfluss zu denken, wie die dort gefundenen Goldblattkreuze nahelegen.

Allerdings werden vornehmlich größere Grundherrschaften des Adels und der Klöster finanziell in der Lage gewesen sein, diese Technik zu installieren und zu unterhalten³⁴, wie der Weißenburger Herrenhof in Oberriexingen. Eine römische Mühle ist dort nicht auszuschließen, steht doch eine größere römische villa rustica in geringer Entfernung oberhalb des Weißenburger Herrenhofes.

Mühle und Kanal

Das Beispiel Dürrenz lässt mit einigem Recht vermuten, dass bereits im 9. Jahrhundert – wie für Fulda nachgewiesen – auch an der Enz der Betrieb einer Mühle über einen

langen Kanal erfolgte. Zur besseren Kontrolle und zum Schutz vor Hochwasser wird man die Mühle, wenn möglich, nahe des Hofes installiert und einen langen Kanal zur Wasserversorgung in Kauf genommen haben. Lange Mühlkanäle sind seit römischer Zeit bekannt, wie das Beispiel von Aveniticum zeigt.³⁵ In Hemmingen diente wohl nicht nur der Gaichelgraben, sondern auch ein langer Kanal in der Glemsschlucht, der heute noch 625 m lang ist, zur Wasserversorgung. In Oberriexingen nutzte die Mühle direkt einen steil abfallenden, immer Wasser führenden Zufluss der Enz, und zwar kurz vor dem Zusammenfluss mit einem Enzarm.

Mühle und Furt

Die Existenz der drei Mühlen von Oberriexingen, Hemmingen und Dürrenz ist für das 9. Jahrhundert schriftlich belegt. Zwei gehören zu Weißenburger Herren-

höfen, die dritte zum Kloster Lorsch, nachdem ein vermöglicher Grundherr im Jahre 835 Fronhofverband, Kirche und Mühle an das Kloster tradiert hatte. Für alle drei Mühlen gilt, was Wolfgang Czysz beobachtet hat, dass sie an Flussübergängen lagen.³⁶ Für den Hof in Dürrmenz wird eine Furt vermutet³⁷, für Oberriexingen ist sie belegt und nahe der Hagmühle in Hemmingen gibt es einen Übergang über die Glems hinauf zur Nippenburg, zu der die Hagmühle wohl mindestens seit 1150 gehörte.

Zehn Weißenburger Herrenhöfe und nur zwei mit Wassermühlen

Im Umkreis von Oberriexingen gab es neun weitere Weißenburger Herrenhöfe unterschiedlicher Größe, und zwar in Asperg, Bietigheim, Bissingen, Heimerdingen, Hemmingen, Höfingen (?), Möttlingen, Rennin-

gen und Simmozheim.³⁸ Von diesen besaßen nur Oberriexingen, Hemmingen und Asperg jeweils eine Mühle. Auf dem Asperg wird wohl eine Rossmühle gestanden haben, so dass die beiden Herrenhöfe in Oberriexingen und Hemmingen wohl als einzige von zehn Höfen mit einer Wassermühle ausgestattet waren. Das erstaunt, denn für den Hof in Bietigheim wird keine Mühle erwähnt, obwohl die Flüsse Enz und Metter in der Nähe sind und die Metter schon vor 1364 die Obere und Untere Bachmühle antrieb.³⁹

So erhalten Hemmingen und Oberriexingen mit ihren Wassermühlen einen besonderen Status unter den Weißenburger Herrenhöfen in Württemberg an der Enz und südlich von ihr. Was diese beiden Höfe wohl auszeichnete? Hatten diese Höfe mit Mühle und Furt möglicherweise eine besondere Bedeutung im grenznahen Gebiet von Alemannen und Franken?

Anmerkungen

- 1 Werner Sattler: Die Flurnamen von Oberriexingen, 1955, S. 24 (Exemplar im Stadtarchiv Oberriexingen).
- 2 Das Güterbuch des Klosters Weißenburg ist nach historischer Forschung Ende des 9. oder zu Beginn des 10. Jahrhunderts geschrieben worden. 1280 fertigte Abt Edelin eine Abschrift an, die erhalten ist und von der sich die Bezeichnung »Codex Edelini« herleitet; vgl. Hans-Martin Maurer: Hemmingen zur Zeit der Karolinger und Ottonen, in: Heimatbuch Hemmingen, Horb 1991, S. 49. – Der Eintrag zu Oberriexingen hat die Nummer 202 in: *Traditiones Possessionesque Wizenburgenses*, ed. C. Zeuss, Spira 1842.
- 3 Harald Müller: Flurnamen der Gemarkungen Renningen und Malmsheim, in: Renningen und Malmsheim, eine Stadt und ihre Geschichte, Stuttgart 1991, S. 381.
- 4 Oberriexingen im Wandel der Zeit. Geschichte der Stadt, Stuttgart 1992, S. 153.
- 5 Ebd. S. 151; Urkunde aus dem Jahr 1455 im Stadtarchiv Oberriexingen (U 1).
- 6 Hans-Martin Maurer und Siegwalt Schiek: Andreas Kieser und sein Werk, Stuttgart 1985.
- 7 Hermann Roemer: Ortschronik der Gemeinde Oberriexingen von der Steinzeit bis 1952, Schwenningen 1952, S. 7.
- 8 Eugen Wallrauch: Geologischer Bau und Landschaftsgeschichte, in: Der Kreis Ludwigsburg, Stuttgart 1994, S. 44.
- 9 Beim unterschlächtigen Mühlrad wird das Wasser von unten, beim überschlächtigen von oben an das Mühlrad herangeführt. Letzteres hat den höchsten Wirkungsgrad von ca. 70 %. Beide Arten sind seit der Römerzeit bekannt; vgl. Adolf Neyses: Die Getreidemühlen beim römischen Land- und Weingut von Lösnich (Kreis Bernkastel-Wittlich), in: *Trierer Zeitschrift* 46 (1983) S. 215 f.
- 10 Ebd. S. 209–221.
- 11 Wolfgang Czysz u.a.: Römische und Frühmittelalterliche Wassermühlen im Paartal bei Dasing, in: *Materialhefte zur Bayerischen Archäologie*, Bd. 103, Kallmünz 2016, S. 268.
- 12 Ebd. S. 267 mit weiteren Beispielen römischer Mühlen aus den nördlichen Provinzen im ländlichen Raum.
- 13 Torsten Rüniger: Zwei Wassermühlen der Karolingerzeit im Rotbachtal bei Niederberg, in: *Bonner Jahrbücher* 212 (2012) S. 181, 204 f.

- 14 Die Zeichnungen der rekonstruierten Mühlen aus Czysz (wie Anm. 11) S. 308 f.; die Fotomontagen erstellte Berti Rieder.
- 15 Wie Anm. 2.
- 16 Roemer (wie Anm. 7, S. 33) ist der Ansicht, dass die Mühle des Weißenburger Hofes nur in Unterriexingen an der Glems gestanden haben könne. Der Mühlbrunnen als Standort wurde nie in Erwägung gezogen.
- 17 Rüniger (wie Anm. 13) S. 169.
- 18 1935 umfasste die Markung Oberriexingen 817 ha, davon waren 623 ha Acker- und Gartenland. Das Feld sei wesentlich besser als das der kleineren Feldmark Unterriexingen; Roemer (wie Anm. 7) S. 79 und 83.
- 19 Czysz (wie Anm. 11) S. 375.
- 20 Walter Zimmermann: Flurnamen in Hemmingen, Horb 2016, S. 124. – Möglicherweise wurde die Nippenburg, die auf einem Sporn über der Mühle liegt, bereits um 1150 zum Schutz von Mühle und Weg über die Glems gebaut. »In Nippenburg« gehörte dann aber zum Kloster Hirsau.
- 21 Roemer (wie Anm. 7) S. 33.
- 22 Thomas Schulz: Die Mühlen im Landkreis Ludwigsburg (Mühlenatlas Baden-Württemberg, Bd. 3), Remshalden-Buoch 1999, S. 46 f.
- 23 Hans-Martin Maurer: Renningen und Malmshheim im Mittelalter, in Renningen und Malmshheim (wie Anm. 3).
- 24 Schulz (wie Anm. 22) S. 110, 237, 272, 274.
- 25 Ebd. S. 105, 117, 177.
- 26 Hermann Roemer: Bissinger Heimatbuch, Bissingen 1955, S. 89. Remmigheim lag gegenüber dem Schellenhof auf der linken Seite der Enz.
- 27 In der Enz wird für 835 ein Fischwehr (»vinna«) erwähnt; vgl. Wolfgang Schwarz: Die Bedeutung des Wassers in Mittelalter und Neuzeit. Tausend Jahre Leben mit dem Wasser in Niedersachsen, Leer 1996, S. 15.
- 28 Thomas Schulz: Die Geschichte der Mühlen an Enz und Metter, in: Blätter zur Stadtgeschichte 15 (2001) S. 38.
- 29 Gerhard Fritz: Herrschafts- und Sozialgeschichte auf dem Gebiet der heutigen Stadt Mühlacker im Mittelalter, in: Bettelarm und abgebrannt. Von der Burg Löffelstelz und dem Mittelalter in Mühlacker, Mühlacker 2010, S. 73.
- 30 Vergleichbar den Verhältnissen in Fulda, wo beim Kloster in 250 m Entfernung vom heutigen Ufer der Fulda die Reste einer Wassermühle aus karolingischer Zeit entdeckt wurde, die wohl durch einen Kanal mit Wasser der Fulda betrieben wurde; vgl. Czysz (wie Anm. 11) S. 283.
- 31 Planungskarte von 1695 »Die Gegend umb Dermüntz«; Generallandesarchiv Karlsruhe HFK Planbände Bd. 19, fol. 71.
- 32 Ingo Stork: Mittelhofen, Stadt Lauchheim, in: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg Bd. 2001 (2002) S. 161; Bd. 2003 (2004) S. 171; Bd. 2004 (2005) S. 211 f.; Wilfried Menghin, Dieter Planck (Hrsg.): Menschen, Zeiten, Räume. Archäologie in Deutschland, Stuttgart 2002, S. 326 f.; Uta von Freeden, Siegmund von Schnurbein (Hrsg.): Spuren der Jahrtausende. Archäologie und Geschichte in Deutschland, Stuttgart 2002, S. 329, 333.
- 33 Czysz (wie Anm. 11) S. 373.
- 34 Rüniger (wie Anm. 13) S. 169.
- 35 Czysz (wie Anm. 11) S. 343.
- 36 Ebd. S. 291.
- 37 Folke Damminger: Zur frühmittelalterlichen Siedlungsstruktur und -entwicklung im Bereich Dürrmenz, in: Bettelarm und abgebrannt (wie Anm. 29) S. 43.
- 38 Christoph Dette: Liber Possessionum Wizenburgensis, Mainz 1987.
- 39 Schulz (wie Anm. 28) S. 37. Vielleicht lag der Hof nicht an der Metter.

Das Großbottwarer Rathaus

Ein Kulturdenkmal im Wandel der Zeit

von Martin Klumpp,

Großbottwar; Dipl. Ing. (FH),
Freier Architekt; mehrere
Arbeiten an Baudenkmalen und
im Ensemble mit Denkmalen.



Das erste Rathaus

Diese Stadt braucht auch ein Rathaus. Und das wird gleich nach oder schon zusammen mit der Gründung erbaut worden sein. Der Stadtschreiber Ulrich Vayhinger, seit 1547 im Amt, beschreibt im sogenannten »Elsabuch« rückblickend aus einer Zeit, in der das neue Rathaus schon gebaut war, ein »alt Rathaus« so genau, dass wir aufgrund seiner Beschreibung heute wissen, wie groß es war und wo es gestanden hat. So konnten 1986 bei der Neugestaltung des Marktplatzes die alten Fundamente freigelegt werden, die Eckpunkte des alten Rathauses wurden im Pflaster des Marktplatzes sichtbar gemacht. Das Alter der Fundamente wurde vom Landesdenkmalamt Stuttgart auf die Zeit zwischen 1250 und 1280 datiert. Dies würde genau in das Zeitfenster passen, in dem uns die Gründung und Neuanlage der Stadt bekannt ist.

Der Stadtschreiber gibt uns mit seinen Hinweisen auf das alte Rathaus auch eine Reihe anderer Erkenntnisse, aber auch einige Rätsel, die wir wohl nicht mehr lösen können. So wissen wir, dass es 42 Fuß (ca. 12 m) lang und 30 Fuß (ca. 8,5 m) breit war, für die damalige Zeit ein stattliches Gebäude. Er beschreibt auch den Zustand des Gebäudes: Der Platz sei »gar eng und klein« gewesen. Und das Rathaus habe, »wann man die Glocken geläut«, so stark gewackelt, dass »die Gläser uff dem Tisch, so die

Wann aus dem Dorf »Bodebura«, nördlich der Martinskirche und westlich der Kleinen Bottwar gelegen, die Stadt »Bothebur«, später »Botwar« genannt, wurde, wissen wir nicht genau. Es gibt keine Gründungsurkunde, aber ein paar Anhaltspunkte.

Wir können davon ausgehen, dass es sich um eine geplante Neugründung einer Stadt handelt, östlich neben dem alten Dorf gelegen. Und dass diese Stadt, vermutlich von Albrecht von Lichtenberg gegründet, in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts entstanden ist. Dies lässt sich aus dem Vergleich von zwei Urkunden erschließen: 1247 bestätigt Papst Innozenz IV. dem Kloster in Oberstenfeld die Schenkung eines Grundstückes in »Villa de Botebor«, also im Dorf Bottwar, und 32 Jahre später erhält das Stift Oberstenfeld in einer Jahrzeitstiftung Grundstücke »juxta muros civitatis Bothebur«, also neben den Mauern der Stadt Bottwar.

zimblich voll Weins gewesen, übergeloffen, auch wenn einer uff dem Bankg od Schran-
nen gesessen dermasen geschüttelt und ge-
wackgelt und zittert, das man sich besorgt,
es mecht mittlerweilen auch umb- und nid-
fallen und grosen Schaden thun. [...] Wie
dem Wendel Semers seligen Haus, das beim
Bad auch umb- und nidergefallen und im
ein Kind zu tot geschlagen und ein Frauen,
so in der Kuchin gewesen, arg klemt.«

Wir erfahren dabei, dass das Rathaus eine
Glocke gehabt hat, und da gehört natürlich
auch ein Turm oder zumindest ein Türmle
oder Dachreiter dazu. Und die Ratsstube
muss im Obergeschoss gewesen sein, denn
wenn die Tische auf dem festen Boden des
Erdgeschosses gestanden hätten, wäre der
Wein nicht übergelaufen.

Das ohne Unterbrechung durchgehende
Fundament zeigt nirgends den Ansatz auf-
gehenden Mauerwerks. Somit lässt sich ein
geschwelltes Haus vermuten. Bei diesen
Häusern wurde auf einer ringsum laufenden
Schwelle das Fachwerk aufgesetzt und ver-
blattet. Vielleicht war es auch ein sogenanntes
Firstständerhaus, aber da wir ein ringsum
laufendes Außenfundament haben, gibt
es keine eingegrabenen Giebelständer. Bei
diesen Häusern wurden Pfosten in ganzer
Höhe vom Boden bis zum First eingebaut
und im Erdreich eingegraben oder auf ein-
zelne Fundamentsteine gesetzt. Auch die
anderen Hölzer gingen von der Schwelle bis
unter das Dach. Stockwerksweiser Abbund,
das heißt Stock für Stock nacheinander
aufbauen, kam bei uns erst nach 1400 auf.
Erstes Beispiel in Großbottwar ist die Stadt-
schenke von 1434 als Übergangskonstrukti-
on zum stockwerksweisen Abbund.

Am ehesten ist für ein freistehendes Haus
ohne nachweisbare Giebelständer aus die-
ser Zeit ein Walmdach oder wenigstens ein
Krüppelwalm anzunehmen. Aber nach Vay-
hingers Bericht kommen wir ins Grübeln.
Er schreibt nämlich: »Der hind Stockg, wie
jetzo die vorder mauer gemacht, gestanden

ist [...], darzu der hind gibel gegen Bad gar
arg erfaulet, das der nit wol zu machen.«
Die nördliche Schmalseite wird als Stock
bezeichnet und die westliche Längsseite als
Giebel. Das verführt zur Annahme, dass das
Haus auf den Längsseiten Giebel und auf
den Schmalseiten Traufen gehabt hat. Das
ist baugeschichtlich ganz ungewöhnlich,
aber für Großbottwar durchaus denkbar.
Man hat es ja beim neuen Rathaus genau-
so gemacht und zur Marktseite hin, auf der
Längsseite des Gebäudes, ein repräsenta-
tives Dachgeschoss aufgesetzt, bevor der
Walm anfang.

Das Rathaus war mit der östlichen
Längsseite 14 Fuß (ca. 4 m) von der Haupt-
straße abgerückt, so dass mit diesem Platz
und dem offenen Erdgeschoss des Rat-
hauses ein kleiner Marktplatz entstanden
ist. Ein weiteres Dachgeschoss hätte den
kleinen Marktplatz aufgewertet. Auch auf
der Westseite hätte ein Giebelgeschoss von
Nutzen sein können. Brauchte man doch
türhohe Läden, um Getreide als Vorrat oder
Hopfen zum Trocknen in die Dachgeschosse
einbringen zu können.

Das Rathaus lag direkt an der wichti-
gen Straße von der Reichsstadt Heilbronn
nach Backnang. So konnten durchziehende
Händler und einheimische Handwerker ihre
Ware anbieten. Auch war im Erdgeschoss
des Rathauses eine Metzze, wo die Fail-



Marktplatz mit altem Rathaus.

metzger unter der Aufsicht der städtischen Fleischbeschauer Fleisch und Wurst ebenso verkaufen konnten wie die Bäcker ihre Brote.

Eine »Danzstatt« hat das erste Rathaus nicht gehabt. Vermutlich befand sie sich in der Nähe der Kleinen Bottwar, denn in alten Rechnungen ist von einer »Reparati-on des gewölbten Stegs bei der Danzstatt« die Rede. Es muss also ein Brücklein in der Nähe gewesen sein.

Die Fundamente geben auch noch Rätsel auf. Es gibt ein Innenfundament, parallel, doch um einen Fuß (ca. 30 cm) schräg zur nördlichen Schmalseite, und zwei kurze Fundamentstreifen, die von der Ostseite nach außen weisen. Alle diese Fundamente sind nicht im Verbund mit den Umfassungsfundamenten hergestellt. Die Fundamenteile auf der Ostseite könnten einer angehängten Brotlaube gedient haben. Vielleicht sind alle diese Fundamente auch später eingebaut worden, um das baufällige Gebäude fachgerecht abzustützen.

Das erste Rathaus ist rund 300 Jahre alt geworden. Ein stattliches Alter für ein Fachwerkhaus aus dem 13. Jahrhundert, das in gleichem Maße der Verwaltung und dem Handel diente. Wir können es nicht mit anderen Gebäuden aus dieser Zeit vergleichen, weil es die nicht gibt. Wir wissen nur, was vorstehend beschrieben ist und dass 1556 das inzwischen baufällig gewordene Gebäude durch einen Neubau ersetzt wurde. Alles andere bleibt Vermutung.

Unruhige Zeiten

Was ist das für eine Zeit, in der die seit 1357 zu Württemberg gehörende Amtsstadt Großbottwar ein neues Rathaus benötigt, weil das alte »erfaulet« ist, wie der Ratschreiber Vayhinger im »Elsabuch« schreibt?

Mitte des 16. Jahrhunderts kann man in Württemberg auf außergewöhnlich ereig-

nisreiche Jahrzehnte zurückblicken: Der Aufstand des »Armen Konrad« 1514, die Vertreibung Herzog Ulrichs 1519, der große Bauernkrieg von 1525, die Rückkehr des Herzogs 1534, unmittelbar darauf die Einführung der Reformation und schließlich 1546/47 der Schmalkaldische Krieg, der spanische Truppen ins Land brachte. Dieser Krieg hat für Stadt und Amt Bottwar ganz verheerende Folgen.

Am Heiligen Christtag 1546 wird Großbottwar von spanischem Kriegsvolk eingenommen. Im »Elsabuch« ist hierzu zu lesen: »Die sind zwai Tag unnd zwai Necht in der Stadt Botwar gelegen. Volgens gen Marpach gezogen, daselbsten gar übel haußgehalten, geblündert, die Bürger übel gemartert, gepeinigt, an den Hochbalgen uffzogen, auch etlichen heraußer gerissen. Darzu Frauen und Jungfrauen mit Gewalt zwungen und jr unzucht mit jnen verbracht.«

Nach den Spaniern kamen Reiter des Markgrafen Alcibiades mit 1500 Pferden in die Stadt. Die Einquartierung dauerte sieben Tage. Es müssen Verbündete gewesen sein, und das »Elsabuch« berichtet, sie hätten »gefreßen und gesoffen, sonst versenlich und wol gehalten, und aber den Wein und Haber, so sie uff unseren Gnädig Fürst und Herrn Lasten gefaßt, meiner Bürgerschaft uffzwunge«. Bei ihrem Abzug nahmen sie »Brot, Fleisch, Wein, Habern, Salz, Schmalz, Gewürz, Holz und Lichter, Heu und Strow, auch anderes« mit. Doch damit noch nicht genug: »Als dise Margräfliche Reiter weggezogen, ist ein groses Sterben eingefallen, dann sie vil Kranken hirlgelassen.« Von Januar bis April 1547 seien »etlich hundert Menschen gestorben und sonderlich Gericht und Rath 11 Personen Tods erfahren«.

Wie viele Einwohner Großbottwar damals hatte, wissen wir nicht. Wenn wir aber die Hof- und Hausstellen innerhalb des Mauerrings in etwa nachzählen, werden es kaum mehr als 900, höchstens 1100

Personen gewesen sein. Es wird in diesen vier Monaten jede dritte oder vierte Person gestorben sein und elf der 24 Rats- und Gerichtsherren.

Das große Sterben ist noch nicht vorüber, da wird Bottwar am Karfreitag 1547 erneut von spanischem Kriegsvolk eingenommen. Und die nehmen wieder alles mit, was sie noch finden. Diesmal sind außer Lebensmittel und Waffen auch Kleider, Leinwand, Hausrat, Pferde, Vieh und anderes dabei. Einquartierungen und Plünderungen reichen noch nicht. Die Stadt muss ihrem »Gnädigen Fürst und Herrn« auch noch 1100 Gulden leihen.

Eigentlich ist der Schmalkaldische Krieg vorbei. Die letzten Schlachten wurden im April und Mai 1547 geschlagen. Es gab keine Sieger, es gab nur Besiegte. Die Protestanten waren geschwächt, aber nicht vernichtet. Marodierende Haufen und Heerführer mit großen Truppenkontingenten verwüsteten weiterhin das Land. Das kleine Amtsdorf Kleinaspach wird an Dreikönig 1548 von 200 »welschen« bewaffneten Kriegern überfallen. Sie bleiben acht Wochen und nehmen mit, was sie erwischen. Mitte August kommen sie noch einmal und ziehen nach zehn Tagen weiter. Danach wird es in dem kleinen Dorf sicher nichts mehr zu essen und auch keinen Wein mehr zu trinken gegeben haben.

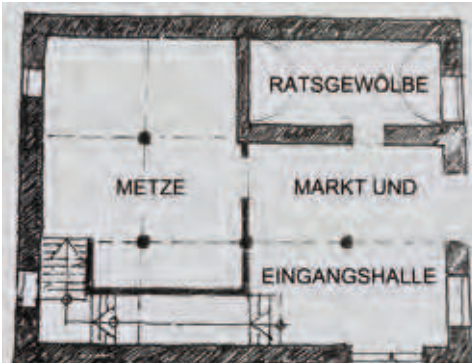
Sechs Wochen vor Ostern 1548 fiel der »welsche Fürst« Don Fernando mit seinem Hofgesinde und 1000 Reitern in Bottwar ein. Sie mussten neun Wochen lang verpflegt werden. Die Kosten waren enorm. Der Stadtschreiber hat alles fein säuberlich aufgeschrieben und zusammengerechnet, und am Ende seiner Rechnung steht dann: »macht in einer Summa 9926 Pfund, 10 Batzen, 2 Kreuzer«. Die Bottwarer ziehen immer wieder nach Stuttgart, um von dem vielen Geld wenigstens etwas zurückzubekommen. Aber alle Bittgänge sind zunächst vergebens.

Ein Bauplatz wird gekauft

Am 6. November 1550 stirbt Herzog Ulrich, und noch im gleichen Jahr wird der Treueid auf seinen Nachfolger Herzog Christoph abgelegt. Unter ihm, dem Sohn Herzog Ulrichs, beginnen nun 18 Jahre einer Regierungszeit, die das Herzogtum wieder voranbringt. Auch Großbottwar muss nun wieder zu einem gewissen Wohlstand gekommen sein. Einige Häuser, die wir heute noch bewundern können, stammen aus dieser Zeit. Die Stadtkasse war schon bald wieder gut gefüllt, nachdem die Stadt die Steuerschraube angezogen hatte oder, wie es Stadtschreiber Vayhinger festhielt, »wir auch etlich Jar her mit Vlaiß die Steuer etwas daher höher anlegten, also ein zimblischen Vorrath machten«.

Die Stadt hat Geld und kann sich jetzt den Bau eines neuen Rathauses leisten. Dazu gesellt sich der glückliche Umstand, einen idealen Bauplatz erwerben zu können: Die Hofraite des Hans Kol selig, direkt neben dem Marktplatz, kommt zum Verkauf. Seine Witwe heiratet nach Höpfigheim, Sohn und Schwiegersohn können oder wollen den Hof nicht übernehmen. Schreiber und Bürgermeister kaufen in aller Eile und mit erst nachträglicher Genehmigung des Gemeinderats zwei Drittel des Hauses um 220 Gulden von Ludwig Kol und Steffen Blumenstil. Dazu kommt noch die Hofraite des Wolff Breinlin, der zu dieser Zeit Gerichtsherr in Bottwar war. Es sind somit zwei Hofstellen, auf denen das neue Rathaus steht: eine größere, ältere direkt am Marktplatz und eine kleinere, später erbaute nördlich davon.

Weshalb nur zwei Drittel bezahlt worden sind, ist aus den alten Unterlagen nicht ersichtlich, auch nicht, was Wolff Breinlin für seinen Hof bekommen hat. Vermutlich war das fehlende Drittel der Wert des Kellers, den Kol und Blumenstil wohl selbst behalten haben. Der Keller war noch Mitte des 19. Jahrhunderts dem Gasthaus »Son-



*Grundriss des Erdgeschosses
und Kellerschnitt 1556 bis 1936.*

ne Post« am Marktplatz 2 (heute Pizzeria) zugehörig.

Das neue Rathaus kann geplant und gebaut werden

Die Fakten sind klar: Etwas Geld ist da, ein idealer Bauplatz ist gekauft. Es kann also geplant werden. Halten wir das Raumprogramm fest: In den beiden Sockelgeschossen, dem Erdgeschoss und Untergeschoss, möglichst große Flächen für Markt und Handel, denn es soll an jedem Werktag Fleisch und Wurst in der Metzze verkauft werden, dazu Brot in der Brotlaube, einer Bretterhütte vor dem Rathaus, sowie Handelsware durchziehender Händler. Die Keller müssen erhalten bleiben, sie sind weiterhin in Privatbesitz. Aber der Magis-

trat kann natürlich nicht auf eigenen Wein verzichten, deshalb wird im Erdgeschoss noch ein dritter Keller, das Ratsgewölbe, geplant.

Ferner und vor allem sieht das Raumprogramm vor: Im 1. Obergeschoss die »Danzstatt«, ein Festsaal für die Stadt; im 2. Obergeschoss die Ratsstube für zwölf Rats- und zwölf Gerichtsherren, Registratur, Küche und Abort sowie eine oder zwei Stuben für die zwei Bürgermeister, nicht zuletzt geschuldet der Verwaltung von 51 Ämtern, welche laut einer namentlichen Liste von Stadtschreiber Vayhinger nach dem großen Sterben von 1547 neu gewählt wurden. In den Dachgeschossen Lagerräume für Waffen, Getreide und Trockenräume für Hopfen.

Wer das Haus geplant und gebaut hat, wissen wir nicht. Der Steinmetz hat an dem Stadtwappen auf der Ostseite sein Steinmetzzeichen und die Buchstaben M und K, vermutlich sein Monogramm, hinterlassen. Wir können bisher weder das Steinmetzzeichen noch das Monogramm einer Person zuordnen.

Auch den Namen des Zimmerermeisters kennen wir nicht. Der Meister, der diese herrliche Fassade, die klare Konstruktion



*Stadtwappen an der Ostseite des Rathauses
mit Steinmetzzeichen M und K.*

und die kunstvolle Stütze in der Gerichtsstube entworfen und ausgeführt hat, ist sicher nicht jener »Jerg Mor«, der seinen Namen dilettantisch unter einer Kartusche an einer Stütze am Südost-Erker hinterlassen hat.

Wir wissen auch nicht, welche Kosten die einzelnen Gewerke oder gar das ganze Haus verursacht haben. Der Stadtschreiber, der im Schmalkaldischen Krieg akribisch jeden Batzen vermerkt hat, verliert darüber kein Wort.

Was wir jedoch sicher wissen: Das Rathaus von 1556 hat ganz anders ausgesehen, als wir es heute kennen. Es hat ein riesiges Walmdach gehabt. Zum Marktplatz und auf der Nordseite gab es nur ein Dachgeschoss, und auf der Nordseite führte die Bruchsteinmauer bis unter die Traufe.

Das Rathaus wird in den Jahren 1556/1557 gebaut. Trotz des an frühere Zeit erinnernden Walmdachs ist die Konstruktion sehr modern. Das Fachwerk ist nun vollständig verzapft, die Felder werden mit Feldsteinen ausgeriegelt. Die Zwischenwände werden als Bohlenwände aus 3 Zoll starken Eichenbohlen ausgeführt. Verblatungen und Wände aus Flechtwerk sind endgültig vorbei.

In Großbottwar ist das modernste Rathaus des württembergischen Unterlandes in reinsten Renaissance entstanden. Der herzoglichen Bauordnung von 1568 wird hier schon vorgegriffen: »Doch soll hinfüro gänzlich verboten seyn, die Rigel oder Büg anzublatten, sondern sollen von den Zimmerleuten wie unden vermeldet eingezäpft werden.«

Von der Fundierung und den beiden Sockelgeschossen, wir nennen sie Erd- und Untergeschoss, wissen wir sehr viel aus der Bauzeit. Als Wichtigstes wurden die zwei Keller, die schon den zwei Hofraiten des Hanns Kol und Wolff Breinlin dienten und auf der Ostseite an die Hauptstraße grenzten, in das Untergeschoss integriert. Es ist dies ein großer Keller auf der SO-Ecke mit den Grundmaßen von 9,20 x 7,10 m und ein kleinerer, später

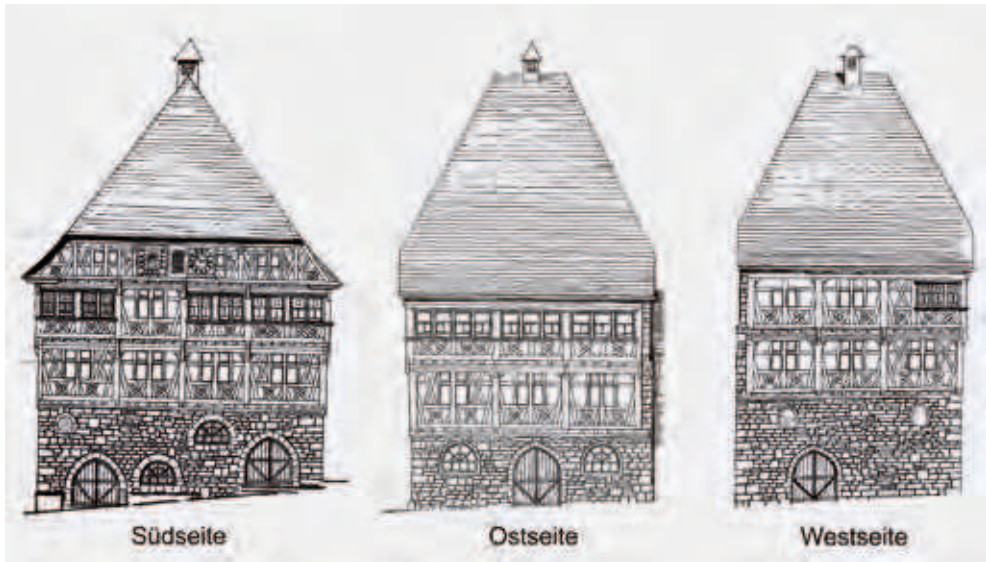


Das Rathaus von 1556 mit Walmdach.

nach Norden dazu gebauter Keller mit den Grundmaßen 8,60 x 4,75 m. Der große Keller mit seiner erstaunlichen Größe muss als erster entstanden sein, denn er ragt etwa zwei Schuh (etwa 60 cm) in die Hauptstraße hinein. Dies wurde beim kleineren Keller schon korrigiert, er wurde um diese 60 cm zugunsten der Straßenbreite zurückgenommen.

Beide Keller hatten, in Großbottwar eher üblich, extrem flache Gewölbe. Das Gewölbe des großen Kellers hat deshalb die jetzt etwa in seiner Mitte aufsitzende Stützlast aus den oberen Stockwerken nicht mehr übernehmen können. Der Gewölbescheitel war im mittleren Bereich auf eine waagerechte Linie abgesunken, das Gewölbe war praktisch baufällig. Die Stützenlast aus den Obergeschossen wurde deshalb vermutlich bei den Bauarbeiten 1936/37, vielleicht auch schon früher, über eine Profilstahlstütze in den Boden abgeleitet. Beide Keller konnten bei den Bauarbeiten 1984 nicht erhalten werden, zumal die Last des darüber aufsteigenden Mauerwerks nur noch zu einem kleinen Teil in die östliche Schildmauer des großen Kellers eingeleitet wurde. Hier ist der sonst so vorsichtige Baumeister volles Risiko eingegangen.

Auf eine Besonderheit müssen wir noch hinweisen. Es gab noch einen dritten Keller. Er hatte die gleiche Größe wie der kleine Keller und war direkt auf diesem aufgesetzt



Seitenansichten des Rathauses mit Walmdach.

und bildete somit die NO-Ecke des Erdgeschosses. Dieser Keller, in allen späteren Beschreibungen das »Ratsgewölbe« genannt, wurde bei den Baumaßnahmen 1937 abgebrochen. Eine vergleichbare Konstruktion, zwei gewölbte Bruchsteinkeller direkt übereinander, gibt es an keiner anderen Stelle in Großbottwar.

Dieser dritte Keller wurde 1556 mit dem neuen Rathaus gebaut, weil die beiden Keller im unteren Sockelgeschoss nicht erworben werden konnten, die Stadtverwaltung aber keinesfalls auf einen eigenen Weinkeller verzichten wollte, denn der Wein gehörte zu den Sitzungen. Einen Hinweis auf dieses Gewölbe haben wir von einer Rechnung aus den Jahren 1775/76: »In dem Ratsgewölbe die Schiedewand abgebrochen, das Gewölbe zur Registratur ausgebeßert und geweißt. Das gerichtete, zu einer Stadt- und Amtsregistratur eingerichtete Gewölbe muss von der Amtspflege unterhalten werden.«

Der Baugrund auf der Ostseite entlang der Hauptstraße erwies sich als fester schieferiger Mergel, der erhebliche Mengen Wasser führt. Auf der Westseite wurde eine völlig andere Gründung gewählt. Wie bei den

Bauarbeiten 1984 an einer Stelle ersichtlich wurde, wurde die zweigeschossige massive Westwand in etwa 1 m Tiefe auf quer liegenden, etwa 2 m langen Holzrollen gegründet. So wurden die ganz unterschiedlichen Bodenverhältnisse – im Osten harter Mergel, im Westen weicher Schwemmboden – meisterhaft bewältigt.

Da die Keller integriert werden mussten, misstraute der Baumeister damals schon dem flachen Gewölbe (vermutlich hatte es sich damals schon abgesenkt) und verstärkte das Widerlager gegen den Marktplatz um eine ca. 1,30 m starke Vormauerung. Die Tiefe des Gebäudes konnte somit auf ca. 47,5 Schuh (13,56 m) vergrößert werden.

Wie die Mauerflächen nach der Bauzeit 1556/57 ausgesehen haben, wissen wir von Plänen des Oberamtsbaumeisters Dillenius von 1871, einem Foto aus der Zeit von etwa 1930, den Bauaufnahmen, die der Architekt Schwaderer vor den Baumaßnahmen 1937 machen ließ, und Hinweisen aus den Rechnungsbüchern.

So hatte das Untergeschoss, mit ca. 86 qm westlich der Keller gelegen, drei etwa gleich große Torbögen, die bis heute erhalten sind,

je einen nach Süden, Westen und Norden, der vermutlich 1937 geschlossen wurde. Dieses untere Sockelgeschoss übernahm auch den schon bestehenden sogenannten Stützbrunnen.

Das Erdgeschoss, mit ca. 121 qm mit Ausnahme des sogenannten Ratsgewölbes und des Treppenaufganges den ganzen Grundriss nutzend, hatte zwei Torbogen, einen auf der Südseite, der wohl zu allen Zeiten der Haupteingang war, und einen auf der Ostseite, an der Stelle des heutigen mittleren Fensters. Der Rundbogen des Haupteinganges wurde 1937 zu einem Spitzbogen umgestaltet.

Rätsel geben die drei Fenster auf der Südseite auf. Sie sind alle drei verschieden. Hier könnten Spolien, vielleicht Teile aus der Michaelskapelle vom Wunnenstein verwendet worden sein, deren Abbruch von Vogt Schad im gleichen Jahr veranlasst wurde.

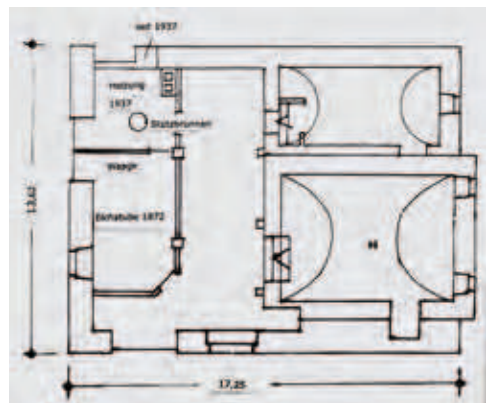
Zu den beiden Marktgeschossen im EG und UG gab es zusammen fünf Torbogen mit zweiflügeligen Türen, ein deutliches Zeichen, wie viel Wert auf Markt und Handel gelegt wurde. Metzger und Bäcker werden hier wohl jeden Tag ihre Ware verkauft haben, im Gegensatz zu den vier großen überregionalen Markttagen an Mathias, Georgi, Laurentius und Gallus. Es ist naheliegend, dass dort auch geschlachtet wurde. Ein Brunnen war vorhanden, auch eine Abwasserdole. Eine Rechnung für deren Reparatur aus dem Jahr 1726 liegt vor, auch werden 20 Jahre später die Nagelhölzer der Metzger, an denen geschlachtete Tiere aufgehängt werden, repariert. Und 1750 lesen wir: »Im Flaischhaus die Flaischblöck wieder zurecht gemacht.«

Zwischen 1679 und 1750 liegen fünf Berichte vor, nach denen Fleischblöcke und Fleischbänke »abgedechstelt« wurden, 1728 ist von neun Fleischblöcken die Rede. Das Herrichten dieser Hackblöcke war Aufgabe der Stadt. Nach 1750 gibt es keine Berichte mehr über solche Arbeiten. Zur Erläu-

terung: Eine Dechsel oder Dixel – viele Schreibweisen sind möglich – ist eine Zimmermannsaxt mit zwei Schneiden, eine als Beil, die andere als Hacke geeignet. Damit wurden auch Zapfenlöcher und Streifnuten »ausgedechstelt«.

Am Haus Entengasse 24, nur wenige Meter vom Rathaus entfernt, gibt es ein Hauszeichen mit einem Ochsenkopf, das typisch ist für Metzger. Das Zeichen ist stark verwittert, aber es lässt sich ziemlich sicher die Jahreszahl 1769 ablesen. Gab es zu dieser Zeit schon Fleisch und Wurst außerhalb des Rathauses zu kaufen? 1784/85 erfahren wir: »Die Feuerspritz steht hinter einem Verschlag unten im Rathaus.« Vermutlich hatte damals das Rathaus als Fleischhaus und Metzze schon ausgedient.

Die Brotlaube war ebenfalls in den Händen der Stadt. Es muss ein Bretterhäusle mit Bretterdach auf der Südseite des Rathauses gewesen sein. Die Steinbank vor dem Rathaus wird als Bank zum Auflegen der Brote gedient haben. Das ungeschützte Holz verwittert schnell. Zwischen 1660 und 1823 stehen in den Rechnungsbüchern neun Reparaturen, einmal wird die ganze Laube erneuert, ein andermal nur das Bretterdach geflickt. Die Brotlaube hat ausgedient, als 1837 das städtische Backhaus in der Entengasse fertig wird.



Eichstube (1872 bis 1945) und alte Keller.

1710 wird erstmals das »Eychhäusle« erwähnt. Der Brunnen wurde nun genutzt, um die Weingefäße, die sogenannten Eichen, auszulitern. 1717 wird eine neue Eich mit 10 Eichnägel gemacht. Auch das scheint Aufgabe der Stadt gewesen sein. Eine Eich ist ein zylindrischer Holzbottich, nach heutiger Maßordnung mit 150 Liter Inhalt, alle 10 Liter mit einem, alle 50 Liter mit zwei Messingnägel versehen. Wenn man so will, gewissermaßen ein früher Vorläufer des späteren staatlichen Eichamts, das 1872 hier einzog. Die Eich- und Pfechtanstalt, wie der offizielle Name hieß, wurde bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts genutzt. Alle ein oder zwei Jahre mussten die Handelsleute, die Waagen oder Hohlmaße in ihrem Gewerbe nutzten, alle Geräte neu eichen lassen. Von den in der Weinwirtschaft verwendeten »Stützen« – Kannen mit einem Inhalt von 5 bis 10 Liter – lassen sich dann auch die Namen Stützbrunnen für den Brunnen im Rathaus und Stützbrunnengasse für den Weg westlich des Rathauses ableiten.

Die zwei Sockelgeschosse bleiben in der Nutzung weitgehend unverändert von 1557 bis Ende des 18. Jahrhunderts. In dieser Zeit hat es vermutlich keine Treppe zwischen dem Unter- und Erdgeschoss gegeben, zumindest gibt es dazu keinerlei Hinweis.

1754 kommt ein herzoglicher Erlass, der die Stadt zur Errichtung einer »Schandbühne«, wir würden heute Pranger dazu sagen, verpflichtet. Das dazu nötige Steinpodest steht auch heute noch, ebenso wie die Steinbank der Brotlaube.

Brotlaube und Metze ziehen zwar aus, aber erst 1937 kommt es zu einer vollständigen Umnutzung. Im Erdgeschoss wird eine Zweigstelle der Kreissparkasse Ludwigsburg eingerichtet. Das Ratsgewölbe wird abgebrochen, fünf Stichbogenfenster und zwei Rundbogenfenster werden aus den Natursteinwänden herausgebrochen, das Tor auf der Ostseite zu einem Fenster reduziert. Aber die Sparkasse bleibt nicht lange, sie

baut in der Hauptstraße ein eigenes Gebäude für ihre Verhältnisse um. Danach kommt die Polizei ins Rathaus, aber sie bleibt ebenfalls nicht lange und überlässt die Räume, die kaum verändert werden, der Stadtkämmerei.

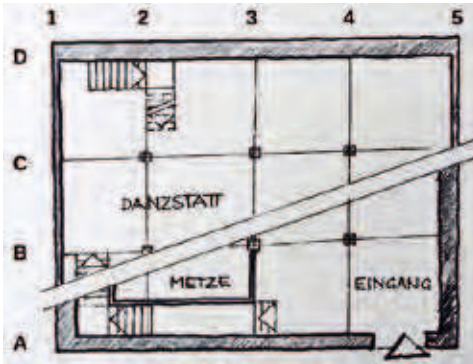
Im Untergeschoss werden bei dieser Baumaßnahme eine Dampfheizung und ein Kohlenlager eingebaut. Die Kanonenöfen in den einzelnen Räumen haben ausgedient.

Treppen im Rathaus

Wie die verschiedenen Geschosse des Rathauses in der Zeit von der Erbauung 1556 bis zum Umbau im Jahre 1937 erschlossen wurden, schien auf Anhieb nicht erkennbar. Zuerst musste die Annahme gelten, dass auch das Bottwarer Rathaus, wie die meisten Rat- und Kaufhäuser jener Zeit, eine Außentreppe hatte, die den direkten Zugang zur »Danzstatt« und den Ratssälen gestattete, ohne durch den Handels- und Metzereibereich gehen zu müssen.

Die Suche nach einer Außentreppe, deren Zugang zum Gebäude ja Spuren hätte hinterlassen müssen, hat zu keinem Ergebnis geführt. Eine Auswertung der Rechnungen, sowohl für Reparatur und Neubau von Treppen als auch für die Umnutzung des Ratsgewölbes, sowie die Überprüfung der Abbundzeichen der Zimmerer ergab letztlich die Sicherheit, dass es immer eine Innentreppe vom Eingang zu den oberen Geschossen gegeben haben muss. Eine Überprüfung von zum Teil erst jetzt aufgefundenen Originalplänen von 1872, 1904 und 1937 und die Durchsicht der Ratsprotokolle brachten dann Gewissheit.

Es ergab sich das Bild einer ungewöhnlichen, aber höchst effektiven Treppenföhrung. Die Treppe föhrte von der gleichen Eingangstür wie heute, immer der Außenwand entlang, zunächst auf der Südseite, dann auf die Westseite wendend, bis zum Treppenaustritt in der »Danzstatt«. Der



Skizze der Treppenführung.

Treppenaustritt war sicher eingehaust und mit einer Tür versehen. Der Weg führte weiter der Westseite entlang bis zur Nordwand, um dort der Wand entlang zur Treppe zum 2. Obergeschoss zu führen. Diese Treppe endete jedoch auf halber Höhe in einem Podest, die obere Hälfte schwenkte nun nach Süden bis zu den Türen vom Ratssaal und den Stuben der Bürgermeister. Die Stelle des Podestes ist heute noch ablesbar. In der Pfette der Achse 2 ist ein Rundbogen ausgestemmt, der gleichzeitig mit dem Falz einer Tür versehen ist. Wir sehen daran, dass es zwischen »Danzstatt« und dem darüber liegenden Ratsgeschoss wiederum eine verschließbare Tür gab.

Die Treppen, U-förmig auf drei Seiten um das Rathaus geführt, ermöglichten einen Zugang in die oberen Geschosse, ohne Metze und Marktbetrieb berühren zu müssen. Im Erdgeschoss war die Treppenanlage durch eine raumhohe Wand von der Metze getrennt. Der Austritt im 1. Obergeschoss, der »Danzstatt«, war sicher verschließbar, wie das auch von der Tür, die zum Ratsgeschoss führte, anzunehmen ist. Sogar eine Einhausung des ganzen Weges im 1. Obergeschoss wäre ohne weiteres möglich gewesen.

Die Treppenführung ermöglichte auch den Zugang zum Weinkeller und ab 1775 zur Registratur, zu welcher der Weinkeller

umgenutzt werden musste, und sie ließ viel Raum für die betroffenen Geschosse. Die Führung der Treppe kann nur als Meisterleistung bezeichnet werden.

Die Gewissheit des Verlaufs der Treppe ergab der Zufallsfund eines Planes von 1904, nach dem der westseitige Treppenaufgang neben der Metze um ein Bundfeld nach Norden geschoben wurde, um im 1. Obergeschoss noch eine Stube für den Stadtschultheißen zu gewinnen. 1937, nach dem Rückbau des Ratsgewölbes, wurde die Treppe zu den Amträumen im Obergeschoss zusammen mit der ganzen Eingangsanlage neu gestaltet. Dies blieb so bis zu den Restaurierungsarbeiten 1984/86, bei denen die Treppe in einen Anbau auf der Nordseite verlegt wurde.

Altane

Eine Altane erscheint in den Rechnungsbüchern der Stadt nur einmal. Im Jahrgang 1794/95 heißt es: »Johannes Hellerich, Hafner, hat für 9 Gulden braun glasierte Ziegel auf das Dach der Altane am Rathaus aufgebracht.« Dann noch im gleichen Jahr: »Beträchtliche Melioration [Verbesserung] am Rathaus, den ganzen vorderen Giebel ausgebessert.«

Auch ein neues Türmle mit »welscher Haube« und einer neuen, 230 Pfund schweren Glocke kommt aufs Rathausdach. Man hat also wieder Geld gehabt. Ist damals am vorderen Giebel eine Altane, ein Balkon würde man heute eher dazu sagen, angebracht worden, um vom Festsaal, der »Danzstatt«, zu den Bürgern auf dem Marktplatz reden zu können?

Wenn es so war, war der Altane kein langer Bestand beschieden. 1826 wird das Rathaus verputzt, auch eine neue Eingangstür kommt dazu. Danach gibt es lange keine Rechnungsberichte mehr. Dann am 6. April 1861 ein Gemeinderatsbeschluss: Im Inter-



Die ehemalige »Danzstatt« bei der Restaurierung von 1984/86.

esse der Verschönerung des Rathauses wird beschlossen, die Altane abzurechen.

1. Obergeschoss: »Danzstatt«

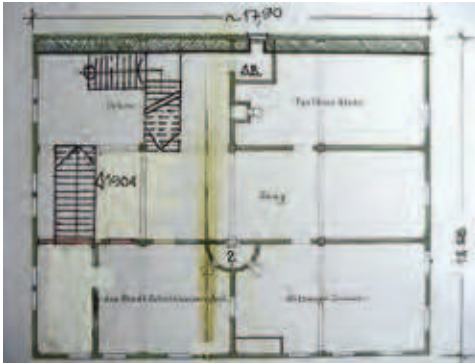
Die »Danzstatt«, die das ganze erste Fachwerkgeschoss einnimmt, wird sich von der Bauzeit bis zur Verwaltungsreform am Anfang des 19. Jahrhunderts kaum verändert haben. Zuerst besticht die klar ablesbare Konstruktion mit ihren drei mal vier Bundfeldern, die mit ihrer mächtigen Holzkonstruktion bis in die massive Nordwand hinein fortgeführt wird. Die Farbgebung des Putzes, des Holzes und der Decke konnte aus der Bauzeit übernommen werden. Alles war hinter dicken Gipsschichten verborgen und kam bei den Bauarbeiten 1984 bis 1986 wieder zu Tage.

Auffallend ist, dass an keinem der Hölzer, die rings um die Fensteröffnungen angeordnet waren, Spuren von Fenstern zu finden waren. Die vielen Glaserrechnungen, die über die Jahrhunderte anfallen, sind fast immer den Amts- oder Ratsstuben im oberen Fachwerkgeschoss, dem 2. Obergeschoss

zugeordnet. Hat die »Danzstatt« gar keine Fenster, sondern nur Fensterläden, damals Schalt- oder Flugläden genannt, gehabt?

Wie sehr die »Danzstatt« der Allgemeinheit diene, ist nirgends vermerkt. Bekannt sind einige Mietgebühren für private Feste. 1612 hält Seybold Zürlin die Hochzeit seiner Tochter und zahlt dafür 1 Pfund 7 Schilling. Das ist der Lohn für eine Woche Arbeit eines Handwerksmeisters. Die Ärmere werden dort nicht oft gefeiert haben. Auch ist Großbottwar eine angesehene Amtsstadt und wird öfters Besuch von der herzoglichen Regierung und dem benachbarten Adel gehabt haben. Der Sternwald war über viele Jahre bevorzugtes Jagdgebiet der Herzöge. So ist zu vermuten, dass es auch öfters Festgelage in der »Danzstatt« gegeben hat.

1806 wurde Württemberg Königreich, und König Friedrich setzte Zug um Zug eine umfassende Verwaltungsreform um, in deren Folge sich auch die Nutzung des Rathauses vollkommen ändert. 1815 wird in der »Danzstatt« eine Gerichtsstube, 1820 eine neue »Partienstube« (später Notariat) eingebaut, nachdem das Schultheißenamt wohl schon dort war.



Grundriss des 1. Obergeschosses auf einem Plan von 1904.

Der König will eine Verwaltungsstruktur nach französischem Vorbild. Das Finanzwesen geht an die Kameralämter, die frühere Bezeichnung der Finanzämter, das Gerichtswesen an die Amtsgerichte. Großbottwar verliert seinen Status als Amtsstadt. Die Stadt darf zwar das Kameralamt behalten (es wird im Bowinghausenschen Schlössl eingerichtet), aber das neu geschaffene Oberamt kommt zuerst nach Beilstein, dann nach wenigen Jahren nach Marbach.

Der Stadtschreiber, nun Schultheiß geworden, bezieht seine neuen Amtsräume im 1. Obergeschoss, die »Danzstatt« hat ausgedient. Nach Plänen von 1872 und 1904 wissen wir, wie die neuen Amtsräume ausgesehen haben. Auf der Südseite, zum Marktplatz hin, ein Sitzungszimmer und zwei Zimmer für das Amt des Stadtschultheißen, auf der Nordseite die »Partienstube« und ein Abort und große Flächen für Treppe, Flur und Öhrn.

Was ist unter einer »Partienstube« zu verstehen? Erb- und Nachlassdinge waren Aufgabe der Gemeinden. Daher musste im Rathaus ein besonderes Zimmer eingerichtet werden, in der sich die von einem Erbfall betroffenen Personen, die beteiligten »Parteien« oder »Partien«, und die Amtsdienner aufhalten können. Bis 1900 wurde bei einem Todesfall die Eventualteilung, beim

Tod der zweiten Person die Realteilung von Amts wegen auf dem Rathaus durchgeführt. Auch bei einer Eheschließung wurde das eingebrachte Gut schriftlich festgehalten.

Nach 1900 waren für die Regelung der Erbschaftsangelegenheiten die Notare zuständig. Die Amtsräume werden nochmals vollkommen verändert. Man braucht die »Partienstube« als solche nicht mehr, aber die Verwaltung wird umfangreicher. 1904 wird ein Treppenlauf auf der Westseite so nach Norden verschoben, dass dem Schultheißenamt ein weiterer Raum auf der Südwestecke zugeordnet werden kann. Danach wird sich im 1. Obergeschoss bis zu den Baumaßnahmen 1936/38 nicht mehr viel verändert haben.

2. Obergeschoss

Das Geschoss über der »Danzstatt«, das 2. Obergeschoss, dient von Anfang an der Verwaltung. Die vier Bundfelder an der SO-Ecke werden Rats- und Gerichtsstube. Dort tagen die zwölf Rats- und die zwölf Gerichtsherren. Dazu gibt es eine Registratur und eine Küche. Wir müssen annehmen, dass die Sitzungen länger gedauert haben und dass es dazu auch Speisen und reichlich Wein gab.

Der Rats- und Gerichtssaal wird von Anfang an zu einem einzigartigen Repräsentationsraum gestaltet. Die Fenster sind geschmückt mit 13 farbigen Glasbildern, sogenannten Stifter- oder Kabinettscheiben. Eine dieser Scheiben erinnert mit dem Stadtwappen, der Jahreszahl 1557 und dem Richterspruch an die Fertigstellung des Gebäudes. Die zwölf anderen Scheiben zeigen die Wappen und Namen von Adelsfamilien, die der Stadt zum Neubau des Rathauses diese besonderen Glasgemälde gestiftet haben.

Die ganze Ostseite des Gebäudes ist mit Fenstern ausgestattet. Um diese auch heu-



Kunstvoll verzierte Holzsäule im Ratssaal.



Kabinettsscheibe mit dem Stadtwappen.

te noch moderne Lösung zu ermöglichen, wurde auf der gesamten Gebäudebreite auf raumhohe Streben verzichtet. Es gibt ausschließlich Andreaskreuze und Knaggen in den Brüstungen unter den Fenstern.

Die Kabinettsscheiben sind nicht die einzigen Kunstwerke. In der Mitte der Gerichtsstube steht eine prächtige Holzsäule, künstlerisch der Spindel einer Torkel nachgebildet, mit der Jahreszahl 1556 und den zwei kleinen Storchenwappen, von denen eines einen Frosch, das andere eine Schleiche im Schnabel zeigt. Eine zweite, einfachere Holzsäule wurde bei den Baumaßnahmen 1937 eingebaut.

In den Rechnungsbüchern finden sich auch noch Hinweise auf andere Kunstwerke. 1727: »Michel Gauss, Schreiner, fertigt zu dem auf das Rathaus verehrten perpetuirlichen Calender einen schwarzen Rahmen.« Dann gibt es noch eine Uhrtafel, mit einem komplizierten Mechanismus vom großen Uhrwerk angetrieben. 1745/46: »Das Stängel, das von der Uhr an das Zeigerwerk

in der großen Ratsstube hindurchgeht, zusammengeschnitten.« 1782/83: »Eine neue Uhrtafel in der Gerichtsstube«.

Dann gibt es seit 1600, fortgeführt bis auf den heutigen Tag, das Weinregister, das Jahr für Jahr Menge, Qualität und Preis je Eimer Wein angibt. Es zeigt auch über Jahrhunderte, wie abhängig ein vom Weinbau lebendes Städtchen von Wetter und Naturkatastrophen ist und wie nach einem schlechten Weinjahr die Zahl der Auswanderer steigt.

1782/83: »Die Portraits der Herren Gerichts- und Ratsverwandten und der übrigen Herren neu aufgehängt und Serenissimo Portrait doppelten abgekehrten Rahmen gemacht.« Die Rats- und Gerichtsstube war ein einzigartiges Kunstkabinett. Es wäre interessant, noch irgendwo an einer Großbottwarer Stubenwand oder in einer Kommodenschublade eines dieser alten Kunstwerke zu entdecken. Oder hat Herzog Carl Eugen, der um 1780 die prächtigen Stifter-scheiben aus dem Rathaus entfernen ließ



Wappenscheibe der Herzogin Anna Maria von Württemberg.

und den herzoglichen Sammlungen einverleibte, später auch diese Kunstwerke mitgenommen?

Noch auf der Seite der Ratsstube befindet sich die Registratur, eine Küche und ein Abort, damals »Cloak« genannt. Die Nischen in der Nordwand und die Türen im Flur mit den Herzchen in den kunstvollen Sturzriegeln mit Kielbögen, auch als Eselsrücken oder Tudorbögen bezeichnet, zeigen uns heute noch die genaue Lage dieser Örtlichkeiten.

Auf der anderen Seite, nach Westen, liegen die Stuben der Bürgermeister. Die Innenwände dieses Geschosses wurden als 3 Zoll (8,6 cm) starke eichene Bohlenwände hergestellt und in die angrenzenden Pfosten eingenuet.

Kleine Veränderungen haben in diesem Geschoss immer wieder stattgefunden. Um 1779/80 wurde »wegen weiterem Anwachs der bisher schon zahlreichen Bevölkerung« die Rats- und Gerichtsstube vergrößert und die Registratur in das Ratsgewölbe verlegt

(gab man also schweren Herzens den Weinkeller im Ratsgewölbe auf?). Auch die Küche wurde dabei auf die Westseite verlegt. Das bestätigt uns die Tür, die nachträglich mit einem Sturzriegel mit Eselsrücken in die Achse 2 eingebaut wurde, genau wie an den Türen auf der gegenüber liegenden Flurseite.

1779 muss der Schreiner für die vergrößerte Gerichtsstube einen neuen Tisch fertigen, in Hufeisenform und 13 Schuh lang (ca. 3,75 m) und zwei Schuh ein Zoll breit (ca. 60 cm). Dazu fertigt der Dreher zwölf Füße und Bügel für das Fußbänkle, und der Tisch wird mit grünem Wachstuch überzogen, mit gelben Nägeln am Tisch befestigt. Ein alter Kamin wird abgerissen und ein neuer gebaut. Auch der alte Ofen, er wiegt 21,5 Zentner, wird ausgebaut und durch einen leichteren mit 7 Zentner ersetzt.

Dann 1782 ein ganz wichtiger Eintrag. Nachdem der Herzog die Stifterscheiben aus der Gerichtsstube hatte entfernen und abholen lassen, »wodurch sämtliche obere Flügel von Glas und Blei gänzlich ausgelehrt worden«, habe man beschlossen, »statt der bisherigen 17 Fenster nunmehr 9 Stück nach regelmäßiger Teilung machen zu lassen«. Die Wände in der Gerichtsstube wurden »ausgebrochen und wieder neu mit allem Zubehör eingemacht«. Dies war der Anfang einer grundsätzlichen Veränderung der Süd- und Ostfassade, und 1794 hat man dann, wie bereits oben erwähnt, »den ganzen vorderen Giebel ausgebessert«.

Nach der Verwaltungsreform wird der Bürgersaal Anfang des 19. Jahrhunderts, zuletzt die ganze östliche Hälfte nutzend, zweckentfremdet. Er dient als Klassenzimmer und auch eine Zeit lang als Heimatmuseum und Fossiliensammlung.

Die Westseite war schon 1749 »verblendet« (verputzt) worden. Nun wird das ganze Haus modernisiert, es wird den Bauformen des Barock angepasst, aber auf der bereits verputzten Westseite bleibt das Fachwerk aus der Bauzeit erhalten (was uns dann

bei der Restaurierung 1984 sehr zu Hilfe kommt). Auf das Fachwerk, nun vollständig barockisiert, will man an den Süd- und Ostseiten nicht verzichten, obwohl das aus Gründen des Brandschutzes nicht mehr gern gesehen wird. Da müssen sich die Großbottwarer erst unter König Wilhelm I. fügen: 1826 wird das gesamte Gebäude verputzt.

Den »Accord« erhält der Gipser Allmendinger aus Dettingen im Oberamt Geislingen, eine Auftragsvergabe fast global. Die Arbeit muss gut gewesen sein, denn der Verputz hielt rund 80 Jahre; erst 1909 ist er so schadhaft, dass das königliche Oberamt anlässlich einer Visitation die Erneuerung des Rathauses anordnet.

Bereits zwei Jahre vorher hatte Architekt Benz aus Esslingen der Stadt den Vorschlag unterbreitet, das Fachwerk wieder sichtbar

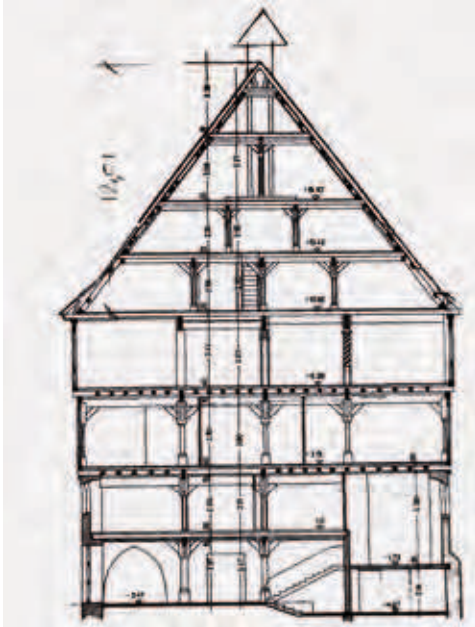
zu machen. Nun gibt es bis 1914 viele Debatten im Gemeinderat. Letztlich entscheidet man sich »wegen äußerster Sparsamkeit« für einen neuen Verputz; er ist 250 Mark günstiger. Der Beschluss wurde am 8. Juli 1914 gefasst. Drei Wochen später begann der Erste Weltkrieg; die Renovierungspläne verschwanden im Aktenschrank. Erst rund 40 Jahre später, der Zweite Weltkrieg ist schon über zehn Jahre vorbei, erinnert man sich wieder an das Fachwerk.

Das Giebeldach

Wie schon oben beschrieben, wurde das Rathaus 1556 mit einem Walmdach erbaut. Die jetzige Fassade mit dem hohen Giebel erhielt es erst 1604, also ein halbes Jahrhundert später.



Zwei Ansichten der Südseite des Rathauses: links mit verputzter Fassade (1826 bis 1956), rechts mit freigelegtem Fachwerk (1956 bis 1984).



Querschnitt durch das Rathaus
nach dem Umbau von 1604.

Jedem, der die Südseite des Rathauses genau betrachtet, fällt auf, dass die drei oberen Dachgeschosse in einer anderen Zimmerertechnik ausgeführt sind als die drei unteren Fachwerkgeschosse. Die Renaissance ist verlassen, es gibt keine Andreaskreuze mehr, die ganze Konstruktion ist einfacher, die Anordnung der Fenster ist nunmehr Barock. Und wenn wir uns die Konstruktion des ersten Dachgeschosses genau ansehen, sehen wir über den äußeren Bundpfosten den schrägen Ansatz der zur Schwelle profilierten Pfette.

Dieser Befund bestätigt, dass es hier einmal ein Walmdach gegeben haben muss, genauer ausgedrückt: einen Krüppelwalm, der über dem ersten Dachgeschoss ansetzt. Als Krüppelwalm wird ein Dach bezeichnet, wenn die eine Hälfte der Dachflächen nicht so weit herunter geführt wird wie die beiden anderen Dachseiten.

Auf der Nordseite führt die massive Bruchsteinmauer bis über das erste Dachge-

schoss, die darauf aufsetzenden drei Giebelgeschosse sind in gleicher Weise gezimmert wie die Südseite und sind auch erst 1604 so hergestellt worden.

Wenn wir in den Rechnungsbüchern der Stadt nachblättern, finden wir 1603 folgenden Eintrag: »Nachdem die Ratsbehausung mit zwaien Dächer und einer Renen beschwerlich beladen gewesen und durch kein ander Mittel megen abgewendt werden, dann dasselbige zu ein Dach gericht, haben wir deswegen uff gut Ansehen unßern günstig Herrn Vogt, Gericht und Rath bewärten Baur, Ludwig Schönen und Georg Schupfen, beede Meister des Zimmerhandwerkgs, fir Richts verlihen umb 54 Gulden.«

Zwei bewährte Zimmerermeister bekommen den Auftrag, die zwei Dächer zu einem Dach zu richten. Ein Dach muss nach damaligem Sprachgebrauch als ein Dach mit zwei Seiten verstanden werden. Ein Krüppelwalmdach waren also zwei Dächer, und die sollten nun zu einem Giebeldach umgebaut werden.

Keine andere Baumaßnahme in all den Jahrhunderten hat die Wirkung des Rathauses auf den Marktplatz mehr verändert. Und von dieser Baumaßnahme wissen wir sehr viel. Die zwei Bürgermeister haben von Hans Ulrich, Flößer aus Pforzheim, in Walheim von einem Floß 218 Balken Tannenholz mit 194 cbm gekauft. Das Floss war über die Enz vom Schwarzwald bis zur Enzmündung geflößt worden. Bei der neuen Dachkonstruktion wurde also Tannenholz aus dem Schwarzwald verarbeitet. Das ist auch heute noch an den sogenannten Floßaugen zu erkennen: Dreiecke mit Bohrungen, aus den Balken ausgestemmt, um diese mit Wieden zu einem Floß zusammenzubinden.

Außer dem Tannenholz aus dem Schwarzwald wurden noch 84 Stämme Eichenholz vom Stadtwald zum Rathaus gefahren. Die sichtbaren Hölzer der zwei Giebel werden, wie auch die unteren Fachwerkwände, aus

Eichenholz gezimmert. Das Rathaustürmle mit seinem pyramidenförmigen Dach wird mit Schiefer gedeckt. Wir kennen noch viele weitere Details aus dieser Bausache.

Aber was war geschehen, dass nicht einmal 50 Jahre nach dem Bau des Rathauses das ganze Dach erneuert und verändert wurde (oder werden musste)? Es wird eine Reihe von Gründen gegeben haben. So konnte durch die neue Konstruktion in den Dachgeschossen mehr Lagerfläche geschaffen werden, was insbesondere im Blick auf ausreichend Getreidevorräte in Notzeiten wichtig war. Wenn wir die Rechnungsbücher der folgenden Jahrhunderte ansehen, stellen wir aber auch fest, dass die Dächer damals nicht lange gehalten haben. Die Einfachdeckung mit Plattenziegeln (heute Biberschwanzziegel) hatte den Nachteil, dass die Fugen zwischen den Ziegeln unterseitig nur mit einer Holzschindel abgedeckt wurden. Wenn die Schindeln durch Bewegungen der Dachfläche abrutschten, drang Regenwasser in die Lattung und in die Holzkonstruktion ein.

1661/62 lesen wir, dass das Dach zum Teil als baufällig befunden wird. Es muss repariert werden. Die beiden Giebel werden bestochen, das heißt, mit einer einfachen Technik verputzt. Vielleicht sind es nur die Putzfelder? Dann 1695/96: Das ganze Dach auf beiden Seiten »umgedeckt und eingefasst«. Sechs Jahrzehnte später, 1757/58: das Rathausdach »neu eingedeckt, 2050 neue Ziegel gebraucht«; 1823/24: das Rathaus wird »umgedeckt«.

Wir sehen daraus, dass früher alle paar Jahrzehnte die Dächer erneuert werden mussten. So wird auch bei dem riesigen Walmdach nach 50 Jahren eine größere Reparatur nötig gewesen sein. Wie die Formulierung: »mit einer Renen schwerlich beladen« zu erklären ist, fällt schwer. Aber die Statik könnte die Hauptrolle gespielt haben. Vielleicht waren schon in den ersten Jahrzehnten an den zwei Innenstützen der Ach-

se 2 Senkungen aufgetreten. Bei den Bauarbeiten 1984 mussten wir feststellen, dass besonders eine Stütze, durch das Walmdach besonders belastet, etwa 20 cm tiefer eingesunken war.

Das neue Dach, nun mit fünf Bundfeldern, brachte mit einem einfach stehenden Stuhl und zwölf Stützen weniger Dachlast gleichmäßiger verteilt auf die Stützen der Hauptgeschosse. Ein deutlicher Vorteil gegenüber den vorherigen drei Bundfeldern mit nur sechs Stützen. Außerdem wurde jetzt etwa ein Drittel der Dachlast über die Außenwände abgeleitet.

Um 1600 konnte man auch schon besonders hohe Giebel bauen, da Verstrebungen in der Dachfläche, die hohe Windlasten aufnehmen konnten, von den Zimmerleuten in unserem Raum jetzt beherrscht wurden. Dies ist im Rathaus in besonders schöner Form zu sehen. Nicht umsonst wurde 1603 beim Eintrag ins Rechnungsbuch über die Auftragsvergabe an die zwei Zimmermeister Schön und Schupf darauf hingewiesen, dass sie »bewärte Baur«, also bewährte Baumeister seien.

Storchennest und Uhren

Das Rathaus hat über all die Jahrhunderte ein Storchennest gehabt. Es taucht auch immer wieder bei den Rechnungen auf. 1655: Heinrich Luithle »macht einen Stuhl aufs Dach für ein Storchennest«; 1711: Maurermeister Johannes Staud »hat das alte Storchennest herunter geworfen und ein neues gemacht«; 1735: »neues Storchennest wird hinaufgemacht«; 1755: das Storchennest »herunter und wieder hinaufgetan«; 1777: der Wind hat das Storchennest »herunter gerissen, es wird wieder hinaufgemacht«; 1824: das Storchennest »wird ausgeputzt«.

Die Großbottwarer waren richtig stolz auf ihre Störche, und am Rathaus sind nicht weniger als acht Storchbilder zu finden. Die



*Stadtwappen an der Südwestecke
des Rathauses.*

Störche haben sich für die Fürsorge auch immer mit ihrem Wiederkommen bedankt. Bis zu den Jahren des Zweiten Weltkriegs. Die Sirene auf dem Rathausdach, die die Bürger vor Fliegerangriffen warnte, hat die Störche vertrieben. Aber die Großbottwarer geben die Hoffnung nicht auf: Die Störche brauchen bloß wieder kommen; ein Nest ist auf dem restaurierten Rathaus für sie vorbereitet.

Die Uhren auf der Südseite des Rathauses haben eine ganz besondere Geschichte. Schon der Bau von 1556 hat eine mechanische Uhr mit einem Stundenzeiger gehabt, denn von 1601 liegt eine Rechnung vor über »1 Viertel Baumöl zum Schmieren der Uhr«. 1655 lesen wir: Die »alte Sonnenuhr heruntergemacht und die neugemachte Sonnenuhr wieder hinaufgemacht«. 1704 »malt ein Kunstmaler die neue Uhrtafel mit einem Zeiger«.

In den Jahren 1717 bis 1728 muss die Uhr fünf Mal repariert werden. Der Rat

beschließt daher 1730, eine neue Uhr machen zu lassen, diesmal mit Stunden- und Viertelschlag. Es entsteht ein richtiges Bietergefecht zwischen dem Hausuhrmacher Jausert aus Lauffen und dem Hofuhrmacher Rust aus Stuttgart. Am Schluss bekommt der Hofuhrmacher den Auftrag. Er bietet noch an, einen »Storcken« zu machen, der bei jedem Stundenschlag mit Kopf und Schnabel beweglich ist. Die Uhr wiegt über fünf Zentner und kostet 225 Gulden, für die alte Uhr zahlt er noch 50 Gulden.

Doch die Rustsche Uhr taugt nicht viel. 1738 heißt es, sie mache dauernd Ärger und bleibe oft stehen. Der Uhrmacher Jausert muss immer wieder die Fehler suchen. 1751 muss eine Generalreparatur der Uhr vorgenommen werden. 1774 erhält die Werkstatt des Uhrenpfarrers Hahn aus Kornwestheim den Auftrag; sein Bruder Gottfried macht die neue Uhr, die 116 Jahre ihren Dienst tut.

1890 fertigt Carl Bauer aus Ludwigsburg die letzte mechanische Uhr fürs Großbott-



*Detail der Südfassade mit Storchenbild,
Sonnenuhr und Zifferblatt von 1782.*

warer Rathaus. Sie wird 1984, noch voll funktionsfähig, »pensioniert« und zeigt sich fortan im Rathausfoyer den Gästen. Das historische Zifferblatt hängt im Eingang, seine Zeiger werden nun elektronisch bewegt. Aber gleichgültig, welches Uhrwerk seinen Dienst tut, der Storch pickt seit fast 300 Jahren jede Stunde unverdrossen.

Die Nordseite

Die Nordseite des Rathauses wurde in all den Jahrhunderten kaum verändert. Von Anfang an wird sie als massive Wand, wie zwölf Jahre später in der Bauordnung von 1568 gefordert, ca. 90 bzw. 75 cm stark ausgeführt.

Diese Wand wird bei der ersten Bauausführung 1556 bis unter das Dach geführt, das ja als Walmdach auf der Oberseite des ersten Dachgeschosses beginnt. Interessant ist, dass in diese Wand romanische Spolien eingebaut sind. Es könnte sich ebenfalls – wie schon bei den Fenstern der Südseite vermutet – um Steine der abgebrochenen Michaelskapelle auf dem Wunnenstein handeln.

Bei den Baumaßnahmen 1984/86 wurde vor diese Wand das Treppenhaus gesetzt und die einzelnen Stockwerke von diesem Treppenhaus erschlossen. Gleichzeitig wird diese fast 500 Jahre alte Wand jedem, der die Treppe begeht, sichtbar gemacht.

Umbau und Restaurierung 1984/86

1956, es ist wieder wie vor 400 Jahren. Der Krieg ist seit zehn Jahren vorbei, es ist wieder etwas Geld da, und da erinnert man sich wieder an das verputzte Fachwerk des Rathauses. Es wird, zur Freude der ganzen Stadt, wieder freigelegt. Gleichzeitig wird, auch wenn dies nicht so genau zu belegen ist, 700 Jahre Stadt Großbottwar gefeiert.

1976 beginnt unter Bürgermeister Schlitter die Sanierung der Stadtmitte. Er sieht dabei auch eine Chance zur Generalsanierung des Rathauses; er betreibt den Neubau der Sparkasse mit zusätzlichen Amtsräumen für die Stadtverwaltung und als Ausweichquartier während der Bauzeit. Noch 1976 wird der Planungsauftrag für den grundsätzlichen Umbau des historischen Rathauses an Architekt Klumpp erteilt. 1980 liegt die Baugenehmigung vor. 1983 wird in einem vorgezogenen Bauvorhaben das Treppenhaus auf der Nordseite angebaut. 1984 kann die Verwaltung in die neuen Räume über der Sparkasse umziehen, im gleichen Jahr beginnen die Bauarbeiten.

Und dann kommt alles anders: Bei der Entriegelung der Wände wird festgestellt, dass anhand von Zapfenlöchern und Bohrungen die Außenwände wieder in den ursprünglichen Zustand von 1556 und



Die Südfassade des Rathauses nach der Restaurierung von 1984/86.

1605 zurückgeführt werden können. Unter dicken Putzschichten kommen die bemalten Decken, Stützen und Wände zum Vorschein, unter einer Blechverkleidung die alte Bemalung einer Uhrtafel. Und dann hinter dieser Uhr die rote Farbe, die später für den Anstrich des Fachwerks gewählt wird.

Jeder Tag bringt längst verloren geglaubte Details aus der Bauzeit zu Tage. Der Archivar sucht und findet immer wieder die archivalische Bestätigung der Funde, wo welche Räume waren oder an Hand der Zahl der Butzenscheiben wie groß die Fester waren. So setzt sich ein Mosaik aus alten Bauteilen und schriftlicher Überlieferung zusammen, das eine fast vollständige Restaurierung möglich erscheinen lässt.

Doch was tun? Die genehmigte Planung sieht ja völlig anders aus. Aber die Bauzeit und vor allem die Kosten müssen eingehalten werden. Und die erst vor 20 Jahren freigelegte Fachwerkfassade, im weiten Umkreis bekannt und auf unzähligen Postkarten ver-

ewigt, geradezu auf den Kopf stellen und aus einer anderen Zeit sichtbar machen?

Schließlich findet sich eine große Koalition zusammen: Bürgermeister, Gemeinderat, Landesdenkmalamt, Genehmigungsbehörde und Archivar unterstützen den Architekten bei seinem Vorschlag, die Gelegenheit zu nützen und der Stadt ein Rathaus zurückzugeben, wie es 1556 und 1605 erbaut wurde. Selbst von den Stifterscheiben, die Herzog Carl Eugen 1782 ausbauen ließ, wurden Reproduktionen gefertigt, die heute wieder den Ratssaal schmücken.

Der Rest ist schnell berichtet: Es wurde umgeplant, es wurde mehr restauriert als umgebaut und im November 1986 konnten die vier neu gestalteten Geschosse wieder bezogen werden. Und im Ratssaal mahnt wieder der alte Richterspruch: RICHTER STAND DEM RECHT BEY / ALS OB HEYT DER IENGST THAG SEY / HAST DV GEWALT RICHT RECHT / DEN GOT HER VND DV CNECHT / URTEIL NIT UF AINS CLAG / HER VOR AVCH DES ANDERN SAG.

Quellen

Stadtarchiv Großbottwar (Baupläne; Bürgermeisterrechnungen; Elsabuch).
Württembergisches Urkundenbuch: Bde. 4 (Nr. 1040) und 8 (Nr. 2882).

Literatur

Hermann Ehmer: Das Großbottwarer Rathaus von 1556. Die Vorgeschichte seiner Erbauung, in: Geschichtsblätter aus dem Bottwartal 10 (2006) S. 17–27.
Hermann Neuffer: 200 Jahre Großbottwarer Rathausuhr, in: Hie gut Württemberg 27 (1976) S. 38–39.
Hermann Neuffer: Zur Geschichte des Großbottwarer Rathauses, in: Hie gut Württemberg 32 (1981) S. 36–37.
Markus Otto: Die Scheibenstiftungen für das Großbottwarer Rathaus, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 35 (1983) S. 71–93.

Die Taxordnung von 1669

Ein Einblick in das Marbacher Stadtleben vor 350 Jahren

von Albrecht Gühring,

Möglingen; Diplom-Archivar (FH), seit 1990 Stadtarchivar in Marbach; zweiter Vorsitzender des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.; Publikationen zur Orts-, Familien- und Landesgeschichte.



zum Jahr 1645 auf 857.¹ 1667 lebten immerhin wieder 1241 Menschen in Marbach. Inzwischen währte der Frieden fast 20 Jahre, also fast eine Generation. Erst während des Reichskriegs gegen Frankreich stießen zwischen 1673 und 1679 erneut französische Truppen nach Württemberg vor.

Marbach war seit dem Mittelalter eine Amtsstadt (heute würde man Kreisstadt sagen). Zum alten Amt gehörten neben Marbach die Orte Affalterbach, Benningen, Erdmannhausen, Kirchberg, Murr, Pleidelsheim, Poppenweiler, Rielingshausen und das sogenannte »Gebiet«, das Burgstall, Erbsetten und Weiler zum Stein umfasste. Dazu hatte Marbach die Obervogtei über das Kloster Steinheim mit Rietenau sowie über Hoheneck mit Neckarweihingen.² An der Spitze der Verwaltung im Amt stand der Obervogt, dem der Untervogt unterstand. Dieser war zugleich Vorstand der Stadtverwaltung. Der Obervogt sollte bei Bedarf den Vorsitz bei Gerichtstagen führen sowie der Rechnungsabhör und dem Vogt- und Ruggericht in der Stadt beiwohnen; hingegen wurde in den Amtsorten das Vogt- und Ruggericht wegen der Kosten nur vom Untervogt gehalten.³ Bis 1625 hatte der Obervogt seinen Wohnsitz im Marbacher Schloss. Danach hielten sich die Amtsträger lieber in Stuttgart auf.⁴ Seit 1667 war Christoph von Manteuffel aus pommerischem Adel Marbacher Obervogt. Der ihm unterstellte Untervogt Johann Jakob Amend aus Gailenhausen in der Wetterau war sehr lange, nämlich von 1659 bis 1684, im Amt.⁵

1 669 erließ die Stadt Marbach eine Taxordnung, die Anfang 1670, also vor 350 Jahren, der Bürgerschaft durch Verlesen kundgetan wurde. Das Schriftstück hat sich glücklicherweise trotz des Stadtbrandes 1693 bis heute erhalten. Tax ist ein anderes Wort für Gebühren oder Steuern, das heißt, in der Taxordnung wurden für Waren und Dienstleistungen sowohl Preise und Löhne als auch Abgaben festgelegt.

Wie war die Situation in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts? Besonders traumatisch war der Dreißigjährige Krieg, der Württemberg besonders stark zerstört hatte. Nach dem Friedensschluss im Jahr 1648 konnte endlich der Wiederaufbau beginnen und die Einwohnerzahl nahm langsam wieder zu. Ein Großteil der Felder und Weinberge lag brach, viele Gebäude waren zerstört und die Finanzkraft der einst blühenden Wirtschaft war für lange Zeit geschwächt. Die Kriegshandlungen, Hunger und Seuchen hatten die Bevölkerung stark dezimiert. Zählte man in Marbach 1622 noch 1765 Einwohner, so sank ihre Zahl bis



Ausschnitt aus dem Holzepitaph des Marbacher Stadtschreibers Johann Jacob Schneider aus dem Jahr 1678. (Stadtarchiv Marbach)

Ein Stadt- und Amtsschreiber war sowohl für die Stadt als auch für die Amtsorte zuständig. 1650 übernahm der 1614 geborene Johann Jakob Schneider, damals Gerichtsschreiber in Kirchheim am Neckar, das Amt, das er dann lange 28 Jahre bis zu seinem Tod im Jahr 1678 innehatte. Das Holzepitaph für ihn und seine Frau Katharina mit Portraits hing früher im Chor der Alexanderkirche und befindet sich inzwischen in der Stadtkirche.⁶

Die kommunale Selbstverwaltung bestand 1669 aus Bürgermeister, Gericht und Rat, wobei sich das Gericht bei Bedarf aus dem Rat ergänzte. Das Amt des Bürgermeisters entspricht ungefähr dem heutigen Kämmerer und hat mit dem heutigen Bürgermeister nichts gemein. Den Vorsitz führte der Untervogt oder in dessen Abwesenheit der Bürgermeister. Die innere Verwaltung regelten meist die Bürgermeister, die eine angesehenere Stellung hatten und oft über

Marbachs Stadtgrenzen hinaus politisch agierten. Die bürgerlichen Gremien, der Magistrat, hießen Gericht und Rat.

Als die Taxordnung 1669 verabschiedet wurde, tagten Gericht und Rat in Marbach nur alle sechs, acht oder zehn Wochen. Spätestens 1684 beriet man sich ein- bis zweimal wöchentlich, wobei die Sitzungen zwischen sieben und acht Uhr abends begannen und oft erst um ein oder zwei Uhr nachts endeten.⁷ Die Sitzungen wurden in Ratsherrenkleidung mit Untergewehr (Degen) besucht, und zu besonderen Anlässen wurde »ein Mahlzeitlein und ein Trunk« gereicht.⁸

Der Magistrat beschäftigte Angestellte, die teilweise für Stadt und Amt zuständig waren. Städtische Ämter waren Schulmeister, Zoller, Stuben- oder Stadtknecht, Feldschütz, Nachtwächter, Obertorwart, Wicklinstorwart, geschworener Untergänger, Totengräber, Uhrmacher, Kalkschauer, Feuerstättenbeschauber bei den Jahrmärkten, Brotschauer, Fleischschätzer, Feldsteußler, Gemeiner Bürgermeister, Hebammen, »Geschworene Weiber« und Wäschgeldeinbringerin. Dies waren entweder ständige Angestellte wie Feldschützen und Nachtwächter, aber auch zeitweise in Kommissionen tätige Gerichts- und Ratsverwandte, wie z. B. die Brotschauer, Fleischschätzer und Feuerstättenbeschauber an Markttagen.⁹

Ein wichtiges Amt hatte der Stadtknecht und Stadtbote. 1678 war Tobias Majer Stadtknecht. Er ist der Großvater unseres berühmten Tobias Mayer. 1690 wäre er fast entlassen worden, da er über zwei gefolterte Kindsmörderinnen, die er verwehren musste, »Geschwätz« in der Stadt verbreitete. Auf sein eindringliches Bitten wurde er im Amt belassen, aber bestraft.¹⁰

Auch die Kirche hatte nach dem Dreißigjährigen Krieg zunächst keinen leichten Stand. Die im 16. Jahrhundert eingerichteten Geistlichen Verwaltungen zogen quasi die Kirchensteuern ein und waren für die

kirchlichen Liegenschaften und das Personal zuständig. In Marbach war von 1663 bis 1688 Johann Friedrich Rathmann Geistlicher Verwalter.¹¹ Geistliches Oberhaupt war der Marbacher Dekan, der damals Spezialsuperintendent hieß. Fast 20 Jahre, von 1664 bis 1683, hatte Pfarrer Joachim Martini aus Brackenheim das Amt inne. 1672 heißt es über ihn, er sei »bey der ganzen commun ein lieber wehrter Mann, ist in seinem Ampt eyferig, gegen meniglich fridlich, im Leben unergerlich, hellt in allem gute Disciplin«. Dem Dekan zur Seite stand von 1669 bis 1686 Diakon Philipp Jakob Bödeker. Er hatte besondere musische Gaben, denn sein Vater war Komponist und Stiftsorganist in Stuttgart gewesen.¹²

Die Trennung der Konfessionen wurde durch den Dreißigjährigen Krieg festzementiert, und so waren Katholiken im Gebiet des Marbacher Dekanats die Ausnahme. Durch die Zuwanderung, vor allem aus der Schweiz, finden sich nach dem Krieg neben einigen Katholiken vereinzelt auch Calvinisten. 1676 wurden im Dekanat Marbach 40 Katholiken und 27 Calvinisten gezählt.¹³

Ebenfalls zu den Honoratioren zählte der Präzeptor als Rektor der Lateinschule, dem Vorläufer des Gymnasiums. Sehr lange, von 1644 bis 1682, war Johann Samson Kornbeck Präzeptor. Deutscher Schulmeister war seit Ende 1666 Nikolaus Pfaff aus Nürnberg. 1672 wurde er bei der Visitation als »guter Modist« gelobt und schlage den »Choral straff«, habe aber seine »crapulae« (Trunkenheit) noch nicht korrigiert, weshalb er sich wegen seines schlechten Gewissens vor der Visitation »absentirt« habe. Zudem verlasse er sich zu sehr auf den Dekan Martini, weil er dessen Schwester zur Frau habe.¹⁴

Eine bemerkenswerte Besonderheit war damals die Marbacher Badstube. Sie lag unterhalb des Wicklinstores und hatte einen guten Ruf als Mineralbad. Darüber berichtet ein 1665, also kurz vor der Taxordnung, gedrucktes Buch, dessen vollständiger Titel



Marbach 1664. Lavierte Federzeichnung von Georg Wilhelm Kleinsträtfl.
(Hauptstaatsarchiv Stuttgart)

lautet: »Kurzer und einfältiger Bericht, was das Bad-Wasser bey der Fürstlich-Württembergischen Ampt-Stadt Marppach von Mineralien/ [etc] bey sich führe/ und welches Gestalt es in mancherley Krankheiten des menschlichen Leibs/ inner- und äusserlich heilsam und dienlich«. Verfasser war Dr. Johann Christoph Eisenmenger d. J., damals Arzt in Heilbronn, aber vorher rund zehn Jahre Physikus in Marbach.¹⁵

Wurde doch jemand krank, dann übernahm die medizinische Versorgung im Regelfall ein Barbier bzw. Chirurg, der wie ein Handwerker den Arztberuf erlernt hatte. In schwierigeren Fällen wurde der Stadt- und Amtsphysikus, also der studierte Arzt, konsultiert. Sich von einem Barbier in seinem eigenen Haus schröpfen zu lassen, kostete drei Kreuzer, das Barbieren zwei. Auch das Baden, Haare schneiden und zur Ader lassen war geregelt.

Die Ärzte mussten auch immer wieder Gewaltopfer behandeln, denn die öffentliche Moral war durch den Dreißigjährigen Krieg auf einem Tiefpunkt angelangt und eine gewisse Verrohung der Sitten war überall im Land zu spüren. Leider brachte auch die längere Friedenszeit nur bedingt Besserung. Weder die Stadt Marbach noch die Amtsorte machten hier eine Ausnahme. Zuständig für Vergehen in Stadt und Amt war das Marbacher Stadtgericht. Es konnte

als sogenanntes Halsgericht unter Vorsitz des Vogts die Todesstrafe aussprechen. Das Marbacher Hochgericht, also der Galgen, wird in der Kellereirechnung 1649/50 erwähnt.¹⁶ Etliche Todesurteile wurden hier in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts vollstreckt. 1678 bat der kranke Stuttgarter Scharfrichter Andreas Bickel die Stadt Stuttgart, seinen Sohn mit einer Hinrichtung zu betrauen. Der habe bereits in Marbach, Schorndorf und Knittlingen Hinrichtungen »feliciter« – also glücklich im Sinne von erfolgreich – vollzogen.¹⁷ 1690 berichtete der Stadtknecht Tobias Majer, dass er während seiner zwölfjährigen Dienstzeit bereits elf Personen verwahren musste, die hingerichtet wurden.¹⁸

Doch wie sah es wirtschaftlich aus? Marbach war 1669 eine typische Ackerbürgerstadt, das heißt, ein Großteil der Einwohner, im Regelfall auch die Handwerker, betrieben eine mehr oder weniger große Landwirtschaft.¹⁹ Die Lebensgrundlage der Bauern und Weingärtner war durch den Dreißigjährigen Krieg weitgehend zerstört. Zur Neuanlage der Weinberge nach dem Krieg wurden viele herzogliche Vorschriften erlassen. So durften z. B. die Weinberge nicht zu dicht bestockt werden, und schlechte Weinstöcke mussten ersetzt werden. Viele Weinberge waren trotzdem mit Ungarnreben, sogenannten Tokayern oder

Putzscheeren, bestückt, die »mit ihrem brühreichen, aber geistlosen Saft weite Verbreitung auch im Neckar- und Bottwartal fanden«. Ein weiterer Qualitätsverlust entstand durch das Mischen weißer und roter Weine zu sogenanntem Schillerwein, dessen unbeliebte Farbe besonders beim Verkauf ins Ausland Nachteile brachte. Günstig wirkte sich hingegen nach dem Krieg die große Verbreitung der Trollingertraube aus. Auch Rieslingtrauben, sogenannte Grünellen, wurden vermehrt angebaut.²⁰

Hauptumschlagsplatz der erzeugten und erhandelten Güter waren neben den Wochenmärkten die beiden Marbacher Jahrmärkte, nämlich der Maienmarkt an Philippi und Jakobi (1. Mai) und der Martinimarkt am 11. November. Doch es zeigte sich, dass mit Zunahme der Güter und des damit verbundenen Handels eine neue Regelung notwendig wurde. Daher erließ die Stadt Marbach im Jahr 1669 eine neue Taxordnung, die im Januar 1670 der Bürgerschaft vorgelesen wurde und damit in Kraft trat.

Die genaueren Umstände, die zum Erlass der neuen Taxordnung geführt hatten, sind nicht bekannt, da alle anderen Dokumente aus dieser Zeit 1693 verbrannt sind. Wir können nur spekulieren, warum sich dieses Dokument erhalten hat. War es an eine andere Gemeinde ausgeliehen? Hatte es ein Händler oder Gerichtsmitglied bei der Flucht aus der Stadt 1693 mitgenommen? Wir wissen es nicht, sind aber froh, dass wir dadurch einen Einblick in das Wirtschaftsleben Marbachs vor 350 Jahren erhalten.

Während die Preise für Nahrungsmittel je nach Ernte schwankten, waren die Entlohnungen für Dienstleistungen der Handwerker sowie Abgaben von Händlern bei bestimmten Waren genau festgelegt. Die Taxordnung von 1669 regelte auch die Entlohnung der Weinlader, Fassführer und Fassspanner für das Be- und Entladen sowie das »Spannen« und »Salben« der Fässer. Von jedem erkaufte Fuder Wein sollte ein Fuhr-

mann dem Unterkäufer 36 Kreuzer geben, hingegen waren Bürger von der Abgabe befreit.²¹

Die reichste Marbacher Familie war die Kaufmannsfamilie Wunderlich, die neben Handelsleuten auch mehrere Theologen hervorbrachte. Der 1617 geborene Bürgermeister und Handelsmann Daniel Wunderlich²² stiftete mit seiner Ehefrau 1668 den Kanzeldeckel in der Alexanderkirche. Sicherlich war er 1669 bei der Abfassung der Taxordnung beteiligt. Im Jahr darauf starb Wunderlich. Sein Sohn Dieterich trat als Bürgermeister und Handelsmann in die Fußstapfen des Vaters und gehörte dem württembergischen Landtag an. Sein Porträt ist in Marbach am Gebäude Strohgasse 14 zu sehen. Bei seiner Erbteilung 1694 ergab sich nach Abzug der Schulden das enorme Vermögen von über 25 000 Gulden, womit Wunderlich heute Millionär wäre. Für diesen Betrag hätte man damals über 1000 Kühe kaufen können.²³

Besonders wichtig war die Taxordnung für Gastwirte. 1641 war Albrecht Grüneisen, der Sohn des Stadtschreibers Ludwig Grüneisen, Wirt in Marbach. Er ist der Urururgroßvater von Friedrich Schiller und wurde 1644 als früher Beischläfer, also für Geschlechtsverkehr vor der Eheschließung, bestraft.²⁴ Außer den ständigen Wirten gab es auch sogenannte Gassenwirtschaften, die nur zeitweise und hauptsächlich zum Ausschank betrieben wurden. Übernachten konnte man hier nicht. Die Taxordnung von 1669 sah gewisse Richtpreise für Wirte und Gastgeber vor. Ein »Voressen«, also eine Vorspeise, kostete eineinhalb Kreuzer, hingegen sollten je drei Kreuzer für Suppen und Fleisch, für Gemüse mit Fleisch, für Fisch sowie für Kalbs- oder Hammelbraten verlangt werden.²⁵

Ein besonderes Ereignis war stets das Aufstellen neuer Richter im Stadtgericht. Dafür wurden pro Person 15 Kreuzer angesetzt. Wörtlich heißt es: »Mahlzeiten wann vier



Porträtbüste von Dieterich Wunderlich am Gebäude Strohgasse 14 in Marbach. (Stadtarchiv Marbach; Foto: Michael Weber Stuttgart)

Richter aufgestellt werden, allß Voessen, Suppen und Flaisch, Gemüß und gebratenes neben guethem Wein uff ein persohn 1 Maß«. Fast das Doppelte pro Person, nämlich 28 Kreuzer, berechnete man, wenn Adelige oder andere Personen hohen Standes einkehrten oder solche, »so es vermögen besser tractiert zu werden begehren, allß mit Hüenern, Cappaunen, zweyerley Vischen, Vögeln, Krebs und dergleichen costbare Sachen«. Auch Preise für den dabei fälligen Kauf von Pferdehafer, die Stallmiete und die Beherbergungskosten waren festgelegt. Diese Preise mussten auf einem in der Wirtschaft angenagelten Täfelchen angeschrieben werden. Die Zeche sollte im

Beisein des Gastes vom Wirt einzeln »mit der Kreyden« abgerechnet werden.²⁶

Wir können davon ausgehen, dass in den Wirtschaften vor allem Wein ausgeschenkt wurde, denn im Weinland Württemberg hatte das Bier keine große Lobby. 1643 und 1644 betrieb Alexander Österlin in Marbach mit herzoglicher Bewilligung – und nachdem er durch die herzogliche Rentkammer samt seinem Knecht »leiblich« beedigt worden war – eine Brauerei. Von 1645 bis ins 19. Jahrhundert wird keine Brauerei mehr in Stadt und Amt Marbach erwähnt.²⁷

Neben den Ackerbürgern prägten zahlreiche kleine und mittlere Handwerksbetriebe das Bild Marbachs. Die Marbacher Hand-

werker waren meistens wohlhabend, wie heute noch manche Hausmarke in der Altstadt zeigt. Manche ihrer Söhne konnten studieren. In Gericht und Rat bildeten die wohlhabenden Handwerker die stärkste Schicht.

Obwohl aufgrund des Fehlens einschlägiger kommunaler Quellen und der Kirchenbücher für die Zeit um 1670 eine Aussage zur Häufigkeit der einzelnen Berufsgruppen nicht möglich ist, zeigt sich doch, dass in der Amtsstadt im Vergleich zu den Amtsorten²⁸ nicht nur Handwerker für den täglichen Bedarf, wie beispielsweise Bäcker, Metzger, Schmiede und Schuhmacher, ansässig waren, sondern auch solche für den spezialisierten Bedarf, den der Dorfbewohner in der Stadt kaufte. Dazu gehörten schon in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts Buchbinder, Hutmacher, Sattler, Seiler sowie die Rot- und Weißgerber, die das traditionelle alte Marbacher Gewerbe innehatten. Besonders hoch war im 17. Jahrhundert die Anzahl der Hersteller und Verarbeiter von Textilien. Die Knappen, Tuchmacher und Tuschscherer scheinen mit den Gerbern gleichgezogen oder diese sogar noch überflügelt zu haben.

Eine gute Zusammenstellung der meisten Marbacher Handwerker, die in den Jahren ab ca. 1670 in Marbach tätig waren und die Katastrophe von 1693 überlebten, bietet das nach dem Brand rekonstruierte Familienregister und Ehebuch von Diakon Mörleth (ohne Müller und Barbieri bzw. Chirurgen; P = Pate):²⁹

Bäcker (einige Bäcker, mitunter auch schon Metzger, waren zugleich Gastwirte): Johann Kodweiß, Israel Rebmann, Melchior Pressel, Wilhelm Pressel, Wilhelm Klein, Johann Georg Hampp, Jakob Hampp, Michael Rammenstein, Daniel Hettler, Johann Jakob Klein, Johann Kodweiß, Christoph Kodweiß, Johann Bernhard Mehrer, Johann Georg Stahl, Gustav Föll, Wilhelm Winter, Johann Michael Reiser, Matthäus Beutelsba-

cher, Jakob Winter (P); Buchbinder: Johann Friedrich Grab; Dreher: Matthäus Mühr, Johann Wolfgang Moser; Färber: Johann Wilhelm Hettich; Glaser: Bernhard Machlaidt; Hutmacher: Peter Spahmer; Knappen: Johann Melchior Thudichum, Kaspar Höllriegel; Kübler: Michael Jung; Küfer: Matthäus Kienlin, Jakob Föll, Claudius Michael, Christian Rommel; Kupferschmied: Michael Kodweiß; Maurer: Christian Probst, Johann Röslin, Johann Jakob Baumann; Metzger: Konrad Hirt, Andreas Stroh, Johann Michael Hail, Jakob Weingärtner, Matthäus Fuchs, Johannes Knaupp, Jakob Knaupp, Johannes Hartmann (P), Johann Andreas Haas (P); Nagelschmied: Gottfried Oberländer; Rotgerber: Philipp Freihardt, Johann Jakob Knaupp, Josias Fauth, Melchior Fauth, Johannes Knaupp; Säckler: Ehrenfried Weidner; Sattler: Johann Leonhard Voltz; Schneider: Johann Christoph Hermann Walch, Tobias Stähle, Johann Michael Luceyer (auch Luzeier), Johann Kaspar Weinen, Georg David Binnicker; Schönfärber: Wilhelm Plouquet; Schreiner: Johannes Locher; Schuhmacher: Caspar Bolai, Zacharias Geilhoffer, Martin Reiser, Johann Leonhard Kratz, Kaspar Meisterlen, Johann Michael Höllriegel, Joseph Kantz (Kratz?); Seiler: Johann Ulrich Hettler, Gottfried Hettler; Strumpfstricker: Martin Stolpp; Tuchmacher: Johann Ludwig Fink, Johann Ludwig Peeler, Ludwig Hirt, Johann Ludwig Stolpp, Gottlieb Uschalk, Christian Veyhl, Johann Sebastian Jäger; Walker: Johannes Hohlmaier; Wagner: Johann Neuffert, Johann Jakob Nieß; Weißgerber: Daniel Schmidt, Joseph Götz; Zeugmacher (Hersteller von Textilien schlechterer Qualität): Joachim Schmid; Zimmermann: Samuel Thumm, Johann Michael Deschler (P); Zinngießer: Johann Friedrich Denzel (P).

Die meisten dieser 1693 noch lebenden Handwerker wurden zwischen 1640 und 1670 geboren. Älter waren damals nur Josias Fauth (geb. um 1615), Christoph Kod-

weiß (geb. 1628) sowie Johannes Hohlmaier und Johann Georg Hampp (beide geb. 1638). Die beiden Bäcker Johann Kodweiß wurden 1640 und 1666 geboren und waren Urgroßvater und Ururgroßvater von Friedrich Schiller. Mit 19 Bäckern liegt dieses Handwerk in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts an der Spitze, gefolgt von neun Metzgern sowie je sieben Schuhmachern und Tuchmachern und dann fünf Rotgerbern.³⁰ Jedoch können dies nur Angaben ohne Gewähr sein, denn zahlreiche Handwerker treten nur zufällig in den Quellen auf, so beispielsweise 1649/50 Schmied Thomas Nägelin, Weißgerber Hans Vock, Schreiner Jakob Dorn, Schlosser Alexander Sailer, Glaser Hans Machlaidt und Schreiner Michael Frank.³¹

Die Bäcker und Metzger, deren lebensnotwendige Waren praktisch täglich benötigt wurden, stellten naturgemäß die größte Anzahl. Sie hatten als Privileg ihre Verkaufsläden im Rathaus. 1691 arbeiteten in Marbach 21 Bäcker und 16 Metzger, die an die Stadtverwaltung eine Gebühr für den Gebrauch dieser sogenannten Bänke im Rathaus entrichten mussten. Die Taxordnung von 1669 legte, weil nicht überall gleichschwere Laibe gebacken wurden, den Lohn für das Verbacken einer bestimmten Menge Kernen oder Mehl oder sonst für einen achtpfündigen Laib fest.

Bei den Metzgern waren hingegen wesentlich umfangreichere Regelungen notwendig. Sie betrafen den Verkaufspreis für Fleisch vom besten inländischen Ochsen- oder Stiermastfleisch, gleichwertig mit gut ausgemästetem Kuhfleisch, bis zum mittelmäßigen Stier- oder Schmalrindfleisch (von Jungvieh oder halbwüchsigem Vieh). Weitere Schlachttiere waren »Stechkalb« (gemästetes und zum Schlachten bestimmtes Kalb), Schwein, Hammel, Schaf, »Sauglamm«, Eber, Farren und »Kosel« (Mutterschweine). Sulzen wurden aus Lunge, Leber und dergleichen gemacht, die in einer gelochten

Waagschale gewogen werden mussten. Weiter verkauften die Metzger Ochsenfuß, Ochsenmaul, Rindsfuß, Rindsmaul, Milz, Hirn, Kalbskopf, gesäuberte Kalbsfüße sowie Hammel- und Schafskopf. »Ein Geräusch [Herz, Lunge, Leber, Nieren] mit zugehöriger ganzer Leber und Börschlin« sollte sieben Kreuzer kosten. Ein »Kreeß [Gedärm] sambt dem Wänstlin« kostete fünf Kreuzer. Aus Fett und Unschlitt (Talg) machten die Metzger Kerzenrohstoff, den sie pfundweise verkauften. Auch die Entlohnung für Hauschlachtungen, bei denen der Metzger keine Wurst als Geschenk annehmen durfte, wurde für die verschiedenen Tiere geregelt, ebenso für das Abziehen der Häute.³²

Die Bäcker und Metzger waren in der Regel wohlhabend. Dies zeigt sich beispielsweise an einem der Häuser des Metzgers Johann Jakob Heinlin (1652–1733), der 1688 das heute als einziges bekanntes Gebäude aus der Zeit vor dem Brand von 1693 innerhalb der Stadtmauern stehende Gebäude (heute Auf den Felsen 1) bauen ließ.

Außer den selbstverständlichen Lebensmittelgewerben dominierten in Marbach auch in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die mit der Herstellung und Verarbeitung von Textilien und Leder befassten Handwerker. Dazu gehörten Tuchmacher, Walker, Knappen, Rotgerber, Schuhmacher, Zeugmacher, Säckler, Sattler, Färber, Hutmacher, Tuhscherer, Schneider, Strumpfstricker und Weißgerber. Die Taxordnung von 1669 reiht die Knappen sowie die Zeug- und Tuchmacher in dieselbe Gruppe ein.³³

Die Gerberei war in Marbach traditionell eines der wichtigsten Gewerbe. Wie die anderen Handwerker waren auch die Gerber in Zünften organisiert. Marbach war eine der neun württembergischen Städte mit Weißgerberzunftladen. Die Weißgerber verarbeiteten Felle von Hirsch, Reh, Bock, Geiß, Kalb, Schaf und Hammel, aber auch Hundehäute. Ergebnis waren feine Leder



Titelblatt der Taxordnung von 1669. (Stadtarchiv Marbach)

bis hin zu Pergament. Die Rotgerber fertigten Leder aus den Häuten von Ochsen, Kühen, Stieren, Kälbern und manchmal auch Pferden.

Hauptabnehmer der Gerber waren die Schuhmacher, in deren Gewerbe 1688 in Stadt und Amt Marbach 37 Meister arbeiteten. Die Schuhmachertax, also die Preise für Schuhe, begannen 1669 bei 10 bis 16 Kreuzer für ein Paar »Kindtsschüelen« für vier- bis fünfjährige Kinder. Die teuersten Schuhe kosteten fünf Gulden, also 300 Kreuzer. Das war der stattliche Preis für ein Paar Reitstiefel von gutem »leonischem Cardawan« mit

»Spornleder«. In der Taxordnung werden weitere Schuhe genannt, beispielsweise Bauern- oder Kniestiefel, Wasserstiefel, gedoppelte Männerschuhe aus inländischem Leder mit niederländischen Sohlen, »Weiberstüfel von schwarzem bernichen [aus Bern?] Leder«, niedere Frauenschuhe aus schwarzem oder weißem Kalbsleder oder weißem Schafleder, Männerpantoffel und Bauernriemenschuhe. Weitere Preisunterschiede gab es, wenn der Kunde einen Teil oder alles Material lieferte. Gleiches galt für Flickarbeiten. Den Schustern war es verboten, Rossleder zu verarbeiten.³⁴ Auch die

Sattler benötigten Leder. Sie stellten Sättel und Reitkissen, aber auch Zügel, Zaumzeug, Halfter und Kummet her.

Die Taxordnung regelte 1669 auch die »Schneidertax« und reichte vom einfachen Paar Strümpfe für zwei Kreuzer bis zum »grobgrüenin Predigers Rockh, der gefüttert und gestepht ist« für einen Gulden 24 Kreuzer. Der Schneider nähte aus verschiedenen Stoffen Mützen, Kirchenmützen, Wamse, Hosen, Mäntel, Hemden, »Leinenleible«, Latzhosen, »Klagklaider«, also Trauerkleidung, Leichentücher, Kutten, Kappen, Unterröcke, Schürzen, Mieder und anderes mehr. Auch der Lohn für Meister, wohlgeübte Gesellen, Lehrjungen, Näherinnen, Lehrmädchen, »Krößlerinnen« (nähten unter anderem Halskrausen) und Wäscherinnen war durch die Ordnung festgelegt. Weitere Regelungen im Textilgewerbe betrafen die Leineweber, Hutmacher und Schwarzfärber sowie die Kürschner. Letztere verarbeiteten die Felle von Wolf, Luchs, Otter, Hase, Fuchs, Marder, Iltis, Nerz, Schaf, Lamm, Geiß und »wildem Kuder« (Kater).³⁵

Auch die »Kantengießler«, also die Zinngießler, waren im Regelfall nur in bedeutenderen Städten beheimatet. Ihre signierten Produkte sind heute Sammelobjekte. Die Taxordnung sah Regelungen für Zinngießler, aber auch für andere metallverarbeitende Berufe wie Schmiede und Kupferschmiede vor, ebenso für Wagner, Seiler und Hafner. Letztere produzierten nicht nur Schüsseln, Milchküben, Tiegel, Krüge und Flaschen, sondern auch Ofenkacheln. Aus grünen Spiegelkacheln oder »gebilderten oder Rauten Mödel« setzten sie die Kachelöfen zusammen. Die Wagner fertigten sowohl Einzelteile als auch ganze Wägen. Es werden Holz-, Heu-, Herbst-, Mühl- und Truhenkarren sowie Kampfwägen, aber auch Pflüge und Eggen genannt. Bei Kupferschmieden werden unter anderem Ofen- und Wasserküben, Gölten, Kübel und Schenkessel genannt.

Besonders ausführlich werden in der Taxordnung die im Hochbau tätigen Handwerker bedacht. Die Steinmetze und Maurer erhielten, wenn der Bauherr das Material stellte, für eine Rute Fundament zu mauern einen Gulden 40 Kreuzer, für das steinerne Erdgeschoss zwei Gulden und für eine Rute Gewölbe drei Gulden. Auch Kamin- und Dachdeckerarbeiten sowie das Brechen der Steine, auch derjenigen für Fenster, Quader und Gewölbe, verrichteten sie. Daneben wurde auch mit Backsteinen gemauert. Die Zimmerleute hingegen bezahlte man nach Schuh. Sie erhielten für den Bau von Fachwerkhausrahmen im Erdgeschoss pro Schuh zwei Kreuzer, im ersten Stockwerk drei, im zweiten Stock vier und in jedem weiteren Stockwerk fünf Kreuzer. Auch das Anbringen von Brettern sowie das Setzen der Abstützungen und Hebegeschirre gehörten zu den Aufgaben. Steinmetze, Maurer und Zimmerleute wurden sommers und winters unterschiedlich bezahlt. Unterschiedlich war auch der Lohn für Meister, Gesellen, Jungen und »Boßler« (Handlanger). Die Zimmerleute sollten im Sommer »nach altem Herkommen« von morgens vier Uhr bis abends um sieben Uhr arbeiten und dann ein »Underbrodt« erhalten. Im Winter ging die Arbeitszeit schlicht von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang.

Weitere Regelungen betrafen die Glaser, Schreiner und Schlosser. Die Schreiner stellten beispielsweise neben Haustüren, Stubentüren, Fensterläden und Vertäfelungen bzw. Parkett für Decken, Wände und Fußböden auch Särge her, ebenso Mobiliar wie Bettladen mit Himmel, Truhen, Tische, Backmulden, Schranken und Stühle. Schlosser machten die Beschläge und Schlösser für Türen und Tore. Offenbar kam es hier öfter zur Verwendung minderwertigen Materials, denn es wird vermerkt: »Worbey zue observiren, daß alles von neuen Eysin und nit von altem verrosteten, nun wider geschwärztem, und wider zusahmen

geschwäißen Sachen gemacht sein sollen.« Bei Zuwiderhandlung wurde eine Strafe von drei Gulden angedroht.³⁶

Zum Schluss ein heute noch aktuelles Thema. Durch den Dreißigjährigen Krieg war die Gewohnheit des Tabaktrinkens, also Tabakrauchens, verbreitet worden. Ein württembergisches Generalreskript verbot

schon 1652, also vor fast 370 Jahren, das Tabaktrinken »als ein sowohl der Gesundheit halber, als wegen Feuersgefahr und sonst in viel Weg hochschädliches Wesen«. Kaufleute, die Tabak verkauften, und Raucher wurden mit hohen Strafen bedroht. Daher findet sich dazu auch keine Regelung in der Taxordnung.³⁷

Anmerkungen

- 1 Karl Förstner: Heimatbuch des Oberamtsbezirks Marbach für Schule und Haus, Marbach 1923, S. 199 und 204; Albrecht Gühring und Hans Wahl (Hrsg.): Rielingshausen. Vom fränkischen Adelssitz zum Marbacher Stadtteil, Marbach 1996, S. 127; vgl. auch Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 4 Bü 5, wonach 1635 in Stadt und Amt Marbach 1569 Untertanen lebten.
- 2 HStAS A 213 Bü 4762; Rielingshausen (wie Anm. 1) S. 132.
- 3 Näheres bei Friedrich Wintterlin: Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg, Teil 1, Stuttgart 1902, S. 55 f.
- 4 HStAS A 213 Bü 4773.
- 5 HStAS A 202 Bü 2905 f.; Landeskirchliches Archiv Stuttgart (LKA) A 1 Bd. 32; Walter Pfeilsticker: Neues Württembergisches Dienerbuch, Bd. 2, Stuttgart 1963, § 2574.
- 6 HStAS A 6 Bü 145 und A 213 Bü 1427; Pfeilsticker (wie Anm. 5) § 2585; Epitaph in der Marbacher Stadtkirche.
- 7 HStAS A 206 Bü 3534; Stadtarchiv Marbach (StAM) R 80.
- 8 Eugen Munz und Otto Kleinknecht: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Stuttgart 1972, S. 135 f.
- 9 HStAS A 582 Bü 202.
- 10 HStAS A 303 Bd. 9013 und A 209 Bü 1564; Albrecht Gühring: Der verkannte Marbacher Großvater von Tobias Mayer, in: Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wappenkunde, Bd. 21, Heft 10 (Dezember 1996), S. 467–472.
- 11 Pfeilsticker (wie Anm. 5) § 2583.
- 12 LKA A 1 Bd. 27; Pfarrerbuch Herzogtum Württemberg (www.wkgo.de/personen/personensuche); vgl. dazu die Visitationsakten: HStAS A 281 Bü 823; LKA A 1 Bde. 28–31.
- 13 HStAS A 281 Bü 823 und 830; LKA A 1 Bde. 21, 26 und 32 f.
- 14 LKA A 1 Bd. 27 f.
- 15 Die Heimat, Jg. 1920, Nr. 4; Blätter des Altertumsvereins für das Murrtal und Umgebung, Jg. 1887, Nr. 14; Munz/Kleinknecht (wie Anm. 8) S. 134.
- 16 HStAS A 302 Bd. 8026.
- 17 Paul Sauer: Geschichte der Stadt Stuttgart, Bd. 2, Stuttgart 1993, S. 291.
- 18 HStAS A 209 Bü 1564.
- 19 HStAS A 261 Bü 1189.
- 20 Förstner (wie Anm. 1) S. 208; Rielingshausen (wie Anm. 1) S. 143.
- 21 StAM A 550.
- 22 Einiges zur Familiengeschichte: Württembergische Landesbibliothek, Leichenpredigt Nr. 19756.
- 23 Inschriften am Gebäude Strohgasse 14 und am Kanzeldeckel.
- 24 HStAS A 202 Bü 1006.
- 25 StAM A 550.
- 26 Ebd.
- 27 HStAS A 202 Bü 2513.
- 28 Rielingshausen (wie Anm. 1) S. 115 u. 148 f.
- 29 Taufbuch Marbach 1693–1731 und Ehebuch Marbach 1694–1774.
- 30 Ehebuch 1694–1774.
- 31 HStAS A 302 Bd. 8026 und A 303 Bd. 9014.
- 32 StAM A 550.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Paul Sauer: Affalterbach 972–1997. Weg und Schicksal einer Gemeinde in 1025 Jahren, Affalterbach 1997 S. 112.

Ludwigsburger Keramik-Maler

Nachgewiesene Personen mit abgebildeten Arbeiten aus den ersten drei Ludwigsburger Manufakturen 1758–1824

von Dr. Hans Dieter Flach,
Wenzenbach; Jahrgang 1934;
Studium der Wirtschaftswissen-
schaften und Kunstgeschichte;
im Ruhestand intensive Kera-
mik-Recherchen; zahlreiche
Publikationen zu Malern und
Malertätigkeiten der Ludwigs-
burger Manufakturen.



Es war in der europäischen Startzeit der Porzellanherstellung nicht in allen Manufakturen üblich, dass sie unmittelbar nach ihrer Gründung sofort mit der Produktion von Porzellan beginnen konnten. In Ludwigsburg war die Verzögerung sogar extrem: Nach der offiziellen Gründung im April 1758 kam es zur eigentlichen Produktionsvorbereitung erst, nachdem Joseph Jacob Ringler im Februar 1759 als Leiter der Manufaktur eingetreten war. Im April 1759 erfolgte dann obendrein noch eine Entscheidung zu einem Umzug auf ein Grundstück, auf dem drei gut erhaltene Verwaltungsbauten standen und jetzt zusätzlich die erforderlichen Neubauten von Produktionshallen erstellt wurden. Damit konnte auch erst die Errichtung eines

– und bald eines zweiten – funktionierenden Brennofens erfolgen. Bau- und Testzeit haben sicher mehrere Monate benötigt, so dass wohl nicht vor Ende September 1759 – falls nicht sogar erst 1760! – mit einer akzeptablen Produktion begonnen werden konnte.

Signaturen sind zeitlich sehr unterschiedlich benutzt worden. In den ersten Produktions-Monaten gab es diesbezüglich keine Vorschriften. Nachweise aus dieser Frühzeit sind allerdings sehr selten: Ein einzelnes bisher entdecktes typisches Beispiel bietet ein Service von Gottlieb Friedrich Riedel, der im Mai als Malerchef eingestellt worden war. Er konnte wie auch weitere Maler wohl seine Arbeiten am Beginn der Manufaktur herstellen und offen auf ihrem Boden signieren.¹

Sehr bald wurde das Signieren jedoch verboten: Die Manufaktur sollte als Gesamtbild in der Porzellanwelt erscheinen und als geschlossene Einheit einen guten Eindruck abgeben. Erst in der zweiten Hälfte der 1760er Jahre wurden Maler-Signaturen nicht mehr streng verboten und man begann langsam, die Signaturen in den Malereien versteckt anzubringen. Ab Beginn der 1770er Jahre durften allmählich Signaturen wieder auf dem Boden oder in den Fußringen sichtbar aufgemalt werden.



Abb. 1: Teller mit Blaumalerei. Nicht sehr tiefer, 10-fach gebogter und gerippter Teller. Aus altem Stamm wachsende Blütenstaude vor niedrigem Flechtzaun; Rand mit Blüten und Zierformen. Gemalt von Carl Ludwig Hoff in unterglasurblau; Signatur: kopfstehendes L an großem H mit rechts anliegendem C; 24,6 cm.

Natürlich sind noch sehr viele Malereien in Ludwigsburg erfolgt, deren Maler sich derzeit nicht bestimmen lassen. Denn Bestimmungen von Malern zu vorliegenden Arbeiten sind nur nach Signaturen oder – sofern solche nicht zu finden sind – nach Kenntnis von Arbeiten bestimmter Maler möglich. Wenn man versucht, zusätzlich zu sicheren Bestimmungen von Malereien möglichst viele weitere Arbeiten, auch mit Hilfe von Signaturen von Malern auf Porzellan zu entdecken und zuzuordnen, hat man zwar immer wieder einzelne Erfolge. Trotzdem ist der Stand dieser Forschung noch sehr am Anfang. Denn mit den im Folgenden gezeigten Nachweisen konnten bisher nur 65 Ludwigsburger Malern Arbeiten zugeordnet werden. Bis von allen 209 aktuell nachgewiesenen Malern dieser Manufaktur Arbeiten gefunden sein werden, ist demnach noch viel Suche und Forschung erforderlich.

Nachforschungen nach Malern und ihren Arbeiten sind, sofern keine Signaturen zu finden sind, somit sehr erschwert und bisher nur von wenigen Autoren, in der Regel beschränkt auf einen oder wenige Maler, vorgenommen worden. Mechthild Landenberger, die sich mit Porzellan im großen Bestand des Württembergischen Landesmuseums in Stuttgart Jahrzehnte beschäftigt hat, konnte zunächst die Modelleure der Figuren erforschen und sehr gute Ergebnisse aufweisen. Besonders konnte sie den damals führenden Modelleuren vieles zuweisen und ihre Erkenntnisse im Museumsführer zur Ausstellung im Ludwigsburger Schloss publizieren.²

Durch die mittlerweile vorliegenden Ermittlungen von Malerarbeiten wurden viele persönliche Stile bekannt. Ermittelt wurden die Malerarbeiten auf Porzellan und Fayence. Bei Steingutarbeiten sind zwar einige Malernamen bekannt, bisher aber wurden keine Arbeiten gefunden, die ihnen treffend zuzuordnen wären. Die Zusammenstellung der drei Keramikarten aus Ludwigsburg musste erfolgen, weil die Maler der verschiedenen Gewerbe häufig untereinander wechselten. Dies wahrscheinlich aufgrund von Zeitdruck durch größere Porzellan-Aufträge oder Auftragsmangel auf dem Fayence-Gebiet. Interessant, dass sich solch Aktive sogar in der höchsten Qualitätsstufe, der Bataillenmalerei, betätigt haben.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Staffierer hier mit einbezogen wurden, was ohne sicheren Fund jedoch nicht entschieden werden kann.³ Zahlreiche veröffentlichte Werke müssen weiter unbenannt bleiben, weil ihre Maler noch nicht bestimmt werden können. Es sind auch einige Arbeiten auf Porzellan von Malern erstellt, die mit Einzelbuchstaben signiert sind, jedoch wegen Namensähnlichkeiten noch nicht sicher einem bestimmten Maler zugeordnet werden können, bis sichere Merkmale nachgewiesen werden.



Abb. 2: Glatte Untertasse mit zwei Männern; einer sitzt auf einer Bank und beobachtet den anderen, der auf einem Fass sitzt und jubelnd ein Bierglas hochhält.

Gemalt von Jean Courteaut; links neben dem Stein im Gras ein T in einem großen C.

Die Anzahl der hier nachgewiesenen Arbeiten je Maler sagt nichts aus über den Produktionsumfang des Malers. Daher werden auch von den Malern, von denen schon viele Nachweise erfolgt sind, hier nicht alle bekannten Arbeiten angeführt. Bedeutend ist jedoch die Tatsache, dass höhere Qualität eine Zuordnung leichter macht. Käufe und Publikationen bei Sammlern und Museen richten sich entsprechend meist nach der Qualität der Arbeit. Zu berücksichtigen ist allerdings auch die Dauer der jeweiligen Beschäftigung jedes Malers in der damaligen Manufaktur.⁴ Freilich existieren auch Fälle, in denen Maler nach einer gewissen Zeitspanne die Manufaktur verlassen und sich in der Stadt oder ihrer Nähe von zu Hause aus betätigten. Hierfür ist ein typisches Beispiel Johann Friedrich Steinkopf, der nach elf Jahren als Manufaktur-Angestellter auschied und sich lange weiter im gleichen Ort mit der gleichen Tätigkeit beschäftigte.

Die hier aufgeführten Mal-Nachweise beziehen sich ausschließlich auf Ludwigs-

burg, auch wenn Arbeiten vieler der Ludwigsburger Maler in anderen Manufakturen nachgewiesen sind.⁵ Eine solche Gesamt-Ermittlung wäre eine ideale Aufgabe für die Forscher der jeweiligen Manufakturen. Diese Ergebnisse wären interessant und erbrächten für weitere Forschungen, besonders für Wandermaler, eine gute Basis. Veröffentlichungen von Malerarbeiten sind hier nur einbezogen, wenn die betreffenden Nachweise abgebildet sind; denn auch ausschließliche Beschreibungen können nicht überprüft werden.

Aus der großen Sammlung von Ludwigsburger Porzellan im Württembergischen Landesmuseum Stuttgart ist in Publikati-



Abb. 3: Milchkanne mit 2,5-Rocaille-Henkel und Daumenrast und mit drei einfachen Füßen; ein Mann hält zwei Frauen mit Körben an Arm und Schulter.

Gemalt von Johann Jacob Elias; im Gebüsch versteckte Signatur EL; Höhe: 13,5 cm.



Abb. 4: Auf einer Alt-Ozier-Rundschale ein bunter Blumenstrauß.

Gemalt von Anton Melchior Frey; Signatur »Frey« mit den unteren Stängel; Durchmesser 13,2 cm; um 1764.

onen leider nur sehr wenig Geschirr abgebildet. Generell publiziert sind obendrein leider sehr häufig dieselben Mal-Arbeiten, besonders von Riedel.

Steingut-Produkte konnten hier nicht einbezogen werden, weil leider aus diesem Material bisher mit keiner Maler-Bestimmung Arbeiten gefunden wurden. Das Ludwigsburger Steingut war in keiner guten Qualität und wurde auch bald wieder aufgegeben.

Die veröffentlichten Arbeiten sagen nicht aus,

- dass diese Maler die einzigen waren, die sich in Ludwigsburg als Maler betätigten;
- dass diese Maler die herausragend guten Maler waren;

- dass durch die gefundene Anzahl die Produktivität des Malers beurteilt wird;
- dass die Maler mit gefundenen Werknachweisen die einzigen produktiven Maler waren.

Aus den Studien der einzelnen Malern zugeordneten Arbeiten kann man versuchen, grobe Qualitätsklassen zu bilden. Zur ersten Gruppe gehören sicher Schwebach, Riedel, Kirschner und Walcher, auch wenn sich die beiden letzteren nur auf eine Motivgruppe, die Blumen, beschränkt hatten. Zu einer zweiten Gruppe zählen Oettner, Steinkopf, Goll, Gerverot und Sperl. In einer dritten Gruppe verbleiben bei vorsichtiger Beurteilung vorläufig die übrigen Maler. Besonders durch weitere Funde sind Zuordnungsänderungen sicher.

Joseph Jacob Ringler, der Chef der Ludwigsburger Manufaktur, ist vom Autor entgegen langjährigen Publikationen mit angeblichen Malerei-Nachweisen nicht mehr als Maler anerkannt.⁶

Generell gibt es für die hier vorgenommene Vorstellung von Malereien mehrere Gründe. Zunächst bietet die Aufstellung eine gute Vergleichsmöglichkeit der Arbeiten verschiedener Maler, um weitere Zuordnungen zu erleichtern. Sodann kann jeder Interessent sich in der Literatur nachgewiesene Arbeiten ansehen, wenn er für den Maler Arbeiten mit eigenen oder anderen vergleichen möchte. Drittens zeigt sich jedem Sammler und anderen Interessenten für viele Ludwigsburger Maler in den hiesigen Nachweisen die persönliche Mal-Eigenart. Und nicht zuletzt ermöglicht die erworbene Kenntnis vielleicht Arbeitsfunde von Malern, die auch in anderen Manufakturen gearbeitet haben.

An dieser Stelle sei auch ganz besonders darauf hingewiesen, dass für jeden aufgelisteten Maler, von dem bisher noch keine Malerei veröffentlicht wurde, nun hier jeweils erstmals eine Arbeit abgebildet ist.



Abb. 5: Aufwändig bemaltes Dejeunet mit gerahmten klassizistischen Figuren aus der Antike. Signiert von Johann Joachim Friedrich Elssasser; Kaffeekanne Höhe 22 cm, Tassen 5,8 cm; um 1781. (Eigner: Tom Noe, South Bend, Indiana, USA)

Einsichten zu den Malern der Tabelle

Ludwigsburg war eine spät gegründete Manufaktur, schloss jedoch schnell auf zu den schon existierenden großen Manufakturen der deutschen Lande. Unter anderem aufgrund der Bekanntheit von Joseph Jacob Ringler, dem Manufaktur-Chef, und relativ guter Bezahlungen stieg auch schnell die Zahl der anwesenden Maler: 1758: 0; 1759: 4; 1760: 38; 1761: 40; 1762: 33; 1763: 40; 1764: 48; 1765: 57; 1766: 54; 1767: 53.

Die Funde ihrer frühen Arbeiten sind ab 1760 entsprechend schon umfangreich. Die dortige Marke bleibt bis 1761 noch äußerst groß und wohlgestaltet, geht dann gegen Ende des Jahres 1762 in gleicher Größe nur für eine kurze Zeit über in die Form mit Spaltzungen-Enden.⁷ Danach wird die Marke bald langsam kleiner und später ungeformter.

Die hier für die Ludwigsburger Manufaktur vorgestellten Nachweise von Malerarbeiten zeigen enorme Unterschiede in ihrer Qualität. Natürlich dienen hierzu zunächst die unterschiedlichen Anwesenheitsjahre der Maler: Wer lange ausharrt, kann – oder besser: wird – viel erarbeiten. Ein weiterer Grund ist der Bekanntheitsgrad des jeweiligen Malers. Diese Tatsache wird besonders gestärkt durch die Motive und die Art der Maltechnik: Wer vom verbreiteten Typ abweicht, erreicht besondere Aufmerksamkeit. Ein typisches Beispiel ist der völlig andere Ausdruck der Malerei von dem nur für kurze Zeit aus einer entfernten Manufaktur eingewanderten Jean Courteaut. Der Hauptgrund ist darüber hinaus jedoch die Qualität der Arbeiten. Das Gute wird heute gesucht und erscheint häufig im Markt; die Massenware wird aufgrund ihrer schlechten Preise kaum im Markt oder nur in größeren



Abb. 6: Hohe Tasse mit Zwei-Rocaille-Henkel und Kugeloberflächenausschnitt sowie gebogte Untertasse, beide mit bunten Blumensträußen.

Gemalt von Sebastian Lust (Tasse mit L-Signatur) und Christian Martin Eller (UT mit E-Signatur); Tasse Höhe 6,7 cm, UT Durchmesser 13,3 cm.

Lösen angeboten. Aufgrund dieser Argumente kann man die umfängliche Herausstellung besonderer Maler verstehen. Diese Erkenntnis wird sichtbar in der Tabelle. Darüber hinaus zeigt sie detaillierte Unterschiede in ihren Nachweisen der einzelnen Maler.

An der Spitze steht mit Abstand der Chef der Malerteilung der Manufaktur in den ersten 20 Jahren: Gottlieb Friedrich Riedel, ein im sächsischen Meißen ab 1743 ausgebildeter, dann über Hoechst und Frankenthal 1759 nach Ludwigsburg eingewanderte Künstler. Ganz gleich, in welchen seiner zahlreichen Malerei-Gattungen er geschaffen hat – nur von Bataillen hat er Abstand gehalten –, zeigen seine Pro-



Abb. 7: Ovalplatte mit unterglasurblauem Zwiebelmuster, Fahne mit Zwiebelmuster-Dekor.

Gemalt von Johann Balthasar Graff;

Länge 35,7 cm.

dukte hervorragende Qualität. Der Einzige, der ihn sicher – nach Riedels Abgang – überragte, ist Johann Jakob Schwebach. Auf bisher noch ungeklärtem Weg hatte er eine Tochter Ringlers – seine spätere Gattin – kennengelernt, was ihn wohl an die Ludwigsburger Manufaktur führte. Er arbeitete dort fünf Jahre, ohne eine wertige Leitungsfunktion übernommen zu haben. Andere hervorragende Maler wie Martin Friedrich Kirschner und Albrecht Joseph Christian Walcher konzentrierten sich auf eine Gattung, die Blumen.

Auch in der Gruppe der zweiten Qualitätsstufe sind auffallende Malarten zu finden. In großer Eigenart arbeitete besonders der Vielwanderer Andreas Philipp Oettner, der nur knapp sechs Jahre in Ludwigsburg blieb. Seine Figuren können zum Beispiel aufgrund ihrer sehr besonderen Gestaltung leicht zugeordnet werden, so dass eine Vielzahl seiner Arbeiten nachgewiesen wurde. Seine anfänglichen Blumenmalereien sind bisher kaum bekannt, jedoch auch von interessantem Ausdruck.⁸ Teilweise lehnt sich Oettner hierbei an Riedels Art an.

Es gibt weitere Maler, die in einer Eigenart sehr gute Arbeiten erstellten. Hierzu zählen besonders diejenigen, die in der Tabellenvor-



Abb. 8: Glatter Teller mit polychromer Löwengruppe vor Felslandschaft im Spiegel, Fahne mit Buchsbaumzweigen zwischen Kartuschen.

Gemalt von Christian Kühnle, um 1810/16; Durchmesser 23,5 cm.

stellung mehr als eine Zeile erforderten, das heißt: besondere Aufmerksamkeit von Autoren über Ludwigsburger Porzellan erhielten.

In der Tabelle konnten erst gut dreißig Prozent der in Ludwigsburg tätig gewesenen Malern Arbeiten nachgewiesen werden. Es wäre wünschenswert, dass in der Zukunft weitere Maler-Arbeiten zugeschrieben oder gar zugeordnet werden können. Vielleicht kann die vorliegende Übersicht hierzu Anregungen geben.

Erläuterungen zur Tabelle

Die Tabelle ist getrennt auf zwei Seiten mit durchlaufenden Zeilen. Auf der linken Seite werden Maler mit in Fachbüchern und Fachzeitschriften nachgewiesenen Werken aufgelistet. Auf der rechten Seite sind Arbeiten aus Fachbüchern mit geringer Nachweis-Stückzahl je Maler sowie Malereien aus Fachzeitschriften aufgelistet. Für acht neue Funde werden Abbildungsnachweise geboten.

Aus Platzgründen sind in der ersten Spalte mit den Malernamen nur die jeweiligen Nachnamen verzeichnet. Ergänzende Informationen zum kompletten Namen (mit Vornamen) sind in einem Malereibuch zusammengestellt.⁹

Ebenfalls aus Platzgründen müssen bei den Publikationsnachweisen Abkürzungen verwendet werden; eine Auflösung der Abkürzungen bietet die nachfolgende Liste.

Ein Fragezeichen hinter dem Namen bedeutet, dass nicht sicher ermittelt werden konnte, ob der Namen dieses Malers zutreffend ist.

Die Spalten mit den Nachweisen aus den hauptsächlich heranzuziehenden Fachbüchern und Zeitschriften enthalten Angaben zu jeweils zwei Publikationen; die Zuordnung erfolgt durch Linksbündigkeit bzw. Rechtsbündigkeit der Angaben.

Anmerkungen

- 1 Ein Servicebeispiel publiziert in: Nagel Auktion Nr. 232 vom 8. Oktober 1970, Los 199 Taf. 5, und Hans Dieter Flach: Rokokoblumen, in: Impulse. Europäische Porzellanmanufakturen als Wegbereiter internationaler Lebenskultur, hrsg. von Wilhelm Siemen, Hohenberg 1995, S. I–106 f.
- 2 Mechthild Landenberger: Höfische Kunst des Barock, Stuttgart 1980.
- 3 Gerade wurde der Maler Grooth hierzu erkannt: Hans Dieter Flach: Götz und Pernaux. Zwei entdeckte Baustellenmaler der Ludwigsburger Porzellanmanufaktur, in: Keramos 234 (2017) S. 62 f.
- 4 Hans Dieter Flach: Malerei auf Ludwigsburger Porzellan, Regensburg 2005, S. 221–227.
- 5 Ein Beispiel hierfür bei Hans Dieter Flach: Gottlieb Friedrich Riedel. Seine Werke und ihre Entwicklung in seinem Lebensweg über vier Porzellanmanufakturen 1743–1779, in: Keramik-Freunde der Schweiz, Mitteilungsblatt Nr. 133, Juni 2019, S. 132–197.

- 6 Beweisführung bei Hans Dieter Flach: Ringler oder Riedel? Zuschreibungen von Malereien auf Ludwigsburger Porzellan; in: Keramik-Freunde der Schweiz, Mitteilungsblatt Nr. 131, Oktober 2017, S. 15–30.
- 7 Zur Zeitbestimmung mit Manufakturmarken aufgrund Besonderheiten der Ludwigsburger Manufaktur vgl. Hans Dieter Flach: Aufgemalt und Eingepägt. Zu Malern und Zeichen des Ludwigsburger Porzellans, Wenzelbach 2013, S. 97–119.
- 8 Hans Dieter Flach: Blumen als Hauptmotiv vom Wandermaler A. P. Oettner, in: Aufgemalt und Eingepägt (wie Anm. 7) S. 5–22.
- 9 Flach, Malerei (wie Anm. 4) S. 221–227.

Abkürzungen in der Tabelle

Literaturangaben in den Spalten-Überschriften:

W-B	O. Wanner-Brandt (Hg.): Album. der Erzeugnisse der ehemaligen württembergischen Manufaktur Alt-Ludwigsburg, Stuttgart 1906.
LuL	P. Lahnstein und M. Landenberger: Das Ludwigsburger Porzellan und seine Zeit, Stuttgart 1968.
Hoh	W. Siemen (Hg.): Die Ludwigsburger Porzellanmanufaktur einst und jetzt, Hohenberg 1990.
Imp	W. Siemen (Hg.): Impulse. Europäische Porzellanmanufakturen als Wegbereiter internationaler Lebenskultur, Hohenberg 1995.
FL HB	H.D. Flach: Ludwigsburger Porzellan. Ein Handbuch, Stuttgart 1997.
FL Mal	H.D. Flach: Malerei auf Ludwigsburger Porzellan, Regensburg 2005.
Jansen	R. Jansen: Glanz des Rokoko. Ludwigsburger Porzellan aus der Sammlung Jansen, Köln 2008.
FL Auf	H.D. Flach: Aufgemalt und eingepägt. Zu Malern und Zeichen des Ludwigsburger Porzellans, Wenzelbach 2013.
Ker	Keramos. Zeitschrift der Gesellschaft der Keramikfreunde, Düsseldorf.
KF	Keramik-Freunde der Schweiz, Mitteilungsblatt.
LGbl	Ludwigsburger Geschichtsblätter.
HgW	Hie gut Württemberg, Beilage zur Ludwigsburger Kreiszeitung.
Kal	M. Landenberger: Porzellan im Württembergischen Landesmuseum Stuttgart, Kalenderbuch 1970.
SH	Schwäbische Heimat, hrsg. vom Schwäbischen Heimatbund, Stuttgart.
WK	Weltkunst. Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten, München/Berlin.
ACC	American Ceramic Circle Journal, Williamsburg/USA.

Sonstige Fachbücher und Zeitschriften:

Bad	Baden-Württemberg, Monatsschrift, H. 5/1959.
Bau	M. Bauer: Dt. Porzellan d. 18. Jhs, Frankfurt 1983.
Ber	M. Bergan: Ludwigsburger Frauenporträts, 2006.
Bie	Die Ludwigsburger Fayence-Manufaktur, Hornmoldhaus Kat. 3-6/2002.
Bon	Bonhams London Auktionen.
BuW	Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, Stuttgart 1987.
Chi	Christie London Auktionen.
Chr	A. Christ/B. John-Willeke: Frühstück bei Hofe, Darmstadt 2008.
Cze	Slg. Czermak-München, Aukt. Helbing 15.Mai 1917, Los 263.
Dil	E. Dillon: Porcelain, London 1904.
Div	J. Divis: Europäisches Porzellan, Hanau 1984.
Duc	S. Ducret: Porzellan d. europ. Manufakturen i. 18. Jh., Zürich 1971.
DuD	S. Ducret: Deutsches Porzellan u. dt. Fayencen, Fribourg 1962.
Dut	S. Ducret: Die Zürcher Porzellanmanufaktur und ihre Erzeugnisse, Bd. 1, Zürich 1958.
Ehr	G. Ehret: Porzellan, München 1988.
Fek	J. Fekete: Phil. Jakob Ihle, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 64/2010, S. 61-79.
Fis	Fischer Heilbronn, Auktionen, 15. Mai 1992.
FIS	H.D. Flach: Oettner. Der Wandermaler, in: Sammler-Journal Aug/2008, S. 46-50.
Gol	[W. Siemen] Das Goldene Kaiserreich, Bd. 69, 2001.
Hen	Henrys Mutterstadt Auktionen.
Höf	M. Landenberger: Höfische Kunst des Barock, Stuttgart 1980.
Höp	Corinna Höper/Andreas Hennig: Das Glück Württembergs, 2004.

- Hof F.H. Hofmann: Das Porzellan, Berlin 1932.
- Hom F.H. Hofmann: Das Porzellan d. europ. Manufakturen, Frankfurt 1980.
- Hon W.B. Honey: German Porcelain, London 1954.
- JSK Jahrbuch Staatl. Kunst-Slgn. in Baden-Württ. 1972.
- Jed H. Jedding: Europ. Porzellan, Bd. I, München 1974.
- Kla Klaber & Klaber, London, Katalog 2004.
- Kol Koller Auktionen Zürich.
- LaB M. Landenberger: Höfische Kunst des Barock, Stuttgart 1964.
- Lad M. Landenberger: Genremalerei von und nach G.F. Riedel, Keramos H. 100, 1983.
- Lan M. Landenberger: Ludwigsburger Porzellan, Stuttgart 1963.
- LaP M. Landenberger, Ludwigsburger Porzellan im Württ. Landesmuseum, Stuttgart 1970.
- Lau Slg. Laufenberg-W., Porzellan, K.-Ernst-Osthaus-Mus., Hagen 1967.
- Laz H. Lanz: Porzellan d. 18. Jhs., Basel 1983.
- Lem Auktionshaus Lempertz Köln, Neumarkt.
- Les J. Lessmann: Porzellan. Mus. f. Kunst u. Gewerbe Hamburg 2006.
- Luk Lucacs-Donath Coll. Continental Porc. 1986.
- Lut M. Lutze: Edles Porzellan, Falken 1989.
- Man H.D. Flach: Goll, in: Mannheimer Geschichtsblätter 16/2008, S. 6-33.
- Mat J. Matusz: Betrachtungen aus der Geschichte, Frankfurt 1996.
- Mei P.W. Meister: Porzellan d. 18. Jhs., Frankfurt 1967.
- MeR P.W. Meister/H. Reber: Europ. Porzellan, Stuttgart 1980.
- Mer K. Merten/C. Fandrey: Italienische Reisen, Weißenhorn 1993.
- Met C. Le Corbeiller: German Porcelain, Vol. XLVII-4, 1990.
- Mez Metz Auktionen Heidelberg, Mai 2019, Los 813.
- N Nagel Auktionen, Stuttgart.
- Nel Nelson: History of 18th-Century German Porcelain, New York 2013.
- New M. Newman: Die dt. Porzellanmanufakturen, Bd. II, Braunschweig 1977.
- Nör Slg. Nörpel Friedrichhafen, Auktion Hartmann-Greiner, Stuttgart 1929.
- Paz G.E. Pazaurek: Dt. Fay.- u. Porzellan-Hausmaler, Bd. 2, Leipzig 1925.
- Pie U. Pietsch/T. Wittig: Zauber der Zerbrechlichkeit, Dresden 2010.
- Por [W. Siemen] Porträtassen, Slg. Heine, Bd. 55, Hohenberg 1998.
- RI G H.D. Flach: Gottl. Friedr. Riedel; Graf. Werkverz., Regensburg 2015.
- RoT Auktionsgalerie im Treskow-Palais, H. Rothenbücher, Bayreuth.
- Sav G. Savage: 18th-Century German Porcelain, London 1958.
- Sch L. Schnorr v. Carolsfeld: Porzellan der europ. Fabriken II, Braunschweig 1974.
- Spi Leo Spik Berlin Auktionen.
- Sta A. Stahlbusch: Tafelporzellan u. Tischkultur, Augsburg 1998.
- StH Stahl Auktionen Hamburg.
- Sto S. Storck: Schicksalsfunde-Fundschicksale, Hochdorf.
- Urs [W. Siemen] Von den Ursprüngen des europ.Porzellans, Selb 2010.
- Wan O. Wanner-Brandt: 200 Jahre Porz.-Manuf. LB, Ruperto-Car., X Jg, Bd. 23.
- Wae G.W. Ware: Dt. u. Österr. Porzellan, Frankfurt 1951.
- Wei G. Weiß: Ullstein Porzellanbuch, Berlin 1977.
- Wel K.v. Welck: Sammelleidenschaft, Mannheim 1992.
- Wen Wendl Auktionen Rudolstadt, März 2010-2480.
- Zet A. Zettel/H.M. Kaulbach: Mit erhabenen Zierrathen, Stuttgart 2008.
- Zif A. Ziffer: Porzellan, München 1993.

Malername		Fachbücher			
		W-B	Hoh	FL HB	Jansen
		<i>LuL</i>	<i>Imp</i>	<i>FL Mal</i>	<i>FL Auf</i>
1	Argent			198	
2	Bechel		159f, 173	151	
3	de Becke			490,656 (1300)	
4	Burckhardt				
5	Courteaut				
6	Däffner		142u,148u?	485? 167	280f
7	Dannenmann			44	
8	Dannhöfer		169?	131,171	
9	Distel		144om		
10	Ebert		196o	644 (1240) 93	250f
11	Elias				
12	Eller		155		
13	Elsasser				
14	Ess (Äss)				
15	Frantz				
16	Frey				
17	Gayler			111	
18	Gererot			150f,172, 204-207	276f
19	Götz		170u	481 183	
20	Goll			212f	
21	Graff				
22	Groos			469u 39ff	
23	Grooth			199	74f
24	Grossmann	1193	129 250	184f	
25	Guibal				
26	Heinzenmann				312f
27	Hennig		150u 153	472 45	
28	Hoff				
29	Höflich		134o,140u, 180r,193, 255	467,479 85,127f	252f?, 306-09, 314f
30	Höflinger, C.J.			128	
31	Ihle		134li,135u, 188o,252f	474, 84,153ff, 484, N1525 186f	226-233, 236-39,268
32	Kirschner	1269	121	53-60	274f 25,29, 31-40
33	Klöpfer ?	1054			
34	Knaup	1221-25		49,53-60	240f,244-47
35	Küchelbecker	1220-25			
36	Kühnle				
37	Kull		135o	466,480 76f,87	78f
38	Leinfelder			101ff	

sonstige Fachbücher + Zeitschriften	Zeitschriften				
	Ker <i>KF</i>	LGbl <i>HgW</i>	Kal <i>SH</i>	WK <i>ACC</i>	
Publikationen mit geringen Nachweisen					1
Dut107					2
Ber25; Bie18	148	4/93			3
JSK329					4
Abb. 2					5
JSK329	179				6
					7
Urs128u?; MeR29m					8
Spi661-520					9
Cze1917		2/99			10
Abb. 3					11
Abb. 6					12
Abb. 5					13
	157				14
	148(94)				15
Abb. 4					16
RoT98/9-140					17
Kla18f; Jed451; Lem08/5-25;N731S-434; Lem11/2003-64;05/2008-25		61			18
Chr56	234				19
BuW1192f; Man;N382-231?					20
Abb. 7					21
New94f					22
					23
Sch40; Sta72; Ehr271; Wei87; LaP22; Chi7.Okt85-89,90; Mez5-19-813	177, 214		84	<i>XIII-13</i>	24
	189				25
					26
Wen3/2010-2480; Mez5/2011-1046; Hen12/2011-5033; Kol9/2012-8469					27
Abb. 1					28
Nel337; Mei195; Bau355; Lau50; Div91; Pie266; StH6/2014-318; Mez5/17-342	147, 155	2/99	83		29
					30
Urs136; Chr7.Okt85-90UT; Fek	177, 179	61, 64		<i>XIII-16</i>	31
Nel341; SchT9; Nör76,107?; Mei193; Met50; Lan37; LaB5; LaP23; Bad35; Dil266; Pie267	165		89	<i>XIII-14</i>	32
					33
Chi5154-621					34
Höf104					35
Abb. 8					36
		2/99			37
N4/1991-108	155				38

Malername		Fachbücher			
		W-B <i>LuL</i>	Hoh <i>Imp</i>	FL HB <i>FL Mal</i>	Jansen <i>FL Auf</i>
39	Lust				
40	Meyerhuber				
41	Oettner	1254	156	468,470 <i>17,34, 76f, 139-142,180f</i>	296f,316f <i>5-22</i>
42	Pernaux				
43	Rath (o. Rist)				
44	Riedel	1001,1004ff, 1019,1049, 1052, 1070, 1072, 1074, 1172, 1215-19, 1276 <i>97,99, 103,112</i>	17,132, 137o,138, 147,160or, 174,180o, 254,259 <i>106, 107,109</i>	462,464, 471,473 <i>16,35,37, 39,44,78, 86f,115f, 124ff,135, 144-48, 164ff</i>	270-273, 288f,294f, 300?-03, 324 <i>76f</i>
45	Ringler, Philipp		162u?	<i>81ff</i>	
46	Rist (o. Rath)				
47	Sausenhofer			671 (1468) <i>43</i>	
48	Schütz			<i>69</i>	
49	Schultze	<i>133</i>	129	<i>158ff</i>	
50	Schwebach			<i>193</i>	
51	Sommerlath			<i>200</i>	
52	Sperl			490f <i>99f</i>	
53	Steinbrenner			487 <i>48,66, 189f,194</i>	234f,238
54	Steinkopf			<i>118ff, 143,202f</i>	286f
55	Stenglein			<i>47</i>	
56	Stoll		135u <i>187</i>	474,476, 478 <i>87, 129f,156f</i>	<i>59ff, 64-67</i>
57	Tronner		<i>281</i>	<i>177,209ff</i>	
58	Vaquette			<i>46</i>	
59	Vogelmann	1038,1054f, 1057	<i>101u</i>	483u <i>65f,88</i>	
60	Walcher, A.	1071f, 1203	175 <i>129,215</i>	482u <i>15,61-65, 176,271</i>	
61	Walcher, G.				
62	Weber			463 <i>41</i>	
63	Weisbrodt		267u	477 <i>168</i>	
64	Winkler			<i>121</i>	
65	Württemberg			<i>207f</i>	

f = folgende

li = links

m = Mitte

o = oben

r = rechts

sonstige Fachbücher + Zeitschriften	Zeitschriften				
	Ker <i>KF</i>	LGbl <i>HgW</i>	Kal <i>SH</i>	WK <i>ACC</i>	
Publikationen mit geringen Nachweisen					
Abb. 6					39
	196				40
Nel335; Urs128o,134u; Nör52; Ehr360; Dut181; FIS8/2008; N731S-435	177,179, 214			1996/1 1996/10 <i>XIII-5</i>	41
Sav120	234				42
Por5					43
Höf26,42,67,92; Nel336; Sch37; Urs198; Nör14, 42,63,66f,83,105; Zet1,8,9; Mer49; Mei197; Wan150f; Höp150,152,186; Lan33ff; LaB4,6; Laz59; Chr23; Hof466; Duc45; Lut122; Hon59u; MeR91,165; New197; Sav271; Mat256; Wel21; Wae143; Wei85; Zif76,120?,122; Dud102; RiG; Lad88f,96f; LaP12,14	100, 112,114, 119, 202, 214,217 <i>131</i> , <i>133</i>	61	53,59, 150	1959/13 1996/10 <i>XIII-1ff</i>	44
					45
[Por5]; N196-88 Taf.XII					46
					47
Fis67-102					48
LaP16	179,214		65		49
		61			50
					51
Sto124; Ber253	148,150		<i>12/95</i>	<i>XIII-6</i>	52
	155,177	61			53
Höf49					54
BonDec2011-243r					55
	155	61	<i>2/99</i>	1982/10 1984/10 1986/10	56
Paz423		51		<i>XIII-20</i>	57
					58
Luk27					59
Höf16,19,100; Nel342; Sch39; Hof515; Jed452; Hom122; Les104; Mat269	151,217		<i>2/99</i>	<i>XIII-15</i>	60
	151				61
				1996/10	62
	155?,187				63
					64
Gol51; Paz419	205		<i>2/2010</i>		65

u = unten

v = vorne

Geordnete Hilfe statt Almosen

Zur Geschichte der Wandererfürsorge im Oberamt Ludwigsburg

von **Dr. Thomas Schulz,**

Remseck am Neckar; Historiker;
seit 1988 Leiter des Kreisarchivs
Ludwigsburg; Veröffentlichungen
zur Lokal- und Regionalgeschichte.



Anfang Juli 2020 wurden in Ludwigsburg in der Gartenstraße von dem Kölner Künstler Gunter Demnig als Teil des bekannten »Stolperstein-Konzepts« zwei neue Gedenksteine verlegt. Sie erinnern an das Schicksal von Karl Ebel und Josef Michelbacher und darüber hinaus an eine lange Zeit nicht anerkannte Opfergruppe der NS-Diktatur: An Menschen, die den Nationalsozialisten als »Asoziale« galten und im ersten Halbjahr 1938 im Rahmen der Aktion »Arbeitsscheu Reich« zu Tausenden festgenommen und in Konzentrationslager verschleppt wurden. Josef Michelbacher starb im März 1939 im KZ Dachau, Karl Ebel sechs Monate später im KZ Mauthausen.

Ebel und Michelbacher waren, gemeinsam mit mindestens zwei weiteren Männern, am 26. Juni 1938 in Ludwigsburg in der Gartenstraße 17 verhaftet worden. Dort betrieb der Evangelische Verein Ludwigsburg seit 1895 die »Herberge zur Heimat«

und war von 1909 bis Ende der 1930er Jahre zugleich auch die Wanderarbeitsstätte des Oberamts bzw. Kreises Ludwigsburg eingerichtet. Einige Aspekte aus der Geschichte – und Vorgeschichte – dieser Wanderarbeitsstätte sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Zunächst sei jedoch geklärt, was unter dem Begriff »Wanderarbeitsstätte« überhaupt zu verstehen ist. In seinem 1991 publizierten Aufsatz »Wanderarbeitsstätten in Württemberg« schrieb hierzu Manfred Seidenfuß: »Wanderarbeitsstätten sind Häuser der offenen Fürsorge, eingerichtet von öffentlichen und privaten Trägern, die mittellosen und ortsfremden Personen, ab einem bestimmten Alter und meistens ohne festen Wohnsitz, Obdach und Verpflegung für eine kurze Zeit (ein bis zwei Tage) mit dem Versuch der Arbeitsvermittlung gegen eine bestimmte Arbeitsleistung gewährten. Der Personenkreis, der sich ausschließlich aus Männern zusammensetzte, war von Arbeits-, Obdach- und Mittellosigkeit betroffen. Der alte Begriff des »Wanderers«, der bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs gebraucht wurde, akzentuiert in starkem Maße die Bereitschaft und die Notwendigkeit zur Mobilität. Heute würde man sie als »(chronisch) Nichtsesshafte« oder »Gefährdete« bezeichnen.«

Eine genaue soziologische Zuordnung der »Wanderer« ist sehr schwierig. Denn es

handelte sich bei ihnen, so schreibt Seidenfuß weiter, um »eine heterogene Gruppe, die aufgrund verschiedenster sozialer Probleme zu Außenseitern in der Gesellschaft wurden«. Eine exakte Unterscheidung von anderen Randgruppen der Gesellschaft, etwa Vagabunden, Landstreichern und Bettlern, ist kaum möglich, die Trennung sei vielmehr, so Seidenfuß, »fließend«. Der Hauptunterschied bestand darin, dass sich die »Wanderer« einer offiziellen, von staatlicher Seite vorgegebenen Wanderordnung unterwarfen und somit bestimmte Regeln einhalten mussten, um Hilfe beanspruchen zu können.

1851–1861: Bezirksunterstützungskasse

Erste Ansätze, »armen Wanderern« mit gezielten Maßnahmen Unterstützung zu gewähren, lassen sich im Oberamtsbezirk Ludwigsburg Mitte des 19. Jahrhunderts feststellen. Am 13. September 1851 nahm die Amtsversammlung – im weitesten Sinne der historische Vorläufer des heutigen Kreistags – den Antrag des Schultheißen Groß von Poppenweiler an, eine »Bezirksunterstützungskasse für wandernde Handwerksgelesen« einzurichten. Die Amtsversammlung folgte mit diesem Beschluss einer Empfehlung des Amtsversammlungsausschusses, dem damals neben Oberamtmann Lang und dem Ludwigsburger Stadtschultheißen Bunz noch fünf weitere Schultheißen aus dem Oberamtsbezirk angehörten, darunter auch der Antragsteller Groß selbst.

Bemerkenswert ist die Begründung, mit der der Ausschuss der Amtsversammlung die Annahme des Antrags empfahlen hatte. Nach »längerer Erörterung des Gegenstands« sei »allseitig anerkannt« worden, dass »mit Rücksicht auf die günstige geographische Lage des Bezirks und der Oberamtsstadt das in Frage stehende Institut, wodurch dem Bettel der Handwerksburschen

möglichst gesteuert werden solle, umso mehr ins Leben treten dürfte, als hiedurch dem arbeitsscheuen Umherziehen der Wandergesellen einerseits begegnet, andererseits aber der Verschwendung von Almosen an unwürdige Subjekte vorgebeugt werden könne. Es wurde hierbei von der Voraussetzung ausgegangen, dass die Polizeibehörde der im Mittelpunkt des Oberamtsbezirks gelegenen Oberamtsstadt sich mit der Geschenkabgabe befasse, da ohnehin der bei weitem größte Teil der den Bezirk durchziehenden Wandergesellen die Stadt Ludwigsburg besuchen.«

Erklärtes Ziel war, dass durch die Einrichtung einer zentralen Unterstützungskasse die einzelnen Gemeinden des Bezirks künftig »vom Handwerksburschenbettel möglichst verschont« blieben. Zur Finanzierung – man rechnete mit einem Aufwand von rund 1200 Gulden jährlich – sollten in erster Linie Beiträge der Zunftkassen sowie Spenden herangezogen werden; reichte dies nicht aus, erklärte sich die Amtsversammlung damit einverstanden, das Defizit aus Mitteln der Amtspflegekasse auszugleichen.

Die Mitglieder der Amtsversammlung waren jedoch offensichtlich nicht ganz sicher, ob das neue »Institut« die erhoffte Wirkung haben würde. Es war von einem Versuch die Rede, und das Ganze sollte zunächst einmal nur für ein halbes Jahr gelten. Dann wollte man weitersehen.

Die Leitung der neuen Unterstützungskasse übertrug die Amtsversammlung dem Ludwigsburger Polizeikommissär Dietter. Seine erste Aufgabe bestand darin, ein »Statut über die Größe der Geschenkabgabe« zu entwerfen. Dieses Statut wurde dann bereits am 23. September 1851 vom Amtsversammlungsausschuss nach vorheriger Erörterung mit den Zunftvorstehern und »einer Anzahl von Genossen nicht zünftiger Gewerbe« genehmigt. Ferner beschloss der Ausschuss, im Amtsblatt einen »Aufruf wegen Sammlung freiwilliger Beiträge« zu veröffentlichen und

in diesem Aufruf zugleich die Einwohner des Bezirks nachdrücklich aufzufordern, »sich sofort des Almosengebens an reisende Handwerksburschen zu enthalten«. An die Ortsvorsteher erging die Aufforderung, »mit allem Nachdruck und allen ihnen zu Gebot stehenden gesetzlichen Mitteln dem Handwerksburschenbettel zu begegnen und die Amts- und Polizeidiener zu gewissenhafter und gleichmäßiger Erfüllung der diesfallsigen Obliegenheiten anzuhalten«. Und schließlich appellierte man noch an die benachbarten Oberamtsbezirke, »zur Herstellung je größerer Gleichförmigkeit in Behandlung der reisenden Handwerksge-sellen« gleiche Einrichtungen zu schaffen.

Ursprünglich durften aus der neuen, am 1. Oktober 1851 »ins Leben getretenen« Kasse ausschließlich »wandernde Handwerksge-sellen« unterstützt werden. Doch bereits im Januar 1852 beschloss die Amts-versammlung, »außer den Gewerbegehilfen auch anderen nach Arbeit sich umsehenden Reisenden, sofern sie mit unverdächtigen und legalen Reisedokumenten versehen sind, die statutenmäßige Unterstützung für Rechnung der Bezirkskasse zukommen zu lassen«. Dieser Beschluss erweiterte den Kreis der hilferechtigten Personen erheblich. Damit musste zwangsläufig auch die finanzielle Belastung der Kasse steigen. Der Amtsversammlung bereitete dies freilich keine Sorge, zumal es in der Bevölkerung eine sehr große Bereitschaft gab, sich zu namhaften Beiträgen zur Kasse zu verpflichten.

Die Zuversicht, mit der die Amts-versammlung den finanziellen Aspekt des gesamten Projekts betrachtete, war durchaus berechtigt. Dies zeigte sich spätestens, als ihr im Juni 1852 der vorläufige Rechnungsabschluss für 1851/52 präsentiert wurde. Statt aus der Amtspflegekasse Mittel zur Deckung eines Defizits beanspruchen zu müssen, wies die Kasse einen Überschuss von immerhin 193 Gulden auf. Der im Herbst

1851 gestartete »Versuch« konnte als erfolgreich bezeichnet werden, und die Amts-versammlung hat daher »in Anerkennung der Zweckmäßigkeit dieser Anstalt beschlossen, solche auch für die Folgezeit fortbestehen zu lassen«. Auch Polizeikommissär Dieter durfte sich freuen: Für die Führung der Geschäfte der Unterstützungskasse wurde ihm nun eine jährliche Belohnung von 70 Gulden bewilligt.

Einzig Schultheiß Groß von Poppenweiler – und somit ausgerechnet jener Mann, der 1851 mit seinem Antrag die ganze Sache initiiert hatte – zeigte sich nicht ganz zufrieden. Ihm missfiel insbesondere, dass seit der Statutenänderung vom Januar nun auch Tagelöhner und landwirtschaftliche Dienstboten Unterstützung erhalten konnten. Finanzielle Erwägungen spielten hierbei keine Rolle. Er machte bei einer Sitzung des Amtsversammlungsausschusses prinzipielle Bedenken geltend und zeigte sich fest überzeugt, dass durch die Unterstützung der Tagelöhner usw. »bloß das müßige Umherziehen derselben umso mehr befördert werde, als in Folge der Einführung der Dienstbotenbücher ohnehin eine Masse von Personen dem Publikum zur Last falle, indem sie jene Dienstbücher als förmliche Reiseurkunden gleich den Wanderbüchern benützen, um im Lande herumzuziehen und weil derlei Dienstbücher so häufig an Personen verliehen werden, welche zur Arbeit nicht einmal persönlich befähigt seien«.

Bei den anderen Ausschussmitgliedern stieß Groß mit seiner Argumentation keineswegs auf pauschale Ablehnung. Im Gegenteil: Man wolle, so ist im Protokoll zu lesen, »die geltend gemachten Bedenken nicht verkennen«. Aber der Forderung nach einem Ausschluss des genannten Personenkreises wurde dennoch eine klare Absage erteilt, »weil in dieser Klasse von Dienstsuchenden sich doch auch ebenso würdige als bedürftige Arbeiter befinden und insbesondere die Einwohner der Stadt Ludwigsburg,

welche bisher eine so namhafte Summe an freiwilligen Beiträgen bezahlt haben, zu der Erwartung berechtigt erscheinen, dass sie auch von Bettlern aus dieser Kategorie von Arbeitssuchenden verschont bleiben«.

Laut Auskunft von Polizeikommissär Dietter zählte ungefähr ein Viertel der Unterstützten zu der Dienstbotenklasse. Er machte dann auch den Vermittlungsvorschlag, Tagelöhnern und landwirtschaftlichen Dienstboten nicht generell, sondern nur in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Oktober, »in welcher Arbeit und Verdienst leichter zu finden ist«, die Unterstützung zu versagen. Mit diesem Kompromiss konnten offensichtlich sowohl Groß als auch die übrigen Ausschussmitglieder leben, denn er wurde der Amtsversammlung vom Ausschuss einstimmig zur Annahme empfohlen. Die Amtsversammlung stimmte dann auch zu, allerdings mit der Modifikation, dass »mit Rücksicht auf die gegenwärtigen höchst ungünstigen Zeitverhältnisse die in der Landwirtschaft Arbeit suchenden Personen heuer ausnahmsweise bis zur Ernte die Unterstützung noch erhalten sollen«.

Bei der Amtsversammlung im Juni 1855 wurde beschlossen, »die Unterstützungskasse in ihrer bisherigen Form auch in den nächsten drei Jahren beizubehalten«. Dieser Beschluss fiel umso leichter, als bisher aus der Amtspflegekasse immer noch keinerlei Zuschüsse geleistet werden mussten und auch für 1855/56 kein Defizit zu erwarten war.

Diese Erwartung erfüllte sich voll und ganz: Der Rechnungsabschluss für 1855/56 wies einen Kassenstand von 1217 Gulden auf. Auch im Folgejahr reichten allein schon die Beiträge der Zünfte und der zunftfreien Gewerbe zur Deckung der laufenden Ausgaben aus und konnte »für außerordentliche Fälle und Zeitverhältnisse noch ein namhafter Überschuss« erwirtschaftet werden. Die Amtsversammlung fasste daher den Beschluss, im kommenden Jahr auf die »Col-

lecte« bei Privatpersonen in Ludwigsburg und die Erhebung freiwilliger Beiträge von den »Landgemeinden in Vertretung ihrer Angehörigen« zu verzichten.

Doch schon 1858 änderte sich die Tonlage. Künftig, so hieß es im Juni im Amtsversammlungsausschuss, sollen die Angehörigen »derjenigen zünftigen und unzünftigen Gewerbevereine, welche im Bezirk vertreten sind, jedoch zu der Vereinskasse keine Beiträge leisten«, von der Unterstützung aus der Kasse ausgeschlossen sein. Und 1861 kam dann mit der Einführung der Gewerbefreiheit, durch die sich auch die Unterstützungsverbindlichkeit der bisherigen Zünfte den Wandergesellen gegenüber änderte, das schnelle Ende der Unterstützungskasse.

Das Problem, das 1851 zur Gründung der Unterstützungskasse geführt hatte, war freilich nicht aus der Welt. Im Protokoll der Amtsversammlung vom 26. Februar 1867 heißt es: »Bei dem so sehr gegenwärtig überhandnehmenden Handwerksburschennittel hat sich der hiesige Gewerbeverein bereits mit der Frage beschäftigt, wie diesem Übelstand durch Verabreichung einer regelmäßigen Reiseunterstützung begegnet werden könnte.« Auf Vorschlag von Oberamtmann Lang wurde dem Gewerbeverein mitgeteilt, dass man nicht abgeneigt sei, wie in früheren Jahren sich »durch Übernahme der subsidiären Deckung eines etwaigen Defizits« bei einer solchen Unterstützungskasse zu beteiligen. Man wolle aber über die Modalitäten einer solchen Unterstützungskasse näher unterrichtet werden. Weitere Nachrichten liegen hierzu leider nicht vor.

1883–1909:

Naturalverpflegungsstationen

Mitte der 1870er Jahre kam es – nicht zuletzt als Folge der sogenannten »Gründerkrise« – zu einer Verschärfung der Situati-

on. Allerorten gab es massive Klagen über den »unerträglich überhandnehmenden Hausbettel«. Als Reaktion darauf wurden nun in zahlreichen Orten Verpflegungsstationen eingerichtet, in denen mittellosen Wanderern Naturalverpflegung gereicht wurde. Damit sollte das Almosengeben der Bevölkerung durch eine geregelte Naturalunterstützung abgelöst werden. Unmittelbare Geldspenden sollten aufhören, und die Naturalleistungen sollten in erster Linie von den Gemeinden und nicht mehr von den einzelnen Einwohnern gereicht werden.

Als Nachteil erwies sich sehr schnell, dass es kein einheitliches System zur Unterstützung der Wanderer gab. Um für den Oberamtsbezirk Ludwigsburg eine Lösung zu finden, berief Ende November 1883 Oberamtmann Klaiber, der Nachfolger des im September 1882 pensionierten langjährigen Oberamtmanns Lang, den Amtsversammlungsausschusses zu einer Sondersitzung ein. In dieser Sitzung konstatierte Klaiber einleitend, dass »in den einzelnen Orten des Bezirks die verschiedensten Einrichtungen bestehen, indem in dem einen Ort die Naturalverpflegung das ganze Jahr hindurch, in anderen Orten nur in den Wintermonaten gereicht, in einzelnen Orten Geldunterstützung und wieder in anderen Orten gar keine Unterstützung gegeben wird«.

Nach intensiver Beratung über die Vor- und Nachteile der Naturalverpflegung beschloss der Ausschuss, sie probeweise für die Zeit vom 1. Dezember 1883 bis 31. März 1884 einzuführen mit Verpflegungsstationen in Ludwigsburg, Bissingen, Markgröningen, Poppenweiler und Zuffenhausen. Die entstehenden Kosten übernahm die Amtskörperschaft, also der Kommunalverband der zum Oberamtsbezirk gehörigen Städte und Gemeinden. Als Taxe für die Abrechnung der Kosten wurde festgelegt: Mittagessen bestehend in einem Liter Suppe oder Gemüse und einem halben Pfund Brot zu 20 Pfennig; Übernachten mit einem

halben Pfund Brot abends und einem Liter Suppe morgens, zusammen einschließlich Nachtlager 40 Pfennig.

Das »Wanderer-Problem« wurde damals teilweise als geradezu dramatisch eingeschätzt. So heißt es zum Beispiel in einem Erlass, den das württembergische Innenministerium Anfang Februar 1884 unter anderem an alle Oberämter verschickt hat: »Die Klagen über die vermehrte Zahl der arbeitslos umherziehenden Personen und die dem Publikum hieraus erwachsende Belästigung sowie über die von den Vaganten verübten, die öffentliche Sicherheit gefährdenden Ausschreitungen haben in der neuesten Zeit einen Umfang angenommen, welcher es als die ernste Pflicht der Behörden erscheinen lässt, diesem Unwesen mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln entgegenzutreten.« Gefordert wurde einerseits »eine energische und konsequente Handhabung der in den Strafgesetzen vorgesehenen Zuchtmittel gegen Bettler und Landstreicher«, andererseits aber auch die gleichmäßige Durchführung der Naturalverpflegung über ein lückenloses Netz im ganzen Land. Das Ziel, die Unterstützungsstrukturen zu vereinheitlichen, wurde freilich weit verfehlt; es blieb dabei, dass jeder Bezirk das Problem auf eigene Weise in den Griff zu bekommen suchte.

In Ludwigsburg beschloss am 5. April 1884 die Amtsversammlung, die bisher probeweise für die Wintermonate eingeführte Naturalverpflegung nunmehr ganzjährig zu gewähren. In den Wintermonaten soll es weiterhin die fünf Verpflegungsstationen in Ludwigsburg, Bissingen, Markgröningen, Poppenweiler und Zuffenhausen geben; in den Sommermonaten hingegen sollen die Stationen Bissingen und Poppenweiler ganz geschlossen, in den Stationen Markgröningen und Zuffenhausen nur Mittagessen verabreicht und »bloß die Oberamtsstadt Ludwigsburg als vollständige Verpflegungsstation mit Mittagessen bzw. Nachtessen und Nachtquartier« beibehalten werden.

Die Einführung der Naturalverpflegung in den Sommermonaten erfolgte freilich unter dem Vorbehalt, dass dies in gleicher oder zumindest ähnlicher Weise auch in den benachbarten Oberämtern so praktiziert würde.

Das Nähere wurde in einem von der Amtsversammlung beschlossenen Bezirksstatut geregelt. Darin heißt es einleitend: Das Statut sei aufgestellt worden »in der Absicht, den durchreisenden Fremden, welche genötigt sind, im Umherziehen Arbeit zu suchen, und sich nicht im Besitze genügender Mittel zur Bestreitung ihres Unterhalts befinden, die notwendige Unterstützung zu gewähren und dadurch den Häuserbettel wirksam zu bekämpfen«. Der mittellose Wanderer durfte an Werktagen an einer Station entweder ein Mittagessen erhalten oder über Nacht bleiben mit Abendessen und Frühstück. Nach Verabreichung der Verpflegung musste er zwingend an die nächste Verpflegungsstation verwiesen werden; auf diese Weise sollten »Daueraufenthalte« vermieden werden.

Entgegen der Empfehlung des Ministeriums lehnte es die Ludwigsburger Amtsversammlung ab, in dem Bezirksstatut eine Arbeitsverpflichtung festzuschreiben. Die Forderung, die Wanderer für die Nachtverpflegung auf den Stationen entweder abends oder morgens vor dem Frühstück »eine ein- bis zweistündige Arbeitsleistung verrichten« zu lassen, wurde in Ludwigsburg als »unpraktisch« verworfen. Dafür übernahm man aus dem Musterstatut des Ministeriums gerne die Vorschrift, wonach »die Abgabe geistiger Getränke unbedingt ausgeschlossen« war.

Die Bewerkstelligung der Naturalverpflegung erledigten in der Regel Wirte. In Verträgen wurden ihre Rechte und Pflichten als »Verpflegungsreicher« festgeschrieben – und natürlich die Höhe der Vergütung, die sie von der Amtskörperschaft erhalten sollten.

In der Stadt Ludwigsburg war die Verpflegungsstation, zumindest anfangs, im Gasthaus »Schlüssel« eingerichtet. Dessen Wirt Breckle wandte sich Mitte Juni 1884 mit der Bitte an das Oberamt, die Vergütung für das Mittagessen in den Sommermonaten von 20 auf 23 Pfennig zu erhöhen. Seine Begründung wird für einige Überraschung gesorgt haben: »Die Zahl der von der Einrichtung Gebrauch machenden Reisenden ist eine unerwartet kleine, was die Folge hat, dass die Speisevorräte hier und da unbrauchbar werden.« Die Not des Wirtes wurde anerkannt und die beantragte Vergütungserhöhung vom Amtsversammlungsausschuss genehmigt, allerdings ausschließlich für die Zeit »von Mitte Mai bis zum Wiedereintritt der Spätjahrverpflegung Mitte September«.

Eine weitere Änderung wurde Anfang November 1884 beschlossen, nachdem vom Amtsoberamt Stuttgart die Verpflegungsstation Feuerbach und im Oberamtsbezirk Besigheim die Naturalverpflegung insgesamt aufgehoben worden war. Um einem zu starken Zustrom aus den benachbarten Bezirken vorzubeugen, unterblieb die für die Winterzeit eigentlich vorgesehene Wiedereröffnung der Stationen in Bissingen und Poppweiler. Von der zunächst ebenfalls erwogenen Schließung der Station Zuffenhausen sah man jedoch ab, da ohne diese Station »die Entfernung von Stuttgart nach Ludwigsburg dann doch eine zu große« wäre.

Dieses 1884 für den Oberamtsbezirk Ludwigsburg beschlossene System – im Winter volle Stationen in Ludwigsburg, Markgröningen und Zuffenhausen, im Sommer eine volle Station in Ludwigsburg und Mittagstationen in Markgröningen und Zuffenhausen – wurde 25 Jahre lang beibehalten. Ob es sich bewährt hatte, lässt sich aus den Quellen nicht eindeutig beantworten. Eindeutig ist nur, dass es sich je länger, je mehr als problematisch erwies, dass die benachbarten Bezirke auf Naturalverpflegungsstati-

onen verzichteten. Ludwigsburg sah sich benachteiligt, und es lassen sich bei einigen Oberamtsbezirken in der Tat Tendenzen beobachten, das Problem auf Nachbarbezirke abzuschieben.

Es fehlten landesweit gültige Regelungen und in der Folge herrschte eine Art »Bezirks-Egoismus«. Exemplarisch hierfür mag ein Beschluss der Amtsversammlung Besigheim stehen, die im Dezember 1886 die Wiedereinführung der 1884 ausgesetzten Naturalverpflegung mit der Begründung ablehnte, dass »solche in den benachbarten Bezirken Heilbronn, Weinsberg, Brackenheim und Marbach sowie in den anstoßenden badischen und hessischen Bezirken aufgehoben ist, so dass sicher vorauszusehen ist, dass die ganze Masse der Stromer, sobald sie hier unentgeltlich Verpflegung erhalten, dem hiesigen Bezirk zur Last fallen wird«. Die daraus zwangsläufig resultierenden zusätzlichen Ausgaben könne die Amtskörperschaft aber unmöglich verkraften.

In Ludwigsburg verschärfte sich die Lage nochmals, als 1895 in der Gartenstraße vom Evangelischen Verein die »Herberge zur Heimat« eröffnet wurde. Die Zahl der Menschen, die in Ludwigsburg Naturalverpflegung bezogen, verdoppelte sich gleich im ersten Betriebsjahr auf 6359. Die Ausgaben der Amtspflege für die Naturalverpflegung armer Reisender, die in der ersten Hälfte der 1890er Jahre zwischen 2000 und 2500 Mark jährlich lagen, schnellten auf 3590 Mark im Etatjahr 1895/96 hoch. Auf der Suche nach Gründen erhielt das Oberamt vom Stadtschultheißenamt Ludwigsburg zur Antwort, dass »dasjenige, was hier in der »Herberge zur Heimat« geleistet wird, offenbar das Maß dessen, was anderwärts geschieht, erheblich überschreitet«. Damit übernehme der Bezirk Ludwigsburg eine Last, welche im Missverhältnis zu derjenigen anderer Bezirke stehe, und dabei laufe »insbesondere die hiesige Stadtgemeinde Gefahr, mit Leuten, welche der öffentlichen Armenfürsorge

anheimfallen, überschwemmt« zu werden. Von Seiten des Oberamts wurde kurz und knapp ergänzt: Durch den gesteigerten Zusppruch werde »die Belästigung der Bewohner von Stadt und Land durch Bettel usw. sich ebenso steigern«.

Spätestens zu Beginn des 20. Jahrhunderts stand fest: Der ursprüngliche Plan, den fast überall im Land als unerträglich empfundenen Hausbettel dadurch einzudämmen, dass in möglichst vielen Orten den mittellosen Wanderern Naturalverpflegung gereicht wurde, war gescheitert. Zwischen 1890 und 1896 ging die Zahl der Verpflegungsstationen im Königreich Württemberg von 130 auf 36 zurück, von denen nur 22 ganzjährig und 14 lediglich in den Wintermonaten geöffnet waren. Das anfangs doch relativ eng geknüpfte Netz von Verpflegungsstationen war zunehmend löchrig geworden und konzentrierte sich zuletzt im Wesentlichen auf den Raum rund um Stuttgart. Hatte es 1883 in immerhin 56 der insgesamt 64 württembergischen Oberamtsbezirken Naturalverpflegungsstationen gegeben, waren es 1906 nur noch 13 Bezirke mit Stationen, wobei Ludwigsburg mit 6000 Mark die nach Stuttgart zweithöchste Kostenlast aufwies.

Wanderarbeitsstätten – ein neuer Lösungsansatz für Württemberg

Es ist daher kein Zufall, dass es um diese Zeit neue Vorstöße zu einer landesweiten Lösung des Wanderer-Problems gab. So richtete am 3. Mai 1906 das Innenministerium einen Erlass an die Oberämter, in dem es über den Plan eines Netzes von Wanderarbeitsstätten unterrichtete und die Amtskörperschaften um Stellungnahme bat. In diesem Erlass hieß es unter anderem:

»Die wirksame Bekämpfung der Bettelei und Landstreicherei erscheint angesichts des Umfangs dieses Übels in Württemberg noch immer als eine dringende Aufgabe

des Staats und der Gemeinden. Von den hierfür in Betracht kommenden Mitteln ist nach Ansicht des Ministeriums zur Zeit die Errichtung eines über das ganze Land ausgedehnten Netzes von Wanderarbeitsstätten dasjenige, welches am ehesten zu verwirklichen sein wird und nach den in einer Reihe deutscher und außerdeutscher Staaten gemachten Erfahrungen namhaften Erfolg verspricht. Unter Wanderarbeitsstätten werden Einrichtungen verstanden, die mittellosen Wanderern gegen Leistung eines gewissen Maßes von Arbeit und gegen den Nachweis der Einhaltung einer bestimmten Wanderordnung Obdach und Verpflegung gewähren.«

Der Hauptzweck der Wanderarbeitsstätten war klar definiert: mittellose, arbeitslose Wanderer vor der Notwendigkeit des Bettelns zu bewahren, ihnen zu Arbeit zu verhelfen und die Möglichkeit zu geben, »auf dem richtigen Wege zu bleiben und sie von der abschüssigen Bahn des Stromertums fernzuhalten«. Oder wie es in dem Erlass vom 3. Mai 1906 hieß: dass kein Wanderer durch Mittellosigkeit genötigt wird, sein Leben »durch Bettel oder sonstige strafbare Handlungen zu fristen«.

Mit dem Ziel und der Aufgabe, vorbeugende Hilfe zu leisten, standen die Wanderarbeitsstätten ganz in der Tradition der Naturalverpflegungsstationen. Neu waren jedoch die Mittel und Wege, mit denen man das Ziel erreichen wollte. Der Erlass des Innenministeriums vom 3. Mai 1906 hob daher die Unterschiede zwischen dem bisherigen und dem künftig geplanten System der Wandererfürsorge ausdrücklich hervor:

»Naturalverpflegungsstationen, die sich ohne die genannten Voraussetzungen [Verpflichtung zu Arbeit und Einhaltung der Wanderordnung] den Wanderern zur Verfügung stellen, erleichtern das Wandern zu sehr und geben den Wanderern keinen wirksamen Antrieb, möglichst bald eine

festen Arbeitsstelle zu suchen. Infolgedessen wird durch sie zwar in manchen Fällen vielleicht das Betteln verhütet, weil entbehrlich gemacht, im Ganzen aber das regel- und zwecklose Wandern mit seinen entsittlichenden Wirkungen leicht eher gefördert als bekämpft.«

Die Wanderarbeitsstätten hingegen sollen »durch den Zwang zur Arbeit einerseits den Wanderern das befriedigende Bewusstsein gewähren, dass sie von ihrer Arbeit, nicht lediglich von Almosen leben«. Dies sei »besonders für die Erhaltung des Selbstvertrauens der aufrichtig Arbeitswilligen wichtig«. Andererseits werde der Arbeitszwang »von zwecklosem Wandern abhalten und einen kräftigen Antrieb zum ernsthaften Aufsuchen fester, dem Beruf des einzelnen Wanderers entsprechender Arbeit« geben.

Ein weiterer Hauptunterschied bestand darin, dass nun zwischen den arbeitswilligen Wanderern und den »Stromern« differenziert wurde und letzteren – anders als bei den Naturalverpflegungsstationen – der Zugang zu den Wanderarbeitsstätten versperrt blieb. Die »Wohltaten der Wanderarbeitsstätten« sollten ausschließlich den mittellosen Wanderern zugutekommen, die »den Nachweis geordneter, strafloser Wanderschaft« führen konnten.

Auch wenn das Ziel die Schaffung eines lückenlosen Netzes von Wanderarbeitsstätten im ganzen Land war, so wollte man doch die Zahl der Wanderarbeitsstätten selbst bewusst klein halten. Die räumliche Entfernung zwischen ihnen sollte möglichst so bemessen sein, dass die Wanderer – wie es in einer Denkschrift von 1909 hieß – »mittels eines Halbtagsmarsches von einer Wanderarbeitsstätte zur andern gelangen« konnten. Ein solcher Mindestabstand entsprach dem Leitsatz »vormittags arbeiten, nachmittags wandern« und sollte sicherstellen, dass »der Wanderer bei Einhaltung der Wanderordnung gar keine Zeit mehr findet, Bettelstreifzüge zu unternehmen«.

Wander- und Arbeitsordnung.

§ 1.

In Wanderarbeitsstätten dürfen nur mittellose, arbeitsfähige, mindestens 16 Jahre alte männliche Personen aufgenommen werden, welche außerhalb ihres Wohnorts Arbeit suchen.

Kein Wanderer hat rechtlichen Anspruch auf Aufnahme in eine Wanderarbeitsstätte.

§ 2.

Als mittellos gilt jeder Wanderer, welcher nicht mehr als eine Mark an barem Gelde besitzt und an Ort und Stelle keine Arbeit finden kann. Wer noch mehr als eine Mark besitzt und den Besiß verheimlicht oder veräußert hat, kann nicht nur zur Bezahlung der erhaltenen Verpflegung angehalten, sondern auch wegen Betruges verfolgt werden.

§ 3.

Jeder mittellose Wanderer, der verpflegt werden will, hat den Wandererschein zu führen.

Durch Annahme des Wandererschein und Eintragung seiner Namensunterchrift in denselben unterwirft sich der Inhaber den Bestimmungen der Wander- und Arbeitsordnung.

Der Wandererschein darf nur solchen mindestens 16 Jahre alten männlichen Personen ausgestellt werden, welche

1. eine **Wohnortbescheinigung** der Polizeibehörde ihres letzten Wohnorts und eine **Leistungskarte** vorlegen;

2. durch **gläubwürdige Arbeitsbescheinigungen** nachweisen, daß sie innerhalb des letzten Vierteljahrs gearbeitet haben, oder durch **Arbeitsbescheinigungen** glaubhaft machen, daß sie während dieses Zeitraums zur Übernahme von Arbeit außerstande waren;

3. eine **Ausfertigungsgebühr** von 50 Pf. bezahlen oder statt deren eine vierstündige Arbeit in der Wanderarbeitsstätte verrichten.

Bei den vom Militärdienst oder aus einem Anstaltenhause, dem Arbeitshause oder einer Strafanstalt Entlassenen genügt zur Ausstellung des Wandererschein während der ersten vier Wochen nach dem Entlassungstage an Stelle der zu 1 und 2 genannten Papiere die Vorlegung der Entlassungspapiere.

Über die Ausstellung des Wandererschein wird ein Vermerk in die Papiere des Inhabers unter Einem Markenpreis, der Ort und Tag der Ausstellung angefügt, eingetragen.

Die Stempelung der Leistungskarte ist verboten.

§ 4.

Der Wandererschein und sämtliche andere Ausweisepapiere sind beim Eintritt in die Wanderarbeitsstätte abzugeben und werden erst nach geleisteter Arbeit zurückgegeben.

Jeder Wanderer darf nur einen Wandererschein führen.

§ 5.

Der Wandererschein wird auf jeder Wanderarbeitsstätte mit dem Datumstempel (Datum des Abreisens) abgehempelt. Jeder beachtliche „Wanderstempel“ gilt als Zeugnis, daß der Verpflegungsgeld die letzte Wanderstrecke vorschrittsmäßig zurückgelegt, angebotene Arbeit nicht abgelehnt und die ihm angewiesene Arbeit ordnungsmäßig verrichtet hat.

Die Stunde der Abreise, sowie der Ort der nächsten Wanderarbeitsstätte, wohin der Wanderer gehen will (Zielstation), muß jedenfalls in den Wandererschein eingetragen werden.

§ 6.

Arbeits- und Wanderzeugnisse müssen in möglichst ununterbrochener Zusammenhänge stehen, zum Schutz vor dem Verdacht der Landstreicherei. Stimmiger Aufenthalt im Krankenhaus oder dergleichen ist ebenfalls durch Eintragung in den Wandererschein zu bescheinigen. Die Arbeitszeugnisse sind durch die Ortsbehörde zu beglaubigen.

§ 7.

Abreisen von den drei letzten Seiten des Wandererschein ist dem Inhaber strengstens verboten, selbst irgend eine Eintragung in den Schein zu machen oder willkürlich machen zu lassen. Eine derartige Fälschung, sowie die Benutzung des Scheins durch einen anderen als den berechtigten Inhaber ist strafbar (Reichsstrafgesetzbuch § 263).

§ 8.

Ein Wanderer wird nicht aufgenommen, wenn der Wandererschein nicht den Abgangstempel einer Wanderarbeitsstätte vom demselben Tage hat, oder wenn der Wanderer wesentlich später eintrifft, als nach der Eintragung und der in dem Wandererschein eingetragenen Abgangsstände möglich ist.

Wenn der Wanderer seit dem Abgang von der letzten Wanderarbeitsstätte nachweislich gearbeitet hat oder krank gewesen ist, so kann er auch auf einen Wandererschein mit altem Wanderstempel aufgenommen werden.

§ 9.

Durch Annahme der Verpflegung verpflichtet sich der Wanderer zur Verrichtung der ihm zugewiesenen Arbeit und zur Einhaltung der Hausordnung. Wer nach empfangener Verpflegung nicht arbeitet oder sich ohne Urlaubserlaubnis entfernt, kann strafrechtlich verfolgt werden.

Die Wanderer haben vier Stunden zu arbeiten. Nach dem Mittagessen werden sie, wenn ihnen keine Arbeit nachgewiesen ist, zur Weiterwanderung entlassen.

Die Wanderer dürfen die Wanderarbeitsstätte nur mit besonderer Erlaubnis verlassen. An Sonntagen und bürgerlichen Feiertagen ruht die Arbeit. Nachmittags wird weitergenwandert mit Ausnahme des Beurlaubten, des Karfreitags und in katholischer Gegenden auch des Fronleichnamstages.

§ 10.

Arbeit wird den Wanderern, wosfern nicht am Sitz einer Wanderarbeitsstätte ein Arbeitsamt vorhanden ist, durch den in den Wanderarbeitsstätten eingerichteten **Arbeitsnachweis** vermittelt; Wachsen ist unterliegt.

§ 11.

Erforderlichenfalls, besonders zur Winterszeit und wenn die nächste Wanderarbeitsstätte mehr als fünf Wegstunden entfernt ist, kann die Abreise schon am Vormittag gestattet und vor der Abreise eine Mahlzeit gewährt werden.

An Stelle des Fahrwortes kann bei allzu weiter Entfernung der Zielstation oder bei außerordentlichen Unwettern und Wanderunfähigkeit ganz oder teilweise freie Gesehbehalfahrt treten.

Die Ausfertigung eines Fahrwortes ist in dem Wandererschein zu vermerken.

§ 12.

Wanderer, welche in die Wanderarbeitsstätte nicht aufgenommen werden können, werden der Ortsbehörde als obdachlos überlassen.

Erfri auf eine Bescheinigung der Ortsbehörde hin, daß sie die von ihr vorgeschriebene Arbeit verrichtet haben und daß der Ausfertigung des Wandererschein Bedenken nicht entgegenstehen, kann ihnen in der Wanderarbeitsstätte ein Wandererschein ausgestellt und Verpflegung gegen die vorgeschriebene Arbeitsleistung gestattet werden.

Durch die Bestimmungen der »Wander- und Arbeitsordnung« wurde das Leben der Wanderer grundlegend reglementiert. (Staatsarchiv Ludwigsburg, E 191 Bü 3960)

Zugleich war ein effektives Kontrollsystem vorgesehen: »Als Nachweis für die Einhaltung der Wanderordnung muss jeder, der die Wanderarbeitsstätte benützen will, einen um mäßigen Preis zu erwerbenden Wanderschein nach bestimmtem Formulare führen, in dem zeitlich und örtlich lückenlose Stempelinträge der Wanderarbeitsstätten die Einhaltung einer ordnungsmäßigen Wanderrichtung und die Nichtverbüßung von Bettel- und anderen Strafen während der Wanderschaft dartun.«

Während die Wanderarbeitsstätten als Einrichtungen der »reinen Fürsorge« verstanden wurden, sollte die »Behandlung der ungeordneten Wanderer polizeilichen Charakter tragen und einen entsprechenden Zwang zur künftigen Unterordnung unter die für geordnetes Wandern geltenden Regeln ausüben«. Alles in allem sollte auf diese Weise, so die Formulierung im Erlass vom 3. Mai 1906, »eine bessere Säuberung des Landes, insbesondere auch des platten Landes, von Bettlern und Landstreichern« erreicht werden.

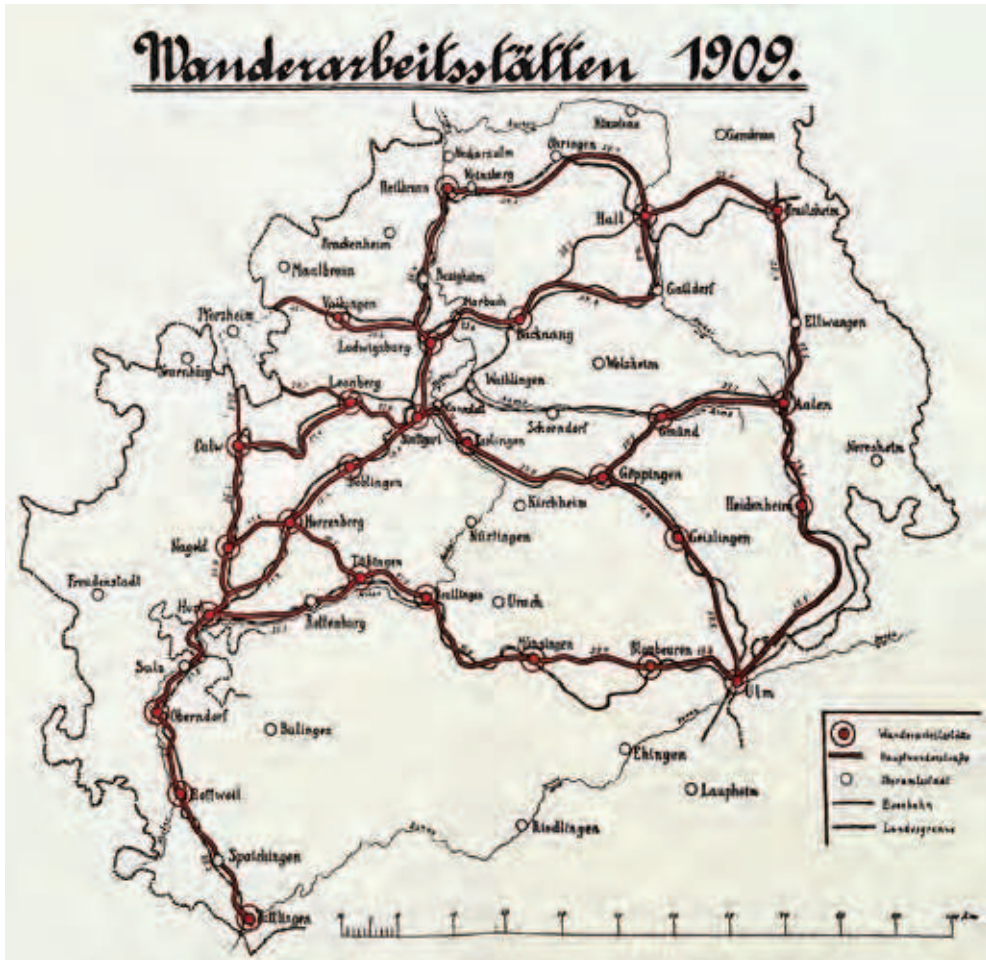
Die Einführung in Ludwigsburg

Eigentlich hätte man erwarten können, dass gerade in Ludwigsburg, das ja im alten System der Naturalverpflegungsstationen eine überproportionale Last zu schultern hatte, der neue Vorstoß für eine landeseinheitliche Lösung auf lebhafteste Zustimmung stoßen würde. Doch auf den Erlass vom 3. Mai 1906 reagierte man merkwürdig reserviert. Die Amtsversammlung beschloss am 31. Juli 1906 lediglich, »vorerst zu der ganzen Frage eine zuwartende Stellung einzunehmen«. In der Mehrzahl der übrigen württembergischen Oberämter fiel die Reaktion ähnlich aus. Es sollte daher noch gut drei Jahre dauern, bis die Idee der Wanderarbeitsstätten im Königreich Württemberg schließlich doch in die Praxis umgesetzt werden konnte.

Als am 22. März 1909 die Amtsversammlung Ludwigsburg sich erneut mit dem Thema befasste, stand fest, dass für den Oberamtsbezirk die Einrichtung »einer Wanderarbeitsstätte nur in Ludwigsburg« vorgesehen war. Auf Empfehlung von Oberamtmann Dr. Bertsch, der dem Oberamt seit 1904 vorstand, signalisierte die Amtsversammlung prinzipielle Zustimmung, knüpfte diese aber an Bedingungen: Betrieb der Wanderarbeitsstätte in Verbindung mit der »Herberge zur Heimat«, Neuregulierung der Verhältnisse im Stadtpital bzw. städtischen Obdachlosenheim (Talstraße 24). Letzteres war erforderlich, weil dort bisher kein Arbeitszwang bestand. Sollte dies nicht geändert werden, musste man befürchten, dass »die Wanderarbeitsstätte umgangen wird«.

Am 1. April 1909 kam die Nachricht aus dem Ludwigsburger Rathaus, dass die Stadt bereit sei, »im Stadtpital die nötigen Räume für Unterbringung, Verköstigung und Beschäftigung der arbeitsfähigen, aber nicht mit einem Wanderschein versehenen Wanderer zur Verfügung zu stellen und die Leute angemessen zu beschäftigen«. Auch vom Evangelischen Verein lag bald die Zusage vor, die Wanderarbeitsstätte gegen entsprechende Kostenerstattung in der »Herberge zur Heimat« einzurichten und zu betreiben. Somit konnte die Ludwigsburger Wanderarbeitsstätte planmäßig am 1. Oktober 1909 zusammen mit zunächst 26 weiteren Wanderarbeitsstätten im Land eröffnet werden. Gleichzeitig wurde der Betrieb der bisherigen Naturalverpflegungsstationen in Ludwigsburg, Markgröningen und Zuffenhausen eingestellt.

Die Eröffnung der Wanderarbeitsstätte wurde durch amtliche Bekanntmachung publik gemacht. Darin fehlte auch nicht der Hinweis, dass die Kosten der neuen Einrichtung vom Staat, der Amtskörperschaft und dem 1908 gegründeten »Verein zur Förderung der Wanderarbeitsstätten in Württemberg« getragen werden. Der Evangelische



Karte der Wanderarbeitsstätten und Wanderstraßen in Württemberg nach dem Stand von 1909. (Staatsarchiv Ludwigsburg, E 191 Bü 3960)

Verein erhielt für den Betrieb der Wanderarbeitsstätte eine Kostenerstattung von 1,10 Mark pro Tag und Person (Frühstück 25 Pfennig, Mittagessen 40 Pfennig, Nachtesen 20 Pfennig, Nachtquartier 25 Pfennig).

An die Bevölkerung erging »die ebenso dringende als berechnigte Aufforderung, zur Bekämpfung des Häuserbettelns dazu beizutragen, dass Bettler grundsätzlich abgewiesen werden«. Überall sollten an den Ortseingängen und anderen geeigneten Stellen Plakate angebracht werden mit der Aufschrift: »Oberamt Ludwigsburg. Wander-

arbeitsstätte in Ludwigsburg, Arbeitsnachweis ebendasselbst. Umschauen nach Arbeit untersagt. Bettel wird streng bestraft«. Den »Polizeioffizianten« in den Gemeinden war »zur besonderen Auflage zu machen, gegen Bettler und Landstreicher unnachsichtlich einzuschreiten«.

Gewerbetreibende und Landwirte im Oberamtsbezirk waren gehalten, dem städtischen Arbeitsamt in Ludwigsburg Arbeitsgelegenheiten zur Vermittlung an Wanderer zu melden. Konnte der Wanderer keine Arbeitsstelle finden, so erhielt er in der Wan-

derarbeitsstätte Abendessen, Nachtquartier, Frühstück und Mittagessen. Als Gegenleistung hatte er vormittags eine vierstündige Arbeit – in der Regel Holzzerkleinerungsarbeit – zu verrichten. Nachmittags musste der Wanderer zur nächsten Wanderarbeitsstätte weiterziehen. Von Ludwigsburg aus ging es dann zu Fuß nach Stuttgart, Backnang oder Vaihingen. In Richtung Heilbronn durften die Wanderer ab Lauffen die Eisenbahn benutzen; die Fahrkarte bezahlte das Oberamt.

Das System bewährt sich – erste Zwischenbilanz

Am 26. November 1909 berichtete Herbergsvater Keller, der nun zugleich als Verwalter der Wanderarbeitsstätte fungierte, dass seit der Eröffnung am 1. Oktober »778 Wanderer mit 835 Verpflegungstagen beherbergt« worden seien. Dies bedeutet, dass einige Wanderer sich nicht, wie eigentlich vorgesehen, nur einen Tag lang, sondern zumindest über zwei Tage in der Wanderarbeitsstätte aufgehalten hatten. Die Gründe hierfür nannte Keller nicht. Vermutlich handelte es sich um Krankheitsfälle. Denn nach den Vorgaben der Wanderordnung sollte an Sonntagen und bürgerlichen Feiertagen zwar die Arbeit ruhen, die Pflicht zum Weiterwandern aber – »mit Ausnahme des Weihnachtsfestes, des Karfreitags und in katholischen Gebieten auch des Fronleichnamtages« – jeden Tag bestehen.

Das Verhalten seiner Gäste bezeichnete Keller als »durchaus geordnet«. Ein Einschreiten gegen »rohe Elemente« sei nicht erforderlich gewesen. Diese »sind von hier verschwunden, ohne dass die hiesige Polizei besondere Maßnahmen nötig hatte«; allein die Einrichtung der Wanderarbeitsstätte habe schon ausgereicht.

Zum Thema Arbeit enthält der Bericht Kellers widersprüchliche Angaben. Einer-

seits heißt es, die Wanderer hätten zum Teil bei der Firma Heinrich Franck Söhne, einer Kohlenhandlung, der Bettfedernfabrik Eisenmenger und einzelnen Privaten Arbeit gefunden. Andererseits sei es erforderlich gewesen, in der Person des früheren Polizeiwachtmeisters Schwegler einen »Arbeitskontrolleur« zu bestellen, »weil einfach nicht gearbeitet wurde«. Von Schwegler selbst war dann freilich durchaus Positives zu erfahren: »Mit nur wenigen Ausnahmen« konnte er melden, dass »Fleiß und Betragen zufriedenstellend sind«.

Keller berichtete ferner, dass der Hausbettel, wie ihm »von verschiedenen Seiten mitgeteilt« worden sei, »fast ganz aufgehört hat«. Er könne dies auch aus eigener Erfahrung bestätigen. Denn es sei ein »deutlicher Beweis, dass seit dem 1. Oktober in meiner Kasse fast kein Kupfergeld = Bettelgeld mehr eingeht, gegen früher, wo ich solches jeden Tag rollieren musste und manchmal nicht wusste, wo ich es absetzen konnte«.

Auch der erste Zwischenbericht, den Oberamtmann Dr. Bertsch am 21. März 1910 der Amtsversammlung erstattete, fiel ausgesprochen positiv aus. In den Monaten Oktober bis Dezember 1909 war insgesamt 1477 Wanderern Aufnahme gewährt worden. In der Frequenz kam somit Ludwigsburg nach Stuttgart mit 2228 und Ulm mit 1613 Gästen auf den dritten Platz noch vor Heilbronn, Göppingen und Esslingen. Das städtische Arbeitsamt konnte bei 645 Nachfragen von Fremden in 420 Fällen, »wenn auch nur für kurze Zeit«, Arbeit vermitteln. Besonders erfreulich aus der Sicht des Amtsvorstands: Die Zahl der Anzeigen, die wegen Bettel und Landstreicherei beim Oberamt eingegangen waren, hatte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als halbiert (Rückgang von 99 auf 44). Auch in finanzieller Hinsicht waren deutliche Entlastungen für die Amtskörperschaft zu erwarten. Somit könne, so das Fazit von Oberamtmann Dr. Bertsch, »der hier gemachte Versuch mit der

Wanderarbeitsstätte sowie dem Obdachlosenheim nach mehr als einer Richtung hin als gelungen bezeichnet werden«.

Dies bestätigte auch der erste reguläre Jahresbericht, den Oberamtmann Dr. Bertsch am 20. März 1911 der Amtversammlung erstattete: »Im ersten Betriebsjahr 1909/10 betrug die Zahl der Gäste der Wanderarbeitsstätte 4373, der Verpflegungsaufwand 4930 Mark, der Aufwand für Eisenbahnfahrkarten 257 Mark, Zahl der ausgestellten Wanderscheine 503. Die Haftvollstreckungskosten wegen Bettel und Landstreicherei sind von 3235 Mark des Vorjahres auf 1205 Mark zurückgegangen. Als die Haftvollstreckungskosten noch von der Amtskörperschaft zu tragen waren, berechneten sich die Kosten hierfür sowie der Aufwand der früheren Naturalverpflegungsstationen auf durchschnittlich 10 122 Mark pro Jahr. An dem dormaligen Aufwand gehen ab der Staatsbeitrag von 800 Mark und der Beitrag des Vereins zur Förderung der Wanderarbeitsstätten mit 400 Mark.« Unterm Strich stand somit für die Amtskörperschaft eine »beträchtliche Kostenersparnis«.

Das neue System hatte sich offensichtlich bewährt. Oberamtmann Dr. Bertsch, der die Bemühungen um eine Verbesserung der Wandererfürsorge schon seit mehreren Jahren aufmerksam verfolgte und seit der Gründung des »Vereins zur Förderung der Wanderarbeitsstätten in Württemberg« in dessen Vereinsausschuss mitarbeitete, durfte sich bestätigt fühlen und über das insgesamt sehr positive Ergebnis freuen. »Mit Befriedigung«, so ist im ersten Jahresbericht des Vereins zu lesen, »können wir feststellen, dass die 27 Wanderarbeitsstätten, denen anfänglich so großes Misstrauen entgegengebracht worden ist und so mancherlei Schwierigkeiten entgegengestanden sind, in den beteiligten Bezirken sich eingelebt und zwar so eingelebt haben, dass man sie jetzt gar nicht mehr missen möchte.«

Fragen und Probleme des Alltags

In der täglichen Praxis traten freilich immer wieder kleinere oder auch schon mal größere Probleme zutage. So stellte Dekan Bacmeister als Vorstand des Evangelischen Vereins am 1. April 1911 den Antrag, das Oberamt solle dafür sorgen, dass die Wanderscheine den Zusatz erhalten, wonach diese »bei Arbeitsverweigerung, Betrunketheit, frechem Benehmen oder Weglaufen von der Arbeit« entzogen würden. Es sei notwendig, dass »die Hausväter ein Recht und einen Schutz gegen ungebührliche Wanderer haben«. Verwalter Keller ergänzte, dass es sich nur um Einzelfälle handle, er habe bisher »bei einem Verkehr von über 7000 Wanderern« erst 60 Wanderern den Wanderschein entzogen.

Ziemlich genau ein Jahr später konstatierte der Verwalter des städtischen Obdachlosenheims eine spürbare Zunahme der Zahl ungeordneter Wanderer. Seine Ursachenforschung habe ergeben, dass viele überhaupt keinen Wanderschein wollten, weil »die Marschleistungen zum Teil zu groß seien und die Behandlung bei Entziehung des Wanderscheins zu rigoros«. Der Wanderschein werde »wegen dem kleinsten Mangel« entzogen. Es wäre daher »vielleicht im Interesse der Sache«, zunächst nur eine Verwarnung zu erteilen und dies im Wanderschein zu vermerken, auch »bei Wiedererlangung des Wanderscheins etwas milder zu verfahren«. Bei ihm hätten sich schon etliche Leute über den Entzug oder die Verweigerung des Wanderscheins beschwert, und das seien »nicht die schlechtesten Elemente«. Er selbst nehme übrigens seine Aufgabe sehr ernst: »Um den Ungeordneten den Aufenthalt nicht zu unangenehm zu gestalten, werden sie hier streng behandelt, sowohl bezüglich der Arbeit als der Kost.« Jedes Vergehen gegen die Haus- und Arbeitsordnung werde unnachsichtig mit Haft – bei Wasser und Brot, ohne warme

Mahlzeit – bestraft, und die Arbeitsleistung müsse nachgeholt werden.

Gelegentlich gab es Wanderer, die nicht nur vormittags, sondern auch noch nachmittags arbeiteten. Sie standen dann freilich vor einem Dilemma: Entweder gaben sie einen Teil des zusätzlich verdienten Geldes für eine Bahnfahrt aus, um rechtzeitig in der nächsten Wanderarbeitsstätte anzukommen, oder sie sparten sich das Geld für die Fahrkarte und gingen zu Fuß, kamen dann aber erst nachts in der nächsten Wanderarbeitsstätte an und erhielten dort keine Verpflegung mehr.

Wegen verspätet angekommener Wanderer entstanden immer wieder »Missstimmungen«. So zum Beispiel auch Mitte Oktober 1913, als an einem einzigen Tag fünf Wanderer aus Ludwigsburg erst weit nach 21 Uhr in Stuttgart eingetroffen waren und dort noch – vergeblich – ein Abendessen einforderten. Die Verwaltung der Wanderarbeitsstätte Stuttgart stellte daher den An-

trag, dass Wanderer nach Nachmittagsarbeit künftig nicht mehr zur Weiterwanderung gezwungen sein sollten, sondern »nochmals in die gleiche Wanderarbeitsstätte aufgenommen werden«. Verwalter Keller in Ludwigsburg lehnte diesen Vorschlag rundweg ab, da er eine »zu große Belastung« seiner Wanderarbeitsstätte befürchtete. Dem Antrag wurde dennoch entsprochen und Keller erhielt Mitte November 1909 entsprechende Weisung.

Für Wanderer wichtig und unentbehrlich war ordentliches Schuhwerk. In der Wanderarbeitsstätte gab es daher einen gewissen Vorrat an Schuhen, die bei Bedarf an die Wanderer ausgegeben wurden. Schuhspenden aus der Bevölkerung waren willkommen, reichten jedoch bei weitem nicht aus. So berichtete Verwalter Keller im März 1911, dass es erforderlich sei, jährlich etwa 120 bis 150 Paar Schuhe anzuschaffen. Vom Bezirksrat, dem Nachfolger des früheren Amtsversammlungsausschusses, wur-



Das Haus des Evangelischen Vereins in der Gartenstraße 17, das »Herberge zur Heimat« und Wanderarbeitsstätte vereinte, um 1910. (Stadtarchiv Ludwigsburg)

de schnell beschlossen, dies auf Kosten der Amtskörperschaft zu tun. Doch welche Art von Schuhen sollte es sein? Die Abgabe von Lederschuhen wurde abgelehnt. Dies würde »zweifellos zu Anständen führen«, denn beim Fehlen einer einheitlichen Regelung sei zu befürchten, dass in anderen Wanderarbeitsstätten minderwertigere Schuhe verabreicht würden und somit in der Folge »die hiesige Wanderarbeitsstätte überschwemmt würde«. Schuhe mit Holzsohlen mussten reichen. Zwei Jahre später wurde beschlossen, Holzschuhe mit Ledersohlen zu beschaffen.

Das landesweite Netz an Wanderarbeitsstätten wurde weiter ausgebaut: von ursprünglich 27 im Jahr 1909 auf insgesamt 40 im Jahr 1913. Bis 1914 konnten stetig ansteigende Besucherzahlen gemeldet werden. Auch für Ludwigsburg, wo im Geschäftsjahr 1913/14 insgesamt 8543 Wanderer beherbergt wurden und somit fast doppelt so viel wie im Startjahr.

Der Evangelische Verein hatte 1913, wohl bedingt durch die Gästezunahme, für rund 3000 Mark »verschiedene auf Verbesserung der Unterkunftsräume abzielende bauliche Veränderungen vornehmen« lassen müssen. Zur Deckung eines Teils dieser Kosten beantragte er beim Oberamt einen Zuschuss. Die Amtsversammlung beschloss daraufhin am 23. März 1914, dem Verein »ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung zu dem außerordentlichen Bauaufwand 1000 Mark aus Restmitteln der Oberamtssparkasse zu verwilligen«.

Die weitere Entwicklung bis Mitte der 1920er Jahre

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs ging die Belegung der Wanderarbeitsstätten schlagartig zurück. In Ludwigsburg wurden 1914/15 nur noch 2350 Gäste gezählt, zwei Jahre später sogar nur noch 387. Lan-

desweit erreichten die Besucherzahlen erst wieder Mitte der 1920er Jahre annähernd das Vorkriegsniveau, ehe sie dann Ende der 1920er Jahre in Folge der durch die Weltwirtschaftskrise verursachten Massenarbeitslosigkeit in die Höhe schossen.

Für die Zeit zwischen dem Kriegsende und 1925 liegen leider kaum Nachrichten über die Wanderarbeitsstätte Ludwigsburg vor. Aus den Protokollen der Sitzungen des Bezirksrats erfahren wir, dass im November 1920 die Vergütung, die der Evangelische Verein »für Verköstigung und Beherbergung der Wanderarbeiter« von der Amtskörperschaft erhielt, von 2,50 Mark pro Person und Tag auf 4 Mark erhöht wurde.

Schon ein Jahr später folgte, »bedingt durch die heutigen Preise« und rückwirkend ab 1. Juli 1921, eine Erhöhung auf 7 Mark. Zur Ersatzbeschaffung für die »sehr heruntergewirtschaftete« Bettwäsche wurde dem Verein überdies ein einmaliger Zuschuss von 2500 Mark bewilligt. Im Juli 1922 musste der Verpflegungssatz auf 30 Mark erhöht werden, im Oktober wegen »starker Steigerung aller Preise« schon auf 100 Mark, und anhand seiner Entwicklung in den folgenden zwölf Monaten lässt sich exemplarisch das Ausmaß der damaligen Hyperinflation dokumentieren:

Dezember 1922: Erhöhung auf 240 Mark; die Preise für Kohlen, Gas, Strom und sämtliche Lebensmittel »sind derart gestiegen, dass der Evangelische Verein kaum mehr weiß, wie er den Betrieb weiterführen soll«. Februar 1923: 500 Mark; »bei den fortgesetzt sich steigernden Lebensmittelpreisen erscheint dieser Verpflegungssatz nicht zu hoch«. Mai: 1400 Mark; Juni: 2950 Mark; Juli: 10 000 Mark; August: 460 000 Mark; September: 11 Millionen und im Oktober 1923 schließlich 8 Milliarden Mark.

Am 3. August 1925 erschien auf dem Oberamt in Ludwigsburg der Wanderer Wilhelm Wagner, ein 53 Jahre alter Flaschner aus Nagold, und beschwerte sich über den Ver-

walter der Wanderarbeitsstätte. Wagner war am Vortag gemeinsam mit einem anderen Wanderer von Heilbronn nach Ludwigsburg gekommen. Sie waren, so seine Schilderung, mittags zunächst mit dem Zug von Heilbronn nach Kirchheim gefahren – seit 1921 durften die Wanderer zwischen Heilbronn und Ludwigsburg die Bahn schon ab Kirchheim, nicht mehr wie zuvor erst ab Lauffen benutzen – und dann im strömenden Regen stundenlang nach Ludwigsburg gewandert. Um 18.30 Uhr seien sie in der Wanderarbeitsstätte angekommen, doch »der Herbergsvater hatte sämtliche Schlafmarken schon vergeben, größtenteils an Selbstbezahler [Gäste der »Herberge zur Heimat«] und sonstige Leute, die sich schon tage- oder wochenlang in der hiesigen Wanderarbeitsstätte herumtreiben. Als geordnete Wanderer mussten wir nun vollständig durchnässt auf einem zerrissenen Holzvollesack nächtigen.«

Wagner gab weiter zu Protokoll: »Ich habe mich gestern Abend darein gefügt. Erst heute früh, als wir zur Arbeit gerufen wurden, erklärte ich dem Verwalter Bauer, dass ich beim Oberamt Beschwerde erheben werde. Daraufhin hat er mich und meinen Kollegen aus dem Haus gewiesen und erklärt, wir bekämen unsere Papiere nicht mehr und auch kein Mittagessen. Er will uns den Wanderschein entziehen bzw. entziehen lassen mit der Begründung, wir hätten die Arbeit verweigert. Ich erhebe hiergegen Beschwerde und bitte gleichzeitig, dass Abhilfe von den bestehenden Missständen geschaffen wird, dass insbesondere die geordneten Wanderer vor den anderen Schlafmarken bekommen und dass nach den menschenunwürdigen Lagern im Keller gesehen wird. Von den Selbstbezahlern verlangt der Verwalter 25 Pfennig für das Lager im Keller, das sich direkt auf Zementboden befindet. Ich glaube nicht, dass dies in Ordnung ist.«

Verwalter Gottlob Bauer wies in seiner Stellungnahme alle Vorwürfe weit von sich. Wagner und sein Kollege seien erst um 18:45

Uhr in der Wanderarbeitsstätte angekommen, und Wagner wisse ganz genau, dass die Wanderer spätestens um 18:30 Uhr hier sein müssten. Auch von einer menschenunwürdigen Unterbringung könne keine Rede sein. »Wagner und sein Kollege haben bei uns im Trockenraum, in einem geschlossenen, heizbaren Raum geschlafen, auf Matratzen, vom Wohlfahrtsamt geliehen, und zwei Woldecken dazu – ein Lager, das in manchen Wanderarbeitsstätten (Calw) als normal gilt.« Überhaupt sei Wagner kein geordneter Wanderer mehr, sondern ein »Berufswanderer«; er komme »seit Jahren immer wieder«.

In seiner Stellungnahme führte Bauer aber auch aus, dass er bereits im vergangenen Winter in zwei Berichten das Oberamt nachdrücklich darauf hingewiesen habe, dass die Verhältnisse in der Wanderarbeitsstätte »unhaltbar« seien. Die Lage sei »heute nicht besser, im Gegenteil«. Im vergangenen Dezember habe man 2307 Schlafgäste gehabt, jetzt im Juli 2605. »Letzte Woche hatten wir bei 48 Betten 82 Mann beherbergt. Wer will da jedermann recht tun?«

Noch schlimmere Verhältnisse herrschten im städtischen Obdachlosenheim in der Talstraße. Mitte August 1925 wurde nach einer »unvermuteten Besichtigung« dem Oberamt berichtet, dass »der für die Obdachlosen zur Verfügung stehende Raum, der auch als Tagraum Verwendung findet, viel zu klein und zu nieder ist. In der Nacht vom 12. auf 13. August waren in dem engen Raum 29 Personen untergebracht und oft schon seien es mehr gewesen.« Die Stadtverwaltung wurde aufgefordert, mehr Platz für die Unterbringung der Obdachlosen zu schaffen, »sei es durch Erstellung neuer Baracken, sei es durch Einbau von Zimmern in dem neben dem Fürsorgeheim stehenden Holzschuppen, sei es auf sonstige Weise«. Auf jeden Fall sei anzustreben, dass künftig »die jugendlichen Obdachlosen von den erwachsenen getrennt gelegt werden können«.

Vergrößerung der Wanderarbeitsstätte

Zumindest für die Wanderarbeitsstätte in der Gartenstraße gab es im Sommer 1925 konkrete Hoffnung auf eine deutliche Verbesserung der Verhältnisse. Ein seit längerer Zeit geplanter Anbau an die »Herberge zur Heimat« stand im Rohbau fertig da. Das Gebäude bot Platz für 90 Betten und konnte Mitte Oktober bezogen werden. Jetzt war auch eine »zweckmäßigere Einteilung im Hause und eine hinreichende Scheidung der Wanderer von den Gästen der Herberge« möglich.

Für den Evangelischen Verein war die Realisierung des Erweiterungsbaus ein finanzieller Kraftakt. Sein einst vorhandenes Kapitalvermögen war der Inflation zum Opfer gefallen. Von der Württembergischen Landessparkasse lag ihm ein Angebot für ein Darlehen bis zu 70 000 Mark vor, mit 11 % jährlich zu verzinsen. Dieser Betrag reichte jedoch nicht aus. Der Verein bat daher im März 1925 die Amtskörperschaft um Kostenbeteiligung. In seinem Antrag verwies er darauf, dass »in den letzten Jahren der Zustrom der Wanderer und Handwerkerburschen sehr zugenommen« habe. Im Durchschnitt der Jahre 1920 bis 1924 seien im Dezember täglich 44 bis 68 Gäste aufgenommen worden; vor dem Krieg seien es 33 bis 50 gewesen. Mit nur 48 Betten genüge »die Herberge lange nicht mehr auch nur den einfachsten Anforderungen, ja es bestünden ganz außerordentliche, völlig untragbare Missstände und Schwierigkeiten«.

Die Baukosten wurden auf rund 80 000 Mark beziffert – die Schlussabrechnung ergab dann 83 440 Mark. Im Bezirksrat tat man sich mit einem Zuschuss an den Verein zunächst etwas schwer. Gab es keine andere Lösung? Freilich, wenn der Evangelische Verein, um für seine eigenen Zwecke mehr Platz zu haben, künftig die Wanderarbeitsstätte nicht mehr betreiben würde, müsste die Amtskörperschaft entweder ein eigenes

Gebäude erwerben oder einen Neubau erstellen. Diese Alternative würde aber mit Sicherheit einen »bedeutend höheren Aufwand verursachen« als ein Zuschuss für den Erweiterungsbau des Vereins. Schließlich wurde beschlossen, »einen Beitrag von 20 % der Baukosten, jedoch aber im Höchstbetrag von 16 000 Mark, zu verwilligen«. Bedingung war, dass der Verein sich verpflichtet, die Wanderarbeitsstätte zumindest zehn weitere Jahre zu betreiben.

Mitte März 1926 berichtete der Evangelische Verein dem Oberamt: »Der Neubau ist am 12. Oktober in Betrieb genommen worden und hat sich während dieses Winters bei dem großen Andrang von Wanderern sehr bewährt. Wir können jetzt 98 gute Betten, verteilt in kleineren und größeren Schlafräumen, zur Verfügung stellen, so dass jetzt aller gewünschten Individualisierung bei der Behandlung der Wanderer, insbesondere auch der Trennung der jüngeren von den älteren, Rechnung getragen werden kann.« Der Durchschnittstand der Gäste betrage nun 72, darunter ein Drittel, also 24 Gäste der Wanderarbeitsstätte.

Nun beklagte der Verein jedoch gestiegene Betriebskosten. Allein schon die Zinsen für das Baudarlehen führten zu einer finanziellen Mehrbelastung von 587 Mark im Monat. Ohne eine Erhöhung des Verpflegungssatzes von bisher 1,50 auf 1,60 Mark sei ein kostendeckender Betrieb der Wanderarbeitsstätte nicht mehr möglich. Der Bezirksrat stimmte nur widerwillig zu, da »eigentlich in heutiger Zeit alles nach Verbilligung der Lebenshaltung verlangt«.

Bewährungsprobe in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit

Vor besondere Anforderungen sah sich die Wandererfürsorge in den letzten Jahren der Weimarer Republik gestellt. Die durch die allgemeine Wirtschaftskrise verursachte

<u>Herberge zur Heimat u. Wanderarbeitsstätte</u>	
<u>Weihnachtsfeier</u>	
1930.	
1. Posaunenchor	(G.V.J.M.)
2. Gemeins. Gesang: Gelobet seist du	
3. Gebet u. Ansprache: Herr Dekan Geiger.	
4. Begrüßungsgedicht	(Fr. Müller)
5. Posaunenchor	(G.V.J.M.)
6. Zwiegespräch:	() Kinder
7. Gemeins. Gesang: Stille Nacht.	
8. Gedicht	(Fr. Hagelo)
9. Posaunenchor	(G.V.J.M.)
10. Festessen	
11. Krüppelgedenken am Weihnachtsabend (H. Burger)	
12. Lichtbilder: Deutsche Weihnacht	(Fr. Hagelo)
13. Christliches amnunt	(O. Ferner)
14. Aufführung: Ein Traum unter den Weihnachtsbäumen	
15. Schlussgebet	(Herr Schler)
16. Bescherung.	

Programm für die Weihnachtsfeier 1930 in der »Herberge zur Heimat« und der Wanderarbeitsstätte. (Staatsarchiv Ludwigsburg, PL 413 Bü 173)

Massenarbeitslosigkeit ließ in den württembergischen Wanderarbeitsstätten die Zahl der Gäste sprunghaft ansteigen: von knapp 160 000 im Rechnungsjahr 1928/29 auf fast 336 000 vier Jahre später. Im Rechnungsjahr 1933/34 erreichte dann die Besucherzahl mit 345 124 ihren Höchststand.

In Ludwigsburg war man mit dem erweiterten Haus für diesen starken Anstieg der Wandererzahlen einigermaßen gut gerüstet. Die Bilanz des Rechnungsjahres 1931/32 weist die Aufnahme von 15 871 geordneten Wanderern und insgesamt 17 472 Verpflegungstage aus. Es befanden sich somit pro Tag durchschnittlich 48 Wanderer in dem Haus an der Gartenstraße. Vor allem in den Wintermonaten war die Belegung jedoch noch deutlich höher und an vielen Tagen im Haus kein Platz mehr frei. So wurden etwa im Zeitraum Oktober bis Dezember 1932 im Tagesdurchschnitt 85 Personen beherbergt,

im Dezember waren es sogar durchschnittlich 97 pro Tag, davon 58 in der Wanderarbeitsstätte, 34 in der »Herberge zur Heimat« und fünf im Hospiz. Für den Heiligen Abend 1930 ist eine Belegung mit 66 Wanderern und 86 Herbergsgästen überliefert, vermutlich die absolute Höchstzahl.

Für die Wanderer – geordnete Wanderer wie Selbstzahler – war das großzügig erweiterte und gut ausgestattete Haus in der Gartenstraße ein Segen. Sie erhielten dort, wie es in einem Bericht von 1933 heißt, »eine einfache, reichliche Kost und ein gutes Bett«. Für den Evangelischen Verein erwies sich das Haus jedoch in zunehmendem Maße als große Last. Je länger, je mehr zeigte sich, dass sich der Verein mit den Baumaßnahmen von 1925 finanziell übernommen hatte. Damals war nicht nur mehr Platz für die Wanderarbeitsstätte geschaffen worden, sondern gleichzeitig im 1. Stock des neuen Hintergebäudes das »Christliche Hospiz« mit zehn Zimmern und 18 Betten eingerichtet worden, »da vielfache Nachfrage nach einer solchen Gaststätte bestand«. Hinzu kamen längst überfällige Renovierungen von Wirtschaftsräumen, Küchenräumen und Waschküche. Über die knapp 83 500 Mark für die Erweiterung der »Herberge zur Heimat« hinaus hatte der Verein weitere 56 000 Mark investiert, insgesamt also rund 140 000 Mark. Der Schuldendienst drückte den Verein schwer.

Solange die Auslastung des Hauses gut oder sogar sehr gut war, funktionierte auch die Finanzierung. Sie geriet jedoch schnell in Schieflage, als im Laufe des Jahres 1933 die Belegung deutlich zurückging. Ende November 1933 machte Dekan Dr. Adolf Dörrfuß in einem Schreiben an die Oberamtspflege deutlich, dass die Wanderarbeitsstätte ohne eine Erhöhung der Tagessätze nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben war. Zur Entwicklung der Besucherzahl schrieb er: »Seit gegen die ungeordneten Wanderer amtlicherseits nachdrücklich eingeschritten

worden ist, hat sich die Belegung der Herberge wesentlich gemindert. Die Zahl der Selbstzahler, d.h. solcher Gäste, die durch Bettel in den Besitz eigener Mittel gekommen waren und die deshalb auch etwas verzehren konnten, ist stark zurückgegangen, und die Zahl der geordneten Wanderer, d.h. solcher mit Wanderscheinen, ist ebenfalls im Laufe des Sommers erheblich gesunken. Im Laufe des Sommers war die Belegung sehr klein: etwa 20 Mann. Im Herbst hat sie wieder zugenommen; zur Zeit ist die Herberge mit durchschnittlich 60 Mann belegt, von denen etwa 15 Selbstzahler sind.«

Dekan Dörrfuß beantragte namens des Vereins, den bisherigen Verpflegungssatz für die geordneten Wanderer von 1,25 Mark pro Mann und Tag um 20 Pfennig zu erhöhen. Zwar könnten auch mit dem erhöhten Betrag die Selbstkosten noch nicht ganz ausgeglichen werden, aber der Verein sei zuversichtlich, den noch verbleibenden Fehlbetrag durch seine sonstigen Betriebe decken zu können. Er handle ja schon immer nach dem Grundsatz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«.

Oberamtspfleger Fiesel befürwortete das Gesuch. Für die ersten elf Monate des Jahres 1933 errechnete er für die Wanderarbeitsstätte einen Rückgang der Gäste um knapp ein Viertel im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dies bedeute eine Ersparnis für die Amtskörperschaft, und selbst bei einem um 20 Pfennig erhöhten Verpflegungssatz müsse sie aufs ganze Jahr gerechnet weniger aufwenden als geplant. Für ihn stand »außer Zweifel, dass die Amtskörperschaft ein erhöhtes Interesse am Bestehenbleiben der Wanderarbeitsstätte im heutigen Ausmaß hat«. Von Vorteil sei überdies, so Fiesel in einer Nebenbemerkung, dass die Wanderarbeitsstätte »von Karlshöher Brüdern geführt wird, die die Fähigkeit haben, alles zu tun, was in hygienischer Hinsicht vonnöten ist«. Landrat Feurer verfügte schließlich, den Tagessatz von 1,25 Mark nicht zu erhöhen,

dafür aber dem Verein für das Rechnungsjahr 1933 einen pauschalen Zuschuss von jährlich 1500 Mark zu bewilligen.

Die Situation im Jahre 1934 – Ergebnisse einer Umfrage

Anfang Juni 1934 ließ der Verwalter der Wanderarbeitsstätte einige seiner Gäste Fragebogen ausfüllen, »um über das Woher und Wohin der Wanderer einen Überblick zu bekommen«. 22 dieser Fragebogen sind überliefert. Von besonderem Interesse ist, dass dabei von dem einzelnen Wanderer auch abgefragt wurde, seit wann und weshalb er auf Wanderschaft ist, was er sich für die Zukunft erhofft und was er von der Wanderarbeitsstätte erwartet. Eine Auswertung der Fragebogen ergibt folgendes Bild (das jedoch nicht als repräsentativ angesehen werden kann):

Im Durchschnitt waren die Wanderer 49 Jahre alt; der jüngste 19, der älteste 70. Was die Dauer der bisherigen Wanderschaft betrifft, lag die Bandbreite zwischen vier Tagen und zehn Jahren. Sieben Wanderer befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung seit maximal einem Monat auf Wanderschaft, drei zwischen fünf Wochen und einem Jahr, vier zwischen einem Jahr und zwei Jahren, ebenfalls vier zwischen zwei und drei Jahren. Die übrigen vier Wanderer waren bereits seit mindestens sechs Jahren unterwegs.

Als Grund für die Wanderschaft finden sich durchweg Angaben wie »Mangel an Arbeit«, »weil ich Arbeit suche« oder ähnliche Varianten. Das »Finden von Arbeit« war dann auch für alle Befragten das Ziel der Wanderschaft. Bei diesem Punkt wurden zum Teil ausführlichere Antworten gegeben, wohl nicht ganz zufällig insbesondere von den langjährigen Wanderern. So schrieb ein 49 Jahre alter Schreiner aus Echterdingen, der wegen einer schweren Handverletzung



Christl. Hospiz Ludwigsburg

Gartenstraße 17

Fernsprecher 3463



Schöne Fremdenzimmer

Gemütliche Gasträume

Gute Küche

Gepflegte Weine, Dinkelacker Märzen
Selbstgekelterte Obst- und Traubensäfte
Verkauf auch über die Straße

Zentralheizung — Bad — Auto-Einstellung

Karte mit Werbung für das Hospiz. Von den hier angepriesenen Vorzügen konnten die im gleichen Haus untergebrachten Wanderer nur träumen. (Stadtarchiv Ludwigsburg)

seinen erlernten Beruf nicht mehr ausüben konnte und bereits seit 1925 auf Wanderschaft war: »Unser Ziel ist Arbeit und Brot, auch Lohn, um menschenwürdig leben zu können (mit privater Wohnung).« Andere notierten »Arbeit, wie es sich einem anständigen Menschen gebührt« oder »Arbeit, damit ich wieder als ordentlicher Mensch angesehen werde«. Aber auch solche Angaben fehlten nicht: »Arbeit suchen und am Aufbau des 3. Reiches mitarbeiten«; sie stammte von einem 46 Jahre alten Buchbinder, der seit 1926 sein Dasein als Wanderer fristete.

Von der Wanderarbeitsstätte erwarteten die Wanderer natürlich in erster Linie Unterkunft und Verpflegung, manche machten noch den Zusatz »gegen Arbeitsleistung«. Einige erhofften sich von ihr zudem die Vermittlung einer Arbeitsstelle, sei es für kürzere oder längere Zeit. Bei einigen Wanderern geht aus den Antworten klar hervor, dass für sie die Alternative zur Unterkunft in der Wanderarbeitsstätte war, auf »der Landstraße liegen« zu müssen. Schlichtweg »nichts« erwartete der oben genannte Schreiner von der Wanderarbeitsstätte; auch nach neun Jahren Wanderschaft betrachte er sie nur »als eine notgedrungene, vorübergehende Heimat«.

Auch 1934 war das Haus mit durchschnittlich 60 Gästen pro Tag gut frequentiert und »das Hospiz gut besetzt«. Laut Dekan Dörrfuß war im gesamten Betrieb »durch den Wechsel in der Person des Hausverwalters insofern eine Besserung eingetreten, als der am 1. Oktober 1934 eingetretene neue Verwalter Haegele, Diakon der Karlshöhe, und seine Frau das Haus wirtschaftlicher zu verwalten verstehen«. Dennoch plagten den Evangelischen Verein nach wie vor große finanzielle Sorgen. Ein zugeteilter Bausparvertrag von 18 500 Mark konnte nur zu einem kleinen Teil zur Rückzahlung von Hypothekenschulden verwendet werden, der Großteil – 10 000 Mark – musste zur Deckung der laufenden Kosten erhalten.

Die Finanzierung der »Herberge zur Heimat« war stark von einer Mischbelegung mit geordneten Wanderern und Selbstzahlern abhängig. Sie wurde daher umso kritischer, je rigoros der NS-Staat gegen »Bettelei und Landstreicherei« vorging und damit auch die ungeordneten Wanderer in den Fokus staatlicher Repressionen gerieten.

Im NS-Staat – Verfolgung versus Fürsorge

Eine »Anti-Bettelaktion« Mitte September 1933 bildete den Auftakt zu einer »systematischen Säuberung der Landstraßen von sogenannten unredlichen, schädlichen Elementen«. Die alte Trennung von »arbeitswillig« und »arbeits-scheu« wurde bald ergänzt durch die Unterscheidung zwischen »arbeitsfähig« und »arbeitsunfähig«. Eine Verordnung des württembergischen Innenministeriums vom 27. August 1936 verschärfte die Bedingungen für ein geordnetes Wandern. Arbeitsunfähige und »asoziale Elemente« sollten nicht im Land umherwandern, sondern »aufgegriffen und einer zweckmäßigen Betreuung zugeführt« werden, und »zweckmäßige Betreuung« bedeutete letztendlich nichts anderes als Arbeitshaus oder Konzentrationslager.

Die Besucherzahl der württembergischen Wanderarbeitsstätten ging von 250 000 im Jahr 1935 auf nur noch 105 000 zwei Jahre später zurück. Dies lässt sich sicherlich nicht allein auf die Wirksamkeit der verschiedenen Zwangsmaßnahmen gegen die Wanderer zurückführen. Ein weiterer wichtiger Grund ist auch in der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung und dem damit verbundenen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu finden.

Für den Evangelischen Verein als Betreiber der Wanderarbeitsstätte war es letztlich jedoch zweitrangig, aus welchen Gründen er immer weniger Wanderer in seinem Haus beherbergen konnte. Bei allem Engagement

für sozial Benachteiligte musste letztlich auch er immer die »Geldfrage« im Blick haben. Und dieser Aspekt erwies sich als zunehmend problematischer: 1935 und 1936 betrug der Durchschnitt der Wanderer täglich nur noch 34 bzw. 24 Mann. Der Verein erhielt zwar auch in diesen zwei Jahren vom Kreisverband einen pauschalen Zuschuss von jeweils 1500 Mark, doch nahm der Abmangel kontinuierlich zu und wurde die finanzielle Situation immer kritischer. Als dann im Juli 1937 durchschnittlich nur noch fünf Wanderer pro Tag gezählt wurden, war klar, dass der Verein unter den bisherigen Bedingungen die Wanderarbeitsstätte nicht länger betreiben konnte.

Landrat Feurer zeigte wenig Neigung, dem Verein zum Ausgleich des gestiegenen Defizits einen höheren Zuschuss als in den Vorjahren zu bewilligen. Bei einer solchen geringen Frequenz sei ja überhaupt prinzipiell die Frage nach dem Sinn einer Weiterführung zu stellen. Nach seiner Auffassung war ohnehin mit einem »weiteren Abflauen des Wandererverkehrs« zu rechnen, so dass man schon bald auf die Wanderarbeitsstätte nicht mehr angewiesen wäre. Die wenigen verbleibenden Wanderer könnten »durch entsprechende Abmachungen in einer gutgeleiteten einfacheren Gastwirtschaft, eventuell auch im städtischen Obdachlosenheim« untergebracht werden. Landrat Feurer erklärte sich zwar Ende Juli 1937 damit einverstanden, dass dem Evangelischen Verein für das laufende Jahr nochmals ein Zuschuss von 1500 Mark ausbezahlt wurde, aber der Verein werde sich auf eine Schließung der Wanderarbeitsstätte einstellen »und ihre Räumlichkeiten einer anderweitigen Verwendung zuführen müssen«.

Anfang September 1937 teilte Oberbürgermeister Frank dem Landrat mit, dass es seitens der Stadt Ludwigsburg keine Bedenken gebe, die Wanderer künftig im städtischen Obdachlosenheim unterzubringen. Sie könnten dort »zur Mithilfe im landwirt-

schaftlichen Betrieb herangezogen werden«. Vom ursprünglichen Plan, diese »Änderung in der Unterbringung der Wanderer« zum 1. April 1938 umzusetzen, wurde jedoch wieder abgerückt. Man wollte zunächst die für das gesamte Land angekündigte allgemeine »Neuregelung des Wanderarbeitsstättenwesens« abwarten.

Als dann im Zuge dieser Neuregelung durch Erlass des Innenministeriums zum 1. November 1938 landesweit 19 Wanderarbeitsstätten aufgehoben wurden, war Ludwigsburg nicht dabei. Das Netz der Wanderarbeitsstätten sollte noch nicht zu stark ausgedünnt werden und so blieb unberücksichtigt, dass man in Ludwigsburg die eigene Wanderarbeitsstätte als entbehrlich erachtete. Eine gleichzeitig verfügte Änderung der Wanderordnung weckte allerdings Hoffnung auf eine bessere Auslastung des Hauses: Die Wanderer durften jetzt bis zu sieben Tage in der Wanderarbeitsstätte bleiben; erst wenn ihnen innerhalb dieser Frist keine feste Arbeitsstelle vermittelt werden konnte, mussten sie weiterziehen.

Bei Ausstellung der Wanderbücher sollte jetzt noch restriktiver verfahren werden. Deshalb müsse, so forderte der »Verein zur Förderung der Wanderarbeitsstätten« Ende Oktober 1938 in einem Rundschreiben die Landräte auf, unbedingt verhindert werden, dass »die Leute wegen dieser strengen Ordnung die Wanderarbeitsstätten meiden und sich in Wirtschaften, wilde Herbergen, Krankenhäuser oder Schlupfwinkel zurückziehen«. Bei dem jetzt weitmaschigeren Netz von Wanderarbeitsstätten müsse »dieser Gefahr ein besonderes Augenmerk geschenkt und ihr durch strenge polizeiliche Kontrolle vorgebeugt und entgegengewirkt werden«.

Nach Auffassung des Vereins sollte noch etwas anderes die Rolle der Wanderarbeitsstätten stärken: »Für Obdachlosenheime ist neben den Wanderarbeitsstätten heute kein Platz und kein Bedürfnis mehr. Es wi-

derspricht den heutigen Grundsätzen, für »ungeordnete Wanderer« noch besondere Einrichtungen zu unterhalten. Soweit noch Wanderer zugelassen werden, müssen sie sich in die Ordnung fügen und die Wanderarbeitsstätten bzw. Arbeiterkolonien aufsuchen.« Noch drastischer wurde es in einer EntschlieÙung des »Gesamtverbands Deutscher Wanderarbeitsstätten« vom 11. November 1938 formuliert: Es sei jetzt »dafür zu sorgen, dass die Spreu vom Weizen geschieden wird, d.h. die Asozialen festgehalten und in geeigneten Einrichtungen untergebracht werden«.

Das Ende der Wanderarbeitsstätte

Ende Mai 1939 berichtete Dekan Dörrfuß dem Landrat über vorgenommene Änderungen in der »Herberge zur Heimat«, die nun »Volksheim« hieß: 25 Betten der Wanderarbeitsstätte seien abgebaut und »außerdem Räume für hier beschäftigte Handlungsgehilfen zur Verfügung gestellt« worden. Die Belegung mit Wanderern war nach Angaben des Dekans auch 1938 weiter zurückgegangen, im Durchschnitt auf jetzt nicht einmal mehr zwei Gäste je Tag. Dennoch müssten, solange die Wanderarbeitsstätte nicht aufgehoben sei, »vorhandene Betten für obdachlose Wanderer freigehalten werden, wodurch der Evangelische Verein gehindert ist, das ganze Haus anderen Zwecken zur Verfügung zu stellen«. Die bereitgehaltenen Räume und Betten stünden aber leer, so dass der Verein weitere Einnahmeausfälle zu verkraften habe.

Auf die dringende Bitte des Vereins um weitere finanzielle Unterstützung durch den Kreisverband reagierte der Kreispfleger Nesper strikt ablehnend. Man habe sowohl schriftlich als auch mündlich wiederholt dem Verein gegenüber klar gemacht, dass er »mit allen Mitteln darnach sehen sollte, sich einen Ersatz für den Ausfall an Wanderern,

d.h. eine rentablere Einnahmequelle, zu suchen, und dass der Kreisverband jederzeit bereit sei, die Wanderer anderweitig unterzubringen. Weiter wurde mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, dass der jährliche Beitrag, den der Kreisverband bisher gegeben hatte, in Zukunft entsprechend herabgesetzt werden müsse und wohl in Zeitkürze ganz wegfallen werde. Niemals wurde bei diesen Verhandlungen ein Wort davon gesprochen, dass der Evangelische Verein irgendwelche weiteren Betten für obdachlose Wanderer bereithalten müsse – im Gegenteil, er solle sehen, wie er sie anderweitig besser verwenden könne.«

Landrat Dr. Thierfelder, der seit März 1938 als Nachfolger Feurers in Ludwigsburg amtierte, sah die Sache offenbar anders. Entgegen der Empfehlung des Kreispflegers ließ er dem Verein nochmals einen Zuschuss von 500 Mark ausbezahlen. Er erkannte auch, dass die Möglichkeiten für eine andere Verwendung der bisher als Wanderarbeitsstätte genutzten Räume beschränkt waren: »Da die Waschgelegenheiten für das ganze Stockwerk gemeinsam und wie auch die Abortanlagen äußerst primitiv sind, dürfte eine Belegung mit Frauen und Kindern nicht in Betracht kommen.«

Es war vermutlich am 26. April 1939, dass im Haus in der Gartenstraße zum letzten Mal ein Wanderer aufgenommen wurde. Mitte Oktober 1939 hieß es in einem Bericht an das Innenministerium: »In der bisherigen Wanderarbeitsstätte (jetzt Volksheim) in Ludwigsburg wurde in den letzten Monaten kein Wanderer mehr beherbergt. Dafür werden Männer, welche in Ludwigsburg und Umgebung arbeiten und kein anderweitiges Unterkommen finden, im Volksheim aufgenommen. Zur Zeit sind dort durchschnittlich 35 solche Arbeiter untergebracht, von denen die meisten schon längere Zeit im Volksheim wohnen (Dauermieter).«

Landrat Thierfelder bat mit Schreiben vom 22. Februar 1940 das Innenministeri-

um, ihm zu gestatten, die Wanderarbeitsstätte zum 1. April 1940 aufzuheben. »Für eine beschleunigte Entscheidung wäre ich sehr dankbar, da die Aufhebungsverfügung dem Evangelischen Verein möglichst schon vor dem 1. April 1940 zugehen sollte, damit er nicht auch für das Rechnungsjahr 1940 wieder einen laufenden Beitrag beansprucht.« Doch in Stuttgart ließ man sich Zeit. Die Zustimmung wurde erst am 31. Oktober 1941 erteilt, woraufhin Landrat Thierfelder am 7. November 1941 die Aufhebung der Wanderarbeitsstätte rückwirkend ab 1. April 1940 verfügte.

Damit endete nach drei Jahrzehnten recht sang- und klanglos die Geschichte der Wanderarbeitsstätte Ludwigsburg. Es war die

Geschichte einer Institution, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, auf bestehende Problemlagen von Menschen zu reagieren und Menschen in Not dringend benötigte Hilfe und Unterstützung zu geben. Bei einer Würdigung der Wanderarbeitsstätten darf jedoch nicht übersehen werden, dass ihre Einrichtung nicht nur aus reiner Menschenliebe erfolgte, sondern auch ordnungspolitischen und ökonomischen Überlegungen geschuldet war. Dieser übergeordnete Aspekt unterlag einem Wandel und erhielt ab 1933 eine Ausrichtung, die zunehmend staatliche Repression und Verfolgung in den Vordergrund stellte. In der Geschichte der Wanderarbeitsstätten spiegelt sich somit ein Stück weit auch die allgemeine politische und gesellschaftliche Entwicklung wider.

Quellen und Literatur

- Kreisarchiv Ludwigsburg: Amtsversammlungsprotokolle
 Staatsarchiv Ludwigsburg: E 191 BÜ 3960, 5417, 5835a; F 181 I BÜ 5, 14 f.; F 181 II Bde. 17–19, 21 f., 34; FL 20/12 II BÜ 328; PL 413 BÜ 33, 68, 72, 76, 94, 103, 133, 173
 Stuttgarter Zeitung, 08.07.2020; Ludwigsburger Kreiszeitung, 09.07.2020
- Günther Bergan: Von fröhlichen Gebern und verschämten Armen. Ludwigsburger Wohltätigkeitsvereine in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 65 (2011) S. 89–124.
- Karl Mailänder: 25 Jahre Wanderarbeitsstätten in Württemberg. Ein geschichtlicher Überblick, Stuttgart 1934.
- Manfred Seidenfuß: Wanderarbeitsstätten in Württemberg, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 50 (1991) S. 233–270.
- Manfred Seidenfuß: Wahrnehmung sozialen Wandels. Identitätsbildung durch Vernetzungen am Beispiel der Wandererfürsorge in Württemberg, Weinheim 1999.

Der Anfang der Demokratie im Südwesten

Die Jahre 1918 bis 1920¹

von Dr. Franziska Dunkel,

Stuttgart; seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Haus der Geschichte Baden-Württemberg; Kuratorin u. a. des Museums Hohenasperg und der Großen Landesausstellung »Vertrauensfragen«.



Vor ziemlich genau vierzig Jahren hat der Archivar Günter Cordes, Kurator der im Hauptstaatsarchiv Stuttgart gezeigten Ausstellung »Krieg. Revolution. Republik«, einen Vortrag vor dem Historischen Verein Ludwigsburg gehalten. Thema: Das Revolutionsjahr 1918/19 in Württemberg und die Ereignisse in Ludwigsburg. In den Ludwigsburger Geschichtsblättern 1980 ist der Vortrag abgedruckt.² Kurz war ich versucht, ihn einfach vorzulesen. Ich weiß nicht, ob es aufgefallen wäre, dass es sich dabei um Forschungsergebnisse von vor vierzig Jahren handelt. Das liegt natürlich zum einen daran, dass Herr Cordes hervorragend gearbeitet hat und viele Fakten kenntnisreich und gut strukturiert erläuterte. Das zeigt zum anderen aber auch, dass sich in der Forschung zu Revolution und Weimarer Republik lange Zeit vergleichsweise wenig getan hat. Alexander Gallus sprach 2010 von der »vergessenen Revolution«.³ Nach den grundlegenden Forschungen zur Rätebewegung in

den 1960er/70er Jahren war die Weimarer Republik lange ein erinnerungspolitisches Stiefkind und der Blick auf sie stark vom Scheitern 1933 geprägt.⁴ Vielleicht hat der Paradigmenwechsel der historischen Forschung hin zu »cultural turn« und Genderforschung, zur Emotionsforschung oder »human-animal-studies« damit zu tun, dass die Erforschung der Revolution 1918/19 weniger attraktiv erschien.

Erst aus Anlass des hundertjährigen Jubiläums gerieten die Revolution und ihre Folgen wieder mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Der Tenor der neueren Forschung erschließt sich bereits aus dem Titel des Buchs von Robert Gerwarth: »Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit«. Der Blick wandelt sich von einer Defizitorientierung hin zur Ressourcenorientierung, zu einer Würdigung der guten Ansätze und Potentiale.⁵ Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg hat bei der Vorbereitung der Großen Landesausstellung zur Revolution 1918 und ihren Folgen diesen Ansatz ebenfalls verfolgt.⁶ Die Thesen des Vortrags basieren auf der Ausstellung, die Beispiele stammen darüber hinaus auch aus dem Raum Ludwigsburg.

Vertrauensverlust – Oktober/November 1918

»Dass der November 1918 in eine demokratische Republik mündete, [...] doku-

mentierte eine aus Friedenssehnsucht und Legitimationsdefizit entstandene Krise der überkommenen monarchischen Autorität«, konstatiert Jörn Leonhard in seiner Monumentalstudie zum »überforderten Frieden«. ⁷ Das Legitimationsdefizit der alten Eliten resultierte zunächst aus einer Versorgungskrise. Die Autorität des Staates verfiel, weil er die in der Kriegswirtschaft selbst auferlegte Aufgabe, die Bevölkerung zu ernähren, immer schlechter erfüllte. Ab 1915 wurden die knappen Verbrauchsgüter schrittweise rationiert. Staatliche Stellen beschlagnahmten die Vorräte und verteilten sie durch ein kompliziertes und schlecht funktionierendes Vergabesystem. Konsumgüter gab es nur noch auf Marken; die Kriegsration betrug etwa ein Drittel der Friedensration. Das führte zu Frust und Protest: Ende März 1916, so berichtete der Oberbürgermeister von Mannheim, seien »große Ansammlungen der minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere von Kriegerfrauen vor dem Rathause erschienen und [hätten] mit Selbstmord oder Tötung ihrer Kinder [gedroht], wenn man ihnen nicht Nahrung verschaffe, weil sie ihre Brotmarken schon früher aufgebraucht hatten«. ⁸

Immer mehr Bürger sahen sich zum Gesetzbruch genötigt, um ihre Familien satt zu bekommen. So beklagte der Heidelberger Geschichtspräsident Karl Hampe in seinem Tagebuch am 19. August 1918 das Schwinden der Moral an der so genannten Heimatfront: »Bei 1 ½ stündigem Aufenthalt in Bretten (die Verbindungen sind ja jetzt schlecht) etwas Abendessen, das mit seinem fleischernen Inhalt im Innern des Gasthauses serviert werden musste, da gerade eine fleischlose Woche ist. An Beachtung von dergleichen Vorschrift hält sich wohl niemand. Frau Anschütz hatte in Maulbronn verstoßen – auch vor uns – ein paar Eier gehamstert. Die meisten Menschen beschwindeln sich jetzt darin. [...] Ehrlichkeit und

Solidarität sind ja überhaupt stark auf dem Abmarsch.« ⁹

Die Moral verfiel rapide, und einem derart versagenden Staat konnten die Menschen nicht mehr vertrauen. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr Propaganda verbreiteten Kriegspressestelle und Regierungen, doch dies wirkte zunehmend kontraproduktiv und führte dazu, dass die Menschen den staatlichen Verlautbarungen insgesamt misstrauten. So fragte sich Karl Hampe am 10. August 1918, »ob die allzu vertrauensvollen Äußerungen, die von der Obersten Heeresleitung umliefen, die Hoffnungen nicht zu hoch gesteigert haben. Meine Enttäuschung ist, wie ich nicht leugnen kann, sehr groß. [...] Die albernen schönfärbenden, teilweise offiziellen Zeitungskommentare wirken nur verärgend.« ¹⁰

Der zweite Grund für den Vertrauensverlust war die militärische Niederlage. Die Mittelmächte hatten den Krieg, in den sie Anfang August 1914 voll Siegesgewissheit gezogen waren, im Herbst 1918 verloren. Die Alliierten waren sowohl an Material als auch an Soldaten massiv überlegen. Immer weniger deutsche Soldaten waren bereit, ihr Leben für eine offenkundig verlorene Sache zu riskieren, der Militärhistoriker Wilhelm Deist spricht von einem »verdeckten Militärstreik«. ¹¹ Rund 120 000 Deserteure versuchten seit Juli 1918, nach hinten, in Richtung Heimat zu entkommen, etwa 385 000 Soldaten ergriffen die Flucht nach vorn und ließen sich zwischen dem 18. Juli und dem 11. November 1918 gefangen nehmen. ¹²

Am 28. September kam Ludendorff mit Hindenburg überein, von der Reichsleitung Waffenstillstandsverhandlungen zu fordern. Die Verantwortung für die militärische Niederlage wollte er aber nicht übernehmen. Nicht eine Abordnung des Militärs, sondern eine neue, vom Parlament getragene Regierung sollte die Schmach des verlorenen Krieges auf sich nehmen. Für viele kam die Nachricht von der Niederlage

nach jahrelangen übertriebenen Siegesbotschaften als ein Schock, sie fühlten sich zu Recht getäuscht und enttäuscht.

»Hauptsache ist doch, dass wir erst mal Frieden nach außen kriegen, damit diese Menschenmorderei ein Ende hat. [...] Nach meiner Meinung wird es, je länger der Krieg dauert, je schlimmer für uns.« Diese Einschätzung von Wilhelm Fahlbusch vom 15. Oktober 1918 spiegelt eine weit verbreitete Meinung wider.¹³ Am 22. Oktober 1918 – noch bevor die meuternden Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel die Revolution ins Rollen brachten – protestierten Arbeiter der Firma Maybach in Friedrichshafen. Etwa 300 Demonstranten zogen vor das Rathaus und riefen: »Nieder mit dem Krieg, es lebe der Friede! Hoch die deutsche Republik! Wir wollen Brot und besseres Essen haben. Die da oben fressen uns alles weg!«¹⁴

Motive für den Protest waren also Friedenssehnsucht und Hunger. Es blieb nicht bei dieser einen Demonstration: Aus Stuttgart reisten Vertreter der Spartakusgruppe an den Bodensee, um das Momentum auszunutzen und den Unmut in den Umsturz zu überführen. Als Innenminister Köhler nach der Gründung eines Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats am 4. November hart durchgreifen wollte und in der Nacht zum 7. November die führenden Köpfe des Spartakusbundes verhaften ließ, wirkte dies kontraproduktiv. Die gespaltene Linke vereinte sich im Protest, für den 9. November riefen Gewerkschaften, SPD und USPD gemeinsam zu einer Großdemonstration in Stuttgart auf.¹⁵

In der Garnisonsstadt Ludwigsburg dagegen blieb zunächst alles ruhig. Die 15-jährige Eleonore Kiesel, Tochter des Hofjuweliers Wilhelm Kiesel und seiner Frau Louise geb. Schell, ging am 12. Oktober zur Tanzstunde beim kriegsversehrten Tanzlehrer Eugen Vogel, während ihr, wie ein Tanzherr vom Dragoner-Regiment Königin Olga schrieb, »die gebauten Löckchen in die von

Friedensseif glänzende Stirne« wehten. Einen Monat später, am 12. November, freut er sich auf das »nächste Mal beim Tanzen«, wo es »noch viel schöner« werden soll.¹⁶ Kein Wort vom Umsturz.

Am Abend des 8. November, so erinnert sich ein Augenzeuge, »fand man auch am Ludwigsburger Bahnhof ein außergewöhnliches Leben, die Zugänge waren militärisch bewacht, eine Offiziersgruppe stand da und nach einigem Umfragen erfuhr man, dass am Nachmittag mit einem Schnellzug aus Norddeutschland 20 Matrosen angekommen waren, die verhaftet und in das Dienstzimmer der Arsenalkaserne gebracht worden waren. Dort hatte man sie aber sofort, zum Teil auch in der Nacht, wieder freigelassen, weil sie ordnungsmäßige Urlaubspässe hatten, ausgestellt von irgendeinem Soldatenrat.«¹⁷ Potentielle Unruhestifter werden hier als von außen kommend wahrgenommen und als letztlich harmlos dargestellt.

Revolution: 9. und 10. November 1918

»9. November. Erdrückende Stimmung über Stuttgart. Die Spießer gehen ängstlich auf die Straße. Ich diskutiere mit einem Soldaten, er bestreitet die Revolution und ich sage, keinen Tag dauerts mehr, heute noch wird es kommen. Die Wache geht zum Schloss, ich sage in der Straßenbahn ganz laut: »Das wird wohl die letzte sein«. Alles schaut mich an und flüstert, aber mir wird nichts entgegnet. Um 9 Uhr verlasse ich die Arbeit und siehe gewaltige Massen ziehen durch die Straßen. Der Schlossplatz ist voll, überall wehen rote Fahnen. Der König ergibt sich, die Wache zieht ab, es gibt ein Handgemenge, einige Schüsse fallen: Revolution – Mein Herz drohte zu zerspringen, was war das für ein Rumoren in meinem Innern, ich konnte keinen andern Laut hervorbringen als immer nur Freiheit, Republik, Revoluti-

on.« Mit diesen Sätzen fasste der Stuttgarter Spartakist Karl Fraaß die Ereignisse vom 9. November in Stuttgart zusammen.¹⁸

Aus ganz Stuttgart zogen Demonstrantinnen und Demonstranten mit roten Fahnen und Antikriegsplakaten in die Stuttgarter Innenstadt; insgesamt kamen wohl rund 30 000 Menschen zusammen. Auf drei Kundgebungen – auf der Treppe des Neuen Schlosses, am Schillerplatz und am Karlsplatz – forderten jeweils ein Redner der SPD und einer der USPD die Abdankung des Kaisers und den Übergang zu einer sozialen Republik. Dann teilte sich der Demonstrationszug auf. Ein Teil der Menschen folgte der Aufforderung des USPD-Redners Albert Schreiner, zur Infanteriekaserne an der Rotebühlstraße zu ziehen. Waffen- und Kleiderkammern wurden geleert, die Akten des Militärgerichts aus den Fenstern geworfen und ein Soldatenrat mit Schreiner an der Spitze gewählt. Ein anderer Teil der Demonstranten lief zum Wilhelmspalais, dem Wohnsitz König Wilhelms. Dort befanden sich gerade die sechs am Vortag ernannten Minister der ersten parlamentarischen Regierung Württembergs, um vom König vereidigt zu werden. Demonstranten drangen ins Palais ein und forderten das Hissen einer roten Fahne. Sie versprachen, dem König kein Haar zu krümmen, sahen sich ein wenig um und trollten sich wieder. Nur der wachhabende Offizier, Karl Botsch, der sich geweigert hatte, seinen Degen abzugeben, wurde mit der Spitze seiner Pickelhaube verletzt – das einzige Blut, das an diesem Tag floss.¹⁹

Zur selben Zeit trafen sich Wilhelm Keil und Arthur Crispian als Unterhändler der beiden sozialistischen Parteien mit dem neuen Regierungschef Theodor Liesching. Sie wurden sich rasch einig, dass schnell eine verfassungsgebende Versammlung einberufen werden sollte, allerdings forderten die Sozialisten die Beiziehung von »Vertrauensmännern der Arbeiter«. Das konnte Liesching nicht zusagen, die drei Männer verabredeten

daher für den Abend ein zweites Treffen. Doch dazu kam es nicht mehr; denn die regionale Politik wurde von den Ereignissen auf Reichsebene überholt und beeinflusst.

In Berlin hatte mittlerweile Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündet und Ebert die Kanzlerschaft angetragen; Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht hatten unabhängig voneinander die Republik ausgerufen. Die württembergischen Sozialdemokraten sahen nun von einem neuen Treffen mit Liesching ab und bildeten ebenfalls eine neue provisorische Regierung, die paritätisch mit SPD- und USPD-Vertretern besetzt war. Zum Vorsitzenden wählte man den 69 Jahre alten Wilhelm Bloss, der sich angeblich nur zufällig in Stuttgart aufhielt, als Begleiter seiner Frau Anna, die dem sozialdemokratischen Landesvorstand angehörte.²⁰ Am 10. November konnte Bloss sich damit durchsetzen, auch Vertreter der bürgerlichen Parteien aufzunehmen, um den Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung zu stärken – eine südwestdeutsche Besonderheit, die es so nur noch in Baden und Hessen gab.

So kam es, dass die neue provisorische Regierung dem vom König vereidigten Kabinett recht ähnlich sah: Neben Theodor Liesching kamen auch Johann Baptist von Kiene und Carl Hugo Lindemann aus der alten Regierung. Damit waren schon früh die Weichen hin zu einer parlamentarischen Demokratie gestellt. Dass die beiden USPD-Minister binnen kurzer Zeit ausschieden – Albert Schreiner am 15. November, Arthur Crispian am 10. Januar –, macht allerdings deutlich, dass das Ideal einer vom breiten Vertrauen aller getragenen Regierung in einer von tiefen Spaltungen geprägten Gesellschaft unrealistisch war. König und Königin reisten unter dem Schutz des Soldatenrats noch am Abend des 9. November nach Bebenhausen. Am 30. November verzichtete Wilhelm II. als letzter der deutschen Monarchen offiziell auf den Thron.²¹

Auch in Ludwigsburg blieb es am Nachmittag des 9. November nicht ruhig. Der oben schon einmal zitierte Augenzeugenbericht schildert die Atmosphäre: »Überall in der Bahnhofsgegend standen Gruppen von Soldaten herum, meist um einen Fremden geschart, der in leiser, eindringlicher Rede den Zuhörern, unter denen auch die jüngere Weiblichkeit vertreten war, das Programm des Aktionsausschusses auseinandersetzte. Viele Soldaten waren bereits instruiert, sie hatten die Reichskokarde von den Mützen entfernt. [...] Nur wenige ließen sich nicht beirren und gingen mit der Reichskokarde zum Bahnhof. Dort fielen junge Burschen, auch Mädchen über sie her, und manchem wurde dabei seine Mütze heruntergerissen und die Kokarde entfernt.«²²

Einige Soldaten und Arbeiter zogen am Abend zum Garnisonskommando, das im Schloss untergebracht war, und einigten sich mit diesem über eine einvernehmliche Machtübergabe. Ein aus sieben Soldaten und sieben Arbeitern bestehender Arbeiter- und Soldatenrat wurde gegründet, Ernst Reiner zu seinem Vorsitzenden gewählt. Der Ludwigsburger Soldatenrat gehörte zu den schärfsten Gegnern des württembergischen Kriegsministers Ulrich Fischer, der der USPD nahestand; am 29. November 1918 beteiligte sich Reiner an einem erfolglosen Versuch, Fischer wegen Unfähigkeit abzusetzen.²³ Vom Garnisonskommando zog der Arbeiter- und Soldatenrat noch in der Nacht zum 10. November ins Rathaus um und besetzte damit symbolisch den Ort der kommunalen Legislative und Exekutive. Dort verfasste er einen ersten Erlass, der wie zahllose ähnliche Dokumente aus südwestdeutschen Städten den Primat der Sicherheit zeigt: »1. An alle Soldaten geht der Aufruf, strengste Ordnung und Disziplin zu halten, Offiziere nicht zu belästigen und den Anordnungen der zur Sicherheit kommandierten Patrouillen Folge zu leisten.«²⁴

Nachdem das alte System am fehlenden



Ernst Reiner als Soldat.

(Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Q 2/27 Bü 3)

Vertrauen zugrunde gegangen war, waren die neuen Regierungen darauf angewiesen, Vertrauen neu zu erwerben. Insgesamt lassen sich sechs Grundbedingungen definieren, die Vertrauen in die Demokratie ermöglichen können: Teilhabe, Sicherheit, Zusammenarbeit, Glaubwürdigkeit, Vielfalt und Zugehörigkeit.²⁵ Im Folgenden sollen zwei davon, Sicherheit und Teilhabe, ausführlicher dargestellt werden.

»Seid besonnen, Kameraden«²⁶ – Vertrauen durch Sicherheit

Nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung fürchteten viele Menschen Chaos und Bürgerkrieg. Die Ludwigsburgerin Julie Pa-

ret, Schwester des Pfarrers Otto Paret und Tante des Archäologen Oscar Paret, schrieb am 10. November in ihr Tagebuch: »Ja, schwer sind die Sorgen, ob die Revolution in ruhigen Bahnen verläuft. Sattler Marquardt in der Myliusstraße ließ gestern Abend noch schnell sein Schaufenster verbrettern.« Und am 11. November: »Daneben die drückende Ungewissheit, wie weit die Revolution es noch treibt. [...] Im Gefangenenlager Eglosheim sind die Franzosen ohne Wache und laufen frei herum.«²⁷

Auf diese Angst reagierten die neuen Machthaber durch eine aktive Sicherheitspolitik. Von Anfang an suchten sie – erfolgreich – die Zusammenarbeit mit den alten militärischen Eliten. Das haben viele, Zeitgenossen wie Nachgeborene, der SPD als Verrat vorgeworfen.

Es scheint rückblickend durchaus problematisch, dass die Militärführung, an deren Versagen sich ja die Revolution entzündet hatte, die Revolution unbeschadet überlebt hat.²⁸ Doch aus damaliger Perspektive waren die SPD-Führer verständlicherweise eher erleichtert, von der Militärführung – anstatt sie bekämpfen zu müssen – Hilfe angeboten zu bekommen bei der schwierigen Aufgabe der Transformation der Monarchie zur Republik. Und beim Thema Sicherheit schienen alle an einem Strick zu ziehen: Die neue provisorische Regierung in Stuttgart versprach in ihrer ersten Proklamation am 10. November, eine verfassunggebende Landesversammlung einzuberufen und forderte die Bevölkerung auf, »die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen«.²⁹ Der stellvertretende Kommandeur in Stuttgart, General Christof von Ebbinghaus, erklärte am 9. November öffentlich, »im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuhelfen, dass die militärische Ordnung in Stuttgart aufrecht erhalten bleibt«.³⁰

Die Soldatenräte wurden ihrerseits nicht müde, die Soldaten auf die Aufrechterhal-

tung der Ordnung einzuschwören. So versicherte der Ludwigsburger Soldatenrat am 14. November 1918, die »richtige und besonnene Ausnützung der Macht in unseren Händen« sei sein Ziel. Um das »Vertrauen weiter Kreise« zu gewinnen, müsse vor allem »unbedingte Rechtlichkeit« beachtet werden. Scharf wandte er sich gegen Disziplinlosigkeit, denn »unbedingte Unterordnung und Pflichterfüllung« seien die »Voraussetzung jeder menschlichen Ordnung, vor allem des Heeres«. Allein der Soldatenrat habe über Streitigkeiten zwischen Offizieren und Mannschaften zu entscheiden.³¹

Wie fast alle Räte in Südwestdeutschland verstand sich der Ludwigsburger Soldatenrat als ein Element der Stabilisierung, nicht als treibende Kraft eines Umsturzes. Erleichtert notierte Julie Paret am 16. November in ihr Tagebuch: »Bis jetzt ist es im Äußeren ruhig verlaufen. Der Arbeiter- und Soldatenrat erließ die strengsten Verordnungen, dass nicht ein allgemeiner Umsturz eintritt. Auch die Reden, die teils im Hof der Arsenalkaserne, teils im Ratskeller gehalten werden, ermahnen zu Arbeit, Gehorsam und Ruhe. Das Verhältnis zu den Offizieren soll ein vertrauensvolles sein; diese haben Vorschriften, den Mannschaften gegenüber bestimmt, aber freundlich zu sein.«³²

Zwei Hauptaufgaben hatte der Soldatenrat zu bewältigen: die Klärung der Machtfrage innerhalb der militärischen Hierarchie und die geordnete Überführung des Kriegsheers in ein verkleinertes Friedensheer, also die organisatorische Mithilfe bei der Demobilmachung. Die Machtfrage wurde nie abschließend geklärt. Über die Erlaubnis, Abzeichen und Säbel zu tragen, entzündete sich ein kaum lösbarer Konflikt zwischen Garnisonsältestem und Garnisonsrat, Offizieren und Mannschaftsvertretern. Durch die Auflösung des Soldatenrats wurde dieser Konflikt obsolet.

Die Mitarbeit an der Demobilmachung war dagegen eine ungeheure Leistung,



Familie Paret, 1913: Pfarrer Otto Paret, Tochter Gertrud, Mutter Edine, Sohn Oscar, Schwester Julie. (aus Eberhard Neubronner: Der himmlische Blick. Fotografierende Pfarrer im alten Württemberg 1890 bis 1960, Tübingen 2013)

wenn man bedenkt, dass 70 000 Soldaten über Ludwigsburg entlassen wurden. Und es ging nicht nur um Menschen, sondern auch um die Abwicklung von Heeresgütern, die ab Mitte November täglich in ungeheuren Mengen am Bahnhof Ludwigsburg angeliefert wurden, wo sie erfasst und letztlich zum Verkauf angeboten werden sollten. Julie Paret beobachtete am 16. November: »Es geht weiter mit Hereinführen vom Güterbahnhof: Feldbetten, Bänke, Teppiche, Tragbahren, schönes zusammengelegtes Bettzeug, gefüllte Kolben, Blechflaschen, Sauerstoffzylinder, schwere Kisten, Gewehre. [...] Kleider, Eimer, Klappstuhl, Betten, runde kleine Öfele und größere, alles kommt untereinander heim und wird am Haus vorbeigeführt, während ich dies schreibe.«³³

Die britische Seeblockade wurde nach dem Waffenstillstand bis zum endgültigen Abschluss eines Friedensvertrags weiter aufrechterhalten; die Versorgung der Zivilbevölkerung mit den nötigsten Gütern des täglichen Lebens blieb daher schwierig. Lebensmittel und Kleidung waren nach wie

vor nur auf Karten erhältlich, durchziehende Soldaten wurden bei den Familien einquartiert und mussten ebenfalls mit versorgt werden. Kein Wunder, dass der materielle Überfluss der rückgeführten Heeresgüter eine große Versuchung darstellte – zumal, wie der Garnisonsrat in seinem Abschlussbericht bedauerte, »das Völkergemetzel eben kein Stahlbad« gewesen war, sondern »ein Bad voll Blut und Schmutz«, aus dem viele Soldaten moralisch verroht zurückgekommen seien – eine »Kriegsraubpsychose« habe eingesetzt.³⁴

Entsetzt notierte Julie Paret am 24. November: »Vom 18. auf 19. sind aus dem Lazarethhof fünf Zentner Kisten mit Kakao und Tee, vom Felde zurück, gestohlen worden.« Und am 5. Dezember: »Und gestohlen wird, gestohlen, unglaublich viel, gerade von Soldaten, Bewachungsmannschaften: Zeissgläser, Soldatenröcke auf offener Straße von den Wagen herunter usw.«³⁵

In seinem Abschlussbericht rühmte sich der Garnisonsrat, er habe ein wirksames Mittel gegen diese Plünderungen eingesetzt,

nämlich Fake News. Er drohte Plünderern die Todesstrafe an und ließ durch die Presse die Meldung verbreiten: »Standrechtliche Erschießungen. Auf Befehl des Soldatenrates wurden heute Morgen drei Soldaten und ein Zivilist, weil sie beim Plündern betroffen wurden, standrechtlich erschossen.«³⁶ »Diese Bekanntmachung«, so der Garnisonsrat, »wirkte zunächst wie ein kalter Wasserstrahl auf das Heer der Plünderer. Nachdem jedoch allmählich durchgesickert war, dass die Erschießung einen durchaus unblutigen Verlauf genommen hatte, zeigten sich wieder die alten üblen Erscheinungen.«³⁷ Es war keine gute Idee gewesen, das Mittel der Propaganda, der absichtlichen Falschmeldung, aus dem kaiserzeitlichen Presserepertoire zu übernehmen, denn das erschütterte die Glaubwürdigkeit der neuen Exekutive.

Die Diebstähle von Heeresgut waren ein Problem der Anfangsmonate. Nach dem Jahreswechsel 1919 gingen die Lieferungen aus dem Westen natürlich stark zurück, während gleichzeitig Sicherheitskompanien aufgestellt wurden, die das Heeresigentum angeblich effizienter schützen konnten als die Soldatenräte. Die Frage, wer für die so notwendige Sicherheit sorgen sollte, war in den Anfangswochen der Revolution heftig umstritten. Der Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols führte zur Gründung vieler kurzlebiger provisorischer Sicherheitsorgane.³⁸ Prinzipiell standen sich das Konzept einer freiwilligen »Volkswehr« und das Konzept staatlicher Sicherheitskompanien – also einer Berufselitetruppe – gegenüber. Die USPD trat für die erstere Version ein, die MSPD und Bürgerliche fürchteten die Bewaffnung radikaler Linker und betrieben daher die Aufstellung von Sicherheitskompanien.

Schon im November 1919 rief der Garnisonsrat die in Ludwigsburg stationierten Soldaten dazu auf, sich für eine spezielle Sicherheitseinheit zu melden, die geschlossen in einer Kaserne untergebracht wurde,

wenngleich die Angehörigen organisatorisch (z. B. bei der Bezahlung) noch ihren alten Einheiten zugerechnet wurden. Am 19. Dezember beschloss dann die provisorische Regierung in Stuttgart, 15 völlig selbständige Sicherheitskompanien aufzustellen, und beauftragte damit Leutnant Paul Hahn.³⁹

Der »rote Hahn«, wie er sich in seinen Memoiren nannte, war eine schillernde Figur: Kunstmaler aus Obertürkheim, Kriegsfreiwilliger im Dragonerregiment Nr. 25, seit Frühjahr 1918 Offizier in Isny. Zum Vorsitzenden des dortigen Soldatenrats gewählt, sorgte er zunächst für die reibungslose und disziplinierte Organisation der Demobilisierung in Isny und Leutkirch.⁴⁰ Offenbar gelang es dem charismatischen Hahn, im Soldatenrat die Interessen der Offiziere gegen die der USPD-Anhänger durchzusetzen und gleichzeitig die republikseptischen studentischen Freiwilligenbataillone mit »Ehrenwort« darauf zu verpflichten, dass »sie für die Sache der Revolution einzutreten haben.«⁴¹

Dass dieses Konzept nicht aufging, sah man spätestens beim Einsatz auch württembergischer Sicherheitstruppen zur Niederschlagung der bayerischen Räterepublik.⁴² Die Sicherheitstruppen speisten sich vor allem aus entlassenen Soldaten des Feldheers, die ab Ende November 1918 nach und nach in Württemberg ankamen. Sie wurden auf die Republik vereidigt, von den Soldatenräten mit kontrolliert, und unterstützten in Ludwigsburg anfänglich die Polizei, nahmen beispielsweise auf der Suche nach Waffen Hausdurchsuchungen vor.⁴³ Mitte Januar übernahm Garnisonsrat Emil Schuler, wie die meisten Soldatenräte Mitglied der MSPD, die Aufsicht über die Sicherheitskompanien. Vielleicht deshalb sind aus Ludwigsburg nur wenig Freiwillige mitgezogen, als die württembergische Regierung Mitte April Hilfstruppen nach Bayern schickte. Der Garnisonsrat hatte sich gegen die Teilnahme ausgesprochen, es aber den einzel-

nen Soldaten freigestellt, ob sie sich daran beteiligen wollten.⁴⁴

Das Ende der Soldatenräte hing eng mit der Umstrukturierung der Armee zusammen. Schon im Dezember 1918 waren die meisten Soldaten nach Hause gegangen bzw. entlassen worden, die reguläre bewaffnete militärische Macht bestand fast nur noch aus Offizieren.⁴⁵ Im März 1919 beschloss die Weimarer Nationalversammlung das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr; sie sollte »auf demokratischer Grundlage« aufbauen, war als »Volksheer«, also Wehrpflichtarmee gedacht und war, wie der Name schon sagt, erstens ein Provisorium, zunächst bis zum 31. März 1920 geplant, und zweitens ein Zentralorgan. Das bedeutete das Ende der württembergischen Truppen.

In einer gewissen Selbstüberschätzung einigten sich die württembergischen Soldatenräte mit dem – pazifistisch eingestellten – Kriegsminister Hermann am 21. März auf sehr demokratische »Bestimmungen für den Neuaufbau des württembergischen Volksheers«. Zur Vertretung der Soldaten soll es weiterhin Soldatenräte geben, die im Einvernehmen mit dem Kriegsminister auch in Fragen der Kommandogewalt und der Stellenbesetzung entscheiden sollten. Standesprivilegien sollten abgeschafft werden, Ehrenbezeugungen stark eingeschränkt.⁴⁶ Doch diese Beschlüsse waren bereits im April Makulatur, da das württembergische Heer aufgelöst wurde und die zuständigen Reichsorgane den Mitbestimmungsforderungen skeptisch gegenüberstanden.

Nach den Bedingungen des Versailler Friedensvertrags waren die Pläne zur vorläufigen Reichswehr ohnehin obsolet. Die neue Reichswehr sollte eine auf 100 000 Mann reduzierte Berufsmarine sein. Die Garnison in Ludwigsburg schrumpfte auf 1627 Soldaten, etwa ein Drittel der Vorkriegsstärke. Ende Juni wurden die Soldatenräte aufgelöst. »So stand Ludwigsburg an einem

Wendepunkt seiner Geschichte und war unversehens zu einer Bürgerstadt geworden«, bilanziert Cordes.⁴⁷ Besser gesagt: Bürger- und Bürgerinnenstadt. Denn nach der Revolution wurde das Recht auf politische Teilhabe auch Frauen zugestanden.

»Ohne Unterschied des Geschlechtes« – Vertrauen durch Teilhabe

Politische Teilhabe ist ein Wesenskern der Demokratie. Mehr Teilhabe war eine Grundforderung der Revolution, und es sollte das Vertrauen in ein Staatswesen stärken, wenn man selbst aktiv an ihm mitwirken kann. Diese Thesen zum Thema Teilhabe werde ich im Folgenden am Beispiel der Mitwirkung von Frauen an der Politik überprüfen.

»Nun müssen wir auch noch ins öffentliche Leben, d. h. uns in Vorträgen vorbereiten lassen für das Wahlrecht der Frauen. Heute Nachmittag, im Vereinshaus von Herrn Prälat Stuhlecker und Pfarrer Kull von Zuffenhausen, Frau Johanna Beringer und Frl. Schmid, Stuttgart. Letztere hat für den deutsch-evangelischen Frauenbund geworben«, klagte Julie Paret am 15. Dezember.⁴⁸ Sie schien nicht besonders erbaut von dem, was 2018/19 als große Errungenschaft gefeiert wurde: Erstmals konnten alle Frauen am politischen Leben aktiv teilhaben, denn der revolutionäre Rat der Volksbeauftragten in Berlin hatte am 12. November 1918 das aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt.

Mit der Revolution waren zunächst zwei Organe politischen Handelns entstanden: Räteorganisationen und provisorische Regierungen. Beide wirkten sowohl exekutiv als auch legislativ – wie die Einführung des Wahlrechts für Frauen durch die Berliner provisorische Regierung zeigt. In diesen beiden Organen waren Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Die württembergische provisorische Regierung bestand nur aus

Männern. In Deutschland gab es 1918/19 lediglich eine Ministerin, die Kommissarin für Volksbildung Minna Faßhauer in Braunschweig. Weibliche Räte waren sehr selten, nicht nur in Ludwigsburg, wo die Soldatenräte dominierten. Das hing zum einen mit der wirtschaftlichen Demobilmachung zusammen. Hier galt das Motto: »Die Frauen heraus« – Arbeitnehmer, die »nicht auf den Verdienst aus ihrer derzeitigen, nur anlässlich des Krieges angenommenen Stellung angewiesen sind«, sollten »bedürftigen Volksgenossen, namentlich Kriegsbeschädigten und sonstigen Kriegsteilnehmern, Platz machen«.49 In der Praxis hieß das, Frauen konnten zwangsentlassen werden, wenn ein Kriegsveteran Anspruch auf ihren Arbeitsplatz erhob; unter diesen Vorzeichen erschien ein Engagement in einem Arbeiterrat vermutlich wenig attraktiv. Darüber hinaus wirkten tiefverwurzelte Vorbehalte gegen die politische Arbeit von Frauen hemmend.⁵⁰

Das heißt aber nicht, dass Frauen nicht politisch in Erscheinung traten. Über 4700 Tübingerinnen – bei einer Einwohnerzahl von etwa 20 000 sind das die Hälfte aller Frauen und Mädchen – unterzeichneten bis zum 12. Dezember 1918 eine Petition zur raschen Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. Sie erhofften sich so Schutz vor dem »Überhandnehmen der Anarchie«, eine bessere Bekämpfung des Hungers und eine bessere Abwehr von »Willkür des vor den Toren stehenden Feindes«.51 Ihr Wunsch ging in Erfüllung, in Württemberg konnten Männer und Frauen schon am 12. Januar 1919 zur Wahl für die württembergische Landesversammlung gehen.

Deutschlandweit gab es rund zwei Millionen mehr Wählerinnen als Wähler.⁵² Keine Partei konnte sich dieses Stimmenpotential entgehen lassen, und so versuchten auch diejenigen Parteien und Verbände, die bislang dem Frauenwahlrecht eher skeptisch gegenüber gestanden hatten, Frauen zu

mobilisieren. So auch der von Julie Paret erwähnte Deutsch-Evangelische Frauenbund (DEF). 1899 als Abwehrvereinigung gegen sozialistische Emanzipationsbewegungen gegründet, setzten sich die größtenteils aus bürgerlichem Milieu stammenden Mitglieder des DEF vor allem für den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Beruf für Mädchen und Frauen ein. An der Frage des Frauenwahlrechts schieden sich innerhalb des Bundes die Geister. Konservative Frauen waren strikt dagegen, insgesamt vertrat der DEF eine neutrale Position. 1918 trat er aus dem Bund deutscher Frauenvereine aus, als dieser sich dem Kampf um das Frauenstimmrecht verschrieb. Nach der Revolution setzte der DEF alles daran, Frauen zur Wahrung konservativer Besitzstände zu mobilisieren; er proklamierte daher nun die »Wahlpflicht für christliche Frauen und Jungfrauen«.

Aus den Reihen der Frauenbewegung bildete sich ein »Ausschuss der Frauenverbände Deutschlands«, der sich mit zahlreichen Flugblättern und Wahlaufrufen direkt an die Wählerinnen richtete. Er appellierte nicht nur an Frauen, wählen zu gehen, sondern wandte sich auch an Männer mit der Bitte, die Frauen ihrer Familie zum Wählen anzuhalten: »Deutscher Familienvater! Du brauchst Deine Stellung im häuslichen Kreis nicht zu ändern; bleib nur, der Du warst und der Du bist, aber hole Deine Frau und Deine Töchter heran, so ungewohnt es Dir auch ist, Politik mit ihnen zu verhandeln. [...] Du sollst Deiner Frau und Deinen Töchtern politischer Leiter und Führer werden.«⁵³

Diese Mobilisierung hatte Erfolg: Fast 90 Prozent der wahlberechtigten Frauen gaben ihre Stimme ab, prozentual etwas mehr als Männer. Angeblich tendierten sie eher dazu, konservativ zu wählen. Eine Überprüfung dieser oft wiederholten Behauptung ist schwierig, denn nur in wenigen Orten wurden die Stimmen der Frauen tatsächlich getrennt abgegeben und ausgezählt. In



*Mobilisierung von Wählerinnen durch den Ausschuss der Frauenverbände.
(Haus der Geschichte Baden-Württemberg, 2000/0993)*

Bruchsal, einer der Städte mit geschlechtergetrennter Stimmabgabe, wählten tatsächlich überproportional viele Frauen Zentrum und wenige die SPD (Zentrum: 32,6 % Männer, 52,3 % Frauen; SPD: 39,2 % Männer, 21,3 % Frauen).⁵⁴

Frauen konnten nicht nur wählen, sondern auch gewählt werden. Unter großem Zeitdruck stellten die Parteien ihre Wahlvorschläge auf; die Kandidatinnen landeten hierbei eher auf den hinteren Plätzen. So wurde für die Reichstagswahl die Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbunds, Hedwig Dransfeld, von der Zentrumspartei auf einen schlechten Listenplatz gesetzt, um einen verdienten Mann zu ehren. Dransfeld ärgerte vor allem die – heute würde man sagen: mit Genderkli-

schees arbeitende – Argumentation, mit der man auf ihr Verständnis setzte: »Wir haben zu Ihrem oft bewährten generösen Sinn das Vertrauen gehabt, daß Sie uns deswegen keine Schwierigkeiten machen werden.«⁵⁵

In Württemberg bekam den besten Listenplatz die Pionierin des Frauenwahlrechts, Klara Zetkin, lange Jahre Herausgeberin einer Zeitschrift mit dem programmatischen Titel »Die Gleichheit«. Sie stand bei der USPD auf Platz 3. Von den insgesamt 150 Abgeordneten waren lediglich 13 Frauen, also 8,8 Prozent.⁵⁶ Eine Ludwigsburgerin war nicht dabei.⁵⁷

Aber im Parlament zu sein hieß keineswegs automatisch, dort überhaupt oder als weibliche Stimme ernst genommen zu werden. Während in der badischen verfassunggebenden Versammlung bereits auf der ersten Sitzung am 15. Januar drei Frauen sprachen und Marianne Weber als erste Frau überhaupt in einem deutschen Parlament redete, dauerte es in Württemberg bis zur 6. Sitzung am 29. Januar, bis einer Frau das Wort erteilt wurde.⁵⁸ Clara Zetkin sprach, anders als Marianne Weber, dann nicht im Namen der Frauen zum Thema Frauenpartizipation, sondern griff als Unabhängige Sozialistin die »bürgerliche Politik« der Regierung an und forderte die »Überwindung der bürgerlichen und der kapitalistischen Gesellschaft«. Danach waren die Frauen wieder lange stumm. Erst am 8. März 1919, in der 13. Sitzung, gab es Redebeiträge von vier Frauen, die gegen die Demobilmachungsverordnung protestierten, nach der Frauen ihre Arbeitsplätze für Veteranen räumen sollten.

Frauen waren keine Anfängerinnen in der Politik, denn die Abgeordneten hatten in der Regel jahrelange Erfahrung als Frauenrechtlerinnen oder in sozialpolitisch engagierten Vereinen. Und doch wurden sie im Parlament tendenziell ausgegrenzt. Es gab keine Verstärkeranlagen, man musste also sehr laut sprechen, was manche

Frauen als schwierig empfanden. Männer warfen Frauen im Parlament »Gekreisch« vor.⁵⁹ Die meisten Abgeordneten, männlich wie weiblich, redeten nur, wenn es um ihr Spezialgebiet ging; viele Debatten gerade in den Anfangssitzungen drehten sich aber um Verfahrensfragen. Hier waren Männer, die schon langjährige Parlamentserfahrung mitbrachten, im Vorteil. Oder es ging um juristische Themen – hier waren Frauen wiederum benachteiligt, da sie erst ab 1921 zum Referendariat und zur Zweiten juristischen Staatsprüfung zugelassen waren.

Marianne Weber empfand den Alltag als Parlamentarierin ermüdend. An ihre Freundin Marie Baum schrieb sie am 6. Februar 1919: »Ob man aber als Abgeordnete dauernd in einem solchen Betrieb und als Ehefrau die Hälfte des Lebens auswärts zubringen möchte, und dies alles bestehen könnte, ohne an Seele und Geist zu veröden – das ist mir doch sehr zweifelhaft, und ein banaler Durchschnittsparlamentarier zu werden, wäre doch trotz allem keine erhebende Aussicht.«⁶⁰ Sie zog es vor, ihrem Mann, dem bekannten Soziologen Max Weber, nach München zu folgen. Auf ihren Platz rückte ein Mann nach.

Dennoch haben die ersten Parlamentarierinnen auch in Württemberg vor allem durch Mitarbeit in parlamentarischen Ausschüssen einiges erreicht: Mathilde Brückner und Thekla Kauffmann arbeiteten am Jugendfürsorgegesetz mit, Emilie Hiller kämpfte für eine Reform des § 218, Mathilde Planck war von 1920 bis 1924 Mitglied im Finanzausschuss und von 1924 bis 1928 im Petitionsausschuss, eine Zeitlang als Vorsitzende, und Laura Schradin gehörte dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss und dem Volksschulausschuss an, um nur einige Beispiele zu nennen.⁶¹

Doch selbst Frauen, die anfangs von der neuen Möglichkeit der politischen Teilhabe begeistert waren, wurden bald ernüchert. Für die Landtagswahlen 1920 kandidierten



Mathilde Planck (1861–1955), 1919 bis 1928 eine der wenigen weiblichen Abgeordneten im württembergischen Landtag. (Staatsarchiv Ludwigsburg, F 201 Bü 540)

deutlich weniger Frauen als 1919, zudem auf noch schlechteren Listenplätzen als im Jahr zuvor, und so zogen nun nur noch fünf Frauen ins Parlament. Bei der verkleinerten Zahl von 101 Abgeordneten waren das 4,9 Prozent der Mandate.

Das Resümee, das die konservative Journalistin Else Frobenius 1926 für die politische Teilhabe der badischen Frauen zog, ist ohne Weiteres auf Württemberg zu übertragen: »Die große Welle der Revolution, die die Frau auf den Weg der Staatsbürgerin führte, ist heute im Verebben. Ein gewisser Rückschlag ist eingetreten. In den politischen Parteien klagt man oft über die Gleichgültigkeit der Frauen und die Männer räumen ihnen nicht mehr so bereitwillig den Platz neben sich ein, wie vor sieben

Jahren.«⁶² Die Nationalsozialisten entzogen Frauen dann das passive Wahlrecht.

»Da wird schon einmal dazwischengerufen, was denn die Frau am Mikro macht« – diese Aussage kann nicht aus der Weimarer Zeit stammen, denn da gab es ja noch keine Mikrophone im Landtag. Das haben vielmehr Parteifreundinnen der baden-württembergischen Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Sandra Detzer, berichtet, und zwar über den baden-württembergischen Landtag im Jahr 2018.⁶³ Dieser war über viele Jahre hinweg das bundesdeutsche Landesparlament mit dem geringsten Frauenanteil. So war nach der letzten Landtagswahl am 13. März 2016 nur knapp ein Viertel der Landtagsabgeordneten weiblich. Durch Nachrückerinnen ist der Frauenanteil mittlerweile auf 26,6 Prozent gestiegen. Auf 38 Frauen kommen nun 105 Männer, die Quote in Sachsen-Anhalt

und Mecklenburg-Vorpommern ist noch schlechter. Doch der baden-württembergische Landtag ist das einzige deutsche Landesparlament, in dem noch nie ein Anteil von wenigstens 30 Prozent weiblicher Abgeordneter erreicht wurde.⁶⁴

In der Ausstellung »Vertrauensfragen« wollte das Haus der Geschichte Baden-Württemberg auch zum Nachdenken über die heutige Demokratie anregen. Im Bereich Teilhabe gab es einen Wahlomat, an dem die Besucherinnen und Besucher über neun Vorschläge abstimmen konnten, wie man Partizipation in der heutigen Demokratie verbessern könnte. Eine Frage lautete: »Sollen die Parteien gesetzlich verpflichtet werden, mehr Frauen bei Wahlen zu nominieren?« Von 4018 Befragten sprachen sich 2349 dagegen aus, das sind 58 Prozent. Der Weg zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen ist immer noch weit.

Anmerkungen

- 1 Geringfügig überarbeite und um die Anmerkungen erweiterte Fassung des am 14. März 2019 beim Historischen Verein gehaltenen Vortrags.
- 2 Günter Cordes: Das Revolutionsjahr 1918/19 in Württemberg und die Ereignisse in Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 32 (1980) S. 117–138.
- 3 Alexander Gallus (Hg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010.
- 4 Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin/Boston 2013.
- 5 Robert Gerwarth: Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München 2018; vgl. auch Joachim Käppner: 1918. Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, München 2017.
- 6 Vertrauensfragen. Der Anfang der Demokratie im Südwesten 1918–1924. Katalog zur Großen Landesausstellung, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2018.
- 7 Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923, München 2018, S. 286.
- 8 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) E 130 I Bü 842, fol. 111.
- 9 Karl Hampe: Kriegstagebuch 1914–1919, hrsg. von Folker Reichert und Eike Wolgast, München 2004, S. 728.
- 10 Ebd. S. 724.
- 11 Wilhelm Deist: Der militärische Zusammenbruch des Kaiserreiches. Zur Realität der Dolchstoßlegende, in: Ursula Büttner (Hg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 1: Ideologie, Herrschaft, Wirkung in Europa, Hamburg 1986, S. 101–129.
- 12 Benjamin Ziemann: Gewalt im Ersten Weltkrieg. Töten. Überleben. Verweigern, Essen 2013, S. 136–148.
- 13 Zit. nach Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz (Hg.): 1918. Die Deutschen zwischen Weltkrieg und Revolution, Berlin 2018, S. 180.
- 14 Elmar L. Kuhn: Von der Revolution zum »deutschen Oktober«. Arbeiter-Bewegung in Friedrichshafen 1918–1923, in: Geschichte am See 26 (1985) S. 129.

- 15 Hierzu v. a. Manfred Scheck: Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1920, Köln 1981; Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder Über die Unmöglichkeit einzig zu bleiben, Esslingen 1983.
- 16 Ludwigsburgmuseum, 11231.
- 17 Wolfgang Läßle: Schwäbisches Potsdam. Die Garnison Ludwigsburg von den Anfängen bis zur Auflösung, Bd. 2, Ludwigsburg 2009, S. 259 f.
- 18 Staatsarchiv Ludwigsburg PL 7, Nachlass Fraaß, Bd. 1, S. 5.
- 19 Vgl. die Berichte von Wilhelm Kohlhaas (HStAS Q 1/42 Bü 15), Gustav Esterle (HStAS E 130b Bü 1815) und Karl Botsch (Landeskirchliches Archiv Stuttgart PA 127 Nr. 392).
- 20 Wilhelm Blos: Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland, insbesondere in Württemberg, Stuttgart 1923, S. 21.
- 21 Vgl. hierzu z. B. Frank Engehausen: Die Revolution von 1918/19 in Baden und Württemberg. Ein Überblick, in: Frank Engehausen, Reinhold Weber (Hg.): Baden und Württemberg 1918/19: Kriegsende, Revolution, Demokratie, Stuttgart 2018, S. 13–60.
- 22 Läßle (wie Anm. 17) S. 260.
- 23 HStAS Q 2/27 Bü 4, Protokoll einer Sitzung des Landesausschusses der Soldatenräte im Kriegsministerium, 29.11.1918.
- 24 Läßle (wie Anm. 17) S. 261; vgl. auch LKZ 27.4.2016.
- 25 Wie Anm. 6.
- 26 HStAS E 135b Bü 322, Flugblatt des Soldatenrats vom 14.11.1918.
- 27 Julie Paret: Kriegsende 1918, in: Ludwigsburg. Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897–1997, hrsg. vom Historischer Verein Ludwigsburg, Ludwigsburg 1997, S. 154 f.
- 28 Käppner (wie Anm. 5) S. 221.
- 29 HStAS E135b Bü 384.
- 30 Christof von Ebbinghaus: Die Memoiren des Generals von Ebbinghaus, Stuttgart 1928, S. 43–47.
- 31 HStAS E 135b Bü 322, Bildung, Grundsätze und Ziele des Soldatenrats Ludwigsburg, 14.11.1918.
- 32 Paret (wie Anm. 27) S. 155.
- 33 Ebd. S. 157.
- 34 Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg, August 1919, in: Eberhard Kolb, Klaus Schönhoven (Bearb.): Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19, Düsseldorf 1976, S. 391–441, hier S. 428.
- 35 Paret (wie Anm. 27) S. 159.
- 36 Ludwigsburger Zeitung, 16.11.1918.
- 37 Tätigkeitsbericht (wie Anm. 34) S. 429.
- 38 Hierzu v. a. Nadine Rossol: Incapable of Securing Order? The Prussian Police and the German Revolution 1918/19, in: Klaus Weinbauer, Anthony McElligott, Kirsten Heinsohn (Hg.): Germany 1916–1923. A Revolution in Context, Bielefeld 2015, S. 59–82, hier S. 62 f.
- 39 Ansbert Baumann (Bearb.): Die Protokolle der Regierung des Volksstaates Württemberg, 1. Band: Die provisorische Regierung und das Kabinett Blos November 1918 bis Juni 1920, Stuttgart 2013, S. 45.
- 40 Paul Hahn: Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg. »Der Rote Hahn«, eine Revolutionserscheinung, in: Denkwürdigkeiten aus der Umwälzung, Bd. 3, Stuttgart 1928, S. 1–141, hier: S. 18–23.
- 41 Scheck (wie Anm. 15) S. 187.
- 42 Heinrich Hillmayr: Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918, München 1974.
- 43 Zu den Sicherheitstruppen vgl. Peter Keller: »Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr«. Die deutsche Armee 1918–1921, Paderborn 2014.
- 44 Günter Cordes (Bearb.): Krieg. Revolution. Republik. Die Jahre 1918 bis 1920 in Baden und Württemberg. Eine Dokumentation, Ulm 1978, S. 138.
- 45 Adolf Schlicht, Jürgen Kraus: Die deutsche Reichswehr. Die Uniformierung und Ausrüstung des deutschen Reichsheeres von 1919–1932. Kataloge des Armeemuseums Ingolstadt, Bd. 3, Wien 2005, S. 15.
- 46 Cordes (wie Anm. 2) S. 128.
- 47 Ebd. S. 138.
- 48 Paret (wie Anm. 27) S. 160.
- 49 Generallandesarchiv Karlsruhe 237, Nr. 26942, Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung, 28. März 1919.
- 50 Axel Weipert: »Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte«? Konzepte und Praxen von Frauen in der Rätebewegung 1918–1920, in: Ariadne 73/74 (2018) S. 40–47, hier S. 45.
- 51 HStAS E 130a Bü 733.

- 52 Dorothee Linnemann (Hg.): Damenwahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht, Ausstellungskatalog Historisches Museum Frankfurt, 2019, S. 159.
- 53 Hans-Jörg Czech, Olaf Matthes, Ortwin Pelc (Hg.): Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19, Ausstellungskatalog Historische Museen Hamburg 2018, S. 167.
- 54 Hierzu Joachim Hofmann-Göttig: Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenstimmrecht in Deutschland, Bonn 1986, S. 28 f.; Kirsten Wolff: Unsere Stimme zählt. Die Geschichte des deutschen Frauenwahlrechts, Überlingen 2018.
- 55 Heide-Marie Lauterer: »Neulinge«, »Novizen« und Berufspolitikerinnen. Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik. Wahlrecht, Wahlbeteiligung und Wahlergebnis 1919, in: Günther Schulz (Hg.): Frauen auf dem Weg zur Elite, München 2000, S. 79–96, hier: S. 91.
- 56 Von 150 Abgeordneten stellten: Zentrum 28 Männer, 3 Frauen: Mathilde Kühnert (Listenplatz 15), Luise Rist (4), Amelie von Soden (26); USPD: 3 Männer, 1 Frau: Clara Zetkin (3); SPD: 48 Männer, 4 Frauen: Mathilde Brückner (28), Emilie Hiller (26), Laura Schradin (5), Fanny Vorhölzer (18); DDP: 33 Männer, 5 Frauen: Thekla Kauffmann (18), Maria Keinath (12), Ella Müller-Payer (24), Mathilde Planck (6), Eugenie Willig (30); Bürgerpartei/Bauernbund, Weingärtnerbund: 25 Männer.
- 57 Mathilde Planck zog erst 1930 von Beuren, wo sie seit 1919 gelebt hatte, in das von ihr in Ludwigsburg gegründete Altenheim; vgl. Mascha Riepl-Schmidt: Mathilde Planck (1861–1955): »Wenn etwas nötig ist, muss es getan werden«, in: https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/faltblaetter/planck.pdf, abgerufen am 03.01.2020.
- 58 Vertrauensfragen (wie Anm. 6) S. 62 f.
- 59 Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, Düsseldorf 2002, S. 105.
- 60 UB Heidelberg, Nachlass Marie Baum, EE 2-107, Bl. 31.
- 61 Ina Hochreuther: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Parlamentarierinnen von 1919 bis heute, Stuttgart 2012, passim.
- 61 Gisela Riescher: Politisches Vertrauen. Weibliche Abgeordnete in der Weimarer Republik, in: Stefan Kramer, Marion Löffler, Martin Weidinger (Hg.): Staat in Unordnung? Geschlechterperspektiven auf Deutschland und Österreich zwischen den Kriegen, Bielefeld 2012, S. 47–59; Else Frobenius: Frauen in der badischen Nationalversammlung, in: Die Welt der Frau. Beilage der Zeitschrift Die Gartenlaube Nr. 27 (1919) S. 211.
- 63 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wahlrecht-behindert-gleichstellung-warum-es-im-stuttgarter-landtag-so-wenige-frauen-gibt/23154514.html>, abgerufen am 12.03.2019.
- 64 <https://www.lpb-bw.de/frauenanteil-laenderparlamenten#c23519>, abgerufen am 02.01.2020.

Ferdinand Ostertag (1902–1984)

Der Brandstifter von der Bausparkasse¹

von Jochen Faber, Ludwigsburg;
Journalist, Filmmacher;
Recherchen und Publikationen
über Opfer und Täter des
NS-Terrors.



August 1947: »Es wird beantragt, den Betroffenen in die Gruppe der Hauptschuldigen einzureihen«²; Juni 1948: »Der Betroffene ist Belasteter«³; Juni 1949: »Der Betroffene ist Minderbelasteter«⁴.

Was war das für ein Trümmerfeld, in das Ferdinand Ostertag 1946 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrte: Deutschland, zugrunde gerichtet von ihm und seinesgleichen. In seiner eigenen Wahrnehmung hatte er alles erdenkliche Gute für dieses Land getan. Das Bild, das er von sich selbst zeichnete, zeigt einen fortschrittlichen, pflichtbewussten, korrekten, fairen, selbstlosen Mann, einen Diener des Gemeinwohls. Und eben Deutschlands. Um das er sich besonders in der Stadt bemühte, in die sein Lebensweg ihn geführt hatte – in Ludwigsburg: als Direktor der Bausparkasse GdF Wüstenrot, als Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Gemeinderat, als ehrenamtlicher Bürgermeister. Und dann von 1939 an als Wehrmachtssoldat: in Deutschland, in Rumänien,

Bulgarien, der Ukraine, in einem amerikanischen Gefangenenlager in Frankreich, im Internierungslager.⁵ Und kurzzeitig sogar in Haft, rechtskräftig verurteilt 1948 wegen Beihilfe zur schweren Brandstiftung vom 10. November 1938, als örtliche Nazis die Ludwigsburger Synagoge in Brand steckten.⁶

Was ich über Ferdinand Ostertag – geboren am 8. Juli 1902 in Neuenstadt am Kocher, gestorben am 24. Mai 1984 in Stuttgart-Bad Cannstatt – an Informationen zusammentragen konnte, stammt überwiegend aus drei Quellen: Die Gemeinderatsprotokolle der Stadt Ludwigsburg und einige ergänzende Personalakten geben wieder, was in seiner kommunalpolitisch aktiven Zeit innerhalb des Apparats notiert wurde, in dem er eine der dominierenden Figuren war. Die in Bruchstücken erhaltenen Akten der Bausparkasse GdF Wüstenrot im Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg zeigen einzelne Unterlagen, überwiegend aus den NS-Jahren, als Ostertag einer der Direktoren wurde, wie auch aus der anschließenden Zeit. Im Staatsarchiv Ludwigsburg schließlich sind Akten einzusehen, die aus dem Spruchkammerverfahren gegen Ostertag stammen.

Bis 1930, so gibt Ostertag im Februar 1947 in seiner »Verteidigungsschrift« für die Verhandlung der Spruchkammer an⁷, habe er »keinerlei politische Betätigung« betrieben. Er sei am Bodensee, wo er auf dem Bauernhof seiner streng evangelischen Eltern aufwuchs, Mitglied im »Christlichen

Verein junger Männer« gewesen, nach Abkehr von der Kirche von 1920 bis 1929 »Angehöriger der Bündischen Jugend innerhalb des Alt-Wandervogel-Bundes und des Wandervogel-Kronacher-Bundes«. Während seiner Ausbildung für den württembergischen Notariatsdienst habe er sich »auf den Gebieten der Lebensreform, der Kultur- und Sozialpolitik« engagiert und sei »Anhänger der Bodenreformbewegung und der Freiwirtschaftsbewegung« gewesen. In der gerade entstehenden Weimarer Republik und der immer stärker industrialisierten Gesellschaft versuchten diese »Bewegungen«, Deutschtum und Naturverbundenheit zu stärken und Gestaltungsraum für bürgerliche Schichten zu entwickeln.

Über seine religiöse Orientierung gab Ostertag später noch einmal Auskunft: In den Formblättern zum »Nachweis der arischen Abstammung« für sich selbst und seine Ehefrau Helene trug er unter »Konfession« ein: deutschgläubig.⁸ Diese »Bewegung« mit ihrem »arisch-nordischen« Glaubenskonstrukt und einer »arteigenen Frömmigkeit« versuchte in den Nazijahren, verschiedene freikirchliche Strömungen zu einer nationalen Umformung christlicher Ansätze zu machen.

Ostertag war also von anti-moderner Ideologie angezogen, die das Deutschtum und die Deutschen entscheidend höher einschätzte als Menschen anderer Herkunft. Er hasste, was er unter »Bolschewismus und Marxismus« verstand. Soziale Bekenntnisse bezogen sich bei ihm stets nur auf deutsche Menschen. »Zum Wohle der Stadt, der Einwohnerschaft und des Vaterlandes« setzte er sich gerne ein – solange es um die »Volksgemeinschaft« ging.⁹

Die »Gemeinschaft der Freunde«

Dass solch ein junger Mann sein berufliches Glück bei der Bausparkasse GdF Wüstenrot suchte, überrascht nicht. Die »Gemeinschaft

der Freunde«, 1921 im kleinen Örtchen Wüstenrot bei Heilbronn gegründet, hatte eine sozialromantisch geprägte Grundhaltung: Aus tiefer Überzeugung bezeichneten sich die GdF-Gründer als »auf Grundlage praktischen Tat-Christentums und praktischer Bodenreform aufgebaute gemeinnützige Arbeits- und Lebensgemeinschaft zur Schaffung erleichterter Daseins- und Wohn-Möglichkeiten« und schmückten sich mit Parolen wie »Werke nicht Worte« oder »Taten nicht Tinte«.¹⁰

Bei der Personalauswahl setzte das junge Unternehmen auf moderne Methoden. Ferdinand Ostertag wurde von einem Gutachter befragt und bewertet, als er sich bei der GdF bewarb. Dieser urteilte: »Er besitzt eine gute Allgemeinbildung und Intelligenz, er ist in seiner Art selbständig, er ist geistig sehr rege, klug, klar, logisch denk- und konzentrationsfähig. [...] Er will vorwärtskommen und wird sich deshalb Mühe geben, seine Pflicht recht zu erfüllen und Gutes zu leisten. [...] Schulmeisterliche Neigungen müssen in Kauf genommen werden.«¹¹

So kam Ferdinand Ostertag zunächst nach Wüstenrot und später, als die GdF wuchs und einen besser vernetzten Standort benötigte, nach Ludwigsburg.¹² Bald, nachdem die Nazis die Macht im Land übernommen hatten, feuerte der Aufsichtsrat der Bausparkasse seine beiden Direktoren mit christlich-bürgerlichem Hintergrund, wie der NS-Kurier vom 18. Juli 1933 meldete.¹³ Als einer der drei künftigen Betriebsleiter wurde Ferdinand Ostertag, bis dahin Prokurist in der Kreditabteilung, berufen. »Meiner Ansicht nach war Ostertag Hitler und seiner Lehre fanatisch verschworen«, gab der aus dem Amt gedrängte Direktor Hermann Schuon später zu Protokoll.¹⁴

Plötzlich Ortsgruppenleiter

Wie er in die aktive Kommunalpolitik kam, beschrieb Ostertag in seiner »Vertei-

digungsschrift« für die Spruchkammer¹⁵ – also voller Absicht, nach dem Scheitern der Nazi-Tyrannie möglichst unbeteiligt auszu-
sehen:

»Als 1929 die politischen Kämpfe innerhalb des deutschen Volkes mehr und mehr zunahmen, die wirtschaftliche Notlage sich sehr steigerte und die Arbeitslosigkeit des Volkes katastrophale Formen annahm, trat ich aus meiner politischen Abseitsstellung heraus und suchte als junger Mensch nach richtiger politischer Erkenntnis. Infolge meiner jahrelangen ernsthaften Beschäftigung mit der Siedlungsbewegung, der Bodenreform, der Freiwirtschaft, den Problemen der zinslosen Geldwirtschaft, überhaupt der sozialen Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen eines Volkes, suchte ich innerhalb der verschiedenen Parteien durch Studium von Schriften, der Programme und durch den erstmaligen Besuch von öffentlichen Versammlungen nach einem Wege.«

»In dem Programm der NSDAP [...] sah ich meine Anschauungen über die erwähnten Probleme am besten verwirklicht. Insbesondere glaubte ich, dass die NSDAP berufen sei, eine Synthese zu bilden zwischen den einzelnen parteipolitischen Dogmen und dass es ihr endlich gelingen wird, den zersetzenden politischen Kampf innerhalb des deutschen Volkes durch friedliche Mittel zu überwinden.«

»Persönliche oder wirtschaftliche Gründe spielten bei meinem Parteieintritt keinerlei Rolle, da ich schon damals eine recht gut bezahlte Prokuristenstelle innehatte, bei meinem jugendlichen Alter also beruflich schon sehr viel erreicht hatte. Nur meine Verantwortung dem Volke gegenüber drängte mich zu diesem Schritt.«

Seine Angaben zum Geld sind fragwürdig: In einer Eingabe vom Oktober 1932 an den GdF-Vorstand beklagte Ostertag eine dramatische finanzielle Notlage, durch die er infolge Hausbaus und Wirtschaftskrise geraten sei.¹⁶ Es kann nur vermutet werden,

dass diese Misere durch seinen oben beschriebenen Aufstieg an die Unternehmensleitung behoben wurde. Erhebliche finanzielle Zuwendungen aus dem politischen Engagement sind nicht belegt.

Wie er ein ehrenamtlicher Funktionär der NSDAP wurde, beschrieb Ferdinand Ostertag voller inhaltlicher Auslassungen. Er sei im August 1930 zum ersten Mal in einer Mitgliederversammlung der Ludwigsburger Ortsgruppe gewesen, die »infolge persönlicher Differenzen« stattgefunden habe. Über die Differenzen selbst schrieb er nichts, wohl aber, wie unerschrocken er aufgetreten sei: Er »übte scharfe Kritik und trat für unbedingte Sauberkeit ein«. Daher habe ihn der Gauleiter vom Fleck weg mit der Leitung eines Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses beauftragt.

In der Folgezeit »erfuhr ich, dass ich als Ortsgruppen- und Bezirksleiter eingesetzt werden sollte. Das Letztere lehnte ich ab, da ich nie in der Partei in irgendeiner Form hauptamtlich tätig werden wollte. Die Übernahme der Ortsgruppe dagegen sagte ich für kurze Zeit zu.« Auf eigenen Wunsch sei er dann im Juni 1934 »von dem Amte des Ortsgruppenleiters« wieder entbunden worden. Was er in dieser für Deutschland so dramatischen Zeit von fast vier Jahren an der Spitze der Ludwigsburger NSDAP getrieben hat, erwähnte Ostertag mit keinem Wort.

Seinen Eintritt in die SA-Reserve im Dezember 1930 stellte Ostertag als quasi automatisch für Parteimitglieder dar, »die keinen aktiven SA-Dienst leisten konnten oder wollten«. Er habe kaum Funktionen übernommen, eine Zeit lang sei er »als Sozialreferent eingesetzt« worden.

Der zielstrebige und aktive Mann, den der Gutachter einst für die Bausparkasse beschrieben hatte, stellte sich im Nachhinein als sehr initiativlos dar – auch im SD, dem Sicherheitsdienst des Reichsführers der SS und damit einer parteiinternen Überwachungs- und Unterdrückungsorganisations-



Ferdinand Ostertag, Portrait aus der Entnazifizierungsakte. (Staatsarchiv Ludwigsburg)

on: Ein ihm »seit vielen Jahren persönlich bekannter SD-Führer aus Stuttgart« habe ihn gebeten, »Vertrauensmann« in der Bausparkasse zu werden, deren Direktor er war. »Darüber hinaus bat er mich, ihm von Fall zu Fall auf Anfrage Auskünfte zu erteilen und Berichte über die Wirkung erlassener Gesetze, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen von Partei und Staat zu senden.«

Ostertags Begründung wäscht ihn, für die Leser/innen von 1947, von jeder möglichen Schuld rein: »Ich konnte durch meine persönliche Zurverfügungstellung verhindern, dass eine dritte, mir dann nicht bekannte Person als Vertrauensmann im Betriebe eingesetzt wurde. So habe ich für die Angestellten der Firma und die Firma selbst erreicht, dass unkontrollierbare Einflüsse ferngehalten werden konnten.« Darüber hinaus habe er so die Möglichkeit gehabt, »berechtigte und notwendige Kritik zu erlassenen Gesetzen usw. zu üben und die Berichte hierüber

unmittelbar an die hierfür zuständige Stelle zu bringen«.

Es versteht sich, dass Ostertags Selbstdarstellung auch seine Mitgliedschaft in der SS als Akt der politischen Distanzierung beschreibt: Um aus der SA ausscheiden zu können und nur bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst sei er in der SS gewesen.

Der starke Nazi im Ludwigsburger Rathaus

Ferdinand Ostertag scheint den Schwerpunkt seiner politischen Karriere nicht in den Strukturen der NSDAP und ihrer Organisationen gesehen zu haben, sondern in der Kommunalpolitik: »Die kommunalpolitische Betätigung bei der Stadtgemeinde Ludwigsburg war während meiner gesamten politischen Wirksamkeit meine Hauptbeschäftigung.« Im Dezember 1931 wurde Ostertag für die NSDAP in den Gemeinderat gewählt. Er wurde deren Fraktionsvorsitzender, später war er als ehrenamtlicher Bürgermeister für einige Jahre der wichtigste Nazi im Rathaus – Oberbürgermeister Karl Frank (1900–1974) war nach eigener Aussage bis 1933 Mitglied der Demokratischen Partei und der NSDAP »erst 1937«¹⁷ beigetreten.

In seiner »Verteidigungsschrift« tönte Ostertag: »Ich legte immer größten Wert auf eine peinlich saubere Verwaltungsführung, losgelöst von rein parteipolitischen Gesichtspunkten.« Allerdings sind über Abläufe während der Nazi-Herrschaft Berichte erhalten, die ein anderes Bild zeichnen. Ein kleines Beispiel war der Fall des Gasgeldeinziehers Heinrich Haist (1908–1993), dem im März 1937 Unterschlagung von bar eingesammelten Gas-Gebühren vorgeworfen wurde. Ostertag und der ehrenamtliche Beigeordnete Dr. Richard Arnold (1902–1980), im Hauptberuf ebenfalls bei der GdF Wüstenrot tätig, verheimlichten die Situation dem Direktor des Gaswerks und dem Ober-

bürgermeister. Als die Sache bekannt wurde, vermerkt das Protokoll: »Stadtrat Dr. Arnold erwidert, die Angelegenheit sei für ihn und zweifellos auch für Bürgermeister Ostertag sehr peinlich. Sie hätten aber aus Parteiräson heraus gehandelt, da sie den Haist in der Partei als zuverlässigen Mann kennengelernt hätten.«¹⁸

Ostertag als Scharfmacher

Man kann Ferdinand Ostertag durchaus als »kommunalen Hardcore-Nazi« bezeichnen. Der moderate Saubermann, als den er sich nach dem Ende des NS-Systems präsentieren wollte, passt daher auch nicht zur Aktenlage. Prägnant ist das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 4. Mai 1933.¹⁹ Dort heißt es unter anderem:

»Hierauf ergreift Stadtrat Ostertag namens der NSDAP das Wort. Er sagt, hier kurz wiedergegeben, etwa Folgendes: Zunächst einige sachliche Feststellungen: Die Finanz-

gebarung der Stadtgemeinde Ludwigsburg ist durch die Arbeit der Systemparteien und die herrschende Arbeitslosigkeit einseitig beeinträchtigt. [...] Diejenigen, die bisher in diesem Saale Ludwigsburgs Geschicke vertreten haben, mögen noch so guten Willens gewesen sein, zustande gebracht haben sie nichts. Sie haben uns ein Chaos hinterlassen, für das sie genauso gut verantwortlich sind wie ihre systemtreuen Vertreter in den Länderregierungen und im Reich.«

»Wir sind nicht gewillt, mit den Vertretern der Marxisten im Gemeinderat auch nur eine Minute zu verhandeln. Nachdem einer der sozialdemokratischen Stadträte auf unseren Druck hin zurückgetreten ist, müssen wir auch von Herrn Tischendorf²⁰ erwarten, dass er unverzüglich diesen Saal verlässt. Darauf müssen wir bestehen, nachdem die Zeitung, die dieser Mann vertreten hat, uns und die nationale Sache jahrelang mit Schmutz beworfen hat.«

»Stadtrat Tischendorf spricht die Worte: ›Da möchte ich aber vorher noch um das



Das neue Regime zeigt Flagge: Marsch vom Marktplatz durch die Marktstraße am 1. Mai 1933. (Stadtarchiv Ludwigsburg)

Wort bitten.« Sonderkommissar Stadtrat Motsch²¹ gibt daraufhin an einen im Zuschauerraum anwesenden, in Uniform befindlichen Nationalsozialisten den Befehl: »Führen Sie den Mann ab.« In Begleitung von zwei uniformierten Nationalsozialisten verlässt Tischendorf den Sitzungssaal.«

»Stadtrat Ostertag teilt dann noch mit, dass seine Fraktion dafür Sorge trage, dass kein Marxist in irgendeine Abteilung des Gemeinderats einziehe oder sonst einen Einfluss auf die Stadtverwaltung ausüben könne. Sie werde auch nicht dulden, dass die Stadtverwaltung oder ein Beamter mit Marxisten Fühlung aufnehme und aufrechterhalte. Dies sei seine Fraktion dem arbeitenden deutschen Volke schuldig und sie werde auch den Kampf zur Verachtung des marxistischen Gedankenguts auf dem Rathaus weiter- und durchführen.«

»Im Fürsorgewesen würden die Nationalsozialisten zeigen, dass sie Sozialisten, nicht aber Marxisten seien. [...] Unterstützt werde alles, was in Schulen, Vereinen und Kirchen auf die kulturelle Neugeburt des deutschen Volkes hinziele. Die NSDAP erhoffe für die Zukunft eine gedeihliche Zusammenarbeit des Gemeinderats mit der Beamten- und Bürgerschaft, damit die Erneuerung unseres Volkes in rassischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung durch Schaffung eines deutschen Staates der nationalen Freiheit, Ehre und der sozialen Gerechtigkeit erreicht werde.«

Natürlich hatte Ferdinand Ostertag das später alles gar nicht so gemeint: »Ich bitte, die Tatsache zu beachten, dass es die erste Gemeinderatssitzung nach 1933 war und ich als Fraktionsführer des NS verpflichtet war, einige grundsätzliche Worte zu sagen. Ich möchte betonen, dass ich später ähnliche Ausführungen nie mehr gemacht habe. Es war mein Bestreben, dass auf dem Rathaus keine Gemeindepolitik in parteipolitischen Sinne herrschte, was mir restlos gelungen ist.«²²

Dabei fiel der angeblich unparteiliche NSDAP-Mann 1933 häufiger stark agitatorisch auf. Die »Ludwigburger Zeitung« berichtet, vor jener Reichstagswahl im November, bei der nur die NSDAP wählbar war, habe Ostertag gefordert, dass »Ludwigsburg an der Spitze von ganz Württemberg marschieren muss. [...] Ludwigsburg war schon bisher ein starkes Bollwerk der nationalsozialistischen Bewegung und immer ein Vorbild für das ganze Land. [...] Wenn jeder seine Pflicht tut, wird Ludwigsburg auch morgen seinen Platz behaupten.«²³

Ostertag und »die Judenfrage«

In seiner kommunalen Tätigkeit war die Ausgrenzung von Menschen jüdischer Herkunft ein markanter Zug. Als Oberbürgermeister Karl Frank im Juli 1935 im Stadtbad ein Schild aufhängen ließ mit der Aufschrift: »Personen nichtarischer Abstammung wird nahegelegt, das Stadtbad nicht zu benutzen«, gab Ferdinand Ostertag zu Protokoll, dass ihn dieser Hinweis »sehr gefreut habe, nur wünsche er die Worte »Personen nichtarischer Abstammung« in »Juden« abzuändern.«²⁴

Im September desselben Jahres diskutierten die Ratsherren, dass »hinsichtlich der »Judenfrage« wohl am besten eine reichseinheitliche Regelung abgewartet werde. [...] Direktor Ostertag ist überzeugt, dass nach den Äußerungen, die auf dem Reichsparteitag in Nürnberg fielen, die Judenfrage nunmehr mit aller Brutalität geregelt werde. Er hält es für notwendig, dass die Ortsgruppen, Zellenleiter und so weiter über die Stellenleiter der Stadtverwaltung darüber berichten, wer noch in Verbindung mit Juden steht.«²⁵

Im Februar 1937 ging es um den Pferdemarkt: »Bürgermeister Ostertag empfiehlt, die Juden vom Markt auszuschließen und

ihnen auch keinen besonderen Platz anzuweisen. Durch eine solche Maßnahme würden sich die arischen Händler mehr und mehr einfinden.«²⁶

Ebenfalls aufschlussreich ist der Protokolleintrag aus der »Beratung mit den Verwaltungsbeiräten« im Ludwigsburger Rathaus vom 22. November 1938, also knapp zwei Wochen, nachdem die örtliche Synagoge unter Mitwirkung Ostertags angezündet worden war (siehe unten):²⁷

»Bürgermeister Ostertag bringt vor:

1. der Kohlenhändler Ernst Metzger beziehungsweise seine Frau hätten anlässlich einer Sammlung für das Winterhilfswerk in letzter Zeit die politischen Leiter als »Häuseranzünder« bezeichnet und sie mit Bettlern verglichen. Ihr Verhalten beweise, dass sie nicht rückhaltlos auf dem Boden des Dritten Reiches stehen.

2. Inhaber der Firma Bender & Kraft hätten, nachdem die Schaufenster an dem jüdischen Kaufhaus Grumach, dessen Haus die Firma vor kurzem gekauft hat, durch die in Folge des Mords an dem Gesandtschaftsrat vom Rath empörte Volksmenge eingeschlagen waren, sich geäußert: »So eine Saubande«. Ferner hätten sie mit ihrem Rechtsanwalt erwogen, die Rechnung für die Schaufenster der Kreisleitung zu übersenden. Dabei hätten sie sich bis zu einem gewissen Grad schützend vor die Juden gestellt. Ferner hätten sie bis in die letzte Zeit engen Geschäftsverkehr mit Juden unterhalten.

Bürgermeister Ostertag beantragt: mit beiden Firmen bis auf weiteres seitens der Stadt alle Geschäftsverbindungen abzuberechnen. Der Oberbürgermeister verfügt dem Antrag entsprechend.«

Fünf Tage später zwangen »so an die 150 SA-Männer in Zivil« den Kohlenhändler Ernst Metzger (1891–1946) und den Landwirt Eugen Buhl (1901–1993), unter Beschimpfungen wie »Verräter, Judenknecht, pfui« durch die Stadt zu ziehen.²⁸

Die Brandstiftung in der Ludwigsburger Synagoge

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 steckten Nazis im Deutschen Reich fast alle Synagogen in Brand – in Ludwigsburg nicht. Hier bemerkten Partei- und Staatsfunktionäre erst am nächsten Morgen, was sie verpasst hatten, und organisierten dann die (rechtlich völlig unzulässige) Verhaftung von Männern jüdischer Herkunft wie auch die Brandstiftung der Synagoge. Sicher ist: Ferdinand Ostertag war vor Ort dabei. Über sein Verhalten und seine Haltung gehen Berichte und Interpretationen jedoch auseinander.

Am 8. Juni 1948 verurteilte das Stuttgarter Landgericht ihn wegen seiner Beteiligung an der Brandstiftung, am 17. November 1948 bestätigte das Oberlandesgericht Stuttgart das Urteil. Der frühere Bausparkassen-Direktor wurde zu neun Monaten Haft verurteilt.²⁹ Das Gericht beschrieb den Ablauf der Dinge nach seinen Erkenntnissen (in die viele Angaben Ostertags Eingang gefunden hatten, obwohl es auch anderslautende Zeugenaussagen gab):

»Der Angeklagte Ostertag, welcher der allgemeine Vertreter des damals erkrankten Oberbürgermeisters der Stadt Ludwigsburg, außerdem SA-Obersturmführer und ehrenamtlicher Vertrauensmann des SD war, rechnete damit, dass es auch hier zu Ausschreitungen gegen die Juden kommen und die Synagoge in Brand gesteckt werde. [...] Bei der Polizei erfuhr der Angeklagte Ostertag, dass sie den Befehl hatte, nicht einzugreifen, solange keine Gefahr für Menschen und die umliegenden Gebäude bestünde. Er begab sich sodann noch am selben Vormittag selbst zur Synagoge. Dort traf er den Kriminalinspektor Stahl an, der den dienstlichen Auftrag hatte, die Gegenstände aus der Sakristei der Synagoge sicherzustellen, und war ihm hierbei behilflich. Vor der Synagoge war ein großer Menschauflauf,



Die 1884 erbaute Ludwigsburger Synagoge wurde am 10. November 1938 durch Brandstiftung zerstört. (Stadtarchiv Ludwigsburg)

auch lagen Gewänder und eine Menge Papiere herum; mehrere junge Leute waren in die Synagoge eingedrungen. Der Angeklagte Ostertag stellte sich, nachdem er sich eine Zeit lang bei der Synagoge aufgehalten hatte, auf der gegenüberliegenden Straßenseite auf, um den weiteren Verlauf zu beobachten. Als die Inbrandsetzung der Synagoge im Gange war, benachrichtigte er durch seinen Fahrer den Feuerwehrführer Heuss, der nach kurzer Zeit um 13.47 Uhr mit der Feuerwehr am Platz erschien, zunächst die Nachbarhäuser schützte und später auch in die brennende Synagoge spritzen ließ, aber nicht mehr verhindern konnte, dass sie völlig ausbrannte.«

Verurteilt wurde Ostertag schließlich nicht, weil er an dem gesamten Ablauf beteiligt und durch seine Funktionen insgesamt

verantwortlich gewesen wäre, sondern weil er die Feuerwehr nicht früher gerufen habe. Das Gericht würdigte anhand seiner eigenen Aussagen sogar, dass er »die Tat zwar innerlich missbilligte und nicht wollte«, doch habe er »zwar ohne Tätervorsatz, jedoch in dem Bewusstsein, durch [seine] Untätigkeit die Brandstiftung zu fördern, jedes Eingreifen zur Verhinderung oder Löschung des Brandes unterlassen«.

Nach der Brandstiftung in Ludwigsburg fuhr Ostertag als »politischer Leiter« mit anderen Aktiven und Funktionären ins rund 20 Kilometer entfernte Freudental, wo der NSDAP-Ortsgruppenleiter, der Lehrer Ludwig Bauer, zunächst die örtliche Synagoge in Brand stecken wollte. Wegen der direkten Nähe anderer Gebäude wurde das Gotteshaus dann aber doch nicht angezündet, je-

doch wurde die Ausstattung geplündert und wurden über Stunden hinweg Jüdinnen und Juden schwer misshandelt und erniedrigt. Die Beteiligung Ostertags an diesen rechtswidrigen Aktionen dokumentierte das Landgericht Heilbronn am 22. September 1951³⁰, doch wurde er wegen dieser Vorfälle rechtlich nicht weiter belangt.

Die verhafteten Juden von Ludwigsburg

Im Verlauf des 10. November 1938 wurden in Ludwigsburg zahlreiche jüdische Männer verhaftet, unter ihnen der Arzt Dr. Walter Pintus (1880–1938). Die meisten der Männer wurden anschließend in verschiedene Konzentrationslager verfrachtet – zunächst nur für kürzere Zeiten. Am Abend des 10. November waren die Verhafteten im Flur des Amtsgefängnisses, dem so genannten Blockhaus. Einer von ihnen gab 1946 zu Protokoll:

»Vor diesem Abtransport wurden wir mit den Gesichtern zur Wand im Blockhaus hingestellt, wobei die SS mit gezogenen Revolvern hinter uns stand. Plötzlich ging die Türe auf, die Bewachungsmannschaft rief Heil Hitler. Unter diesen Begrüßungsrufen konnten wir annehmen, dass Ortsgruppenleiter Ostertag den Raum betreten hatte. Er kam dann an mir vorbei und ich erkannte ihn, da er 1933 mich meiner Stellung als Vertrauensarzt der Angestelltenversicherung enthoben hatte. Plötzlich rief er ›Ah, da steht ja auch der Pintus, den nehmt allein, den lege ich euch besonders ans Herz‹. Der Kommandoführer machte eine Notiz und wir wurden abgeführt. Während die Ludwigsburger Juden in das Konzentrationslager Welzheim gebracht wurden, kam Dr. Pintus durch diesen Einzelbefehl in das Konzentrationslager nach Dachau und wurde dort zum Selbstmord gezwungen. Den Vorgang kenne ich aus späteren Äußerungen des jüdischen Religionslehrers Metzger

von Ludwigsburg, welcher vom Konzentrationslager Welzheim später nach Dachau überführt wurde.«³¹

In späteren Verhandlungen bestritt Ostertag nicht, im Amtsgefängnis gewesen zu sein, wohl aber den in Ludwigsburg bekannten Arzt Dr. Pintus überhaupt gekannt zu haben oder gar eine Bemerkung über ihn gemacht zu haben.³²

Die »Judenvilla« für den Oberbürgermeister

Ferdinand Ostertag war, eindeutig belegt, treibende Kraft einer kaltblütigen »Arisierung«. Die »Ludwigsburger Zeitung« meldet am 13. Mai 1939: »Eine Dienstwohnung für den Stadtvorstand«. Gemeint war der »Erwerb« der Villa der Familie Frischauer an der Ecke Asperger-/Gartenstraße. Im Gemeinderat hatte der Immobilien-erfahrene ehrenamtliche Bürgermeister das Projekt vorangebracht.

Der erfolgreiche und weltläufige jüdische Fabrikant Hans Frischauer (1883–1942) war vor den vielfältigen Attacken der Nazis in seine tschechische Heimat geflüchtet, die Tochter war in England, Ehefrau Meta (1895–1942) und die beiden Söhne Robert (1922–1942) und Wolfgang (1929–1942) folgten dem Vater ins vermeintlich sichere Böhmen. Ostertag hatte den Preis für das elegante Stadthaus so weit nach unten gedrückt, dass sich »die Stadt dieses Objekt zu einem so günstigen Preis nicht entgehen lassen durfte«.³³ Während die vier Mitglieder der Familie Frischauer in Prag ins Ghetto gezwungen und schließlich in Izbica ermordet wurden, bezog die Familie von Oberbürgermeister Karl Frank das großzügige Gebäude mit seiner nahezu toskanisch-friedlichen Ausstrahlung.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft wurde die Villa an die überlebende Tochter Gertrud (1921–2016) zurückgegeben. 1965 erwarb die Stadt Ludwigsburg das Gebäu-



»Villa Frischauer« in der Asperger Straße. Das 1923 von dem Fabrikanten Hans Frischauer erbaute Gebäude ist seit 1956 Sitz des Deutsch-Französischen Instituts. (Jochen Faber)

de erneut, diesmal jedoch zu einem regulären Preis, und vermietet es seither an das Deutsch-Französische Institut, das seit 1956 in dem geschichtsträchtigen Haus beheimatet ist.³⁴

Das NS-Regime war am Ende – und Ostertag?

Als Ferdinand Ostertag 1939 in den Krieg eingezogen wurde, den seine NSDAP entfacht hatte, blieb seine Stellung als Direktor der GdF erhalten. Am 29. Juni 1945 wurde er durch Anweisung der Militärregierung Ludwigsburg von der Bausparkasse entlassen.³⁵ Nach Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft wurde er in Lagern für NS-Funktionäre interniert, ab Januar 1947 in Ludwigsburg. Er konnte mehrere

Zeugenaussagen anführen, wonach er stets korrekt gehandelt habe und auch einen Beschäftigten mit jüdischer Abstammung in der GdF Wüstenrot geschützt habe. Im Juli 1948 kam er frei.

Ferdinand Ostertag hätte gerne bei der Bausparkasse GdF Wüstenrot seine Arbeit fortgesetzt, wo der seinerzeit aus dem Amt gedrängte Direktor Hermann Schuon wieder die Leitung übernommen hatte. Doch ein Vertreter des Unternehmens schrieb ihm: »Ich bedaure, Ihnen mitteilen zu müssen, dass der Aufsichtsrat geschlossen die Auffassung vertrat, dass Ihre Wiederbeschäftigung bei der GdF aus einer Reihe von Gründen nicht in Frage kommen kann. Maßgebend war, dass Sie der prononcierte Vertreter des Nationalsozialismus in der GdF waren und dass es für das Unternehmen, das weithin als Hochburg des Nati-

onalsozialismus angesprochen war, nicht tragbar ist, Sie wieder einzustellen.«³⁶

Ab März 1950 arbeitete Ferdinand Ostertag für die Leonberger Bausparkasse³⁷, wo er

den Rang eines Abteilungsdirektors erreichte. Im vielfach zerstörten Deutschland gab es erheblichen Bedarf an Aufbau und auch für Bausparkassen ein großes Betätigungsfeld.

Anmerkungen

Abkürzungen:

StAL= Staatsarchiv Ludwigsburg

StadtALB = Stadtarchiv Ludwigsburg

WABW = Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg

- 1 Geringfügig überarbeitete Fassung eines Aufsatzes, der 2019 im Band 10 (»NS-Belastete aus der Region Stuttgart«) der von Wolfgang Prose herausgegebenen Reihe »Täter, Helfer, Trittbrettfahrer« publiziert wurde.
- 2 StAL EL 903/1 Bü 513 (Klageschrift an die Spruchkammer des Interniertenlagers 72, 19.08.1947).
- 3 Ebd. (Spruch der Spruchkammer des Interniertenlagers 72, 30.06.1948).
- 4 Ebd. (Spruch der Spruchkammer des Interniertenlagers 72, 09.06.1949). Ostertag hatte gegen das Urteil vom Juni 1948 Einspruch eingelegt.
- 5 StAL EL 903/1 Bü 513 (Lebenslauf aus Ferdinand Ostertags Verteidigungsschrift für die Spruchkammer des Interniertenlagers 72, 03.02.1947).
- 6 Ebd. (Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart, 17.11.1948).
- 7 Wie Anm. 5. 8 StadtALB PL 11/Az. 1121.
- 9 StadtALB L 150 (Gemeinderatsprotokolle 09.01.1936 und 27.04.1936).
- 10 WABW B 90 (Briefbogen-Inhalt der GdF von 1921).
- 11 WABW B 90 Bü 1411 (»Charakterbeurteilung H. Ferdinand Ostertag«, von R. Barth, Degerloch, im Auftrag der GdF Wüstenrot, 31.03.1926).
- 12 Firmendaten nach »Wüstenrot – eine Idee setzt sich durch«, Ludwigsburg 1965.
- 13 WABW B 90/180.
- 14 StAL EL 903/1 Bü 513 (Schreiben von Dr. Hermann Schuon an die Spruchkammer, 18.04.1947).
- 15 Wie Anm. 5. 16 WABW B 90/180 (»An den Vorstand«, 26.10.1932).
- 17 StAL EL 903/1 Bü 513 (Protokoll der öffentlichen Sitzung der Zentral-Spruchkammer am 8. und 9. Juni 1949).
- 18 StadtALB L 150 (Ratsprotokolle 1937).
- 19 StadtALB L 150 (Ratsprotokolle 1933).
- 20 Alfred Tischendorf (1899–1964) war Fraktionsvorsitzender der SPD und Herausgeber der sozialdemokratischen Zeitung »Neckarpost«.
- 21 Otto Motsch (1899–1951).
- 22 StAL EL 903/1 Bü 513 (Protokoll der Spruchkammer-Verhandlung, 30.06.1948).
- 23 Ludwigsburger Zeitung, 11.11.1933; zitiert nach Albert Sting: Geschichte der Stadt Ludwigsburg, Band II, Ludwigsburg 2004, S. 248.
- 24 StadtALB L 150 (Ratsprotokolle 1935).
- 25 Ebd.
- 26 StadtALB L 150 (Ratsprotokolle 1937). 27 StadtALB L 150 (Ratsprotokolle 1938).
- 28 Nicht datierte Niederschrift von Emma Metzger, zitiert nach Sting (wie Anm. 23) S. 274.
- 29 StAL EL 903/1 Bü 513 (Revisionsurteil des Oberlandesgerichts, 17.11.1948).
- 30 Hauptstaatsarchiv Stuttgart EA 4/403 Bü 53.
- 31 StAL EL 903/1 Bü 513 (Aussage von Ludwig Elsas, 30.11.1946).
- 32 Ebd. (Anlage zum Protokoll der Spruchkammer-Verhandlung vom 30.06.1948).
- 33 Ludwigsburger Zeitung, 13.05.1939.
- 34 »Zu Besuch bei verfolgten Nachbarn«, hrsg. von der Stolperstein-Initiative Ludwigsburg, S. 15–18; online abrufbar: <https://stolpersteine-ludwigsburg.de/wp-content/uploads/2018/10/2010-Stolper-LB-Broschuere.pdf> (letzter Zugriff: 14.05.2020).
- 35 WABW B 90/180 (Zeugnis der GdF für Ferdinand Ostertag, 10.11.1949).
- 36 Ebd. (Schreiben 26.10.1949).
- 37 Ebd. (Schreiben des Aufsichtsrats der GdF Wüstenrot, 09.03.1950).

Wilhelm Holzwarth (1889–1961)

DLW-Betriebsobmann und NS-Agitator in Bietigheim¹

von **Christian Hofmann,**

Ludwigsburg; Archivar; seit 2019
Archivinspektoranwärter am Lan-
desarchiv Baden-Württemberg; Ver-
öffentlichungen zur württembergi-
schen Psychiatriegeschichte und zu
Opfern der NS-»Euthanasie«.



Für die Darstellung der Biographie von Wilhelm Holzwarth kann nicht nur auf die überlieferte Spruchkammerakte zurückgegriffen werden, sondern auch auf persönliche Dokumente, die sowohl das Privatleben als auch die Parteifunktionen widerspiegeln. Diese Dokumente gelangten bei Kriegsende im Zuge einer Hausdurchsuchung vor der Verhaftung von Wilhelm Holzwarth am 8. September 1945 an die amerikanische Besatzungsmacht und wurden später an die zuständige Spruchkammer Ludwigsburg übergeben.² Nach der Auflösung der Spruchkammer wurden die Unterlagen dem Staatsarchiv Ludwigsburg abgeliefert und stehen dort heute der Forschung zur Verfügung.³

Wilhelm Holzwarth wurde am 27. März 1889 in Oberderdingen geboren, wuchs dort unter »kleinbäuerlichen Verhältnissen«⁴ auf und besuchte die Volksschule. Das eigene Elternhaus beschrieb er als »pflichtgetreu« und »vaterländisch gesinnt«.⁵ Außerdem waren die Eltern »strenggläubige

Methodisten«, deren Glauben sie auch zu Hause ausübten. »Aus diesem Grunde waren wir Kinder schon der Kinderstube ab (sic!) ebenfalls freikirchlich eingestellt.«⁶

Von 1903 bis 1905 machte Holzwarth eine kaufmännische Ausbildung in seinem Heimatort. Danach war er von 1906 bis 1908 als Buchhalter einer Bank tätig. Von 1908 bis 1911 folgte eine Arbeitsstelle als Expedient bei der Firma Müller & Freyer in Ludwigsburg, die von einer zweijährigen Militärzeit unterbrochen wurde. Wilhelm Holzwarth trat am 12. Oktober 1909 freiwillig in Ludwigsburg in die 12. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 126 ein. Dort tat er bis zum 25. September 1911 seinen Dienst als »Musketier«. Mit guter Führung wurde er anschließend zur Reserve des Infanterie-Regiments Nr. 121 »beurlaubt«.⁷

Am 3. August 1914 heiratete er Martha geborene Nestele.⁸ Ab dem 11. August stand er als Gefreiter des Infanterie-Regiments 121 im Feld. 1915 erhielt er die württembergische silberne Verdienstmedaille und das Eisenerne Kreuz II. Klasse. Seine Einsatzgebiete waren die Vogesen und Nordfrankreich. Zuletzt war er Unteroffizier der Reserve in der 1. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 121. Laut eigener Niederschrift war er ab dem 1. Oktober 1917 »wegen Reklamation meiner Vorkriegsfirma und Krankheit« beurlaubt.⁹ Zudem wurde 1919 eine 50-Prozent-Kriegsbeschädigung anerkannt.

Rückblickend schrieb Wilhelm Holzwarth um 1937 über den Ersten Welt-

krieg in einem Fragebogen für ein Ortsgeschichtsbuch der Stadt Bietigheim: »Das Kriegsende erlebte ich in der Heimat in Wehmut über den unglücklichen Ausgang für Deutschland und doch mit Stolz und innerer Genugtuung, dem Vaterlande treu gedient zu haben bis zu meiner körperlichen Unfähigkeit. Der Dolchstoß der Heimat verletzte mein nationales Empfinden tief. Den Glauben an Deutschland hatte ich jedoch nie verloren. Und so fand ich mich auch wieder in den Reihen der alten Kämpfer für das 3. Reich.«¹⁰ In der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre stilisierte Holzwarth also seine Hinwendung zum Nationalsozialismus als Erweckungserlebnis als Folge der »Dolchstoßlegende«.

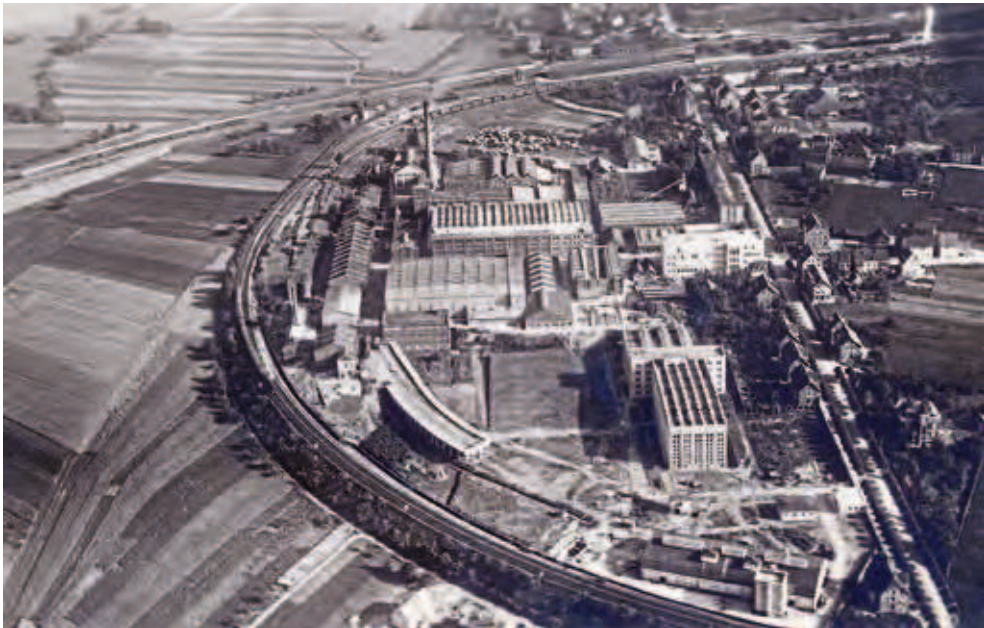
Von 1912 bis zum Februar 1923 war Holzwarth als kaufmännischer Angestellter bei der Maschinenfabrik Chr. Umbach in Bietigheim tätig. Im Februar 1923 wechselte er in die Rechtsabteilung der Germania-Linoleum-Werke, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der größte Arbeitgeber in Bietigheim. Weshalb Wilhelm Holzwarth gerade in einer wirtschaftlich äußerst schwierigen Phase zu den Linoleumwerken wechselte, lässt sich heute nicht mehr nachvollziehen. Das Unternehmen stand damals – nicht nur wegen der allgemeinen Hyperinflation – wirtschaftlich unter enormen Druck: Der Anschluss an die Märkte gestaltete sich nach dem Krieg nicht einfach, da viele Absatzmärkte im Ausland weggebrochen waren, außerdem mussten Inlandsmärkte in diesen Krisenzeiten durch möglichst preisgünstige Produkte erschlossen werden.¹¹

Nicht nur seinem neuen Arbeitgeber, auch privat machten Wilhelm Holzwarth und seiner Familie – zwei Söhne wurden 1915 und 1920 geboren¹² – die enormen sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen in Deutschland nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg zu schaffen. Ab 1921/22 zogen er und sein Bruder Gotthilf in Erwä-

gung, auf den amerikanischen Kontinent auszuwandern und sich und ihren Familien eine neue Existenz aufzubauen. Über die näheren Beweggründe erfahren wir aus einem Brief, den Wilhelm Holzwarth an einen Kunden seines Arbeitgebers, der Maschinenfabrik Chr. Umbach, im Mai 1922 nach Montevideo schrieb: »Die Verhältnisse und Zustände, die der für Deutschland so unglückliche Krieg für einen großen Teil des deutschen Volkes gebracht hat, sind so bedrückend und erbärmlich geworden, dass man sich sehnt nach irgend einem Orte des Weltenreichs, wo die Lebensbedingungen günstigere sind als in Deutschland, auszuwandern und gestützt auf seine Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit ein neues Arbeitsfeld zu finden. – Auch in meiner Brust, wie in der meines jüngeren Bruders ist unter den bedrückenden deutschen Verhältnissen das heiße Verlangen nach einem neuen Arbeitsfeld auf einer neuen Erde wach geworden, doch haben wir leider nicht das Glück, jenseits des Ozeans irgend einen Menschen zu haben, an den wir uns in dieser Angelegenheit vertraulich wenden könnten.«¹³

Wilhelm Holzwarth bat in seinem Schreiben weiter darum, »aufgeklärt zu werden« über die Lebensverhältnisse auf dem anderen Kontinent. Die Antwort des Briefadressaten ist nicht überliefert, jedoch stellte Wilhelm Holzwarth in einem Brief ein Jahr später fest, dass er »einen mehr ab- als zureichenden Bericht erhalten [habe], der uns wieder entmutigte«.¹⁴ Gleichzeitig bemerkte er aber auch, dass er von verschiedenen Seiten gehört habe, dass ein »Fortkommen« nicht so »ungünstig« sei, wie angenommen, und so bat er einen Auswanderer aus dem verwandtschaftlichen Umfeld ebenfalls um mögliche Unterstützung für eine Auswanderung.

Von Wilhelm Holzwarth und seinem Bruder war angedacht, zunächst alleine auszuwandern und die Familien später nachzuholen. Aus welchen Gründen die



Das Luftbild aus dem Jahr 1928 zeigt das Firmengelände der DLW zwischen dem Bahnbogen der Bahnlinie Stuttgart-Karlsruhe und der Bahnhofstraße (heute: Stuttgarter Straße und B 27); rechts oben im Bild ist der Bietigheimer Bahnhof zu erkennen. (Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen)

Auswanderungspläne nicht weiter verfolgt wurden, lässt sich nicht nachvollziehen. Es lässt sich aber feststellen, dass bis 1945 keine beruflichen Unwägbarkeiten die wirtschaftliche Situation von Wilhelm Holzwarth bestimmten; er war bis zu seiner Kündigung am 25. Juni 1945 bei den DLW tätig.¹⁵

In Stellungnahmen zum Spruchkammerverfahren legte er seine politische Entwicklung in der Zeit der Weimarer Republik dar, die letztlich zur Hinwendung zum Nationalsozialismus und zum Eintritt in die NSDAP führten. Selbstverständlich muss seine rückblickende Betrachtung kritisch gesehen werden, da sie im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens aus einer Verteidigungsposition heraus entstand. Laut eigener Rückschau beschrieb sich Wilhelm Holzwarth nach dem Ersten Weltkrieg als »zunächst politisch uninteressiert«. »Erst im Laufe der

nachfolgenden Jahre habe ich mich in das politische Leben eingefühlt.«¹⁶ Über einen Bekannten wurde er zum Lesen der Zeitschrift »Die Hilfe« angeregt und trat schließlich zu einem nicht bekannten Zeitpunkt in die Deutsche Volkspartei (DVP) ein. Nach eigenen Angaben wählte er die Partei noch bei der Reichstagswahl im September 1930. Ja, mehr noch: Er habe sich »bis dahin und am Wahltag selbst leidenschaftlich für die Stimmenwerbung für die DVP eingesetzt.«¹⁷

Der große Erfolg der Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl vom September 1930 – sie stellten nun im Reichstag die zweitgrößte Fraktion – war für Wilhelm Holzwarth, nach eigener Aussage, der Anlass, sich näher mit der NSDAP auseinanderzusetzen. Er legte dar, dass er sich aufgrund seiner seit 1908 als Mitglied im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) bestandenen Gewerkschafts-

zugehörigkeit besonders für den sozialen Teil des Programms der NSDAP interessierte. »Ich gewann allmählich die Überzeugung, dass es meinem sozialen Empfinden entspricht, dieser Partei beizutreten. Mein Eintritt erfolgte dann auch aus reinem Idealismus heraus.«¹⁸

Weiter begründete Wilhelm Holzwarth seinen Eintritt in die NSDAP folgendermaßen: »Obwohl ich persönlich selbst nicht von der seinerzeitigen zunehmenden Arbeitslosigkeit betroffen war, wollte ich doch aus sozialem Mitgefühl gegenüber meinen Mitmenschen meinen Teil für eine so erhoffte Besserung beitragen und ihnen so [...], bei dem allgemeinen Notstand, meine Mithilfe nicht versagen.« Auch sei der Parteieintritt »im guten Glauben an eine gute und einwandfreie Sache« erfolgt.¹⁹ Nach der Reichstagswahl im September 1930 bekannte sich Wilhelm Holzwarth – nach eigener Aussage – zum »Gedankengut der NSDAP« und trat dafür auch öffentlich ein.²⁰

Beginn der NSDAP-Karriere ab 1931

Welche Motive es auch immer gewesen sein mögen – ein »soziales Mitgefühl« oder, wie in der zweiten Hälfte der 30er-Jahre geäußert, der verlorene Erste Weltkrieg und die »Dolchstoßlegende« –, sich der Bewegung und der Partei des Nationalsozialismus anzuschließen: Wilhelm Holzwarth begann bereits vor der Machtübernahme 1933 eine Tätigkeit in der NSDAP. Noch vor seinem Parteieintritt fand am 1. Februar 1931 die Ernennung zum NSBO-Amtswalter in den Deutschen Linoleumwerken statt. Sein Bruder Gotthilf Holzwarth wurde am selben Tag zum Kreisbetriebszellenobmann ernannt.²¹ Auch er war einer der wichtigsten Protagonisten der NS-Zeit in Bietigheim. Er wurde schließlich nationalsozialistischer Bürgermeister.

Am 1. Dezember 1931 trat Wilhelm



Gotthilf Holzwarth (1899–1977) an seinem Schreibtisch im Rathaus. Der jüngere Bruder von Wilhelm Holzwarth amtierte von 1933 bis 1945 als NS-Bürgermeister in Bietigheim. (Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen)

Holzwarth der NSDAP bei (Mitgliedsnummer 759777).²² Kurz darauf, am 15. Januar 1932, wurde er von seinem Bruder Gotthilf Holzwarth in dessen Eigenschaft als NSBO-Betriebszellenwart der Ortsgruppe Bietigheim und des Unterbezirks Besigheim zum Betriebszellenobmann der Betriebszelle »Linoleum« ernannt.²³ Gotthilf Holzwarth selbst war erst am selben Tag in seiner NSBO-Funktion von der Gau-NSBO ernannt worden²⁴; er führte im Januar 1932 die »Auforganisation« der Betriebszellen der NSBO-Ortsgruppe Bietigheim durch und blieb bis zu seinem Ausscheiden am 31. Dezember 1933 Kreisbetriebszellenobmann.²⁵

Am 22. September 1932 wurde Wilhelm Holzwarth vom NSDAP-Ortsgruppenleiter zum Blockwart ernannt. Wie das Ernennungsschreiben nahelegt, erfolgte die Berufung auch im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl am 6. November 1932.

Holzwarth sollte sich mit den Mitgliedern seines »Blocks über die Vorbereitung der Wahlpropaganda [...] verständigen.«²⁶

Bereits am 25. Januar 1932 erklärte Wilhelm Holzwarth gegenüber dem Vorsitzenden des Bietigheimer Turnvereins seinen Austritt aus politischen Gründen: »Die Beschlussfassung in der Generalversammlung des Vereins am 17. ds. Mts. hinsichtlich des neutralen Eintrittsbegehrens von nationalsozialistischen Partei-Mitgliedern gibt mir, als Mitglied dieser Partei, Veranlassung, meinen Austritt [...] zu erklären.« Wilhelm Holzwarth war nach eigener Aussage 20 Jahre lang passives Mitglied gewesen und bedauerte, »durch den unheilvollen Beschluss« aus dem Verein austreten zu müssen.²⁷

Tätigkeit als NSBO/DAF-Betriebszellenobmann in den DLW

Um auf die Tätigkeit von Wilhelm Holzwarth in der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) näher einzugehen, ist es zunächst notwendig, die Rolle des Arbeiters und der Wirtschaftsbetriebe in der Zeit des Nationalsozialismus zu beleuchten. Ziel der nationalsozialistischen Politik war die Schaffung einer rassistisch homogenen Volksgemeinschaft und damit einhergehend die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft. Die NS-Politik vollzieht einen Widerspruch an sich: »Der Volksgemeinschaftsgedanke behauptet die Möglichkeit der gesellschaftlichen Gleichheit aller »schaffenden« Deutschen auf dem Boden ihrer ökonomischen Ungleichheit.«²⁸ Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden als eine Einheit, als »Betriebsgemeinschaft« aufgefasst. Ideologisch und propagandistisch gipfelte diese Vorstellung in der allumfassenden Vorstellung von »Soldaten der Arbeit.«²⁹ Ziel war nicht weniger als »die Überwindung des Klassengegensatzes in der gesellschaftlichen Realität.«³⁰ Das heißt,

eine klassenlose Gesellschaft im Rahmen der Klassengesellschaft war das Ziel.³¹

So widersprüchlich wie das Verhältnis von Arbeitern und Unternehmern war auch die Rolle und Funktion der NSBO. Die Gründung der NSBO erfolgte nicht durch die Parteiführung der NSDAP, sondern durch einfache Mitglieder an der Basis. Die NSDAP war in der Gewerkschaftsfrage zunächst gespalten.³² Die Anerkennung der NSBO als nationalsozialistische Arbeitnehmerorganisation durch die Parteiführung war letztendlich dem Druck der Basis geschuldet. Die offizielle Gründung der NSBO datiert auf den 1. Januar 1931.³³

Für die NSBO vor Ort in Bietigheim lässt sich der Aufgabenbereich näher definieren. Die Betriebszelle »Linoleum« hatte die Aufgabe, in »rein werklichen Fragen in nationalsozialistischem Sinn selbstständig zu arbeiten. Das ganze Streben muss auf den Ausbau der Betriebszelle gelegt werden. Sämtliche Parteimitglieder sind sofort restlos in die Betriebszelle aufzunehmen.«³⁴ Die Hauptaufgabe bestand aber vor allem darin, Menschen, die nicht der NSDAP angehörten, als »Sympathisierende« für die NSBO zu gewinnen. Gotthilf Holzwarth als NSBO-Betriebszellenobmann und ideologischer Vordenker der örtlichen NSBO sah darin die Möglichkeit, Personen »in die Bewegung einzugliedern«, die bisher keine Berührungspunkte mit der NSDAP hatten. In diesem Zusammenhang sah er den Mitgliedsbeitrag der NSDAP als Hindernis an, sich der NS-Bewegung anzuschließen. Zugleich wurde berücksichtigt, dass die gedachte offensive Mitgliederanwerbung auch »ein Machtfaktor bei kommenden Wahlen« darstellte. Tatsächlich gingen die Überlegungen in der Anfangszeit der NSDAP in Bietigheim auf: Die meisten der insgesamt 66 Parteimitglieder vor der Machtübernahme 1933 kamen aus der NSBO.³⁵

Rückblickend stellte Wilhelm Holzwarth in einem Brief an Rudolf Heß seine Tätigkeit

für die NSBO in den DLW derart dar, dass »es nur mit vollstem Einsatz möglich [war], irgendwelchen Boden für die Bewegung zu gewinnen, unter weitgehendsten persönlichen Opfern, wie sie in der Kampfzeit allgemein aufgetreten sind.«³⁶ Bereits im Jahr 1932 war die NSBO in Bietigheim im Vergleich zu anderen Gemeinden des organisatorischen Unterbezirks mit 69 Mitgliedern sehr gut aufgestellt³⁷, was mit Sicherheit auf die Arbeit von Wilhelm Holzwarth zurückzuführen ist.

Im April 1933 wurde die NSBO noch den Gewerkschaften per Gesetz gleichgestellt, was Anlass zur Hoffnung gab, dass das bestehende Gewerkschaftssystem auch unter den neuen Machtverhältnissen beibehalten werden sollte.³⁸ Diese Hoffnung war allerdings trügerisch und nur von kurzer Dauer; von Seiten des NS-Regimes wohl auch aus taktischen Gründen geschürt, da die Entmachtung der NSBO und der Aufbau des DAF-Apparats subtil vonstattenging.³⁹ Im Unterschied zur NSBO mit ihrer Hoffnung, als nationalsozialistische Arbeitnehmerorganisation gar das Erbe der alten Gewerkschaften antreten zu können, wollte die NS-Reichsführung keinen verbandsmäßigen Zusammenschluss als Arbeitnehmervertretung zulassen. Bereits im Mai 1933 wurden die Gewerkschaften schließlich zerschlagen und unmittelbar durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ersetzt.⁴⁰ So heißt es noch 1935 in einem Runderlass von Rudolf Heß: »Eine der entscheidenden Aufgaben, deren Lösung sich die NSDAP als Ziel gesetzt hat, ist die Überwindung des Klassenkampfes. Auf dem Wege zu diesem Ziel hat die NSDAP die klassenkämpferischen Gewerkschaften durch die Deutsche Arbeitsfront als die Zusammenfassung aller Schaffenden der Stirn und der Faust in den Betrieben ersetzt.«⁴¹

Zerschlagung statt Gleichschaltung von Gewerkschaften war die Handlungsmaxime des Regimes.⁴² Die neu gegründete DAF

diente fortan als »Pseudogewerkschaft« mit Zwangsmitgliedschaft, die sich darum bemühte, mit sozialen Wohltaten den Verlust von gewerkschaftlichem Mitbestimmungsrecht wettzumachen.⁴³ Die NSBO blieb dennoch bestehen, nahm aber nur noch politisch-propagandistische Funktionen wahr. Im NSDAP-Organisationsbuch von 1937 heißt es: »Die Aufgaben und Zuständigkeit der NSBO sind in die Deutsche Arbeitsfront übergegangen.«⁴⁴

Vor Ort in Bietigheim fand eine Integration der NSBO in die DAF ebenso statt wie die personelle Kontinuität von Wilhelm Holzwarth in beiden Organisationen.⁴⁵ Im »Enz- und Metterboten« wurde ein Aufruf zum Beitritt in die DAF veröffentlicht, welcher eindrucksvoll belegt, wie alternativlos und totalitär die Organisation war: »Es darf nunmehr niemand mehr geben, der nicht Mitglied der Deutschen Arbeitsfront ist oder wird, [...] da sonst Gefahr besteht, in dem künftigen Ständestaat Bürger minderen Rechts zu werden.«⁴⁶

Im März 1933 zeigte sich die große Mehrheit der Bietigheimer Arbeiterschaft den neuen Machthabern gegenüber allerdings noch abwartend bis kritisch. Bei den Betriebsratswahlen erreichte die NSDAP über die Betriebszellen lediglich 25 Prozent der Gesamtstimmen und lag damit deutlich unter dem stadtweiten politischen NSDAP-Wahlergebnis von 33,9 Prozent bei der Reichstagswahl.⁴⁷ Am 29. August 1933 trat der Betriebsrat der Deutschen Linoleum-Werke zurück. In seiner Eigenschaft als NSBO-Kreisleiter bat Gotthilf Holzwarth das Oberamt Besigheim darum, einen neuen Betriebsrat aufgrund einer Vorschlagsliste zu ernennen.⁴⁸ Somit wurde dieses Gremium gleichgeschaltet und schon bald durch einen sogenannten Vertrauensrat ersetzt.

Der gleichgeschaltete Betriebsrat verfasste am 16. November 1933 unter der Führung von Wilhelm Holzwarth und Ulrich von Salviati eine Aktennotiz an die Direktion der

DLW mit der Aufforderung, Erwin Widmayer aus der Export-Abteilung des Betriebs aus politischen Gründen zu entlassen.⁴⁹ Es sei »unerträglich«, dass »ein Angestellter von der politischen Gesinnung des Herrn W. im hiesigen Betriebe beschäftigt wird. Wir empfehlen daher der Direktion, den gelegentlichen Abbau dieses Herrn ins Auge zu fassen. Männer, die, nachdem das deutsche Volk sich nahezu geschlossen zu dem neuen Staat bekannt hat, heute noch demselben 100%ig ablehnend gegenüberstehen und zweifellos auch noch eine versteckte Agitation gegen denselben betreiben, haben keine Berechtigung auf einen Arbeitsplatz, solange noch Tausende gut gesinnter Volksgenossen erwerbslos sind. Diese Anschauung der überwiegenden Mehrheit unserer Belegschaft deckt sich ja auch mit der Einstellung unserer Direktion, wie der Behörden.«

Die direkte Aufforderung zur Entlassung des Mitarbeiters war mit einer indirekten Drohung verbunden, da der Direktion zugleich »streng vertraulich« mitgeteilt wurde, dass »die Möglichkeit besteht, dass W. eines Tages von der politischen Polizei aus dem Betriebe heraus verhaftet wird«. Der Mitarbeiter wurde wohl nicht entlassen.⁵⁰

Mitte Januar 1934 gab Gotthilf Holzwarth nach seiner endgültigen Ernennung zum Bürgermeister der Stadt Bietigheim seine Posten als Kreisbetriebszellen-Obmann und als DAF-Kreisleiter an den bisherigen NSBO-Kreisgeschäftsführer Karl Reinhardt ab.⁵¹ Reinhardt war ebenfalls einer der frühen NSDAP-Protagonisten in Bietigheim und 1930 einer der Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe und auch Ortsgruppenleiter.⁵² Er war es auch, der für die Neuorganisation der DAF und den Ausbau der NSBO für einige Zeit als Werksangehöriger und Betriebsratsmitglied von den DLW beurlaubt wurde und diese Aufgaben verantwortlich durchführte.⁵³

Im Januar 1934 trat mit dem »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit«⁵⁴ eine

nationalsozialistische Betriebsverfassung in Kraft, die den Führergrundsatz auf die Wirtschaft übertrug und im Sinne des Volksgemeinschaftsgedankens den Klassenkampf beseitigen sollte.⁵⁵ Das Gesetz legte die Basis für das Verhältnis zwischen den »Betriebsführern« (Unternehmern) und der »Betriebsgefolgschaft« (Arbeitnehmer). Damit einhergehend wurden die Betriebsräte durch Vertrauensräte ersetzt, welche die Betriebsführer berieten. Die Vertrauensräte wurden zwar durch die Gefolgschaft gewählt; die jeweilige Wahlliste kam aber in Absprache zwischen dem Betriebsführer und des jeweiligen NSBO-Obmanns zustande. Auch Wilhelm Holzwarth wurde am 6. April 1934 schließlich zum Vertrauensmann der DLW berufen.⁵⁶

Die durch das NS-System installierten Posten in den Betrieben sollten zur Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft und »Betriebsgemeinschaft« beitragen, wie im bereits zitierten Runderlass von Rudolf Heß deutlich wird: »Betriebszellenobmann und Vertrauensrat sind heute im Gegensatz zu dem klassenkämpferischen Betriebsrat der Systemzeit Einrichtungen, die das Vertrauensverhältnis zwischen allen in einem Betriebe Schaffenden immer enger gestalten und das gegenseitige Verständnis immer mehr fördern sollen. Der Handarbeiter beginnt dank der Arbeit der Partei langsam Vertrauen zum neuen Staat und auch zur Arbeitsfront und ihren Einrichtungen zu fassen.«⁵⁷

Propaganda der Arbeit:

1. Mai und Betriebsappelle

Kurz vor der Zerschlagung der Gewerkschaften wurde zum 1. Mai 1933 der »Tag der nationalen Arbeit« ins Leben gerufen, der fortan gesetzlicher Feiertag war. So heißt es in einer Mitteilung der NSBO an die Arbeiter der DLW propagandistisch:

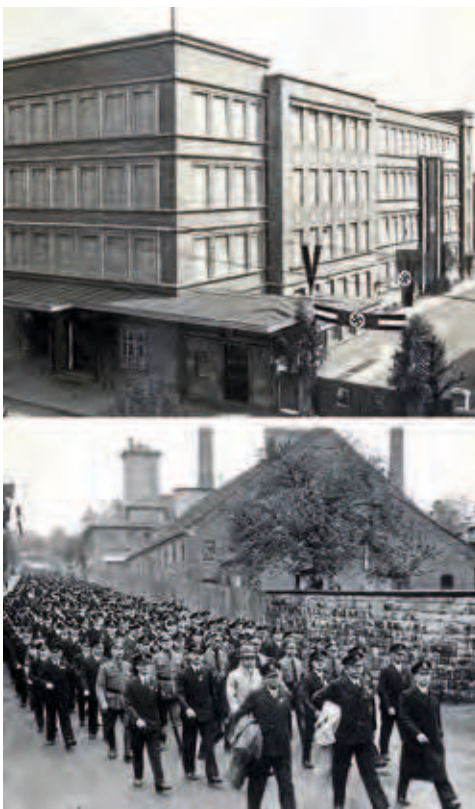
»Deutsche aller Stände, Stämme und Berufe reichen sich an diesem Tage die Hände, um geschlossen in die neue Zeit hineinzumarschieren. Die Arbeiter der Faust und der Stirne der D.L.W. werden hiermit in diesem Sinne aufgefordert, den Tag der nationalen Arbeit gemeinsam zu feiern.«⁵⁸

Das Programm des Feiertags begann für die Arbeiter der DLW bereits um 8 Uhr morgens mit der Sammlung der Belegschaft auf dem Fabrikhof. Es folgten Ansprachen des Generaldirektors Ebner und des NSBO-Mitglieds Ulrich von Salviati, einem frühen Anhänger der NSDAP. Nach dem Hissen der Hakenkreuzfahne und dem Singen des

Horst-Wessel-Liedes formierten sich vier Festzüge in die Bietigheimer Innenstadt; einer davon wurde von Wilhelm Holzwarth angeführt.

Wilhelm Holzwarth oblag es außerdem, Reden zu Betriebsappellen der Deutschen Linoleum-Werke zu halten, welche vor allem am 1. Mai stattfanden. Ihr Wortlaut ist überliefert, da die DLW diese Reden nach dem Krieg der Spruchkammer Ludwigsburg im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens zur Verfügung gestellt haben.⁵⁹ Die älteste erhaltene Ansprache vom Dezember 1934 war noch geprägt vom Rückblick auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr zuvor und der Vision auf einen ewig andauernden nationalsozialistischen Staat. Unter anderem heißt es: »So wie das Jahr 1933 das Jahr der Eroberung der politischen Macht war, so war das Jahr 1934 das Jahr des Behauptens und des Aufbaues.«⁶⁰

Eine weitere erhaltene Ansprache zu einem Betriebsappell stand ganz im Zeichen des Gedenkens an den Hitlerputsch von 1923. Wilhelm Holzwarth stilisierte die toten nationalsozialistischen Revolutionäre des Hitlerputsches in München als Märtyrer: »An diesem Tage wurden die ersten Blutsopfer für das Hakenkreuz und für das 3. Reich gefordert. 16 brave, heldenmütige, deutsche Männer sind an diesem 9. November 1923 im fanatischen Glauben an den Führer und seine Idee an der Feldherrnhalle von den Kugeln einer Systemregierung niedergestreckt worden. [...] Lang und hart war der Schicksalsweg, aber endlich brach doch der 30. Januar 1933 an.« Die Rede endete nicht ohne die Aufforderung zum Hitlergruß, das Spielen des Musikstücks »Vom guten Kameraden« und eine Aufforderung an die anwesende »Betriebsgefolgschaft«: »Als Soldaten der Arbeit wollen wir weiterkämpfen unter dem Hakenkreuz für die Pflichterfüllung in der Betriebsgemeinschaft und in der Volksgemeinschaft und weiterkämpfen für unser neues, freies Deutschland.«⁶¹



Oben: Das Verwaltungsgebäude der DLW mit Hakenkreuz-Beflaggung zum 1. Mai 1934; unten: Die Belegschaft der DLW bei einem Mai-Aufmarsch. (Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen)



Wilhelm Holzwarth bei einer seiner zahlreichen Ansprachen. (Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen)

Exemplarisch sei noch die Feier des 1. Mai im Jahre 1935 dargestellt, zu einer Zeit also, in der sich der nationalsozialistische Staat in Friedenszeiten konsolidiert hatte. Die Programmplanung des »Tages der nationalen Arbeit« war ganz auf den Zeitpunkt der Rede Adolf Hitlers ausgerichtet. Nichts wurde dem Zufall überlassen, vom Blumenschmuck an den Häusern bis hin zur Beflaggung: »Die Hakenkreuzfahnen müssen unbedingt vorwiegen.«⁶² Zur Maifeier gehörten auch zwei große Festzüge, die mit unterschiedlicher Route durch die Stadt marschierten. Beginn der Festzüge war um 11.30 Uhr, um die Rede Adolf Hitlers gemeinsam anhören zu können.⁶³ Insgesamt wurde eine Personenstärke von 3500 Personen gemeldet, wovon alleine 1200 Personen auf die DLW entfielen.

Zu den Feiern am »Tag der nationalen Arbeit« gehörten betriebsintern auch Betriebs-

feiern und Betriebsappelle, bei denen die jeweiligen Vertrauensräte vereidigt wurden. Für die DLW stand dafür ein eigenes Zelt zur Verfügung. In der Rede, die Wilhelm Holzwarth dort hielt, heißt es – ganz theatralisch, mit militärischer Symbolik und einem totalitären Volksgemeinschaftsgedanken aufgeladen – unter anderem: »Wäre Hitler und das 3. Reich nicht gekommen, dann verginge der heutige Tag in Ängsten und Bängen des Klassenkampfes, verärgert über sich selbst, verärgert über seinen Arbeitskameraden und verärgert über seinen Arbeitgeber; heute aber stehen wir in einer Front, ziehen an demselben Strick, haben den gleichen Willen, den gleichen Weg und das gleiche Ziel: Betriebs- und Volksgemeinschaft. [...] Durch den Sieg des Glaubens und den Triumph des Willens ist in kurzer Zeit eine Volksgemeinschaft geschmiedet worden, die jeder Unterwühlung Stand halten wird und in die auch diejenigen noch um Aufnahme bitten werden, die bislang als reutige (sic!) Schafe beiseite stehen. Das Volk gehört zusammen, denn das Schicksal der Nation ist für jeden dasselbe. Keiner von uns hat die Möglichkeit, dem gemeinsamen Schicksal zu entgehen.«

Repression und soziale Wohltaten

Für Wilhelm Holzwarth war die Reichstagswahl am 29. März 1936 »im tiefsten Sinne eigentlich keine Wahl, sondern ein einmütiges Bekenntnis in der Treue zum Führer. Die verschwindende und unbedeutende Minderheit der Abseitsstehenden hat sich mit einer Schuld beladen, an der jeder ehrliche Mensch zu Grund gehen würde. Auf ihnen lastet der Fluch eines ganzen Volkes. Die Geschichte wird über sie hinweggehen.«⁶⁴

Eine vermeintlich »unbedeutende Minderheit«, die sich in Bietigheim nicht an der Reichstagswahl beteiligte, waren die sogenannten »Ernstes Bibelforscher«, wie

die »Zeugen Jehovas« seinerzeit genannt wurden. Insgesamt ist von etwa zehn Personen auszugehen, die in Bietigheim nicht zur Wahl gingen.⁶⁵ Zu ihnen gehörte auch Friedrich Gözinger, der bei den DLW arbeitete. Er wurde am 3. April 1936 durch den Betriebsführer Hans Stangenberger fristlos entlassen, weil er nicht an der Reichstagswahl teilgenommen hatte. Die Entlassung »wegen Verletzung Ihrer vaterländischen Pflicht« wurde von Direktor Stangenberger in Bezugnahme auf die Betriebsordnung der DLW als alternativlos dargestellt.⁶⁶ Am Schluss des Entlassungsschreibens wurde die Endgültigkeit der Entscheidung bekräftigt: »Gleichzeitig machen wir Sie darauf aufmerksam, dass jede Bemühungen wegen Rücksprache mit einem unserer Herren in Ihrer Entlassungsangelegenheit zwecklos sind.«⁶⁷

Die Entlassung wurde Gözinger durch den Betriebsobmann Wilhelm Holzwarth mitgeteilt.⁶⁸ Dieser hatte Gözinger zuvor auch aufgefordert, zur Wahl zu gehen, und auch einen Schwager aufgefordert, ihn zum Wahlgang zu bewegen.⁶⁹ Nach Ermittlungen der Spruchkammer Ludwigsburg hatte Wilhelm Holzwarth als Mitglied des Vertrauensrats die Entlassung von Friedrich Gözinger verlangt.⁷⁰

Bei der formellen Repression gegen Friedrich Gözinger blieb es nicht. Nach der Verkündigung des Wahlergebnisses und der öffentlichen Nennung von Nichtwählern durch den Bürgermeister Gotthilf Holzwarth folgten gewalttätige Maßnahmen. Auf Befehl eines Bietigheimer SA-Mannes wurde ein Galgen gezimmert und dieser auf einem Wagen vor Gözingers Haus gekarrt.⁷¹ »Nachmittags drangen SA-Männer in der Wohnung des G. ein, beleidigten ihn und schleiften ihn die Treppe hinunter.«⁷² Vor dem Haus standen Leute der SA und der HJ, die riefen: »Heraus mit den Verrätern, sperrt sie ein und schlägt sie tot.«⁷³ Friedrich Gözinger wurde schließlich zum Rathaus

gebracht, wo er von Bürgermeister Gotthilf Holzwarth beschimpft wurde mit dem Bedauern, ihn nicht aufhängen zu können.⁷⁴

Auf Bitte eines DAF-Gauwalters, der die Firma DLW besichtigte, skizzierte Wilhelm Holzwarth für höhere Parteifunktionäre die sozialen Wohltaten der Firma im NS-Staat. Die Denkschrift wurde durch den Bruder und NS-Bürgermeister Gotthilf Holzwarth den Parteistellen zugeleitet mit großem Lob und dem Hinweis, dass »die DLW volles Verständnis für die heutige Zeit aufbringen und dass Führung und Gefolgschaft ein Ganzes darstellen und die Betriebsgemeinschaft tatsächlich verwirklicht ist.«⁷⁵

Wilhelm Holzwarth machte eindrucksvoll deutlich, wie das, auch in nationalsozialistischem Sinne, verwirklicht wurde: Durch den Bau der heutigen Siedlung »Sand«, die für »kinderreiche und minderbemittelte Gefolgschaftsmitglieder« konzipiert wurde; durch Zuschüsse für »Gefolgschaftsmitglieder, die zu Schulungskursen oder zu Übungen in der Wehrmacht kommandiert werden«; durch eine große Betriebsbücherei, die »im Geiste des 3. Reiches gehalten ist«; nach Prüfung einer entsprechenden Bedürftigkeit erhielten Frauen beim Ausscheiden aus der Firma ein Ehestandsdarlehen. Es



Feier zur Fertigstellung des ersten Bauabschnitts der DLW-Siedlung »Sand« in Bietigheim, 1936. (Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen)



Blick auf die Siedlung »Sand« aus der Ferne, ca. 1940. (Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen)

schien eine Selbstverständlichkeit zu sein, dass die Gefolgschaftsmitglieder »vollzählig« in der DAF organisiert sind.⁷⁶

Anders als nach dem Krieg durch die Firma DLW dargestellt, wurden nicht nur die allernötigsten Spenden an die NSDAP abgeführt, wie für das Winterhilfswerk oder die Adolf-Hitler-Spende, sondern gab es auch Zuwendungen der Firma an die Leibstandarte SS Adolf Hitler, an die NSDAP des Gaues Württemberg-Hohenzollern und die NSDAP München. Die Firma DLW war ohne Zweifel seit ihrer Gründung ein soziales Unternehmen, das sich um die Fürsorge für die Mitarbeiter verdient machte. Diese soziale Fürsorge war im NS-Staat aber durchaus an die Konformität mit der Volksgemeinschaft gebunden. Man war ein nationalsozialistischer Betrieb geworden, an dessen Spitze – als »Typ des nationalsozialistischen Betriebsführers«⁷⁷ – Betriebsführer Hans Stangenberger stand.

Zu den Aufgaben von Wilhelm Holzwarth gehörte es auch, Auskunft zu geben über die

»politische Zuverlässigkeit« von Mitarbeitern. So bat ihn der NSDAP-Ortsgruppenleiter Ludwigsburg-West um Auskunft über die Haltung des Arbeiters Karl Pfennig zum Nationalsozialismus.⁷⁸ Die Einschätzung von Wilhelm Holzwarth war eindeutig: Karl Pfennig sei »ein entschiedener Gegner unserer Bewegung. Leider konnte sich derselbe auch zwischenzeitlich nicht so umstellen, wie man dies heute von einem deutschen Menschen erwarten kann. Von Haus aus zur Polemik veranlagt, ist er heute in betrieblichen Angelegenheiten und insbesondere in Bezug auf den Nationalsozialismus stets kritisch eingestellt. [...] Für eine Aufnahme zur Partei kann er nicht empfohlen werden.«⁷⁹

Abruptes Karriere-Ende

Ab Mai 1938 begann der berufliche und parteiinterne Abstieg von Wilhelm Holzwarth. In einer hochrangigen Runde, bestehend



Besprechung von Betriebsführung und Vertrauensrat der DLW im Zimmer des Betriebsobmanns, ca. 1940. (Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen)

aus Firmenvertretern und einem führenden DAF-Mann, wurde ihm vorgehalten, er habe als Betriebsobmann der DLW das Vertrauen der Betriebsgefolgschaft verloren. Ihm wurde vorgeworfen, sich »einseitig auf die Seite der Betriebsführung gestellt« zu haben, anstatt »mit dem nötigen Nachdruck« die Interessen der Mitarbeiter zu vertreten.⁸⁰

Aufgrund der erhobenen Vorwürfe verlangte Wilhelm Holzwarth die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen sich selbst und die Anhörung des Vertrauensrats der DLW. Am 17. Mai 1938 legte er sein Amt als Betriebsobmann vorerst nieder. Schon sehr bald kam es zu einer klärenden Sitzung des Vertrauensrats der DLW, an der auch der Bietigheimer Bürgermeister Gotthilf Holzwarth – also Wilhelm Holzwarths Bruder – teilnahm. Wer die treibenden Kräfte

waren und um welche Vorwürfe es konkret ging, lässt sich einem leider nur sehr schlecht erhaltenen und auch nur schwer lesbarem Schreiben von Wilhelm Holzwarth entnehmen. Zusammengefasst waren es vor allem persönliche Befindlichkeiten einzelner Protagonisten der DLW, die auch in der örtlichen NSDAP eine Rolle spielten, sowie ein Konglomerat von Vorwürfen gegen Wilhelm Holzwarth, die u.a. auch darin bestanden, dass das Bietigheimer Werk der DLW keine Auszeichnung im Rahmen des »Leistungskampfs der deutschen Betriebe« erhielt.⁸¹ Jedenfalls sprach der Vertrauensrat – noch bevor er sich bei einer Sitzung am 1. Juni mit der Angelegenheit befasste – Wilhelm Holzwarth das Vertrauen aus: »Der Vertrauensrat erklärte ferner, dass er sich geschlossen hinter Sie stellt und erwar-

tet, dass das Ihnen angetane Unrecht in aller Form wieder gut gemacht wird.«⁸² Auch in der Sitzung selbst wurde dann deutlich festgestellt, dass »der Vorwurf: ›Sie haben fast alle wichtigen Angelegenheiten ohne Hinzuziehung des Vertrauensrates mit der Direktion erledigt‹ unhaltbar und unberechtigt« sei.⁸³

Aus den überlieferten Archivquellen ergibt sich, dass es »von amtswegen« (sic!) dennoch zu einem Verfahren gegen Wilhelm Holzwarth vor dem Ehren- und Disziplinargericht der Deutschen Arbeitsfront kam.⁸⁴ Dieses Verfahren »wegen Zuwiderhandelns gegen die Bestrebungen der DAF« wurde am 6. Mai 1939 eingestellt.⁸⁵ Zurück blieb ein Wilhelm Holzwarth, der aufgrund des Verfahrens und der betrieblichen und parteilichen Verwerfungen einen gesundheitlichen Schaden erlitt und fortan nicht mehr bereit war, ein Amt für die NSDAP anzunehmen.⁸⁶

Aus einem Kuraufenthalt in Bad Wildbad richtete Wilhelm Holzwarth Ende Mai 1939 ein Schreiben an Betriebsführer Hans Stangenberger. Darin heißt es unter anderem: »Die erlebte Enttäuschung wird eine dauernde Verbitterung in mir zurücklassen, denn ich empfinde die Behandlung von Stuttgart gewissermaßen als Genickschuss an Stelle eines Lohnes für meine langjährige aufopfernde und aufrichtige nationalsozialistische Arbeit im Betrieb. Das habe ich nicht verdient als Kämpfer für Adolf Hitler.«⁸⁷

Die geschilderte DAF-Affäre führte keineswegs dazu, dass Wilhelm Holzwarth genug vom Nationalsozialismus hatte. Im Gegenteil: Wie sich zeigt, war er weiterhin ein überzeugter Nationalsozialist. Dies verdeutlicht eine Begebenheit, die im Februar 1941 ihren Anfang nahm. Als »Alter Kämpfer« erhielt er eine »Dienstauszeichnung« der NSDAP. Doch anfangs sollte es aufgrund von Formalitäten gar nicht dazu kommen.⁸⁸ Darüber war Wilhelm Holzwarth derart erbost, dass er annahm, dass die regionalen NSDAP-Parteistellen »gegen mich Stellung

genommen haben.«⁸⁹ Er wandte sich in einem fünfseitigen Brief an Rudolf Heß als Stellvertreter Hitlers. »Mein Ausschluss von der Auszeichnung stellt für mich eine solche untragbare Härte dar, dass ich keinen anderen Weg weiß, als wie mich [...] in der mir zugefügten Kränkung an den höchsten Vertreter der NSDAP zu wenden, um mir Gerechtigkeit zu verschaffen.«⁹⁰ Warum sich Wilhelm Holzwarth so vehement für seine eigene Auszeichnung einsetzte, wird aus dem Brief sehr deutlich: »Meine Arbeit für die Bewegung war [...] der ganze Inhalt meines Lebens, um dem Führer mit ganzer Kraft dienen und ihm in schwerer Kampfzeit Anhänger zuführen zu können.«⁹¹ Eine Antwort aus Berlin ist nicht überliefert, aber Wilhelm Holzwarth bekam die NSDAP-Dienstauszeichnung im Juli 1941 ausgehändigt.⁹²

Im Hinblick auf den Kriegseinsatz seines jüngsten Sohnes setzte sich Wilhelm Holzwarth für einen Kampfeinsatz an vorderster Front ein. Voller Pathos schrieb er bereits im Februar 1941 in dem bereits erwähnten Brief an Rudolf Heß, er sei »stolz darauf, dem Führer zwei Söhne im Kampf um Großdeutschland zur Seite stellen zu dürfen«.⁹³ Zunächst ging es darum, seinen Sohn nicht als Fußsoldat zu verwenden, sondern einer motorisierten Einheit zuzuweisen, was wohl auch gelang. Zeitweise war sein Sohn auch im Sanitätsdienst eingesetzt, für den er nicht ausgebildet war, weshalb er selbst in eine »motorisierte Kampfeinheit« wollte. »Zudem«, so schrieb Wilhelm Holzwarth dann im April 1941, »ist er erst 21 Jahre alt und müsste schon deshalb in der vordersten Front als aktiver Kämpfer stehen.«⁹⁴

Im Zuge der Entnazifizierung wurde Wilhelm Holzwarth von der Spruchkammer Ludwigsburg am 13. Mai 1948 als »Minderbelasteter« eingestuft. Nach Ablauf einer einjährigen Bewährungsfrist erfolgte am 20. Juli 1949 die Einstufung als »Mitläufer«. Am 8. August 1961 starb er in Bietigheim.

Anmerkungen

Abkürzungen:

HStAS = Hauptstaatsarchiv Stuttgart

StABB = Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen

StAL = Staatsarchiv Ludwigsburg

WH = Wilhelm Holzwarth

- 1 Geringfügig überarbeitete Fassung eines Aufsatzes, der 2019 im Band 10 (»NS-Belastete aus der Region Stuttgart«) der von Wolfgang Prose herausgegebenen Reihe »Täter, Helfer, Trittbrettfahrer« publiziert wurde.
- 2 Wilhelm Holzwarth berichtete in einem Schreiben an die Spruchkammer von Beschlagnehmung von Unterlagen; StAL EL 902/15 Bü 9918 (WH an Spruchkammer Ludwigsburg, 12.02.1947, Lebenslauf). Es lässt sich nachvollziehen, dass es sich um die vorliegenden Dokumente handeln muss.
- 3 StAL PL 502/19, Findbuch-Vorwort; online abrufbar: <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/einfuehr.php?bestand=19555> (letzter Zugriff: 13.05.2020).
- 4 StAL EL 902/15 Bü 9918 (WH an Spruchkammer Ludwigsburg, 12.02.1947, Lebenslauf).
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 HStAS M 442 Bd. 415, S. 15; HStAS M 478 Bd. 3, S. 267.
- 8 Martha Holzwarth geb. Nестele (*05.06.1893; †08.02.1975). Die Brüder Wilhelm und Gotthilf Holzwarth heirateten Schwestern der Familie Nестele.
- 9 HStAS M 478 Bd. 3, S. 267; StAL PL 502/19 Bü 127 (»Fragebogen für das Ortsgeschichtsbuch der Stadt Bietigheim«, nach 1936).
- 10 Ebd.
- 11 Zur Geschichte der Germania-Linoleumwerke vgl. Michael Schirpf: Die Geschichte des Linoleums und der Linoleumwerke Bietigheim 1899–1999, in: Blätter zur Stadtgeschichte 15 (2001) S. 60–117, hier S. 73 f.; Bundesarchiv Berlin R 8127/2703 (Dokumentation zur Firmengeschichte »Deutsche Linoleum-Werke AG und Continentale Linoleum Union«, 02.08.1929, S. 4 f.).
- 12 StABB, Familienregister (ohne Signatur).
- 13 StAL PL 502/19 Bü 127 (WH an Hans Schuldesfeld, Montevideo/Uruguay, 02.05.1922).
- 14 Ebd. (WH an »Herr Schmohl«, 06.06.1923).
- 15 StAL EL 902/15 Bü 9918 (WH an Spruchkammer Ludwigsburg, 12.02.1947).
- 16 Ebd., S. 2
- 17 Ebd., S. 2.
- 18 Ebd., S. 2.
- 19 Ebd., S. 3.
- 20 StAL PL 502/19 Bü 127 (WH an Reichsminister Rudolf Heß, 17.02.1941).
- 21 Ebd. – Es ist somit von einer NSBO-Gründung im Jahr 1931 in Bietigheim auszugehen, auch wenn keine Originaldokumente aus diesem Jahr vorliegen. Die Angaben widersprechen sich etwas mit denen aus dem Jahr 1932, sind aber sowohl von Wilhelm als auch von Gotthilf Holzwarth beschrieben worden; vgl. StAL EL 903/3 Bü 186 (Ausführungen von Gotthilf Holzwarth zur »Politischen Betätigung«, o. D., nach 1945).
- 22 NSDAP-Zentralkartei mit Bild; Bundesarchiv Berlin R 9361-VIII Kartei/12290049.
- 23 StAL EL 902/15 Bü 9918 (NSBO-Ortsgruppe Bietigheim, Betriebszelle »Linoleum«, 15.01.1932).
- 24 StABB Bh 5949 (Bestätigung zur Ernennung, 01.02.1932, Abschrift).
- 25 StABB Bh 5949 (NS-Beamtengruppe Bezirk Besigheim, Tätigkeitsbericht 31.01.1932); StAL EL 903/3 Bü 186 (Ausführungen von Gotthilf Holzwarth zur »Politischen Betätigung«, o. D., nach 1945).
- 26 StAL PL 502/19 Bü 127 (NSDAP-Ortsgruppe Bietigheim an WH, 22.09.1932).
- 27 Ebd. (WH an Friederich Setzer, Vorsitzender des Turnvereins, 25.01.1932).
- 28 Volker Kratzenberg: Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934. Frankfurt am Main 1987, S. 24.
- 29 Ebd. S. 24.
- 30 Ebd. S. 25.
- 31 Ebd. S. 26.

- 32 Gunther Mai: Die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus. in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31 (1983) S. 573–613, hier S. 576.
- 33 Kratzenberg (wie Anm. 28) S. 79
- 34 StAL PL 502/19 Bü 400 (Betriebswart der NSBO-Ortsgruppe an die Betriebszelle »Linoleum«, 18.01.1932).
- 35 Michael Schirpf: Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Besatzungszeit. Bietigheim 1918–1948. in: Bietigheim 789–1989. Beiträge zur Geschichte von Siedlung, Dorf und Stadt, Bietigheim-Bissingen 1989, S. 623–732, hier S. 654.
- 36 Wie Anm. 20.
- 37 StABB Bh L 242 (»Organisationsstand Monat Februar 32«, 29.02.1932).
- 38 Mai (wie Anm. 32) S. 612; Kratzenberg (wie Anm. 28) S. 149; Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003. S. 737.
- 39 Zur Übergangsphase zwischen NSBO und DAF vgl. Kratzenberg (wie Anm. 28) S. 157 ff.
- 40 Wehler (wie Anm. 38) S. 629.
- 41 HStAS E 151/54 Bü 425 (NSDAP-Reichsleitung [gez. Rudolf Heß] an verschiedene Behörden der Innenverwaltung, 16.07.1935).
- 42 Kratzenberg (wie Anm. 28) S. 149.
- 43 Wehler (wie Anm. 38) S. 629.
- 44 Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hrsg.): Organisationsbuch der NSDAP, 3. Aufl. München 1937, S. 185.
- 45 Wie sich dieser organisatorische Zusammenschluss im Detail gestaltete, muss vorerst offen bleiben. Der Briefkopf, den Wilhelm Holzwarth verwendete, lautete »NSBO/DAF«. Im Organisationsbuch der NSDAP von 1937 (wie Anm. 44, S. 185) heißt es dazu: »Die NSBO ist die Zusammenfassung der Politischen Leiter der NSDAP in der DAF.«
- 46 StABB Bh 5949 (Aufruf zum Beitritt in die Deutsche Arbeitsfront, o.D.).
- 47 Schirpf (wie Anm. 11) S. 93; Schirpf (wie Anm. 35) S. 667.
- 48 StABB Bh 5949 (NSBO-Kreisleiter an Oberamt Besigheim, 01.09.1933). Wer dem neuen Betriebsrat angehörte, ist nicht bekannt.
- 49 StAL EL 902/15 Bü 9918 (Aktennotiz des DLW-Betriebsrats an die Direktion, 16.11.1933).
- 50 StAL EL 902/15 Bü 22124 (Bericht des Entnazifizierungs-Komitees der DLW AG zum Vorstellungsverfahren Hans Stangenberger, Vorstandsmitglied der DLW, 09.05.1946).
- 51 StABB Bh 5949 (Rundschreiben der NSBO-Kreisleitung, 15.01.1934).
- 52 Schirpf (wie Anm. 35) S. 654.
- 53 StABB Bh 1/69 (BM Gotthilf Holzwarth an die Direktion der DLW, 06.03.1934).
- 54 Reichsgesetzblatt 1934, Teil 1, S. 45 ff.
- 55 Wolfgang Spohn: Zur »Betriebsverfassung« im nationalsozialistischen Deutschland, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 35 (1984) S. 545–555, hier: S. 546 f.
- 56 StAL PL 502/19 Bü 127 (DLW an WH, 06.04.1934).
- 57 Wie Anm. 41.
- 58 StABB Bh L 242 (Bekanntmachung über die Feier des Tages der nationalen Arbeit am 1. Mai 1933, 25.04.1933).
- 59 StAL EL 902/15 Bü 9918 (DLW an den öffentlichen Kläger der Spruchkammer Ludwigsburg, 10.02.1948).
- 60 Ebd. (Rede von WH zum Betriebsappell am 29.12.1934).
- 61 StAL EL 902/15 Bü 9918.
- 62 StABB Bh L 256 (Protokoll zur Vorbereitung des 1. Mai, 23.04.1935).
- 63 Ebd. (Mitteilung der NSDAP-Ortsgruppe Bietigheim, 26.04.1935).
- 64 StAL EL 902/15 Bü 9918 (Rede von WH zum 1. Mai 1936).
- 65 Schirpf (wie Anm. 35) S. 676 f. – Bei einer im Juli 1936 aufgrund eines Runderlasses des Landespolizeiamts durchgeführten »vertraulichen Erfassung« der »Ersten Bibelforscher« wurden in Bietigheim neun Personen registriert; StABB Bh 485.
- 66 Stadtarchiv Ludwigsburg V 3/61 Nr. 029 (DLW an Friedrich Gözinger, 03.04.1936).
- 67 Ebd.
- 68 Ebd.
- 69 StAL EL 902/15 Bü 9918 (Bericht des Ermittlers Ludwig Belser, o.D.; Eidesstattliche Erklärung von Erich Schmid, 24.09.1947; Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer, 13.05.1948).
- 70 StAL EL 902/15 Bü 9918 (Bericht des Ermittlers Ludwig Belser, o.D.; Klageschrift der Spruchkammer).
- 71 Schirpf (wie Anm. 35) S. 676 f.
- 72 StAL EL 902/15 Bü 9918 (Bericht des Ermittlers Ludwig Belser, o.D.).

- 73 Schirpf (wie Anm. 35) S. 677.
- 74 Über die genaue Wortwahl von Gotthilf Holzwarth gibt es unterschiedliche Angaben; vgl. u.a. Christine Sämann: Das Durchgangslager in Bietigheim. Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, Bietigheim-Bissingen 2018, S. 175.
- 75 StABB Bh 2005 (BM Holzwarth an Gauwalter Fritz Schulz, 08.02.1936).
- 76 Ebd. (»Bericht über die sozialen- und Wohlfahrtseinrichtungen der Deutsche Linoleum-Werke A.-G., Bietigheim«, 16.01.1936).
- 77 StAL PL 501 I Bü 59 (NSDAP-Kreisleitung Ludwigsburg an NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern, 10.02.1943).
- 78 StAL PL 502/19 Bü 127 (NSDAP-Ortsgruppe Ludwigsburg-West an WH, 29.07.1938).
- 79 Ebd. (WH an NSDAP-Ortsgruppe Ludwigsburg-West, 10.08.1938).
- 80 Ebd. (WH an DAF-Gauverwaltung Württemberg-Hohenzollern, 17.05.1938).
- 81 Ebd. (WH an Ehren- und Disziplinargericht der DAF, 17.02.1939).
- 82 Ebd. (Hans Stangenberger an WH, 17.05.1938).
- 83 Ebd. (DAF-Gauverwaltung Württemberg-Hohenzollern an WH, 04.06.1938).
- 84 StAL PL 515/50 Bü 8 (Bekanntmachung des Betriebsführers Stangenberger, 10.02.1939).
- 85 StAL PL 502/19 Bü 127 (Einstellungsbeschluss des Ehren- und Disziplinargerichts der DAF, 06.05.1939).
- 86 Im Oktober 1939 wurde Wilhelm Holzwarth vom NSDAP-Ortsgruppenleiter Bietigheim-Ost ein NSV-Amt angeboten, das er aufgrund der erlittenen Kränkungen jedoch ablehnte; StAL PL 502/19 Bü 127 (WH an Willy Schöllhammer, NSDAP-Ortsgruppenleiter Bietigheim-Ost, 26.10.1939). – Im Jahr 1942 wurde er aber dann doch kommissarischer Leiter des Amts für Volkswohlfahrt der NSDAP-Ortsgruppe Bietigheim-Ost; StAL PL 502/19 Bü 127 (Meldung der Kreisleitung Ludwigsburg, 27.04.1942).
- 87 StAL PL 502/19 Bü 127 (WH an Hans Stangenberger, 25.05.1939).
- 88 Ebd. (NSDAP-Ortsgruppe Bietigheim-Ost an WH, 12.02.1941).
- 89 Ebd. (WH an NSDAP-Kreisleitung, 22.02.1941).
- 90 StAL PL 502/19 Bü 127 (WH an Reichsminister Rudolf Heß, 17.02.1941).
- 91 Ebd.
- 92 StAL PL 502/19 Bü 127 (NSDAP-Kreisleitung Ludwigsburg an WH, 18.07.1941).
- 93 Wie Anm. 90
- 94 StAL PL 502/19 Bü 127 (WH an Kommandeur Dr. Brun, 22.04.1941).

»Ein Spiegelbild der Gemeinde«

Friedhöfe in Ditzingen, Heimerdingen, Hirschlanden und Schöckingen

von Dr. Florian Hoffmann,
Stuttgart; Historiker und
Archivar; seit 2016 Stadtarchivar
in Ditzingen.



Im Gegensatz zu manch großem städtischen Gottesacker¹ ist den Dorf- und Kleinstadtfriedhöfen oft nicht viel mehr als eine Randnotiz der Ortschronik gewidmet.² Dabei bietet das Friedhofs- und Bestattungswesen auch für kleinere Kommunen unter ortstopographischen, denkmalpflegerischen und personengeschichtlichen Aspekten durchaus bemerkenswerte Forschungsansätze. Für die Stadt Ditzingen gibt der vorliegende Aufsatz eine erste Bestandsaufnahme, mit einer knappen Rückschau auf die vor- und frühgeschichtliche Fundsituation und einer ausführlicheren Einführung in die neuzeitliche Friedhofsgeschichte der Ortsteile.

Frühester Hinweis auf ein »geordnetes« Bestattungswesen im Markungsbereich der heutigen Stadt ist ein mit mehreren Personen belegter Begräbnisplatz der frühneolithischen Hinkelstein-Gruppe (ca. 5000–4900 v. Chr.) und der wenig jüngeren Großgartacher Kultur (4900–4700 v. Chr.), der im

Herbst 1964 im Ditzinger Gewann »Halden« freigelegt wurde. Obwohl gut dokumentiert und wissenschaftlich aufgearbeitet³, hat der Fund über die archäologische Fachwelt hinaus wenig Aufmerksamkeit erfahren.

Sehr viel bekannter ist der Grabtumulus in der Hirschlander Flur »Holzheim«, der nach dem spektakulären Fund des »Kriegers von Hirschlanden«, einer lebensgroßen anthropomorphen Sandstein-Statue des 6. Jahrhunderts v. Chr., rekonstruiert wurde.⁴ Auch die Fundstelle des 1951 entdeckten, reich mit Beigaben ausgestatteten »Schöckinger Frauengrabs« (um 500 v. Chr.) ist an dieser Stelle zu erwähnen.⁵ Sie wurde auch ohne sichtbare (oder wieder sichtbar gemachte) Relikte als Station eines interkommunalen »Keltenwegs« mit einer Hinweistafel versehen. Beide dokumentieren in herausragender Weise die Bestattungskultur der Hallstattzeit und zählen zu den bedeutendsten keltischen Fundplätzen im mittleren Neckarraum. Natürlich handelt es sich um Einzelfunde einer früheren Besiedlungsschicht, die noch keinen Bezug zum heutigen Gemeinwesen haben.

Zwei merowingerzeitliche Gräberfelder in der Lehmgrube und im Beutenfeld⁶ sind dagegen schon im Zusammenhang mit der Entstehung des frühmittelalterlichen Dorfes zu sehen. Das erstere liegt am Nordostrand des alten Dorfs Ditzingen in den Fluren »Hinter der Glemskirche« und »Lontel« und



Grabung in der Flur »Holzheim« 1963: Aufdeckung des keltischen Grabhügels, Fundplatz des »Hirschlander Kriegers«.

ist seit 1837 bekannt. Die meisten Funde traten beim Lehmabbau für die nahegelegene Ziegelei zutage; die letzten wurden zwischen 1921 und 1934 an der Ziegeleistraße gemacht. Ein einzelnes, etwa 350 Meter nördlich der Speyrer Kirche gefundenes Männergrab ist noch auf die erste Hälfte des 4. Jahrhunderts n. Chr. zu datieren, die übrigen Funde stammen aus dem 5. bis 7. Jahrhundert. Da es nie eine ordentliche Grabung gab, liegen über die einzelnen Fundobjekte nur fragmentarische Aufzeichnungen vor. Sie wurden durch Dominik Kimmel 1994 ausführlich beschrieben.⁷ Vermutlich gehören die Gräber zu einem 1986 an der unteren Bauernstraße ergrabenen frühmittelalterlichen Wohnplatz, für den eine Siedlungskontinuität bis ins 12. Jahrhundert nachgewiesen ist.⁸

Das zweite Gräberfeld, vielleicht eine Hofgrablege, fand sich im Gewann »Beuten-

feld« östlich des Beutenbachs. Hier wurden zwischen 1922 und 1955 bei Hausbauvorhaben insgesamt zehn west-ost-gerichtete Bestattungen aus der Zeit um 700 freigelegt.⁹

Zu erwähnen ist schließlich ein einzelnes alemannisches Frauengrab, das 1962 beim Neubau des Wohnhauses Beethovenstraße 7 im Neubaugebiet »Grasweg« angeschnitten und aufgrund der Grabbeigaben in die erste Hälfte des 6. Jahrhunderts datiert wurde.¹⁰ Ein silberner Oblatenlöffel weist die Tote als Christin aus.¹¹ In der unmittelbaren Umgebung des Grabs fanden sich keine Hinweise auf weitere Bestattungen. Das ist insofern bemerkenswert, als zeitgleich auch der Friedhof in der Lehmgrube in Benutzung war. Die abgesonderte Lage wird als Hinweis auf die herausgehobene Stellung der beigesetzten Person interpretiert. Der Prähistoriker Eduard M. Neuffer, der sich 1966 für das Ditzinger Heimatbuch mit

der Vor- und Frühgeschichte der Gemeinde befasst hat, vermutete eine Bestattung einer Angehörigen der herrschenden Sippe in oder bei einer zu einem Hof gehörigen Kirche (wohl eher Kapelle).¹² Möglicherweise ist in der Nähe ein weiterer, bisher nicht lokalisierter Siedlungskomplex zu suchen.

Kirche und Kirchhof bis zur Reformation

Das heutige Ditzingen wuchs aus zwei eigenständigen Siedlungen beiderseits der Glems zusammen. Der Fluss markierte an dieser Stelle den Grenzverlauf zwischen der alemannischen und fränkischen Siedlungszone und später zwischen den Bistümern Konstanz und Speyer. Der oben erwähnte Wohnplatz an der heutigen Bauernstraße war wohl eine Keimzelle des späteren Dorfes.

Wie Rainer Schreg für Renningen und Malmsheim aufgezeigt hat, kam es im

12./13. Jahrhundert mit Einführung der Dreizegelwirtschaft in der Region zu einer Konzentration bisher verstreut liegender Höfe um einen Zentralbereich.¹³ Für Ditzingen und seine Ortsteile ist ein ähnlicher Konzentrationsprozess zu vermuten. In der Bauernstraße reichen die Funde bis ins frühe 13. Jahrhundert; vom 12. bis 16. Jahrhundert scheint das Areal nicht besiedelt gewesen zu sein. Möglicherweise wurde die Siedlung auf höher gelegenes Gelände verlegt und der frühere Ansiedlungsbereich wegen einer Veränderung des Grundwasserstandes (Aufstauen der Glems, Veränderung des Flussbetts?) aufgegeben.

Wolfgang Irtenkauf hat schon Anfang der 1960er Jahre dargelegt, dass der Glemsverlauf ursprünglich wohl entlang der heutigen Marktstraße und Münchinger Straße in Richtung des Ditzinger Schlosses zu suchen ist.¹⁴ Das würde bedeuten, dass sowohl die Siedlung an der Bauernstraße als auch der Herrenhof, der an der heutigen Vorhofstraße



Konstanzer Kirche mit ummauertem Kirchhof, 1969.

ße vermutet und in der älteren Forschung als »Burg« angesprochen wird, links der Glems lagen, der Fluss somit keine Barriere zwischen der Siedlung und dem Gräberfeld in der Lehmgrube darstellte. Das Siedlungsareal rechts der Glems (für das bislang kein eigener Begräbnisplatz dokumentiert ist) entstand entweder durch einen Ausbau der jenseits gelegenen Siedlung oder durch eine Verlegung des Wohnplatzes/Hofs im Beutenfeld.¹⁵

Mit zunehmender christlicher Durchdringung im Frühmittelalter wurden die alemannischen Reihengräberfelder abseits bzw. am Rand der Siedlungen zugunsten der Bestattung in oder bei einer Kirche oder Kapelle aufgegeben. Der Kirchhof, später oft von einer festungsartig ausgebauten Mauer eingefasst, wurde zum Friedhof.¹⁶ Die Christianisierung des mittleren Neckargebiets durch fränkische Missionare vollzog sich in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts. Auch in Ditzingen setzte der Glaubenswechsel wohl zum Ende des 6. Jahrhunderts ein und war im 8. Jahrhundert abgeschlossen, wie die Schenkungen an das Kloster Lorsch in den Jahren 769, 772, 773, 775 und 790 belegen.¹⁷

Vermutlich ist auf die zweite Hälfte des 8. Jahrhunderts auch die Gründung der ersten Ditzinger Kirche (als Vorläufer der heutigen Speyrer Kirche) zu datieren. Darauf deutet jedenfalls das Lambertuspatrozinium hin, das vermutlich von Lorsch aus seinen Weg nach Ditzingen fand.¹⁸ Schriftlich erwähnt wird eine Kirche in Ditzingen allerdings erst für die Zeit um 1100 im »Codex Hirsaugiensis« (ohne sichere Zuweisung zu einer der beiden Kirchen). 1416 wird die Konstanzer Kirche erstmals sicher genannt, 1424 die Speyrer Kirche.

Die Datierung der Grabfunde in der Lehmgrube bis ins 8. Jahrhundert und das mutmaßliche Alter der (ersten) Speyrer Kirche sprechen dafür, dass die Beisetzungen auf dem dortigen Kirchhof mindestens un-

mittelbar auf die Aufgabe des etwas weiter nördlich gelegenen Gräberfeldes folgten. Ob beide Begräbnisorte noch parallel genutzt wurden oder die Kirche sogar in direkter Beziehung zum älteren Gräberfeld entstand, muss offen bleiben.

Für Hirschlanden liegt übrigens im Lorsch Codex schon für das Jahr 786 ein urkundlicher Nachweis für eine Kirche vor.¹⁹ Aus Heimerdingen haben wir im 9. Jahrhundert im »Codex Edelini«, einem Güterverzeichnis des elsässischen Benediktinerklosters Weißenburg, den Hinweis auf die Existenz einer »basilica«.²⁰ Für Schöckingen ist zwar erst für das Jahr 1267 eine Altarweihe belegt – möglicherweise für eine Kapelle, denn ein eigener Pfarrer wird erst 1434 erwähnt²¹ –, doch hat es auch hier eine Kapelle als adelige Stiftung vermutlich schon zur Zeit der ersten urkundlichen Erwähnung des Orts 814 gegeben.²²

Ohne Zweifel fanden auch in den Ortsteilen die Toten seit dem 8./9. Jahrhundert bei der jeweiligen Kapelle oder Kirche ihre letzte Ruhe. Grabungsbefunde oder sonstige Belege zu Beerdigungen und Beerdigungspraxis des hohen Mittelalters haben wir für Ditzingen und seine Ortsteile nicht. Aufgrund der langen Belegungsdauer der Kirchhöfe haben sich dort kaum Spuren vorreformatorischer Bestattungen erhalten.

»Nach adelich brauch« – Die Kirche als Ort der letzten Ruhe

Die Beisetzung innerhalb des Kirchengebäudes war ein Privileg von Geistlichen, Adligen und anderen Standespersonen. Einen Beleg für die Bestattung eines Geistlichen haben wir zwar nur aus Hirschlanden, wo bei der Erneuerung des Kirchenschiffs 1748 der Grabstein eines offenbar vor dem Chorbogen beigesetzten »ehemaligen katholischen Meßpriesters« aufgefunden wurde.²³ Doch dürfen wir annehmen, dass



Epitaph für den 1729 verstorbenen Geheimrat Friedrich Ludwig vom Hoff an der Außenwand der Konstanzer Kirche.

auch in den anderen Dörfern bis zur Reformation die Beisetzung von Geistlichen im geweihten Boden der Kirche gebräuchlich war. Auch Stifter adeliger Eigenkirchen und deren Nachkommen wurden gewöhnlich in ihrer Kirche möglichst nahe beim Altar bestattet.

Mit dem Ende der Reliquienverehrung als Folge der Reformation büßten Kirche und Kirchhof ihre Funktion als besonderer sakraler Ort ein. Gleichwohl blieb die Bestattung im Kircheninnenraum auch in der Renaissance- und Barockzeit ein käufliches Statussymbol für privilegierte Personen und

auf den Dörfern überwiegend dem Ortsadel vorbehalten. Steinerner Zeugen sind an der Konstanzer Kirche die heute an der Südseite des Kirchenschiffs außen angebrachten Grabdenkmäler für den jung verstorbenen Adelspross Friedrich von Janowitz († 1628, »nach adelich brauch in Kirch gelegt und mit einer Leichpredigt zur Erde bestattet«²⁴), den Reichsfreiherrn und württembergischen Geheimrat Friedrich Ludwig vom Hoff († 1729) und – vermutlich – Christina von Münchingen († 1675), eine Tochter des Johann Jacob von Münchingen, Herrn auf Hochdorf, Ditzingen und Korntal, und seiner ersten Frau Sophia Elisabetha geb. von Bouwinghausen und Walmerode, deren Allianzwappen den dritten Stein zierte.²⁵

Im Zeitalter der Aufklärung hören die Kirchenbestattungen allmählich auf. Zuletzt sind für Ditzingen in den Kirchenbüchern nachgewiesen: Magdalena Juliana Sofia von Münchingen († 1760, Ehefrau des Friedrich Benjamin von Münchingen, beigesetzt »in dem Chor der Constanzer Kirche [...] hinter dem Altar«²⁶) und deren Tochter Eberhardina Sophia von Münchingen († 1722); Johann Wilhelm von Münchingen († 1775) fand seine letzte Ruhe im Erbbegräbnis der Familie im Chor der Kirche »hinter dem Altar, zunächst an der Canzel-Treppe«, und zuletzt wurde 1782 der als Kleinkind verstorbene Friedrich Carl von Naso, Sohn des Obristen Carl Friedrich von Naso, unter dem Chor zur letzten Ruhe bestattet. Die Mutter des letzteren, Charlotte Marie Friederike Louise von Naso, verwitwete Freifrau von Münchingen († 1800), erhielt ihr Grab wohl als erste Angehörige des eingesessenen Adels auf dem Friedhof der Speyrer Kirche in einer »besonders gefertigten Gruft«.

Die Grabkammern unter dem Chor der Konstanzer Kirche sind übrigens erhalten, wurden jedoch anlässlich der Kirchenrenovierung von 1978/79 mit einer Betonplatte verschlossen.²⁷ Ob sich auch unter dem Chor der Speyrer Kirche Grabgewölbe be-



Epitaph für die 1719 verstorbene Katharina Barbara von Anweil an seinem früheren Platz neben dem Südportal der Speyrer Kirche, um 1980.

fanden bzw. befinden, ist nicht zweifelsfrei geklärt, aber anzunehmen. Anton Gast wies 1971 Knochenreste im Boden nach.²⁸ Auch Grabdenkmäler wie das Epitaph der Katharina Barbara von Anweil geb. Kechler von Schwandorf († 1719, ehemals außen neben dem Südportal angebracht und nach der Restaurierung 2004 an einen geschützten

Platz im Innern der Kirche unter der Empore versetzt²⁹) weisen auf Gruftbestattungen in der Speyrer Kirche hin.

In der Schöckinger Mauritiuskirche haben sich verschiedene Grabdenkmäler für Angehörige der Familien von Nippenburg und von Gaisberg erhalten: Hans von Nippenburg († 1540) und sein Sohn Martin

von Nippenburg sowie dessen Frau Maria Salome geb. von Reischach³⁰; Friedrich Albrecht von Gaisberg, württembergischer Kammerherr, Forstmeister in Leonberg († 1747, beigesetzt hinter dem Altar) und seine Frau Sophie Friederike geb. von Münchingen († 1757). Auf dem Kirchhof stehen unter einem schützenden Dach die schon stark verwitterten Grabsteine für Albrecht von Gaisberg († 1674, Offizier in französischen Diensten) und Ferdinand Wilhelm von Gaisberg († 1760, Oberforstmeister auf Reichenberg, Kammerherr), von denen wenigstens ersterer ebenfalls in der Kirche (im Chor) seine letzte Ruhe fand.

In Heimerdingen war der 1258 urkundlich erwähnte und Anfang des 16. Jahrhunderts erloschene Ortsadel³¹ bis 1316 im Besitz der Kirche. Auch dort ist von Beisetzungen von Angehörigen des Geschlechts im Chorraum der Kirche auszugehen. Nachweise haben wir keine, denn der spätgotische Kirchenbau brannte im November 1776 vollständig nieder.³² Im Nachfolgebau fanden keine Beisetzungen mehr statt. Erhalten sind aus der alten Kirche jedoch die der Werkstatt von Jeremias Schwarz zugeschriebenen Grabdenkmäler für Schultheiß Sebastian Zeller († 1617) und dessen Sohn Jakob Zeller († 1624).³³

Dorffriedhöfe in Württemberg

Der Kirchhof blieb nach Einführung der Reformation zunächst der Hauptbegräbnisplatz der Gemeinde. Da jedoch mitten im Ortskern meist Erweiterungsflächen fehlten, kam es seit dem 17. Jahrhundert zunehmend zu einer Verlegung und Neuanlage, oft außerhalb des Ortsetters. Die ersten Begräbnisplätze in peripherer Lage waren nicht selten Pestfriedhöfe, die während der großen Epidemien der 1620er und 1630er Jahre nicht nur aus Platzgründen, sondern auch aus hygienischen Gründen etwas ab-

seits angelegt³⁴ und – wie in Schöckingen – dann auch als Gemeindefriedhof fortgesetzt wurden.

Auch von staatlicher Seite wurde die Verlegung unterstützt. Per Verordnung vom 6. Oktober 1808 etwa wurden die Kommunen aufgefordert, bei der Neuanlage oder Erweiterung von Friedhöfen möglichst einen außerhalb, abseits der Hauptstraße und etwas erhöht gelegenen Platz zu wählen.³⁵ Ausführlicher wurde dieser Ansatz 1863 in einem Entwurf zu einer »Verordnung für die bei Anlegung von Begräbnisplätzen und Feststellung ihrer erforderlichen Größe maßgebenden Grundsätze« aufgegriffen und weiter ausgeführt. Auch wenn es sich nur um einen Entwurf handelte, gab er die Richtlinien für die Gestaltung von Dorffriedhöfen für die nächsten 100 Jahre vor. Neue Begräbnisplätze sollten demnach in einer Entfernung von mindestens 600 Fuß (ca. 172 m) von Wohngebäuden angelegt und bereits bestehende nur an der der Wohnbebauung abgewandten Seite erweitert werden. Für den freien Zwischenraum galten ein Bauverbot und ein Verbot zur Anlage von Trinkbrunnen. Für die Standortwahl waren erhöhte Plätze zu bevorzugen; ausgeschlossen waren Geländevertiefungen und Orte mit Überschwemmungsgefahr. Soweit es die Topographie zuließ, sollten Friedhöfe nicht an der West- oder Südseite eines Orts liegen. Vor der Anlage musste die Bodenbeschaffenheit auf ihre Eignung untersucht werden.

Neben den sanitären Voraussetzungen spielten bei der Gestaltung zunehmend auch ästhetische Erwägungen eine Rolle. Die meist nach Osten ausgerichteten Grabreihen wurden durch einen Hauptweg in der Mitte erschlossen und – wo möglich – durch einen Kreuzweg gegliedert. Die kreuzförmige Anlage wurde geradezu zum Idealtypus erhoben. Mit seiner künstlichen, die Landschaft beherrschenden Gestalt wurde der Friedhof der gewachsenen Siedlung oder

der sie umgebenden Feldflur, den Gärten und Obstwiesen, letztlich der natürlich gewachsenen Landschaft als menschliches Werk gegenübergestellt.³⁶ Im 20. Jahrhundert wurden für die Planung zunehmend Gartenarchitekten oder Landschaftsgestalter hinzugezogen.

Richtlinien für Anlage und Gestaltung der Grabstellen, die Errichtung von Hochbauten (Friedhofskapellen, Leichenhäuser), gärtnerische Anlagen und Baumpflanzungen sollten zu einer Verbesserung des Gesamteindrucks beitragen. Die Realität sah oft anders aus: Der verwahrloste oder wenigstens vernachlässigte Zustand etlicher Friedhöfe veranlasste das Oberamt Leonberg 1927 zur Herausgabe einer Anweisung zur Friedhofsgestaltung und Friedhofspflege. Auch sie propagierte die kreuzförmige Anlage mit einem Haupt- und Kreuzweg.³⁷ Das Landratsamt bezeichnete 1948 in einem Rundschreiben den Friedhof als »ein Spiegelbild der Pietät der Gemeinde und ihrer Einwohner« und betonte, es sei »Ehrensache, den Begräbnisplatz zu einer würdigen Ruhestätte zu gestalten in einer geordneten planmäßigen Anlage«.³⁸

1950 mahnte die Württembergische Landesstelle für Naturschutz und Landschaftspflege die bessere Einbeziehung der Friedhöfe in das Orts- und Landschaftsbild an und verwies auf ihre Friedhofberatungsstelle.³⁹ Die Geschäftsstelle des Württembergischen Gemeindetags empfahl 1954 die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e. V. in Hermannsburg bei Celle. Trotzdem wurde noch in den 50er Jahren bei Friedhofserweiterungen von konservativen Friedhofsplanern wie Hans Schwenkel empfohlen, an dem »Leitgedanken« der alten Friedhofsanlage (das Rechteck als Grundform; Grabsausrichtung nach Osten) festzuhalten und die Erweiterungsflächen soweit möglich dem Altbestand anzunähern.⁴⁰

Erst in den 1960er Jahren zeichnet sich ein Bruch mit den überkommenen Vorgaben ab. Statt den Friedhof von seiner natürlichen Umgebung abzugrenzen, wurden jetzt Landschaftsbild und Vegetation gezielt in die Gestaltung einbezogen. Der uniforme Begräbnisplatz des 18. und 19. Jahrhunderts wurde durch individuelle Formen mit gewundener Wegeführung abgelöst, wie sie Schwenkel für den Dorffriedhof noch explizit abgelehnt hat. Befördert wurde die Entwicklung durch neue Bestattungs- und Gedächtnisformen, insbesondere als zur Erdbestattung als zunächst einzige und noch lange ins 20. Jahrhundert hinein dominierende Bestattungsart die Feuerbestattung trat.⁴¹ Urnenmauern, anonyme Sammelgräber und Plätze für Baumbestattungen ergänzen das klassische Reihengrab, das angesichts der Auflösung der traditionellen Familienverbände in einer mobilen Gesellschaft und einer wachsenden Zahl von Alleinlebenden zunehmend an Bedeutung verlor.⁴²

Die Errichtung von Leichen- und Aussegnungshallen ist eine weitere Errungenschaft der Nachkriegszeit. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts wurden in den Dörfern die Toten gewöhnlich im Trauerhaus aufgebahrt und von dort im feierlichen Trauerkondukt auf den Friedhof überführt. Die ersten Leichenhäuser entstanden in den 1880er Jahren in den größeren Städten als Folge der fortschreitenden Industrialisierung: Die Mietskasernen der Arbeiterviertel ließen keinen Raum mehr für die häusliche Aufbahrung, auch in den Krankenhäusern fehlte es vielfach an den entsprechenden Räumen und Einrichtungen.⁴³ Im Hinblick auf die weitere Wohnraumverknappung durch Kriegsschäden und Flüchtlingszuzug drängte das württembergische Innenministerium 1949 in einem Runderlass auf die Errichtung von Leichenhäusern auch in kleineren Gemeinden und stellte zur Vereinfachung Einheitsbaupläne zur Verfügung.⁴⁴ Ein rechtlicher

Zwang zur Nutzung von Leichenhäusern bestand jedoch nicht.⁴⁵

Wo möglich wurde die Aufbahrung im Trauerhaus noch bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg praktiziert. Erst in den 1960er und 1970er Jahren setzte sich mit dem Bau moderner, architektonisch anspruchsvoller Leichen- und Aussegnungshallen, die mit ihren Kühleinrichtungen den kleinen, schlichten und vielfach als unwürdig empfundenen Leichenhäuschen der ersten Generation auch technisch überlegen waren, die Aufbahrung auf dem Friedhof endgültig durch.

Friedhof Ditzingen

Die Nutzung des von einer Wehrmauer umgebenen Kirchhofs der Konstanzer Kirche als Begräbnisplatz ist nicht nur in Schriftquellen, sondern auch archäologisch nach-

gewiesen. Im Sommer 1985 wurden beim Bau einer Treppe mehrere Gräber angeschnitten.⁴⁶ Bauhistorisch interessant ist die heutige Sakristei der Kirche: Sie diente ursprünglich als Beinhaus, in dem bei Nachnutzung von Gräbern die etwa noch vorhandenen Gebeine früherer Belegungen eingelagert wurden.⁴⁷ Als der Platz bei der Konstanzer Kirche für die wachsende Bevölkerung nicht mehr ausreichte, wurden ab 1495 auch die Toten von rechts der Glems auf den Friedhof der Speyrer Kirche überführt und nur noch die totgeborenen Kinder aus altem Aberglauben weiter bei der Konstanzer Kirche beigesetzt.⁴⁸

Auch im Fall der Speyrer Kirche ist schon im Mittelalter in und um die Kirche bestattet worden. Einen Grabungsbefund haben wir hier jedoch aufgrund der Dauernutzung des Friedhofsgeländes, das über Generationen immer wieder neu belegt wurde, nicht. Als Pfarrkirche war die Speyrer Kirche nach



Speyrer Kirche mit Friedhof, 1948.

Einführung der Reformation und dem Wegfall der Diözesangrenze eigentlich überflüssig. Dass sie die von Herzog Christoph im Sommer 1555 erlassene Verfügung zum Abbruch aller nicht mehr benötigten »Feldkirchen« unbeschadet überstand, verdanken wir ihrer Lage auf dem Friedhof und ihrer Fortnutzung für Grabreden und Aussegnungen.⁴⁹

Der Kirchhof der Speyrer Kirche war der Begräbnisplatz der engeren Dorfgemeinschaft. Im Sinne einer über den Tod hinaus reichenden vertikalen Sozialdifferenzierung wurden bis ins 18. Jahrhundert Angehörige randständiger Gruppen an einer abgelegenen Stelle beigesetzt, deren genaue Lage uns nicht bekannt ist. Betroffen waren Katholiken⁵⁰, sozial Schwache (Bettler), Straffällige und andere aus der Gemeinschaft ausgegrenzte Personen.⁵¹

Bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts genügte für die Beisetzungen der Bereich unmittelbar bei der Kirche. 1845 ist eine erste Vergrößerung des Kirchhofs belegt⁵² (Abt. A-alt des Friedhofsplans), doch wurde die Erweiterungsfläche nicht sofort in Benutzung genommen, sondern noch 1852 und 1859 für jeweils sechs Jahre an den Totengräber Rockenbauch verpachtet.⁵³ Die heutige Ausdehnung wurde im Wesentlichen in vier Schritten erreicht:

1924: Nach ersten Grundstückserwerbungen in den Jahren 1905 und 1919 ergänzte die Gemeinde die Friedhofsfläche in der ersten Hälfte der 1920er Jahre um das etwas tiefer im Gelände gelegene Flächen-dreieck im Süden der Speyrer Kirche (heute Abt. D-alt). Ein Widerspruch des Ziegeleibesitzers Julius Schaible, der wegen Nähe der Erweiterungsfläche zu seiner Villa an der Hirschlander Straße eine Entwertung seines Besitzes fürchtete, wurde nach langwierigen Verhandlungen durch einen Kompromiss abgewendet: Gegen die Zahlung von 100 000 Mark trat die Gemeindeverwaltung einen bis zu 18 Meter breiten Ge-

ländestreifen an Schaible ab.⁵⁴ Es verblieb eine Erweiterungsfläche von 14 Ar, was etwa einem Drittel der bisherigen Friedhofsfläche entsprach. Bei der Gestaltung nahm die Gemeinde die Fachberatung des Württembergischen Landesausschusses für Natur- und Heimatschutz in Anspruch.⁵⁵ Die Architekturstudenten Wöhr und Schnirring aus Feuerbach wurden mit der Ausarbeitung eines Planentwurfs beauftragt, der im Februar 1921 die Zustimmung des Gemeinderats fand.⁵⁶ Ostersonntag 1924 wurde der neue Friedhofsteil eingeweiht.⁵⁷

1933: Eine zweite Erweiterung folgte Anfang der 1930er Jahre (Abt. G und die angrenzenden jetzigen Freiflächen). Der Gemeinderat legte im Sommer 1931 die neuen Abmessungen fest und leitete den Grunderwerb von den Eigentümern Ballier und Schüle in die Wege.⁵⁸ Die Arbeiten wurden im März 1933 beauftragt.⁵⁹ Erstmals wurde auch ein Urnengräberfeld genehmigt, für dessen Belegung die Vorschriften des Städtischen Friedhofsamts Stuttgart übernommen wurden.⁶⁰ Eröffnet wurde der neue Friedhofsteil am Pfingstmontag, den 5. Juni 1933.

1954: Aufgrund des starken Wachstums der Gemeinde durch den Zugang von Ostflüchtlingen und Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg kaufte die Verwaltung 1952 weitere Erweiterungsflächen östlich der Ziegelei an. Das Erweiterungskonzept an dieser Stelle geht auf Vorschläge von Hans Schwenkel aus den 1930er Jahren zurück.⁶¹ Ein Einspruch der Ziegel- und Betonwerke (seit 1950 im Besitz des Unternehmers Kurt-Erich Hinz), die unterstellten, dass »durch die Anlage [...] entlang dem Ziegelwerk durch eine zeitweise Stilllegung von Maschinen anlässlich stattfindender Begräbnisse dem Ziegelwerk ein sehr empfindlicher Schaden entstehen würde«, wurde zurückgewiesen. Auch die von Hinz vorgeschlagene Auflassung des alten Friedhofs und Neuanlage hinter dem gemeinde-



Speyrer Kirche und Friedhof mit den Erweiterungsflächen von 1924, 1954 und 1978.

eigenen Wohnblock an der Bauernstraße in Richtung Umspannwerk (entsprach wohl dem damals noch unbebauten Bereich zwischen Bauern- und Breslauer Straße) lehnten Verwaltung und Gemeinderat kategorisch ab.⁶² Mit der Gestaltung des neuen Friedhofsteils (Abt. H-alt bis U-alt; V/W) wurde der Landschaftsarchitekt Ulrich Essig beauftragt.⁶³ Eine wesentliche Verbesserung war die Schaffung einer Zufahrt von der Bauernstraße her, durch die das mühselige Tragen der Verstorbenen über die Friedhofsstaffel bei der Glemsstraße entfiel.

1974/75: Nach Einstellung der Ziegelfabrikation kaufte die Gemeinde 1968 Teile des ehemaligen Ziegeleigeländes und der Lehmgrube an, wodurch die Gesamtfläche von vorher 4,8 ha noch einmal auf fast das Doppelte anwuchs (Abt. Y bis Z, A-neu bis K-neu). Den Planungsauftrag erhielt die Gartenarchitektin Ilse Kaiser.⁶⁴ Eine dichte Bepflanzung sollte eine Abgrenzung zu

den Wohnblocks an der Breslauer Straße gewährleisten. Von der Breslauer Straße und aus dem Neubaugebiet »Hinter der Glemskirche II« (Danziger Straße) wurden weitere Zugänge geschaffen. Pläne, den historischen Friedhofsteil rund um die Speyrer Kirche nicht mehr zu belegen und in eine Parkanlage umzuwandeln, wurden nicht weiterverfolgt. Am 9. September 1974 stimmte der Technische Ausschuss des Gemeinderats dem überarbeiteten Entwurf von Ilse Kaiser in technischer und gestalterischer Hinsicht zu.⁶⁵ Die landschaftsgärtnerischen und Tiefbauarbeiten wurden an die Fa. Benno Rönsch KG (Fellbach) übertragen.⁶⁶ Nach ihrem Abschluss standen bis zu 5500 Grabstellen (ausreichend für 25 000 bis 30 000 Einwohner) zur Verfügung.⁶⁷

Wegen der steigenden Nachfrage nach Feuerbestattungen wurde 1978 im nördlichen Erweiterungsbereich erstmals eine Urnenwandanlage errichtet, der 2007 noch



Friedhofsplan Ditzingen.

eine zweite folgte.⁶⁸ Zwischen 2008 und 2011 machten Feuerbestattungen auf dem Ditzinger Friedhof bereits 59 % der Beisetzungen aus; in den ländlicher geprägten Ortsteilen lag der Anteil noch unter 50 %.⁶⁹ Im Hinblick auf die weitere Diversifizierung der Bestattungskultur beauftragte der Gemeinderat 2011 den Sindelfinger Landschaftsarchitekten Peter Neher mit der Entwicklung eines neuen Friedhofskonzepts, das auch alternative Bestattungsformen berücksichtigt. Neben der Schaffung von pflegeleichten Gräbern mit kleiner Pflanzfläche gehörten dazu die Anlage eines nach Mekka ausgerichteten muslimischen Gräberfeldes und Bereiche zur Beisetzung von Fehlgeburten, zur anonymen Beisetzung und für Baumbestattungen.⁷⁰ Im September 2012 wurde das Konzept durch den Kultur-, Sozial- und Umweltausschuss des Gemeinderats abgesegnet. 2014 fand die erste Beisetzung auf dem muslimischen Gräberfeld statt, und im gleichen Jahr wurde neben der alten Kirchhofstaffel eine Gedenkstätte für Früh- und Fehlgeburten mit einer Skulptur der Bildhauerin Freya Lorenz eingeweiht.⁷¹

Für die Aufbahrung der Toten wurde – soweit sie nicht im Sterbehaus erfolgte – ursprünglich die Speyrer Kirche oder ein Raum des Armenhauses an der Höfinger Straße genutzt.⁷² Erste Überlegungen zum Bau eines Leichenhauses wurden 1920 nach einer Kontroverse über den geeigneten Standort als nicht dringlich zurückgestellt⁷³ und erst 1935 auf oberamtliche Empfehlung wieder aufgegriffen. Bürgermeister Gottlieb Diez beauftragte den Baumeister Bidenbach mit der Ausarbeitung der Pläne.⁷⁴ Als mögliche Option wurde auch ein Anbau an die Speyrer Kirche in Erwägung gezogen.⁷⁵ Letztlich entstand die Leichenhalle 1936 oder 1937 aber auf einem unmittelbar an das Areal der Ziegelwerke angrenzenden Teil des Friedhofs nördlich der Kirche. Nicht verwirklicht wurden Neubaupläne in der Nähe des heutigen Eingangs an der Breslauer Straße

(1964).⁷⁶ Dafür wurde 1965 die bestehende Leichenhalle noch einmal umgebaut⁷⁷ und präsentierte sich seither als schlichter Putzbau unter flachem Satteldach mit Vorhalle, vier Leichenzellen und einem Abstellraum. Diese Lösung hielt weitere drei Jahrzehnte. Auf Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion entstand schließlich 1998 unter Hinzuziehung des Bestattungsunternehmens Widmann⁷⁸ zu den Planungen ein Neubau mit sechs Abschiedsräumen/Zellen mit gekühlten Glassärgen und einem separaten Arbeitszugang für die Bestatter.⁷⁹

Historisch bedeutsame Grabstätten sind auf dem Ditzinger Friedhof nur wenige erhalten. In der Nordmauer des alten Teils befindet sich eine Spolie mit nur noch fragmentarisch lesbarer Inschrift. Die Stadt Ditzingen trägt heute Sorge für die Pflege der Grabstelle des früheren, im Amt verstorbenen Bürgermeisters Rudolf Döbele⁸⁰ († 1960, Ehrengrab) und des Bierbrauers und Schwanenwirts Karl Stähle († 1906). Das Grabdenkmal von Stähle ist in Ditzingen als einziges noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erhalten.

Einige Grabstätten verdienen aus stadtgeschichtlichen Gründen Beachtung: etwa das Familiengrab Knapp (Hofbesitzer- und Kaufmannsfamilie, u. a. Johann Jakob Knapp, * 1776, † 1851, Schultheiß von Ditzingen; Grabstein aus späterer Zeit), die Gräber von Johannes Fuchs († 1938, Gründer der Johs. Fuchs KG, Maschinenbau), Albert Schüle († 1979, letzter Ditzinger Fleckenschäfer), Wilhelm Siegle († 1933, Tonmüller), Albert Störzbach († 1956, Fabrikant, Ölmühle) und Heinrich Eberhardt († 2003, Kunstmaler). Auch die letzte Ruhestätte des 1962 in Tübingen verstorbenen Indologen und Religionswissenschaftlers Jakob Wilhelm Hauer kann trotz seiner NS-belasteten Biographie⁸¹ als herausragendes historisches Zeugnis gelten. Das Grabdenkmal des Hauer'schen Familiengrabs befindet sich an der Nordmauer des alten Friedhofs-



Ditzingens Bürgermeister Hans Scholder bei der Ansprache zum Volkstrauertag 1962.

teils, die Grabstätte selbst ist aufgelassen. Einige weitere Grabsteine sind nicht in situ erhalten, sondern wurden an der Südecke des Friedhofs in einer Art Lapidarium entlang der Mauer zusammengestellt, darunter das Grabkreuz vom Familiengrab des Pomologen und Baumschulenbesitzers Julius Brecht († 1928) und das gemeinsame Grabmal der Oberlehrer Josef Geyer († 1955) und Rudolf Hruschka († 1961).⁸²

Friedhöfe sind regelmäßig auch ein Ort des Gedenkens für die Toten von Krieg, Vertreibung und Gewaltherrschaft. Zwar entstand das Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs noch auf dem Kirchhof der Konstanzer Kirche, doch wurde schon in der NS-Zeit mit der Beauftragung des Künstlers Fritz von Graevenitz zur Umgestaltung der Speyrer Kirche in ein Ehrenmal (das Projekt wurde nach dem Krieg nicht weiterverfolgt) der heutige Friedhof zum zentralen Gedenkort bestimmt. 1950 errichtete die Ortsgemeinschaft Ditzingen

des Bundes der Vertriebenen am Westzugang das »den Toten der Heimat« gewidmete »Ostlandkreuz«. Am 13. November 1960 (Volkstrauertag) wurde ein neues Denkmal für die Kriegsoffer eingeweiht (Entwurf: Erwin Dauner, Ludwigsburg⁸³). Der aufrecht stehende Steinblock zeigt auf zwei Seiten die Inschriften »Wir mahnen und rufen die Welt« und »Ihr Opfer diene dem Frieden«, begleitet von zwei Friedenstauben, auf den beiden anderen Seiten die von einem Kranz von Kreuzen eingerahmten Jahreszahlen 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945.⁸⁴ Bis heute findet dort die zentrale städtische Gedenkfeier und Kranzniederlegung des Oberbürgermeisters anlässlich des Volkstrauertags statt.

Kriegsgräber befinden sich auf dem Ditzinger Friedhof übrigens nicht mehr: Eine Zusammenstellung aus dem Jahr 1949 führt in Abt. D zwei Gräber für Opfer des Ersten Weltkriegs auf sowie ein Sammelgrab (Familie Schautt) und sieben Einzelgräber

von Opfern des Zweiten Weltkriegs in Abt. B, unter letzteren auch das damals von der Gemeinde gepflegte Grab des belgischen Zwangsarbeiters Alfons Rousseau († März 1945 in Vaihingen/Enz).⁸⁵ Keines davon ist erhalten.

Friedhof Heimerdingen

In Heimerdingen wurde an der Stelle des frühmittelalterlichen Kirchenbaus 1484 eine den heiligen Petrus und Paulus geweihte spätgotische Hallenkirche errichtet und mit einem befestigten Kirchhof umgeben, der auch als Begräbnisplatz diente. Wie bereits erwähnt, wurde das Gotteshaus im November 1776 bei einem Brand vollständig zerstört und an gleicher Stelle ein barocker Neubau errichtet (Einweihung am 9. November 1777).⁸⁶

Der heutige Heimerdinger Friedhof schließt westlich an den Kirchhof an. Wann letzterer als Begräbnisplatz aufgegeben

wurde, ist ungeklärt, doch ist die Verlegung wohl schon im 16. Jahrhundert, also deutlich vor dem Kirchenbrand, anzusetzen. Der Ortschronist Otto Schwarz nimmt an, dass schon zur Zeit der Pestepidemie von 1596/98 die Toten auf dem alten Teil des heutigen Friedhofs beigesetzt wurden.⁸⁷

Auch in Heimerdingen geschah die Erweiterung in mehreren Schritten. Belegt sind die Jahre 1779 (Eintausch eines Gemüsegartens am Hemminger Weg), 1820⁸⁸ und 1840. 1831 und 1839 hatte der Stiftungsrat mit den westlichen Anrainern über den Verkauf ihrer Grundstücke verhandelt.⁸⁹ Deren Einbeziehung in das Friedhofsareal scheiterte jedoch zunächst am Widerspruch der Kreisregierung bzw. des Vogttruggerichts, die einerseits am geringen Platzgewinn und der Nähe zur Wohnbebauung, andererseits an der »irregulären Form« der Erweiterung, die nicht dem Friedhofsideal damaliger Zeit entsprach, Anstoß nahmen. Einen Vorschlag des Oberamts, den bisherigen Begräbnisplatz ganz aufzugeben und außerorts neu



Kirche und Friedhof in Heimerdingen, um 1930.



Altes Ehrenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs.

Für die übrigen Anlagen holte Bürgermeister Wilhelm Sautter den Ratschlag des Württembergischen Landesamts für Denkmalpflege ein. Der Sachverständige Hans Schwenke⁹⁵ erstattete nach einer Vorortbesichtigung ein schriftliches Gutachten, das als Grundlage für die gärtnerische Gestaltung diente.⁹⁶

1949 wurde in der Südost-Ecke des alten Friedhofs linker Hand des Eingangs eine Leichenhalle errichtet (Architekten: Kühnle und Wössner).⁹⁷ Der erhaltene kleine Putzbau mit sandsteingefasstem Rundbogentor diente nur zur Aufbahrung. Die Aussegnungen fanden weiterhin in der Kirche statt. Der Platznot nach dem Zweiten Weltkrieg begegnete der Gemeinderat mit der Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens.⁹⁸ Die Pläne erstellte Gartenarchitekt Essig (1965). Vorgesehen waren Gräber in Süd-Nord-Ausrichtung, eine ringförmige Erschließung, neue Zugänge von der Römerstraße und der Hohen Warte (mit Parkmöglichkeiten). Die

bisherige Friedhofsmauer sollte als optische Trennung zwischen den unterschiedlichen Grabeinteilungen bestehen bleiben und nur an der Stelle des alten Kriegerdenkmals aufgebrochen werden.⁹⁹

Auf der Erweiterungsfläche sollte auch eine Aussegnungshalle entstehen.¹⁰⁰ Das in Absprache mit Kreisbaumeister Gebhardt aufgestellte Raumprogramm umfasste eine Feierhalle für 60 Personen mit 30 Sitzplätzen, drei Leichenzellen (davon eine als Sezierraum), Räume für den Geistlichen, für die Leichenträger und für die Angestellten sowie eine Toilette. Für die konkrete Gestaltung wurde ein beschränkter Wettbewerb ausgeschrieben, für den man die Architekten bzw. Arbeitsgemeinschaften Oswald Kühnle (Heimerdingen)/Ulrich Essig (Schwieberdingen), Haigis & Welz/Ilse Kaiser (Korntal) sowie Aldinger & Brunken (Stuttgart) zur Teilnahme aufforderte. Ein Gutachterausschuss empfahl, der weiteren Bearbeitung den »in einer logischen und sehr klaren Form gegliederten« Entwurf von Aldinger und Brunken mit einigen Änderungen zugrunde zu legen.¹⁰¹

Erste Verträge über den Grunderwerb für die Erweiterung des Friedhofs wurden im Mai und Juni 1967 abgeschlossen, der Ankauf der benötigten Fläche zog sich aber noch bis 1972 hin¹⁰², so dass die Erweiterung letztlich erst nach der Eingemeindung nach Ditzingen umgesetzt werden konnte. Der Ditzinger Gemeinderat befasste sich im Juni 1972 erstmals mit der Angelegenheit.¹⁰³ Zur Schaffung einer ausreichend breiten Zufahrt wurde die Hofanlage Hochdorfer Straße 7 nördlich der Kirche angekauft und abgerissen. Ende November 1972 erging der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan.¹⁰⁴

Erst nach Abschluss der Erweiterung wurden auf Grundlage des Wettbewerbsentwurfs von Aldinger und Brunken auch die Leichen- und Aussegnungshalle sowie ein neues Denkmal für die Gefallenen der bei-



Altes Leichenhaus (oben) und neue Aussegnungshalle auf dem Heimerdinger Friedhof.



Denkmal für die Gefallenen der beiden Weltkriege auf dem Heimerdinger Friedhof.

den Weltkriege errichtet.¹⁰⁵ Für das Denkmal hatte Erwin Dauner in den Jahren 1957 und 1961 schon erste Entwürfe vorgelegt, die wohl nicht zuletzt an der Finanzierung durch die notorisch klamme Gemeinde gescheitert waren.¹⁰⁶ Realisiert wurde schließlich ein Entwurf von Hermann Koziol (Untermünkheim) in Form eines Kreuzes mit Ehrentafeln mit den Namen der Gefallenen an der Verbindungsmauer zwischen Aussegnungshalle und Wirtschaftsgebäude. Leichen- und Aussegnungshalle und Ehrenmal wurden am 21. November 1976 (Totensonntag) eingeweiht.¹⁰⁷ Später wurde auf dem neuen Friedhofsteil auch eine Urnenwand errichtet.

Der Heimerdinger Friedhof verfügt noch über eine Reihe von älteren Grabsteinen, die teilweise in die Umfassungsmauer eingelassen sind. Gut erhalten ist z. B. das Grabdenkmal für den als Kleinkind verstorbenen Konrad von Reischach († 1861) mit Familienwappen. Mehrere ältere Grabsteine wurden in den letzten Jahren fachmännisch gesichert und im früheren Leichenhäuschen

zu einem Lapidarium zusammengestellt, darunter – als ältestes erhaltenes Objekt – der Grabstein des Pfarrers Christoph Hermann († 1608) sowie die Grabsteine von Schultheiß Johann Martin Wenger († 1759, 2015 restauriert¹⁰⁸) und seiner Frau Agnes Elisabeth geb. Reichert († 1739). Ehrengräber haben in Heimerdingen die Kriegstoten Karl Frey, Josef Güttinger und Gerhard Schmid.¹⁰⁹

Friedhof Hirschlanden

Bis ins 18. Jahrhundert wurden auch in Hirschlanden die Toten auf dem Kirchhof bestattet. Wie in Ditzingen bestand daneben im ausgehenden 17. Jahrhundert ein getrennter »Sonderkirchhof«.¹¹⁰ 1721 wurde in der unteren Friedhofstraße am damaligen Ortsrand ein neuer Friedhof angelegt und im April 1721 mit der Beisetzung des Jacob Schölhom seiner Bestimmung übergeben.¹¹¹ Ein Vermerk im Kirchenbuch deutet aber an, dass ab 1740 auch der Kirchhof wieder

genutzt wurde¹¹², und auch 1782 beschloss der Kirchenkonvent, solange es nötig sei, die Leichen, »für die auf dem äußeren Gottesacker kein Platz mehr ist«, wieder bei der Kirche begraben zu lassen.¹¹³ Erst 1835 wurden die Bestattungen auf dem Kirchhof endgültig eingestellt und das Areal rund um die Kirche parkartig gestaltet. 1962 wurde die historische Bruchsteinmauer, die den Kirchhof zur Straße hin abgrenzte, abgerissen.

Um den »äußeren Gottesacker« an der Friedhofstraße errichtete der Maurer Andreas Hermann 1793/94 eine Mauer, für deren Kosten der Flecken und der Heilige (also die Kirche) je zur Hälfte aufkamen.¹¹⁴ 1842 wurde der Friedhof erweitert, vermutlich um den nebenan gelegenen Würzgarten des Schafhauses¹¹⁵, doch machte der feuchte Untergrund zu schaffen, so dass 1861 zunächst wieder die Reihen des älteren Teils belegt wurden.¹¹⁶

Eine dauerhafte Lösung fand sich mit der Anlage des (dritten) Friedhofs an der oberen Friedhofstraße 1862/63. Der Gemeinderat leitete im März 1862 den Ankauf der benötigten Fläche von den Hofbesitzern Jakob Linckh und Gottlob Stähle in die Wege.¹¹⁷ Das Areal entsprach in etwa den Abt. A, B und DI des heutigen Friedhofs. Der alte Begräbnisplatz an der unteren Friedhofstraße wurde nach Ablauf der Ruhefristen entwidmet und aufgelassen. Das Grundstück, das bis zuletzt Eigentum der Kirchengemeinde war, wurde an die Nachbarn Jakob Koch und A. Kirschbaum, die namenlose schmale Gasse (ehemals Ortsweg Nr. 6) zwischen den Anwesen Koch (Ditzinger Straße 1) und Ansel (Schulstraße 2), die zu seiner Erschließung diente, 1928 zum Neubau seiner Scheune an Julius Ansel veräußert.¹¹⁸

1928 wurden der neue Friedhof und sein Vorplatz neu gestaltet und auf Anregung von Bürgermeister Emil Koch entlang des Hauptwegs eine Birkenallee gepflanzt.¹¹⁹ Sie sollte ursprünglich auch die Erinnerung

an die 17 im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten aus Hirschlanden wachhalten.¹²⁰ Das Konzept einer »Heldenallee« oder »Gefallenenallee« mit Gedenktafel wurde aber wohl nicht weiterverfolgt und war mit der Einweihung des Kriegerdenkmals am Schulhausneubau (Mai 1930) obsolet.

Bis auf die Errichtung eines zweizelligen Leichenhauses unmittelbar neben dem überdachten Haupteingang (1951)¹²¹ und einer Neubepflanzung nach Vorschlägen von Ulrich Essig¹²² kam es nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst zu keinen wesentlichen Änderungen. Erst 1967 wurden mit Rücksicht auf das exorbitante Wachstum der Gemeinde eine erneute Erweiterung (Abt. C bis M, U) und der Bau einer Aussegnungshalle in Angriff genommen. In seinen neuen Abmessungen reichte der Friedhof jetzt im Osten bis an die Krebsackerstraße, im Norden bis auf die Höhe der heutigen Glemsgaustraße.¹²³ Eine mögliche spätere Ausdehnung nach Norden wurde bereits berücksichtigt. Den Planungsauftrag für die Außenanlagen erhielt wieder Ulrich Essig.¹²⁴

Der Erweiterungsteil wurde durch einen Ringweg erschlossen und erhielt einen zusätzlichen Wirtschaftszugang vom Krebsackerweg her. Bei der Gestaltung wurde auch eine Nutzung als Grün- und Erholungszone berücksichtigt.¹²⁵ Die Einfriedung des alten Friedhofsteils an der Süd-, Nord- und Westseite wurde belassen und soweit erforderlich instandgesetzt.

Den Entwurf für die Aussegnungshalle lieferte das Büro Hahn & Braun aus Stuttgart-Möhringen¹²⁶ nach einem von Kreisbaumeister Gebhardt vorgegebenen Raumprogramm. Der flachgedeckte Baukörper aus Holz und Glas mit einem weit auskragenden Dach umfasst eine Trauerhalle mit 44 Sitz- und 56 Stehplätzen, zwei Leichenzellen (davon eine als Doppelzelle mit Seziertisch) sowie Aufenthaltsräume für Pfarrer, Träger und Angehörige.¹²⁷ Auf Wunsch des Gemeinderats wurde am neuen Haupt-



Aussegnungshalle und Friedhofsplan Hirschlanden.

zugang zum Friedhof ein Beton-Glockenträger mit Totenglocke errichtet.¹²⁸ Die schlüsselfertige Erstellung der Aussegnungshalle wurde der Baufirma Josef Schmitt (Gerlingen) übertragen.¹²⁹ Für die Trauerfeiern beschaffte die Gemeinde eine pfeifenlose Orgel der Fa. Ahlborn (Heimerdingen)¹³⁰, für den Glockenträger eine Glocke (55 kg, 45 cm Durchmesser) mit elektrischer Läuteanlage.¹³¹

Wie in Heimerdingen entstand in Verbindung mit der Aussegnungshalle auch ein neues Mahnmal für die Kriegstoten. Den Wettbewerb gewann 1970 der Stuttgarter Bildhauer Karl-Peter Blau.¹³² Seine freistehende, gespaltene Kreuzplastik aus Kalktuffstein mit einer stilisierten Wunde steht vor der Betonwand neben der Aussegnungshalle. An der Wand selbst wurden die Inschrift »Den Toten zum Gedenken, den Lebenden zur Mahnung«, die Jahreszahlen »1914–1918« und »1939–1945« und Aluminiumtafeln mit den Namen der Gefallenen angebracht.¹³³ Am 22. November 1970 (Totensonntag) wurde die neue Friedhofsanlage mit Aussegnungshalle und Mahn- und Ehrenmal eingeweiht.¹³⁴

2002 fand an der Nordseite die vorläufig letzte Vergrößerung der Friedhofsfläche statt (Abt. N bis W).¹³⁵ Als Reaktion auf den Wunsch nach alternativen Bestattungsformen wurde 2010 die Urnenbestattung unter einem Bergahorn als »wachsendem Grabmal« ermöglicht.¹³⁶

Zu den Besonderheiten des Hirschlander Friedhofs zählen die Erbbegräbnisse der Familien Linckh/Stähle und Rommel rechts und links des alten Eingangs mit mehreren erhaltenen älteren Grabdenkmälern. Als Ehrengräber werden in Hirschlanden die Grabstätten des polnischen Zwangsarbeiters Andrzej Ceranka († 1944)¹³⁷ sowie der Kriegsoffer Katharina und Konrad Mann († 1945)¹³⁸ und Karl Siegle († 1945)¹³⁹ geführt. Das frühere Ehrengrab des Bürgermeisters Emil Koch († 1977) wurde 2014 nach einer



Erbbegräbnis Linckh auf dem Friedhof Hirschlanden, im Hintergrund alter Eingang und Leichenhäuschen.

Neubewertung seiner Amtsführung in der NS-Zeit gekündigt und kurz darauf abgeräumt.¹⁴⁰ Von ortsgeschichtlichem Interesse ist außerdem als Einzelobjekt das Familiengrab der alteingesessenen Bauernfamilie Schmalzriedt (Jakob Schmalzriedt, † 1937), in dem zuletzt die langjährige Stadt- und Kreisrätin Gerda Rebmann geb. Schmalzriedt († 2019) ihre letzte Ruhestätte fand.

Friedhof Schöckingen

In Schöckingen wurde der Kirchhof bis 1821 als Begräbnisplatz genutzt¹⁴¹, doch war schon während der Pestepidemie von 1635 auf einem von Christoph Engelbold von Nippenburg und seiner Frau Maria Margaretha geb. von Stettenburg gestifteten Platz am südöstlichen Ortsrand ein weiterer Friedhof angelegt und mit der Beisetzung der Anna Klayber († 29.11.1635, Witwe des Martin Klayber von Asperg) seiner Bestimmung

übergeben worden. Er bildete den Kern des heutigen Schöckinger Friedhofs und wurde 1821 und 1843 vergrößert.¹⁴²

Die ummauerte Fläche erstreckte sich von der Ludwigsburger Straße (früher Hemminger Straße) in südöstliche Richtung und entsprach bis in die 1970er Jahre dem klassischen Dorffriedhof mit parallel ausgerichteten Gräberreihen (Abt. A bis F des Friedhofsplans). Ein ca. 150 Quadratmeter großes abgegrenztes Areal im südöstlichen Teil erwarb Friedrich Freiherr von Gaisberg-Schöckingen 1922 als private Familiengrabstätte.¹⁴³

Auch der Schöckinger Friedhof erfuhr in den 1970er Jahren eine grundlegende Umgestaltung. 1973/74 begann die Stadt Ditzingen mit dem Ankauf benachbarter Grundstücke und übertrug dem Garten- und Landschaftsarchitekten Wolfgang Fritz (Esslingen) die weitere Planung.¹⁴⁴ Das Konzept für das 45 Ar große Areal sah einen landschaftsbezogenen öffentlichen Grünraum mit geschwungener Wegeführung vor,

in dem der »Wiesencharakter« und ein Teil der auf der Erweiterungsfläche stehenden Obstbäume erhalten bleiben. Durch vier Sitzbereiche sollte eine höhere Erholungs- und Aufenthaltsqualität erreicht werden – für Schöckingen, das sonst über keinerlei öffentliche Grünflächen verfügt, von besonderer Bedeutung.¹⁴⁵ Der Ortschaftsrat stimmte dem Planentwurf Anfang September 1976 zu. Im Juni 1977 erging der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan.¹⁴⁶ Den Auftrag für die landschaftsgärtnerischen Arbeiten erhielt die Fa. Huball (Stuttgart).¹⁴⁷ Am 1. August 1978 wurde der neue Friedhofsteil (Abt. G bis M) in Benutzung genommen.¹⁴⁸

Im Oktober 1949 diskutierte der Gemeinderat erstmals über die Erstellung eines Leichenhauses und beauftragte den in Schöckingen ansässigen Architekten Adalbert Sack mit der Anfertigung eines Bauplans und eines Kostenvoranschlags.¹⁴⁹ Zu einer Umsetzung kam es offenbar nicht, denn erst 1966 wurde durch den Einbau ei-



Aussegnungshalle Schöckingen.



Friedhofsplan Schöckingen.

ner Leichenzelle im bisherigen Gerätehaus ein Provisorium geschaffen, das die Aufbahrung der Verstorbenen außer Haus ermöglichte und »wider Erwarten« von der Bevölkerung rege angenommen wurde.¹⁵⁰

Im Zuge der Friedhofserweiterung von 1977/78 wurde schließlich auf dem höchsten Punkt der Erweiterungsfläche eine Aussegnungshalle errichtet.¹⁵¹ Das Gebäude aus Naturstein und Glas auf einem polygonalen Grundriss umfasst eine Feierhalle mit 60 Sitzplätzen, zwei Sargkammern sowie Raum für den Pfarrer und Friedhofsaufseher (Entwurf: Fritz Schloz, Deizisau).¹⁵² Die Rohbauarbeiten wurden an die Fa. Weidle (Gerlingen) vergeben¹⁵³, die Schmuckfenster stammen von der Kunstglaserei Gaiser und Fieber in Stuttgart.¹⁵⁴ Zur Erstausrüstung gehörte auch hier eine elektronische Orgel der Fa. Ahlborn (Heimerdingen).

Neben der Aussegnungshalle, die am Tonsonntag, den 26. November 1978 eingeweiht wurde¹⁵⁵, entstand ein Ehrenmal

für die Gefallenen der beiden Weltkriege nach Entwurf der Stuttgarter Bildhauerin Hanne Schorp-Pflumm, die sich in einem beschränkten Wettbewerb gegen die Mitbewerber Gerhard Tagwerker (Leinfelden-Echterdingen) und Hermann Koziol (Untermünkheim) durchsetzte.¹⁵⁶ Das Monument besteht aus einer sich nach oben verjüngenden, 3,40 m hohen Skulptur aus rotem Lavabasalt-Tuff mit einem eingefassten schmiedeeisernen Kreuz und gesichtslosen Figurenreliefs an der Basis und wurde im Frühjahr 1979 der Öffentlichkeit übergeben. Erst kurz nach dem Tod der Künstlerin, aber noch in enger Abstimmung mit ihr, wurden 1991 im Halbkreis davor Platten mit den Namen der Kriegstoten eingelassen.¹⁵⁷

Einziger Inhaber eines Ehrengrabs (Kriegsgrab) in Schöckingen ist Paul Gommel († 1944). Besonders hervorzuheben ist auf dem alten Friedhofsteil zudem das Grabkreuz des Pfarrers Christian Heinrich Immanuel Dann (amtierte 1826 bis 1854).

Zusammenfassung und Ausblick

Der Friedhof, ein elementarer Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge, wurde nach der Reformationszeit aus seinem kirchlichen Kontext gelöst als säkularer Begräbnisplatz in die Obhut der politischen Gemeinde überführt. Mit der Verlegung aus dem Zentrum (Kirchhof) an den Ortsrand verlor er an Bedeutung als öffentlicher Ort und fiel nicht selten einer gewissen Vernachlässigung anheim. Erst seit dem ausgehenden 19. und mehr noch in Folge eines zunehmenden Bewusstseins für Natur- und Denkmalschutz im frühen 20. Jahrhundert wurde ihm wieder stärkere Aufmerksamkeit zuteil. Dass neue gestalterische Ansätze wie die Friedhofsreformbewegung des frühen 20. Jahrhunderts (wegweisend: Waldfriedhof München, 1907) für den Dorffriedhof zunächst keine Rolle spielten, ist in Württemberg nicht zuletzt dem Einfluss leitender Denkmalpfleger wie Hans Schwenkel zuzuschreiben, die an der seit dem 19. Jahrhundert festgelegten Form des Idealfriedhofs festhielten.

Die Hinzuziehung von Fachberatern bei Neuanlage und Erweiterung entsprach aber immerhin dem Wunsch nach einer Aufwertung. Die Gemeindeverwaltung in Heimerdingen griff 1960 in ihrer Einführung zur neuen Friedhofsordnung noch einmal den Topos vom »Spiegelbild der Gemeinde« auf.¹⁵⁸ Gemeint war damit zunächst einmal der Wunsch nach einer ordentlichen Pflege der Einzelgräber. Zugleich wird aber auch ein wachsendes Interesse an einer attraktiven Gesamtgestaltung als ein Aushängeschild des Gemeinwesens deutlich.

Der Übergang vom symmetrisch gegliederten Reihengräberfriedhof auf kreuzförmigem Grundriss zur landschaftsbezogenen parkartigen Anlage mit einer höheren Aufenthaltsqualität – einem Ort nicht nur für die Toten, sondern auch für die Lebenden – markiert dann eine deutliche Zäsur.



Grabkreuz des Pfarrers Christian Heinrich Immanuel Dann (1800–1866) auf dem Schöckinger Friedhof.

An den vier Ditzinger Friedhöfen lässt sich diese Entwicklung in den 1970er Jahren sehr gut ablesen. Zugleich wurden aber auch wesentliche Bestandteile des historischen Friedhofsteils erhalten und instandgesetzt, etwa die Umfassungsmauern oder auch frühe Leichenhäuser wie in Hirschlanden und Heimerdingen. Das baden-württembergische Bestattungsgesetz vom 21. Juli 1970, das das bis dahin in weiten Teilen noch maßgebliche altwürttembergische Recht aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ersetzte, nahm in § 2 städtebauliche Belange und Fragen der Landschaftspflege, der Landschaftsarchitektur und der Denkmalpflege ausdrücklich auf.

Friedhöfe dürfen nicht auf ihre Funktion als Ort von Totenruhe und öffentlicher Ge-

denk- und Trauerkultur reduziert werden, sondern sollten auch unter kulturhistorischen und denkmalpflegerischen Aspekten stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Die Architektur- und Baugeschichte moderner Leichen- und Aussegnungshallen hat bislang wenig Beachtung gefunden. Auch das Wirken von Denkmalpflegern, Gartenarchitekten und Landschaftsplanern wäre eine eigene Betrachtung wert. Der Friedhof als Denkmal ist bislang eher ein Thema für großstädtische Anlagen mit ihren Großdenkmälern und aufwendiger Sepulkralplastik.

Bezeichnenderweise werden in der Denkmalliste der Stadt Ditzingen nur die Speyrer Kirche als Friedhofskirche, die Reste der

alten Kirchhofmauer in Hirschlanden und in Heimerdingen das Ensemble von Friedhofmauer und Kriegerdenkmal geführt. Die Erfassung bzw. Dokumentation (orts-) geschichtlich bedeutender Grabdenkmäler und ein Konzept zur Erhaltung von kunsthandwerklich oder stadtgeschichtlich bemerkenswerten Einzelobjekten wäre wünschenswert. Auch wenn der Bestand nicht mit dem Ausfluss großbürgerlicher Repräsentation des Stuttgarter Pragfriedhofs oder ähnlicher Anlagen zu vergleichen ist, finden sich auch hier markante Beispiele bäuerlicher und bürgerlicher Selbstinszenierung und natürlich Grabstellen von für die Stadtgeschichte wichtigen Persönlichkeiten.

Anmerkungen

Abkürzungen:

GRP = Gemeinderatsprotokoll

StAD = Stadtarchiv Ditzingen

StRP = Stiftungsratsprotokoll

TAP = Protokoll des Technischen Ausschusses des Gemeinderats

- 1 Für Ludwigsburg z. B. Günther Bergan: Von Totengräbern und Leichensägerinnen. 300 Jahre Friedhofskultur in Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 71 (2017) S. 163–199; für Stuttgart liegen Veröffentlichungen über den Prag-, Fangelsbach- und Hoppenlaufriedhof vor.
- 2 Für Ditzingen und seine Ortsteile vgl. Otto Schwarz: Ortschronik Heimerdingen, Ditzingen 1982, S. 105–107; für Schöckingen: Friedrich Freiherr von Gaisberg-Schöckingen: Schöckingen, Ditzingen-Schöckingen 1983, S. 133.
- 3 Edward Sangmeister: Gräber der jungsteinzeitlichen Hinkelsteingruppe von Ditzingen, in: Fundberichte aus Schwaben, NF 18/1 (1967), S. 21–42; Kurt Gerhardt: Anthropologische Befunde der jungsteinzeitlichen Hinkelsteingruppe von Ditzingen, in: Fundberichte aus Baden-Württemberg 1 (1974) S. 65–81; Eduard M. Neuffer: Vor- und Frühgeschichte, in: Heimatbuch Ditzingen, Ditzingen 1966, S. 20–41, hier S. 26.
- 4 Zum Hirschlander Krieger und seinem Grabhügel vgl. Hartwig Zürn: Hallstattforschungen in Nordwürttemberg. Die Grabhügel von Asperg (Kr. Ludwigsburg), Hirschlanden (Kr. Leonberg) und Mühlacker (Kr. Vaihingen), Stuttgart 1970; Julius Beeser: Der kouro-keltos von Hirschlanden, in: Fundberichte aus Baden-Württemberg 8 (1983) S. 21–46.
- 5 Oscar Paret: Das reiche späthallstattzeitliche Grab von Schöckingen, in: Fundberichte aus Schwaben, NF 12/II (1952), S. 37–40; Ingo Stork: Neues zum Umfeld des hallstattzeitlichen Prunkgrabes von Ditzingen-Schöckingen, in: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1999 (2000) S. 68–70.
- 6 Neuffer (wie Anm. 3) S. 28–40.
- 7 Dominik Kimmel: Die frühmittelalterlichen Grabfunde von Ditzingen, Kr. Ludwigsburg (Württemberg). Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie, Universität Wien, 1994. – Ein Teil der Objekte gelangte zwischen 1865 und 1912 in die Kgl. Altertümersammlung (jetzt Landesmuseum) in Stuttgart, einige wurden auch an das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg veräußert oder von Privatleuten übernommen.
- 8 Als 1986/87 die fünf Parzellen an der Bauernstraße mit einem Wohn- und Geschäftshaus mit Tiefgarage überbaut wurden, kamen hochmittelalterliche Grubenhäuser zutage; vgl. Matthias Untermann, Uwe Gross: Mittelalterliche Siedlungsbefunde in Ditzingen, in: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1987 (1988) S. 186–190.

- 9 Kimmel (wie Anm. 7) S. 29 f.
- 10 Ebd. S. 39.
- 11 Hans Jänichen: Neue Inschriften aus alamannischen Gräbern des 7. Jahrhunderts, in: Fundberichte aus Schwaben, NF 18/1 (1967), S. 236.
- 12 Neuffer (wie Anm. 3) S. 40.
- 13 Rainer Schreg: Dorfgenease in Südwestdeutschland. Das Renninger Becken im Mittelalter, Stuttgart 2006.
- 14 Wolfgang Irtenkauf: Das Problem zweier Diözesangrenzen. Speyrer Kirche Ditzingen, in: Blätter für Württembergische Kirchengeschichte 63 (1963) S. 138–151, hier S. 146.
- 15 Schreg (wie Anm. 13) S. 206 f.
- 16 Hans Schwenkel: Der Friedhof auf dem Lande, Stuttgart 1955, S. 14. – Aus Ditzingen (Konstanzer Kirche) und Heimerdingen ist eine zwingerartige Einfassung des Kirchhofs aus den Quellen belegt.
- 17 Gustav Bossert (Bearb.): Württembergisches aus dem Codex Laureshamensis, den Traditiones Fuldenses und aus Weißenburger Quellen, Stuttgart 1895, S. 204 f. (L. 3558, 3559, 3561, 3563, 3564).
- 18 Irtenkauf (wie Anm. 14) S. 141.
- 19 Bossert (wie Anm. 17) S. 204 (L. 3560).
- 20 Schwarz (wie Anm. 2) S. 88. Der »Codex Edelini« wurde in den 1280er Jahren auf Veranlassung des Abts Edelin angefertigt und umschreibt den Besitzstand des Klosters im 9. Jahrhundert. Die Zuweisung des Ortsnamens »Heimmortinga« zu Heimerdingen ist allerdings nicht unumstritten. Die Nennung könnte sich auch auf das bayerischer Heimertingen (bei Memmingen) beziehen, die Zuweisung zu Heimerdingen beruht im Wesentlichen auf dem Peter-und-Paul-Patrozinium der Heimerdinger Kirche; den beiden Heiligen war auch die Weißenburger Klosterkirche geweiht. Vgl. Bossert (wie Anm. 17) S. 274, Anm. 6.
- 21 Beschreibung des Oberamts Leonberg (OABL), Bd. 1, Stuttgart 1930, S. 101 f.
- 22 Gaisberg-Schöckingen (wie Anm. 2) S. 120; Herbert Hoffmann: Schöckingen 814–2014, Ditzingen 2014, S. 20.
- 23 Adolf Schahl: Hirschlanden in seinen Bau- und Kunstwerken, in: Zwölfhundert Jahre Hirschlanden 769–1969. Ein Gang durch die Ortsgeschichte, Hirschlanden 1969, S. 121.
- 24 Gotthilf Rüd: Was Kirchenbücher erzählen. Eine Auswertung der Ditzinger Kirchenbücher 1595–1812, 2. Auflage 2002, S. 25.
- 25 Anton Gast: Historische Kirchen in Ditzingen. Ein Wegweiser durch die Konstanzer und Speyrer Kirche, Ditzingen 1985, S. 8.
- 26 Alle Belege nach dem Kirchenbuch.
- 27 Gast (wie Anm. 25) S. 18.
- 28 Ebd. S. 36. – Eine archäologische Grabung hat bislang nicht stattgefunden.
- 29 Wolfgang Irtenkauf: Wanderungen in die Vergangenheit: Speyrer Kirche in Ditzingen, in: Schwäbische Heimat 3/1984, S. 242; Ders.: Der Grabstein an der Speyrer Kirche. Die Lebens- und Leidensgeschichte der Frau Katharina Barbara von Anweil. Hrsg. von der Ortsgruppe Ditzingen des Schwäbischen Albvereins, Ditzingen [1996].
- 30 Friedrich von Gaisberg nimmt allerdings aufgrund des fehlenden Todesdatums an, dass Martin von Nippenburg selbst nicht dort begraben wurde, sondern in Riet, wo er seine letzten Jahre verbrachte und 1604 gestorben ist. Das dem Leonberger Bildhauer Jeremias Schwarz zugeschriebene Grabmal wurde wohl schon zu seinen Lebzeiten angefertigt; vgl. Gaisberg-Schöckingen (wie Anm. 2) S. 134.
- 31 OABL (wie Anm. 21) S. 776; Schwarz (wie Anm. 2) S. 40–48.
- 32 Schwarz (wie Anm. 2) S. 88–104.
- 33 Helmut Immendorfer: 200 Jahre Peter- und Paul-Kirche in Heimerdingen 1777–1977 (= Heimerdinger Sonderhefte 5), Ditzingen-Heimerdingen [1977], S. 14 f.
- 34 Wolfgang Stöcker: Die letzten Räume. Sterbe- und Bestattungskultur im Rheinland seit dem späten 18. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2006, S. 219.
- 35 Verordnung vom 06.10.1808, zit. nach: Die Dienstlichen Rechte und Pflichten der Totengräber in Württemberg. Bearb. von Regierungsrat Weinheimer, Stuttgart 1880, S. 6.
- 36 Schwenkel (wie Anm. 16) S. 13.
- 37 StAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 8410: Rundschreiben des Oberamts Leonberg, 22.03.1927.
- 38 Ebd.: Landratsamt Leonberg (Landrat Jetter) an die Bürgermeisterämter des Kreises, 03.08.1948.
- 39 Ebd.: Landratsamt Leonberg an die Bürgermeister des Kreises, Leonberg, 13.04.1950.
- 40 Schwenkel (wie Anm. 16) S. 169; Ders.: Friedhof und Landschaftspflege, in: Staatsanzeiger für Württemberg-Baden, 18.08.1951.
- 41 § 17 (1) der Verordnung betr. die Leichenschau, die Leichenöffnung und das Begräbnis vom 24.01.1882 sah in Württemberg grundsätzlich die Erdbestattung auf dem öffentlichen Begräbnisplatz vor. Feuerbestattung war in Ausnahmefällen möglich, wurde aber erst 1934 der Erdbestattung grundsätzlich gleichgestellt.

- Bekanntmachung des Ministeriums des Innern betr. die Zulassung der freiwilligen Feuerbestattung vom 24.07.1921 und 04.12.1924; reichsrechtliche Regelung 1934 durch das Gesetz über die Feuerbestattung vom 15.05.1934. – Heute wird bundesweit etwa ein Drittel der Toten eingeäschert.
- 42 Michael Nüchtern, Stefan Schütze: Bestattungskultur im Wandel, Berlin 2008, S. 8.
- 43 Dominik Groß: Die Entwicklung der inneren und äußeren Leichenschau in historischer und ethischer Sicht, Würzburg 2002, S. 39.
- 44 StAD, Altregistratur Schöckingen, Az. 8410: Rundschreiben des Innenministeriums Württemberg-Baden, 24.09.1949.
- 45 Schwenkel (wie Anm. 16) S. 78 f.
- 46 Gast (wie Anm. 25) S. 5. 47 Ebd. S. 8.
- 48 Eberhard Epple: Die Flurnamen von Ditzingen mit kulturgeschichtlichen Betrachtungen, in: Ditzinger Heimatblätter 2/1972, S. 17; Otto Schubert: Unser Friedhof, in: Ditzinger Amtsblatt, 23.07.1955
- 49 Gast (wie Anm. 25) S. 30.
- 50 Der Gärtner Franz Carl Kleinhanß aus Amberg in der Oberpfalz, katholischer Konfession, beim Abladen auf einer Bettelfuhr gestorben, beigesetzt »ohne Klang und Gesang auf einem besonderen Ort hiesigen Gottesackers« († 09.09.1727); Melchior Beck aus Ellwangen, katholisch, »ein armer Mann im Armenhaus«, der bereits todkrank mit Frau und Kind mit dem Bettelkarren nach Ditzingen gebracht wurde, »sine lux et crux [...] besonderen Orts auf dem Kirchhof« († 30.04.1728); Nicolaus George aus Lunéville/Lothringen, katholisch, »begraben an loccum separatum« († 19.12.1751).
- 51 Josef Wild, »ein böser und gottloser Mann«, wegen Blutschande mit seiner Stieftochter, Diebstahl und anderer Vergehen exkommuniziert, »ohne Klang und Gesang auf dem Kirchhof an einem locum separatum eingescharrt« († 16.12.1735); Jacob Löffler, Tonmüller, »ein schlimmer uncorrigibler junger Mann«, im Streit erstochen und »auf dem Kirchhof an loccum separatum [...] ohne Klang und Gesang eingescharrt« († 15.04.1739).
- 52 StRP Ditzingen, 23.08.1846.
- 53 Ebd., 06.02.1852, 27.10.1859; 1859 unter der Bedingung, dass er ihn mit Gras und Klee bepflanze.
- 54 GRP Ditzingen, 01.04.1920 (§ 166), 03.06.1920 (§ 202), 12.10.1920 (§ 253); StAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 8410. – 75 000 Mark wurden für die Tilgung von Schulden verwendet, 25 000 bei der Oberamtssparkasse als Zweckvermögen zur Behebung der Wohnungsnot angelegt.
- 55 GRP Ditzingen, 23.12.1919 (§ 99); StAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 8410: Gutachten des Geschäftsführers, Prof. Richard Eifert.
- 56 GRP Ditzingen, 30.11.1920 (§ 275), 15.02.1921 (§ 317).
- 57 Ebd., 04.04.1924 (§ 11). 58 Ebd., 21.06.1931 (§ 3).
- 59 Ebd., 18.03.1033 (§ 2). 60 Ebd., 30.05.1033 (§ 2).
- 61 StAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 8410: Württ. Landesamt für Denkmalpflege (Hans Schwenkel) an Bürgermeisteramt und Gemeinderat der Gemeinde Ditzingen, 18.02.1932.
- 62 GRP Ditzingen, 17.02.1953 (§ 5).
- 63 Ebd., 08.02.1954 (§ 3), 11.05.1954 (§ 1). – Ulrich Essig (1909–1993), gebürtig aus Berlin, ließ sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Garten- und Landschaftsarchitekt in Schwieberdingen nieder. In den ersten Jahren war er im Landkreis Ludwigsburg wohl der einzige seines Fachs. In den 1950er bis 1980er Jahren gestaltete er zahlreiche Friedhöfe und Kriegerdenkmale, hauptsächlich in den Landkreisen Ludwigsburg (u. a. Besigheim, Bissingen, Tamm) und Heilbronn. In Ditzingen zeichnete er auch für die Gestaltung des Schulhofs der Wilhelmsschule verantwortlich (GRP Ditzingen, 04.09.1956, § 3). Für Hinweise danke ich seinem Sohn, Dipl.-Ing. (FH) Michael Essig, Vaihingen/Enz (Mail vom 24.06.2020).
- 64 GRP Ditzingen, 06.04.1971 (§ 51).
- 65 TAP Ditzingen, 09.09.1974 (§ 98).
- 66 GRP Ditzingen, 10.09.1974.
- 67 Friedhofserweiterung auf dem ehemaligen Ziegeleigelände Hinz, in: Ditzinger Anzeiger, 28.09.1973.
- 68 Ditzingen baut zweites Kolumbarium, in: Stuttgarter Zeitung, 20.11.2007.
- 69 Wolf-Dieter Retzbach: Grabfeld für Muslime, in: Ludwigsburger Kreiszeitung, 27.09.2012.
- 70 Ders.: Bestattungstrend geht zu pflegeleichtem Urnengrab, in: Ludwigsburger Kreiszeitung, 12.05.2011.
- 71 Gedenkstätte von Freya Lorenz, in: Stuttgarter Zeitung, 01.03.2014. – Freya Lorenz (* 1960 in Freiburg i. Br.) studierte Bildhauerei bei Professor K. H. Türk in Nürtingen und lebt heute als Bildhauerin in Stuttgart und Pietrasanta/Italien.
- 72 Schubert (wie Anm. 48).
- 73 GRP Ditzingen, 30.11.1920 (§ 275).
- 74 Ebd., 07.07.1936 (§ 1).

- 75 Auszug aus der Niederschrift der Gemeindevisitation Ditzingen am 16. und 18. Juli 1935. Beilage zum Gerichtsrezessbuch.
- 76 GRP Ditzingen, 01.09.1964 (§ 4). 77 Ebd., nō, 07.07.1965 (§ 3).
- 78 Bestattungsunternehmen Heinz Widmann an das Ordnungsamt der Stadt Ditzingen, 22.07.1997, Anlage zu TAP Ditzingen, 22.09.1997 (§ 67); Mitteilung von Frau Kim Widmann vom 14.07.2020.
- 79 GRP Ditzingen, 30.09.1997 (§ 96).
- 80 Rudolf Döbele war zunächst Bürgermeister von Michelfeld/Bibersfeld, ehe er 1948 als Gemeindepfleger in Ditzingen angestellt wurde. Im Januar 1954 wurde er als Nachfolger von Eugen Heimerdingen zum Bürgermeister gewählt. Er erlag im Juni 1960 einer schweren Krankheit. Vgl. Bürgermeister Rudolf Döbele's letzter Gang, in: Ditzinger Anzeiger, 25.06.1960.
- 81 Hauer, 1881 in Ditzingen geboren, studierte nach einer Ausbildung zum Missionar klassische Philologie, Sanskrit, Philosophie und Religionsgeschichte in Tübingen und Oxford, wurde 1921 habilitiert und war nach einem kurzen Intermezzo in Marburg von 1927 bis 1945 ord. Professor für Religionswissenschaften und Indologie an der Universität Tübingen. Bedeutung erlangte er auch als Gründer des jugendbewegten »Bunds der Köngener« (1920) und als Gründer und Leiter der Deutschen Glaubensbewegung (1933). Trotz eines ambivalenten Verhältnisses zur NS-Bewegung wurde er Mitglied der NSDAP, SS und anderer NS-Organisationen und stellte seine Forschungen in den Dienst des NS-Staats. Vgl. u. a. Margarete Dierks: Jakob Wilhelm Hauer 1881–1962. Leben, Werk, Wirkung, Heidelberg 1986; Schaul Baumann: Die Deutsche Glaubensbewegung und ihr Gründer Jakob Wilhelm Hauer (1881–1962), Marburg 2005.
- 82 Rudolf Hruschka war in der Nachkriegszeit Leiter der Ditzinger Stadtbücherei und machte sich als sudeten-deutscher Heimatforscher einen Namen.
- 83 Erwin Dauner (1894–1980) studierte an der Kunstgewerbeschule in Stuttgart und schuf vor und nach dem Zweiten Weltkrieg neben Bauplastik auch zahlreiche Krieger- und andere öffentliche Denkmäler. Zu seinen bekanntesten Werken gehören das Ulanen-Denkmal in Ludwigsburg und das Ehrenmal am Burschenschaftsdenkmal in Eisenach (zusammen mit Friedrich Haußer).
- 84 GRP Ditzingen, 12.07.1960 (§ 2).
- 85 StAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 8450: Aufstellung über die a) Gräber der Opfer des Weltkrieges 1914/18, b) Einzelgräber der Opfer des Weltkrieges 1939/45, c) Sammelgräber von Opfern des Weltkrieges 1939/45.
- 86 OABL (wie Anm. 21) S. 775; Schwarz (wie Anm. 2) S. 88–104.
- 87 Schwarz (wie Anm. 2) S. 105 f.
- 88 StRP Heimerdingen, 18.09.1839. Die Stiftungspflege übernahm dazu die Hälfte der Kosten.
- 89 StRP Heimerdingen, 28.10.1831, 06.03.1839.
- 90 StAD, Vogttruggerichtsrezessbuch Heimerdingen, 11./14.03.1840, fol. 41–44.
- 91 StAD, Bauuntergangsprotokoll Heimerdingen 1781–1881, fol. 65r.
- 92 Helmut Immendorfer: Gemeindehaus der Evangelischen Kirchengemeinde Heimerdingen, Ditzingen-Heimerdingen 1984.
- 93 GRP Heimerdingen, 26.06.1920 (§ 4).
- 94 Ebd., 24.03.1921 (§ 1).
- 95 Hans Schwenkel (1886–1957) war seit 1922 kommissarisch, ab 1927 hauptamtlich Leiter der Abteilung Naturschutz im Württembergischen Landesamt für Denkmalpflege. 1938 wurde ihm zusätzlich das Referat Landschaftspflege bei der Obersten Naturschutzbehörde des Reichsforstamts in Berlin übertragen. Nach 1945 baute er die Stuttgarter Dienststelle, deren Unterlagen durch Kriegseinwirkung vernichtet worden waren, neu auf. 1953 trat er in den Ruhestand. Er war Ehrenmitglied des Bunds für Heimatschutz in Württemberg und Hohenzollern und der Gesellschaft für Naturkunde in Württemberg. Der Friedhofsgestaltung galt schon früh seine Aufmerksamkeit: 1932 gab er den Band »Friedhofspflege in Württemberg« heraus, 1955 das Handbuch »Der Friedhof auf dem Lande. Ein Ratgeber für Friedhofsverwaltungen, Friedhofsgärtner, Landschaftsgestalter und Bildhauer sowie für Hinterbliebene«. Vgl. Reinhard Wolf: Hans Schwenkel. Ein Leben für Natur und Heimat, in: Schwäbische Heimat 55 (2004) S. 406–416.
- 96 StAD, Altregistratur Heimerdingen, Az. 8410: Schwenkel an Bürgermeisteramt Heimerdingen, 07.03.1935; GRP Heimerdingen, 08.03.1935 (§ 7).
- 97 GRP Heimerdingen, 11.04.1947 (§ 2), 16.04.1948 (§ 2), 30.04.1948 (§ 1), 25.06.1948 (§ 1), 29.06.1949 (§ 6).
- 98 Der Platz reichte 1956 noch für geschätzt sechs bis acht Jahre; GRP Heimerdingen, 01.06.1956 (§ 234). Nach Einsprüchen fiel die Zusatzfläche allerdings geringer aus als geplant; GRP Heimerdingen, 05.04.1957 (§ 31), 11.12.1957 (§ 95).
- 99 Ebd., 05.05.1965 (§ 70).
- 100 Ebd., 04.02.1964 (§ 154), 05.05.1965 (§ 70).

- 101 Ebd., 09.04.1968 (§ 339), 25.06.1968 (§ 379), 25.09.1968 (§ 423); StAD, Altregistratur Heimerdingen, Az. 8410: Niederschrift über die Sitzung der Gutachterkommission zum Neubau einer Aussegnungshalle und über die Gestaltung des Friedhofs in Heimerdingen. – Hermann Aldinger (1895–1972) war Mitte des 20. Jahrhunderts einer der renommiertesten deutschen Gartenarchitekten, in der NS-Zeit u. a. Fachgruppenführer für Garten-, Park- und Friedhofsgestaltung der Reichskammer der bildenden Künste. 1939 war er Mitglied der Jury für die Reichsgartenschau auf dem Killesberg. Dietrich Brunken († 1990) trat 1955 in sein Büro ein, das ab 1962 unter dem Namen »Aldinger und Brunken« firmierte. Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Aldinger_\(Gartenarchitekt\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Aldinger_(Gartenarchitekt)).
- 102 GRP Heimerdingen, 24.05.1967 (§ 124), 28.06.1967 (§ 133), 17.02.1970 (§ 284), 30.03.1971 (§ 55), 08.06.1971 (§ 115).
- 103 GRP Ditzingen.
- 104 GRP Ditzingen, 28.11.1972 (§ 147). Eine nochmalige Erweiterung der Friedhofsfläche fand 1988 statt.
- 105 TAP Ditzingen, 20.01.1975 (§ 2).
- 106 GRP Heimerdingen, 05.04.1957 (§ 32), 29.05.1957 (§ 40), 21.03.1961 (§ 37). – Zu Dauner siehe Anm. 83.
- 107 Ditzinger Anzeiger, 12.11.1976.
- 108 Franziska Kleiner: Ein Stein, der Geschichte ist, in: Stuttgarter Zeitung, 01.04.2015.
- 109 Christian Karl Frey, Glaser, *07.05.1885 in Heimerdingen, † 19.06.1915 in Schwäbisch Gmünd nach einer Verwundung im Felde; Helmut Josef Güttinger, Verwaltungslehrling, * 07.02.1928, ist am 18.03.1945 in Herrenalb als RAD-Mann an Diphtherie verstorben; Gerhard Philipp Schmid, Landwirt, * 22.03.1912 in Heimerdingen, † 04.03.1941 als Kanonier im Standortlazarett in Ulm, ebenfalls an Diphtherie. Für die biographischen Angaben danke ich Christoph Schmid, Heimerdingen.
- 110 Im Kirchenbuch dokumentiert sind z. B. die Beisetzung der Agatha Schmid, Ehefrau des Schmieds Stephan Schmid aus Deufringen, als »arme Frau« gestorben im Bettelhaus und auf dem Sonderkirchhof beigesetzt (Oktober 1684); »ein armer Mann todt im Bettelhauß gefunden«, auf dem Sonderkirchhof begraben († 08.04.1688); Hans Beyer, katholischer Religion, »so sich schon lange Zeiten alhir theils als einen Hirten, theils als einen Bettelvogt brauchen lassen« († 13.03.1690); Catharina, Ehefrau des Hans Jacob Huebers »von Großen Klappach« (Großglattbach?), »welche hier gebettelt, ihr bei sich habendes Kind namens Margaretha, einen Viertel Jahres alt [...] auf des Heiligen Kosten auf dem Sonderkirchhof begraben« († 06.01.1694); zwei Bettelkinder von 9 und 7 Jahren, »auf dem Bettelkarch halb tot von Schöckingen hierher geführt worden«, auf Kosten des Heiligen gepflegt, aber innerhalb von 24 Stunden gestorben und auf dem Sonderkirchhof begraben († 23.01.1694); Stephan Geißlers, des Hirten Frau, »wegen geführten bösen Lebens ohne Klang der Glocken auf dem Sonderkirchhof begraben« († 14.06.1694).
- 111 Kirchenbuch Hirschlanden, 1721; Adolf Schahl: Hirschlanden in seinen Bau- und Kunstwerken, in: Zwölfhundert Jahre Hirschlanden 769–1969. Ein Gang durch die Ortsgeschichte, Hirschlanden 1969, S. 111.
- 112 Michael Keller († 07.03.1740), Bürgers, Tagelöhners und Weingärtners Sohn, »war das erste Kind, so auff diesen innern Kirchhoff gelegt worden«.
- 113 Pfarrarchiv Hirschlanden, Kirchenkonventsprotokoll 19.09.1793.
- 114 Ebd. 29.10.1795. – Gegen die Einfriedung protestierte 1795 der Schmied Johannes Mann unter Berufung auf eine alte Gerechtigkeit, »weil er diesen Eingang neben seinem Hof bisher gebraucht habe und seiner Meinung nach nichts schuldig sei, nunmehr eine Zwischenmauer zu leiden«. Der Kirchenkonvent wies sein Ansinnen zurück.
- 115 Im Oktober 1839 verpachtete der Gemeinderat den Schafdienst mit freiem Sitz im Schafhaus nebst dem dabei befindlichen Würzgarten, »solange bis derselbe zur Erweiterung des Begräbnisplatzes nötig wird«; GRP Hirschlanden, 31.10.1839.
- 116 Pfarrarchiv Hirschlanden, Kirchenkonventsprotokoll 12.03.1861.
- 117 GRP Hirschlanden, 25.03.1862.
- 118 GRP Hirschlanden, 18.03.1930 (§ 3). – Heute befindet sich auf dem ehemaligen Friedhofsgrundstück das Wohnhaus Friedhofstraße 3.
- 119 GRP Hirschlanden, 13.01.1928 (§ 2). Sie wurde 2016 erneuert.
- 120 GRP Hirschlanden, 23.03.1928 (§ 8).
- 121 GRP Hirschlanden, 22.06.1950 (§ 106); StAD, Hi 3, Nr. 751: Kostenvoranschlag zum Neubau des Leichenhauses für die Gemeinde Hirschlanden von Ulrich Essig, 03.02.1951.
- 122 GRP Hirschlanden, 18.04.1951 (§ 170). 123 Ebd., 18.10.1967 (§ 3).
- 124 StAD, Hi 3, Nr. 868: Ulrich Essig an Bürgermeisteramt Hirschlanden, 25.11.1967.
- 125 GRP Hirschlanden, 18.02.1970 (§ 5).
- 126 Zu dem beschränkten Wettbewerb waren auch die Architekten Arthur Borm und Joachim Lindenau (Hirschlanden) sowie Adolf Bender (Stuttgart-Untertürkheim) aufgefordert worden; GRP Hirschlanden, 18.10.1967 (§ 3).

- 127 Ebd., 11.09.1968 (§ 3).
- 128 StAD, Hi 3, Nr. 868: Gutachten über den Vorentwurf für den Neubau einer Aussegnungshalle in Hirschlanden, 21.02.1968; GRP Hirschlanden, 28.02.1968 (§ 2).
- 129 GRP Hirschlanden, 25.06.1969 (§ 2).
- 130 Ebd., 11.11.1970 (§ 1).
- 131 Ebd., 30.09.1970 (§ 3).
- 132 Ebd., 28.01.1970 (§ 1). Teilgenommen hatten außerdem Hermann Goppelt (Stuttgart-Riedenberg), Peter Hoffmann (Stuttgart), Karl-Heinz Knoedler (Ellwangen) und Manfred Wessolowski (Stuttgart).
- 133 GRP Hirschlanden, 07.10.1970 (§ 2).
- 134 Übergabe der neuen Friedhofsanlage, in: Mitteilungsblatt der Gemeinde Hirschlanden, 20.11.1970.
- 135 Jochen Schubert: Hirschlanden braucht Platz für weitere Gräber, in: Leonberger Kreiszeitung, 13.08.2001.
- 136 Susanne Müller-Bajj: Neue Bestattungsform in Hirschlanden, in: Ludwigsburger Kreiszeitung, 22.10.2009; Ewige Ruhe unter einem Baum, in: Ludwigsburger Kreiszeitung, 23.10.2010.
- 137 Andrzej Ceranka, * 15.09.1914, wohl in Biezywody, etwa 30 km südöstlich von Lodz, geriet Ende 1939 in deutsche Kriegsgefangenschaft und war seit 1940 als landwirtschaftlicher Arbeiter auf einem Hof in Hirschlanden beschäftigt. Hier kam er am 29.07.1944 bei einem alliierten Luftangriff ums Leben. Vgl. <https://ditzingen.hypothesen.org/577>.
- 138 Schreinermeister Konrad Mann (* 1876) und seine Frau Katharina geb. Weiß (* 1882), wurden am 20.04.1945 beim Einmarsch französischer Besatzungstruppen erschossen.
- 139 Karl Siegle, beigesetzt 27.01.1945 (Soldatengrab); direkt daneben das Grab des Kanoniers Otto Ansel (beerdigt 23.09.1942).
- 140 Emil Koch, * 31.05.1893 in Hirschlanden, † 18.03.1977 ebd., Jagdflieger im Ersten Weltkrieg, war 1920–1945 und 1954–1962 Bürgermeister der Gemeinde Hirschlanden, 1937–1945 auch Bürgermeister von Schöckingen. Bei seinem Ausscheiden aus dem Amt (1962) wurde er zum Ehrenbürger der Gemeinde ernannt. Vgl. Franziska Kleiner: Kein Ehrengrab mehr für Emil Koch, in: Stuttgarter Zeitung, 04.03.2014.
- 141 Gaisberg-Schöckingen (wie Anm. 2) S. 120.
- 142 Ebd. S. 133.
- 143 GRP Schöckingen, 06.04.1922 (§ 4).
- 144 TAP Ditzingen, 10.11.1975 (§ 121).
- 145 StAD, B 15, Nr. 303: Vorentwurf von Wolfgang Fritz, Esslingen, 26.04.1976.
- 146 GRP Ditzingen, 07.06.1977 (§ 74).
- 147 Ebd., 04.10.1977 (§ 168).
- 148 Ditzinger Anzeiger, 09.06.1978.
- 149 GRP Schöckingen, 13.10.1949 (§ 437); StAD, Altregistratur Schöckingen, Az. 8412 (Baubeschreibung).
- 150 GRP Schöckingen, 27.07.1967.
- 151 StAD, B 15, Nr. 303: Vorentwurf von Wolfgang Fritz, Esslingen, 26.04.1976; Baubeschluss: GRP Ditzingen, 10.05.1977 (§ 68).
- 152 Ditzinger Anzeiger, 01.12.1978.
- 153 GRP Ditzingen, 04.10.1977 (§ 169).
- 154 Ortschaftsratsprotokoll Schöckingen, 31.05.1978 (§ 20).
- 155 Reiner Schloz: Beerdigung in würdigem Rahmen. Neue Schöckinger Aussegnungshalle wurde ihrer Bestimmung übergeben, in: Leonberger Kreiszeitung, 29./30.11.1978; Stätte für Tote, Freiraum für Lebende. Einweihung der Feierhalle Schöckingen, in: Ditzinger Anzeiger, 01.12.1978.
- 156 Hanne Schorp-Pflumm (1921–1990) studierte an der staatlichen Kunstgewerbeschule und an der Kunstakademie in Stuttgart sowie an der Akademie für freie Kunst in München. Zu ihren Lehrern gehörte unter anderem Fritz von Graevenitz. 1986 wurde sie mit der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet.
- 157 Einweihung am 31.03.1991. Ausführlich zur Denkmalgestaltung: StAD, B 15, Nr. 309–311.
- 158 Mitteilungsblatt der Gemeinde Heimerdingen, 08.10.1960.

Hofbuchhändler und Literaturförderer

Die Ludwigsburger Familie Aigner

von Dr. Simon Karzel; Historiker und Archivar; seit 2014 Leiter des Stadtarchivs Ludwigsburg, davor Tätigkeiten für die Landesarchive von Baden-Württemberg und Hessen; Veröffentlichungen zur Geschichte Ludwigsburgs.



Die Buchhandlung Aigner war über zwei Jahrhunderte eine Institution des Ludwigsburger Kulturlebens. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die Eigentümer der Buchhandlung, vor allem aber stellt er die vier prägenden Mitglieder der Familie Aigner vor, die durch ihren Einsatz und ihren Ideenreichtum die Entwicklung der Buchhandlung eng mit der Geschichte der Familie Aigner verwoben haben.

Christoph Friedrich Nast

Die Buchhandlung Aigner konnte 2018, im Jahr ihrer Schließung, auf eine über 200-jährige Geschichte zurückblicken, an deren Anfang der umtriebige Christoph Friedrich Nast steht. Nast erwarb am 11. Juli 1804 das Erdgeschoss des Hauses Asperger Straße 3 und richtete dort ein Ladenlokal ein. Hier war er als Buchbinder, Antiquar und Verleger tätig. Zuvor war er als Buchbinder bereits am Ludwigsburger Markt-

platz seinen Geschäften nachgegangen. In der Asperger Straße vertrieb er neben alten und neuen Büchern auch Schreibwaren und Karten.

Bald ermöglichte der wirtschaftliche Erfolg Nast die Expansion seines Geschäfts in das Obergeschoss des Hauses, das er 1816 käuflich erwarb. Doch damit nicht genug, Nast erlangte 1818 zudem noch die königliche Erlaubnis zur Herausgabe eines Intelligenzblattes. Da er auch eine Druckereikonzeption besaß, konnte er am 1. Juli 1818 das erste »Ludwigsburger Wochenblatt« herausgeben, einen Vorläufer der heutigen »Ludwigsburger Kreiszeitung«.

Carl Friedrich Nast

Im Unterschied zu seinem Vater trat Carl Friedrich Nast nicht mehr als Antiquar, sondern als Buchhändler auf. Nachdem sich sein Vater 1824 in den Ruhestand verabschiedet hatte, führte Carl Friedrich Nast die Firma mit vier Geschäftsfeldern weiter fort. Auch er war als Drucker, Verleger, Buchhändler und Zeitungsherausgeber tätig. Mit seinem Namen ist streng genommen die erste Erwähnung einer Buchhandlung verbunden. In einer gemeinsamen Anzeige mit seinem Vater kündigte Nast junior am 17. August 1824, »daß ich in hiesiger Stadt eine Buchhandlung errichtet habe«.

Mit derselben Geschäftstüchtigkeit wie sein Vater gelang es Carl Friedrich Nast in

mehreren Bereichen erfolgreich Präsenz zu zeigen. Neben zahlreichen Publikationen zu unterschiedlichen Sachgebieten, die in seinem Verlag erschienen, verantwortete er weiter das Erscheinen des »Ludwigsburger Wochenblatts«. Auf ihn geht auch das erste Ludwigsburger Adressbuch zurück, das 1825 erschien. Nach über zwei Jahrzehnten verkaufte Nast zuerst 1848 die Buchhandlung und 1856 dann auch die Druckerei, die Zeitung und den Verlag.

Adolph Neubert und Heinrich Ungeheuer

Der aus Leipzig stammende Adolph Neubert übernahm 1848 von Nast die Buchhandlung. Sein Name blieb bis 1889 mit der Buchhandlung verbunden, auch wenn er selbst bereits 1856 in Folge einer Typhuserkrankung verstarb. Neuberts Witwe Caroline führte das Geschäft vorerst allein weiter. Nach zwei Jahren stellte sie Heinrich Ungeheuer als Gehilfen ein. Bald schon stieg dieser zum Geschäftsführer der Firma auf, bevor er das Geschäft 1864 kaufte, ohne aber den Namen der Buchhandlung zu ändern.

Ungeheuer verlegte die Buchhandlung in die Eberhardstraße 7. 1871 erwarb er zusammen mit Louis Greiner die Druckerei und den Verlag des »Ludwigsburger Tagblatts«. Erneut waren damit Zeitung und Buchhandlung in Ludwigsburg in einer Hand vereint. Relativ schnell allerdings entschied sich Heinrich Ungeheuer gegen die gleichzeitige Führung von Zeitungsverlag und Buchhandlung. Bereits 1873 veräußerte er die Buchhandlung an einen gewissen Julius Aigner aus Stuttgart.

Familie Aigner

Die Familie Aigner wanderte nach dem Dreißigjährigen Krieg in das Remstal ein.

Ursprünglich im katholischen Oberösterreich beheimatet, suchte Hans Aigner 1654 als Protestant im evangelischen Herzogtum Württemberg ein neues Auskommen. Er steht am Beginn der »württembergischen« Aigners. Die Familienmitglieder sind in den folgenden Jahren als Handwerker und Weinbauern im Remstal greifbar. Abgesehen von Johann Jacob Aigner, der Oberweginspektor in Stuttgart war, finden sich in der Ahnenreihe der Aigners keine Personen, denen eine gewisse Affinität zum geschriebenen Wort nachzuweisen wäre. Erst Julius Aigner, der Enkel von Johann Jacob, entschied sich für eine berufliche Laufbahn, die ganz im Kontrast zu den Beschäftigungen seiner Vorfahren stand.

Julius Aigner

Julius Aigner (1830–1904) ließ sich ab 1845 in der Stuttgarter Buchhandlung Köhler zum Buchhändler ausbilden und sammelte im Anschluss zusätzliche Erfahrungen in der Schweiz. 1855 kehrte er nach Stuttgart zurück und war in der Buchhandlung J.F. Steinkopf tätig. Zwei Jahre später stieg er zum Teilhaber und Prokurist der Firma auf und erwirtschaftete sich bis 1873 genügend Kapital, um am 1. Juli dieses Jahres in Ludwigsburg die Neubert'sche Buchhandlung von Heinrich Ungeheuer zu übernehmen. Er beließ der Buchhandlung mehr als fünfzehn Jahre ihren alten Namen (allerdings ergänzt um seinen eigenen Namen), bevor er dann 1889 das Geschäft vollständig unter dem Namen Aigner weiterführte. Mit der Übernahme der Buchhandlung verbunden war auch der Umzug in neue Geschäftsräume in der Wilhelmstraße 22.

Früh entschied sich Julius Aigner für eine Erweiterung seines Geschäftsfelds und betrieb neben einer Sortimentsbuchhandlung auch eine Verlagsbuchhandlung, die sich vor allem auf die Herausgabe von



*Die Buchhandlung in der Wilhelmstraße 22, um 1880.
(Stadtarchiv Ludwigsburg, Sammlung Aigner)*

theologischen Werken spezialisierte. Die Verleihung des Titels »Hofbuchhändler« durch König Karl I. von Württemberg am 10. September 1889 bedeutete dann auch die Anpassung des Buchhandlungsnamens: Fortan hieß das Geschäft »J. Aigner, königliche Hofbuchhandlung«. Der altersbedingte Rückzug Julius Aigners 1895 nach Stuttgart wurde durch die Verleihung des Olgaordens gekrönt.

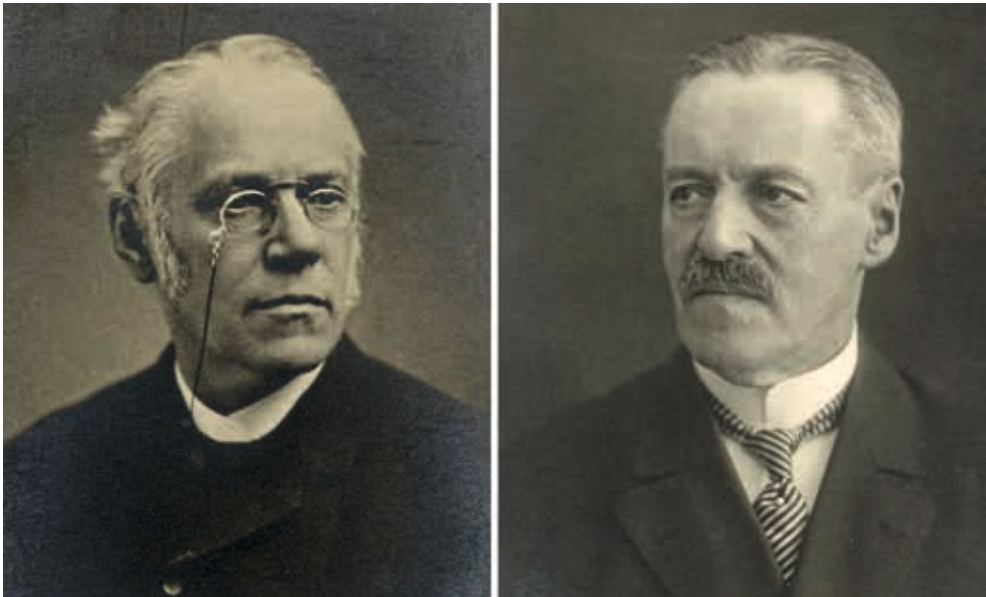
Hermann Aigner senior

War die Beziehung Julius Aigners zu Ludwigsburg noch stark geschäftlich geprägt, so fand die Buchhandlung und die Familie Aigner unter Julius Aigners Sohn Hermann vollständige Aufnahme in das gesellschaftliche Leben der Stadt. Hermann Aigner (1859–1946) engagierte sich in vielfältiger Weise in Ludwigsburg. Nach Lehrjahren

in Zürich, Gießen, Stuttgart und London wurde er 1886 in das väterliche Geschäft in Ludwigsburg aufgenommen. Nach dem beruflichen Rückzug des Vaters 1895 bekam auch Hermann Aigner den Titel »Hofbuchhändler« verliehen.

Neben seiner Tätigkeit im städtischen Bürgerschaftsausschuss war Hermann Aigner Gründungsmitglied des Historischen Vereins und des Verkehrsvereins sowie im kaufmännischen Verein und der Museums-gesellschaft aktiv. Diesen Vereinen diente die Buchhandlung als Kommunikationsplattform. Gemeinsam mit den Vereinen wurden Veranstaltungen organisiert und Eintrittskarten für andere Veranstaltungen verkauft.

Darüber hinaus beschritt Hermann Aigner mit der Verlagsbuchhandlung neue Wege und nahm die Produktion von Postkarten sowie die Herausgabe von heimatkundlichen Schriften in das Verlagsprogramm auf. Das Angebot an Postkarten richtete



*Hofbuchhändler Julius Aigner (links) und Hermann Aigner senior.
(Stadtarchiv Ludwigsburg, Sammlung Aigner)*

sich unter anderem an die zahlreich in Ludwigsburg stationierten Soldaten, die ihren Familienangehörigen und Freunden schreiben wollten. Selbst das württembergische Königshaus bezog Postkarten des Verlags Aigner. Die um die Jahrhundertwende entstandenen Postkarten dokumentieren die Ludwigsburger Lebenswelt im wenige Jahrzehnte zuvor gegründeten Deutschen Reich. Sowohl das einheimische Publikum als auch Touristen konnten sich mit den handlichen Büchlein über Sehenswürdigkeiten in der Residenzstadt informieren. Wanderführer zielten auf eine ähnliche Klientel. Geschickt bediente sich Hermann Aigner senior bei der Motivsuche für seine Postkarten der touristischen Aushängeschilder und Geistesgrößen der Stadt. Andere Postkarten zeigen ein futuristisches Ludwigsburg – mit neuen Verkehrsmitteln und -formen.

Auch wer sich mit Ludwigsburger Geschichte befassen wollte, kam an den Publikationen der Verlagsbuchhandlung Aigner nicht vorbei. Neben den Ludwigsburger

Geschichtsblättern, die bis zum Jahr 2018 bei Aigner erschienen, ist hier insbesondere die Stadtgeschichte von Christian Belschner zu erwähnen, die mehrfach neu aufgelegt wurde. Selbstverständlich konnten auch Werke von Ludwigsburger Schriftstellern wie Justinus Kerner oder Tony Schumacher in der Buchhandlung erworben werden. Die Novellen und Gedichte der Ludwigsburger Schriftstellerin Anna Bechler verlegte Aigner selbst.

Der wirtschaftliche Erfolg bestätigte die Strategie Hermann Aigners. Schon bald reichte der Platz in den Geschäftsräumen in der Wilhelmstraße nicht mehr aus. 1904 erwarb Hermann Aigner das Haus Arsenalstraße 8 und baute das Erdgeschoss zu einem repräsentativen Ladengeschäft um. Die darüber liegenden Stockwerke bewohnte die Familie Aigner mehrere Jahrzehnte. Die Buchhandlung wurde am 8. September 1905 eröffnet und beherbergte das Traditionsunternehmen bis zur Schließung 2018.



Postkartenverlag Aigner: Die Collage zeigt Motive mit touristischen Sehenswürdigkeiten der Stadt Ludwigsburg und Umgebung sowie eine der zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeittypischen Zukunftsvisionen. (Stadtarchiv Ludwigsburg, Sammlung Aigner)



Über 100 Jahre enge Verbundenheit zwischen der Buchhandlung Aigner und dem Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg: Die »Ludwigsburger Geschichtsblätter« erschienen von 1900 bis 2018 im »Kommissionsverlag J. Aigner«. (Stadtarchiv Ludwigsburg, Sammlung Aigner)

Auf Hermann Aigner geht auch die Idee der Kultur- und Literaturabende zurück, die an wechselnden Orten in Ludwigsburg, meistens im Bahnhof oder im Ratskeller, angeboten wurden. Schriftsteller präsentierten ihre Werke, Vorträge zu Sachthemen wechselten sich mit musikalischen Darbietungen ab. Die Tradition dieser Veranstaltungen hielt die Familie Aigner von da an aufrecht. Viele renommierte Literaten stellten ihre Bücher später auch direkt in der Buchhandlung vor.

Kurt Aigner

Wie allen Aigners, die die Buchhandlung führten, war auch Hermann Aigners Sohn Kurt (1894–1974) ein langes (Geschäfts-) Leben vergönnt. Trotz der zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Verwerfungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der Teilnahme an zwei Weltkriegen

leitete er die Buchhandlung von 1937 bis 1970.

Nach Stationen in München und Hamburg war Kurt Aigner bereits 1926 in Ludwigsburg Teilhaber geworden. Allerdings scheint er im gesellschaftlichen Leben der Stadt weniger präsent gewesen zu sein als sein Vater und später sein Sohn. Zumindest entsteht dieser Eindruck in der über vier Generationen vergleichenden Rückschau. Obwohl natürlich auch Kurt Aigner sich im Historischen Verein, im Verkehrsverein und in der Museumsgesellschaft intensiv einbrachte. Aber Kriege und Wirtschaftskrisen banden seine Ressourcen verständlicherweise weitaus mehr als bei seinem Vorgänger und seinem Nachfolger.

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs führte Kurt Aigner die Tradition der Aignerschen Abendveranstaltungen weiter fort. Während der Kriegsjahre und der Kriegsgefangenschaft von Kurt Aigner übernahm seine Frau die Leitung des Geschäfts. Ab 1950



Von 1905 bis 2018 befand sich die Buchhandlung Aigner in der Arsenalstraße 8. Beide Aufnahmen stammen aus den Anfangsjahren. (Stadtarchiv Ludwigsburg, Sammlung Aigner)



Die dritte und vierte Buchhändler-Generation: Kurt Aigner (links) und Hermann Aigner junior.
(Stadtarchiv Ludwigsburg, Sammlung Aigner)

kamen dann wieder die Schriftsteller, Dichter und Autoren nach Ludwigsburg, um ihre neuesten Werke bei Aigner vorzustellen.

Nach dem großen Umbau der Geschäftsräume und der Fassade des Hauses 1960 nahm Kurt Aigner ab 1964 seinen Sohn Hermann mit in das Geschäft auf, um sich dann 1970 vollständig zur Ruhe zu setzen. Kurt Aigner zeichnete sich durch sein ausgeprägtes kulturhistorisches und literarisches Interesse aus, das unter anderem auch in der umfangreichen Erweiterung der Familiensammlung zur Stadtgeschichte zum Ausdruck kam. Auch als Porzellansammler genoss er hohes Ansehen.

Hermann Aigner junior

Mit Hermann Aigner junior (* 1931) erlangte die Buchhandlung Aigner ihre größte Ausdehnung und Strahlkraft. Gleichzeitig festigte sie ihren Ruf als kulturelle Institution in Ludwigsburg und der gesam-

ten Region. Bestseller-Autoren und Geistesgrößen der Literaturszene verkehrten mit großer Regelmäßigkeit in den Geschäftsräumen in der Arsenalstraße 8. Vorträge und Lesungen mit ihnen hatten großen Anteil daran, dass die Buchhandlung Aigner den Zenit ihrer Bedeutung und ihres Ansehens erreichte.

Hermann Aigner erweiterte die Verkaufsräume 1977/78 erneut. Mehr als ein Jahr lief der Geschäftsbetrieb im Gebäude der alten Post am Arsenalplatz weiter. In der Zwischenzeit wurde der gesamte Gebäudekomplex neu gestaltet, so dass der Buchhandlung nach Umbau und Erweiterung 1200 Quadratmeter an Verkaufsfläche zur Verfügung standen. Der Lohn dieser Mühen war die 1979 verliehene Auszeichnung »Schönste Buchhandlung Deutschlands« durch die Zeitschrift »Buchmarkt«.

Und die Expansion der Firma war noch längst nicht abgeschlossen. Zwei Filialen in Marbach und Kornwestheim sowie ein Taschenbuchladen in der Ludwigsburger



Die beiden Aufnahmen stammen aus den frühen 1870er Jahren und zählen zu den ältesten Bildern der Sammlung Aigner. Oben der Marktbrunnen und die Nordost-Ecke des Marktplatzes, unten Blick vom Bahnhof über die Myliusstraße zum Arsenalplatz und weiter zur Stadtkirche. (Stadtarchiv Ludwigsburg, Sammlung Aigner)

Seestraße kamen hinzu. Ein besonderes Schmuckstück war der Marbacher Standort, der in der ehemaligen Wendelinskappelle innerhalb der historischen Altstadt eingerichtet wurde. Abermalige Umbauten im Stammhaus erfolgten von 1992 bis 1996.

Darüber hinaus war Hermann Aigner aber auch im sozialen, politischen und karitativen Bereich überaus aktiv. Seine Mitgliedschaften in über 30 Vereinen sowie seine kommunalpolitische Tätigkeit in Gemeinderat und Kreistag sind hierfür eindrückliche Belege. Nahezu drei Jahrzehnte war er als Handelsrichter am Landgericht Stuttgart tätig. Mit seiner Person verbunden sind zahlreiche Ämter und Initiativen für wirtschaftspolitische, kulturelle und soziale Belange wie das Ludwigsburger Kinderfest, die Ludwigsburger Schlossfestspiele, der Fremdenverkehrsverein, die Industrie- und Handelskammer oder der Rotary Club. Die Krönung dieser erfolgreichen beruflichen und privaten Laufbahn erfolgte 2014 mit der Verleihung der Bürgermedaille der Stadt Ludwigsburg.

Die große Verbundenheit der Familie Aigner mit Ludwigsburg schlug sich auch in einer Materialsammlung zur Residenz- und Garnisonstadt nieder. Zu vielen Ereignissen und Personen sind Zeitungsartikel, Schriftstücke und Abbildungen überliefert. Die Sammlung wurde über mehrere Generati-

onen gepflegt und bereitwillig mit anderen geteilt. Hermann Aigner senior beispielsweise informierte in einem Brief ausführlich über den Erfinder des Phosphorstreichholzes, Jakob Friedrich Kammerer. Selbstverständlich dokumentierte die Familie ihre zahlreichen kulturellen Tätigkeiten sehr genau. Im »Archiv« der Familie finden sich Gästebücher der in der Buchhandlung aufgetretenen Literaten wie Marcel Reich-Ranicki oder Günter Grass. Erinnerungsstücke an Hermann Hesse zeugen von der überregionalen Bedeutung der Buchhandlung als Ort des kulturellen Austauschs.

Nach diesen großen Erfolgen muss es für Hermann Aigner umso schlimmer gewesen sein, dem schleichenden Niedergang des Familienunternehmens nichts entgegenzusetzen zu können. Dem durch den Internethandel stark veränderten Kaufverhalten war die mittelständische Firma auf Dauer nicht gewachsen. Zuerst waren die Filialen in Marbach und Kornwestheim nicht mehr zu halten. Schließlich oblag es Hermann Aigner, auch in Ludwigsburg selbst die Tore der Buchhandlung Aigner nach über 200 Jahren für immer zu schließen. Nichtsdestotrotz werden die Familie Aigner und ihre Buchhandlung dauerhaft im kollektiven Gedächtnis der Stadt als große Förderer der Kultur und Literatur in Ludwigsburg verankert bleiben.

Quellen und Literatur

Der vorliegende Aufsatz ist das leicht überarbeitete erste Kapitel der vom Verfasser 2019 herausgegebenen Publikation »Die Aigners und Ludwigsburg. Eine Familie, eine Firma und ihre Stadt«. Diese Publikation stellt vor allem Fotografien aus dem Vorlass der Familie Aigner vor, welcher der Stadt Ludwigsburg 2019 von Hermann Aigner junior und Max Maier geschenkt wurde.

Stadtarchiv Ludwigsburg: V 3/85, Vorlass Hermann Aigner junior; V 4/19, Firmenarchiv mit zeitgeschichtlichen Dokumenten.

Damals & Heute. Menschen & Persönlichkeiten in ihrer Heimatstadt, Pforzheim 1992.

Hermann Aigner: Die Aigners und ihre Buchhandlung, in: Ludwigsburg. Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897–1997, Ludwigsburg 1997, S. 35–42.

Günther Bergan/Hermann Aigner: Sonderbeilage der Buchhandlung J. Aigner vom 5. März 2004.

Albert Sting: Geschichte der Stadt Ludwigsburg, Band III, Ludwigsburg 2005, S. 470 f.

Ludwigsburg geht baden

200 Jahre Geschichte und Geschichten der Ludwigsburger Bäder

von Günther Bergan,

Ludwigsburg; seit 1996 ehrenamtlicher Mitarbeiter im Stadtarchiv Ludwigsburg; Verfasser zahlreicher stadthistorischer Aufsätze in den Ludwigsburger Geschichtsblättern und in der Ludwigsburger Kreiszeitung.



*»Hoher Adel! werthes Publikum!
Subsignierter ladet nun
Sie aufs freundlichste zum Baden ein.
Auf den Wiesen, die er nun gepachtet,
Führen Treppen in den Neckar ein;
Es sind Müh und Kosten nicht geachtet!
Auch 5 Häuschen, ganz bequem und rein,
Stehen grün bedeckt zu jeder Zeit
Jedem Badelustigen bereit.
Nebst dem wartet auf mit Trank und Speiß
Und empfiehlt sich bestens Philipp Heuß.«*

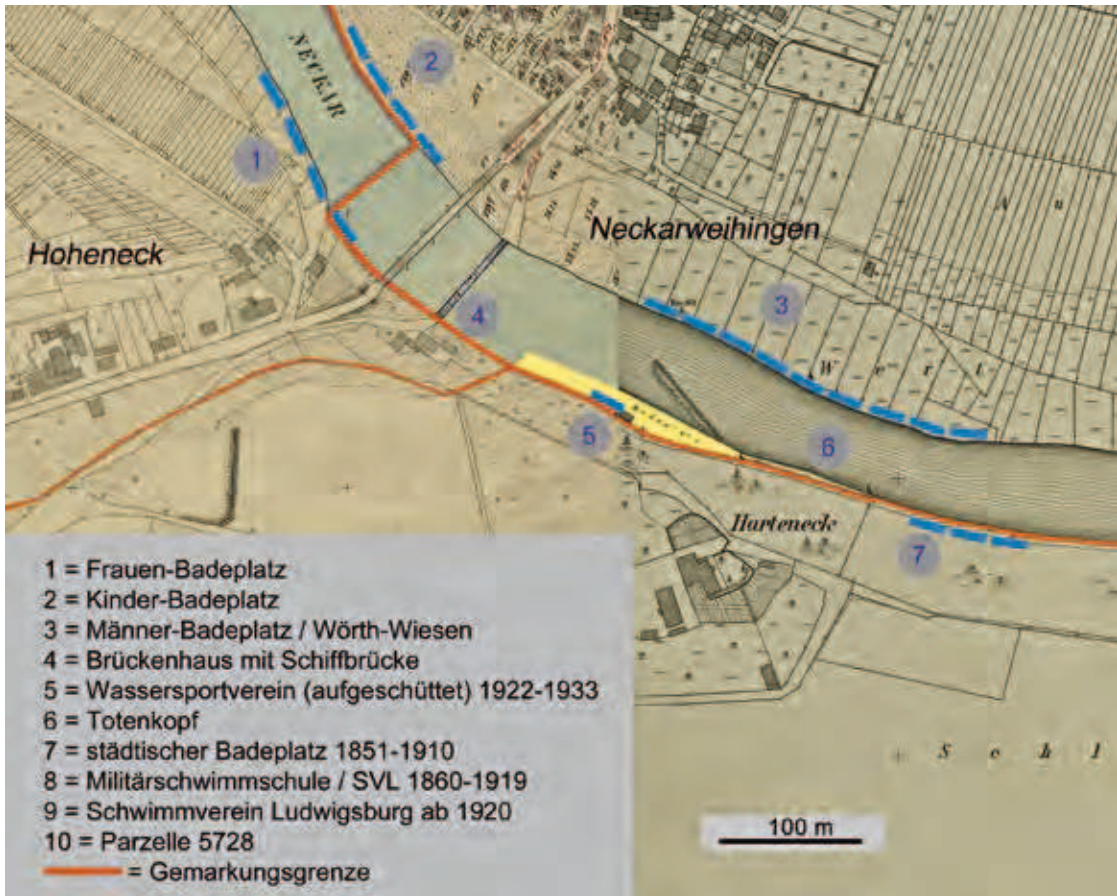
Mit diesem entwaffnend holprigen Gedicht machte der Wirt des auf der Hohenecker Neckarseite gelegenen Brückenhauses am 4. Juni 1822 im »Ludwigsburger Wochenblatt« auf die Eröffnung seiner Badeanstalt aufmerksam. Vermutlich hat der interessierte Leser von 1822 den Inhalt des Gedichtes mit Freude zur Kenntnis genommen, erwartete ihn doch im kommenden Sommer ein erfrischendes Bad im Neckar. Uns Lesern

von heute bleibt allerdings einiges an der gereimten Anzeige unklar.

Wir wissen nicht genau, wo in Neckarweihingen oder Hoheneck die Wiesen lagen, die Philipp Heuß als Badeplatz gepachtet hatte. Auch ist Bauweise und Funktion der grün gedeckten Badehäuschen nicht bekannt. Wer war überhaupt das badelustige Publikum, das vom Wirt des Brückenhauses zu Trank und Speis nach dem Bad eingeladen wurde? Sicher nicht der hohe Adel, wohl eher die Ludwigsburger, die im Gegensatz zu den Neckarweihingern und Hoheneckern nicht das Privileg für sich beanspruchen konnten, an einem Bade-Fluss zu wohnen. Wichtige Hinweise, um diese oder ähnliche Fragen zu beantworten, findet man im Landesarchiv bzw. im Stadtarchiv Ludwigsburg sowie in den Ludwigsburger Tageszeitungen.

Teil 1: Freibäder am Neckar

Bei den Recherchen stellte sich schnell heraus, dass seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts an mindestens sieben Stellen im Neckar gebadet wurde. Auf der rechten Uferseite lag oberhalb der Brücke der Badeplatz von Neckarweihingen und auf der linken Seite unterhalb der Brücke der Badeplatz von Hoheneck sowie ein Garnisonschwimmplatz. Oberhalb des Brückenhauses lagen auf der linken Uferseite der Badeplatz des Wassersportvereins, dann weiter flussaufwärts der städtische Bade-



Badeplätze am Neckar.

platz, die Militärschwimmschule und das Sommerbad des Schwimmvereins, das spätere städtische Freibad.

Der Badeplatz von Neckarweihingen

Die Anfänge

Den ersten Hinweis auf das Flussbaden im Neckar verdanken wir Theodor Bolay. Er erwähnt in seiner 1968 veröffentlichten »Chronik von Neckarweihingen«, dass der Brückenzöllner Andreas Sülzle im Januar 1800 vorschlug, das Brückenhaus zu vergrößern, um in seiner Schildwirtschaft mehr einzunehmen.¹ Er hatte in der Vergangen-

heit erhebliche Verdienstauffälle zu beklagen, die er mit seinen Einnahmen während der sommerlichen Badezeit nicht ausgleichen konnte. Wie lange schon vor 1800 im Neckar gebadet wurde, ist nicht bekannt.² In den darauffolgenden Jahren musste der Badebetrieb recht rege gewesen sein, denn im Sommer 1819 sah sich die Kreisregierung veranlasst, im »Wochenblatt« einen Befehl zu veröffentlichen, nach dem das Baden in der Nähe der Schiffbrücke sowie das Herumlaufen entkleideter Personen auf derselben der Unsittlichkeit wegen verboten wurde. Zur Überwachung des Befehls beorderte die Kreisregierung extra einen Gendarmen nach Neckarweihingen.

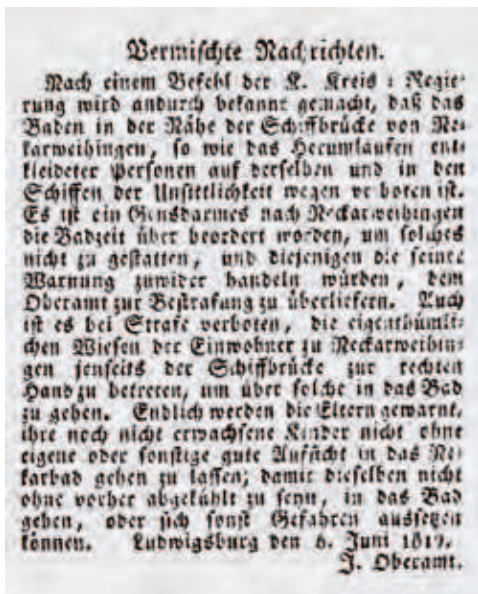


(Kartengrundlage: Stadt Ludwigsburg, Fachbereich Stadtplanung und Vermessung)

Drei Jahre später warb der Brückenwirt mit dem eingangs zitierten Gedicht um Kundschaft, wobei vermutet werden kann, dass die von ihm gepachteten Wiesen jenseits der Brücke auf der rechten Uferseite lagen.³ Die von ihm aufgebauten Badehäuschen waren typisch für das Flussbaden im 19. Jahrhundert. Selbstverständlich konnte man in aller Öffentlichkeit im Fluss frei baden, man konnte sich aber auch unbeobachtet in ein Badehäuschen zurückziehen. Die Häuschen waren nicht am, sondern im Wasser aufgestellt und wurden je nach Position im Fluss von unterschiedlich hohem bzw. schnell fließendem Wasser durchströmt. Die Badehäuschen ermöglichten damit

ein streng nach Geschlechtern getrenntes »blickdichtes« und sittlich unbedenkliches Baden.

Anfang des 19. Jahrhunderts konnte die Mehrzahl der Badenden mit Sicherheit nicht schwimmen und war auch mit den Tücken eines frei strömenden Flusses nicht vertraut. Die Folge waren sich jedes Jahr wiederholende Badeunfälle, was die Kreisregierung schon 1826 veranlasste, während der Badesaison die Anwesenheit eines Arztes in der Nähe des Neckarweihinger Badeplatzes bei den Wörth-Wiesen auf der rechten Uferseite per Dekret anzuordnen. Dieses Dekret war der Anlass einer über 25 Jahre andauernden Auseinandersetzung der Stadt Lud-



Ludwigsburger Wochenblatt, 8. Juni 1819.

wigsburg mit dem Oberamt und der Grund für häufige Missstimmungen zwischen Ludwigsburg und Neckarweihingen.

Es ging ums Geld! Der Arzt musste bezahlt werden, weshalb das Oberamt forderte, dass sich die beiden Neckargemeinden Hoheneck und Neckarweihingen zusammen mit Ludwigsburg die Kosten teilen. Das neckarferne Ludwigsburg deshalb, weil erwiesenermaßen fast alle Badbenutzer Ludwigsburger waren. Der Gemeinderat von Ludwigsburg vertrat jedoch die Meinung, der Badebetrieb im Neckar sei »Lokalsache«, d.h. die Gemeinden, auf deren Grund die Badeplätze liegen, sind auch für die Folgekosten verantwortlich. Konsequenterweise erklärte sich keiner der Ludwigsburger Ärzte zur Aufsicht am Neckar bereit und die Stadtkasse weigerte sich zunächst, einen Teil der 1826 angefallenen Kosten für einen Militär-Unterarzt in Höhe von 44 Gulden zu übernehmen. Schließlich zahlte die Stadt unter Vorbehalt und kündigte Widerspruch an. Um die Kosten in etwa zu decken, wurden zwei Männer engagiert, die ein Bade-

geld einziehen sollten: 1 Kreuzer für freies Baden und 6 Kreuzer für die Benutzung eines Badehäuschens.

Die Verhandlungen mit dem Oberamt wiederholten sich Jahr für Jahr. Die Stadt hielt sich nach wie vor nicht verpflichtet, zu zahlen. Sie war 1829 »aber des guten Zwecks wegen nicht abgeneigt, für die nächsten Jahre einen angemessenen Beitrag zu leisten«. Im Jahr 1838 beschloss sie großzügig, aber ohne Anerkennung auf Verbindlichkeit, »aus Rücksicht der Humanität« 25 Gulden zu zahlen.

Sicherheit und Ordnung am Badeplatz

Das Bad im Neckar war in damaliger Zeit alles andere als ein Spaßbad in unserem heutigen Sinn. Die Kreisregierung bzw. das Oberamt erließen Vorschriften und Regeln, welche Personen an genau festgelegten Stellen nach bestimmten Regeln im Neckar baden durften. Bei Nichtbeachtung drohten teils harte Strafen. In regelmäßigen Abständen wurden vom Oberamt in der örtlichen Presse unter der Überschrift »Bekanntmachungen, das Baden im Neckar bei Neckarweihingen betreffend« die aktuell geltenden Vorschriften veröffentlicht. Ein erster Teil dieser Vorschriften betraf die Auswahl der Badeplätze, ein zweiter das sittlich einwandfreie Verhalten am Badeplatz und ein dritter die Sicherheit der Badenden.

In der Bekanntmachung vom 21. Juli 1835 wurden die Badeplätze genau festgelegt: Der »Badeplatz für Kinder« lag unterhalb der Schiffbrücke am rechten Ufer. Für uns ist es heute völlig unverständlich, dass das Baden Erwachsener an dieser Stelle bei 1 Gulden Strafe verboten war. Der »Badeplatz für Männer« war ebenfalls am rechten Ufer, aber oberhalb der Schiffbrücke im Bereich der Wörth-Wiesen. Logischerweise mussten Väter, die ihre Kinder mitbrachten, auch 1 Gulden Strafe zahlen. Der »Badeplatz für Frauen« lag unterhalb der Brücke auf der linken, der Hohenecker Uferseite. Jeder Mann,

der dort badete oder den Platz nur betrat, zahlte auch 1 Gulden Strafe. Das freie Baden im Bereich der Schiffbrücke, in der Nähe von öffentlichen Wegen und im Bereich der Badehäuschen wurde ebenfalls mit 1 Gulden bestraft. Außerdem wurde vor dem Baden im Bereich des so genannten »Totenkopfs«, einer Untiefe unterhalb des Schlossguts Harteneck, gewarnt. Der Amtsdienstler von Neckarweihingen hatte über die Einhaltung der Vorschriften zu wachen und Verstöße dem Bürgermeisteramt zu melden. Ob er diese Pflicht zur vollsten Zufriedenheit der Behörden erfüllt hat, ist nicht bekannt.

Auf sittlich einwandfreies Verhalten der Badenden wurde größter Wert gelegt. Diesbezügliche Vorschriften finden sich während eines Zeitraums von über 100 Jahren mit schöner Regelmäßigkeit in den Akten und in der örtlichen Presse immer wieder: vom 8. Juni 1819 (Verbot des Herumlaufens entkleideter Personen auf der Schiffbrücke) bis zum 26. Februar 1922 (Erlass des Innenministeriums betr. u.a. »Vorkehrungen gegen Auswüchse und Ungehörigkeiten auf dem Gebiet des Badewesens«). Was die Beachtung der Sittlichkeit bzw. die Vermeidung von Unsittlichkeit betraf, stand die strikte und großräumige Trennung der Geschlechter beim Baden an erster Stelle. So war am 17. Juni 1823 im »Wochenblatt« eine weitere Einladung von Philipp Heuß in Gedichtform abgedruckt, in der es u.a. hieß: »Von Frauenzimmern aufgemuntert / Hab ich die Häuschen abgesondert / Daß jedes sich bequem fortan / Ganz ohnbeschlichen baden kann«.

Wundarzt Uebele vermerkte am 16. Juli 1847 im »Tagblatt«, dass er die Badehäuschen für Männer und Frauen so aufgestellt hätte, dass etwaige Anstände vermieden würden. Die das Baden betreffenden amtlichen Bekanntmachungen enthielten zwischen 1841 und 1852 immer diese oder ähnliche Passagen: »Unzüchtige Handlungen, die öffentliches Ärgernis geben, werden nach Art. 53 des Polizei-Strafgesetzes

mit Arrest bis zu 4 Wochen bestraft«. 1852 wurde darauf hingewiesen, dass sich beide Geschlechter jeder die Sittlichkeit verletzenden Handlung zu enthalten hätten.

Aber welche Handlungen waren damals unzüchtig und verletzten die Sittlichkeit? In Ludwigsburg waren auf jeden Fall schon Blicke unsittlich, wie einem Leserbrief im »Tagblatt« vom 27. Juli 1864 schamrot zu entnehmen ist: »Ist es erlaubt, dass Frauenzimmer an dem städtischen Badeplatz und der Militär-Schwimmschule entlang auf dem Neckar in Nachen [von Seibert], während viele Männer baden, spazieren fahren, wie solches letzten Montag Nachmittags um 4 Uhr geschehen. Obgleich angenommen werden muss, dass jene Frauenzimmer beim Anblick eines nackten Mannes nicht rot werden, so ist andererseits ebenso gewiss, dass es viele Herren gibt, denen ihr Schamgefühl verbietet, in unbekleidetem Zustand sich von Frauenzimmern besehen zu lassen. – Es wäre sehr zu wünschen, dass man fernerhin beim Baden durch solche Erscheinungen nicht wieder geniert würde.«

Um die Sicherheit der Badenden zu gewährleisten, erließ das Oberamt eine ganze Reihe von Sicherheitsvorschriften, deren Vollzug die Behörde vor Beginn jeder Badesaison bei den Neckargemeinden abfragte. Der Arzt, der tagsüber vom Brückenhaus aus das Badegeschehen beobachtete, wurde schon erwähnt. Ein bei jeder Badestelle in Bereitschaft liegender Rettungsnachen mit zwei Helfern sollte im Notfall Ertrinkende retten. Vor Beginn jeder Saison – nach Hochwasser auch während der Saison – musste das Flussbett auf Untiefen untersucht und gefährliche Stellen mit Warntafeln gekennzeichnet oder mit Pfosten abgesteckt werden. Unterlassene Hilfeleistung wurde bestraft, die erfolgreiche Rettung Ertrinkender dagegen von Seiner Königlichen Majestät öffentlich gelobt, wie als Beispiel einer Notiz im »Wochenblatt« vom 3. Oktober 1826 zu entnehmen ist.

A. Amtliche Anordnungen und Bekanntmachungen.

Oberamt Ludwigsburg. (Bekanntmachung.) Da die Badezeit eingetreten ist, so wird wiederholt zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

1) Das Baden nahe an öffentlichen Wegen ist verboten; nur schulpflichtigen Kindern kann dies da, wo andere Badeplätze mangeln, gestattet werden.

2) Die Geschlechter haben in gehöriger Entfernung von einander zu baden.

3) Unzüchtige Handlungen, welche öffentliches Vergerniß erregen, werden nach Art. 55. des Polizeistrafgesetzes mit Arrest bis zu 4 Wochen gestraft.

4) Ueberall in den Badestellen sind die gefährlichen Plätze durch in die Augen fallende Warnungszeichen bemerkbar zu machen, und es ist die Beschädigung solcher Zeichen mit Einem Gulden Geld oder verhältnismäßiger Freiheitsstrafe neben dem Ersatz des Schadens zu rügen.

5) Das Baden oberhalb des Brückenhauses zu Neckarweihingen auf dem diesseitigen Ufer ist nicht nur unbequem, sondern wie die dort vorgekommene viele Unglücksfälle zur Genüge darthun, auch sehr gefährlich. Es wird daher Jedermann dringendst gewarnt, und Kindern ist das Baden dort durchaus nicht gestattet, wobei Eltern, Pfleger und Aufseher an ihre Pflichten, bezüglich der Beaufsichtigung ihrer Kinder, erinnert werden.

6) Vernachlässigung dieser Pflicht kann schwere Strafen nach sich ziehen, und wird hiebei noch darauf aufmerksam gemacht, daß Jeder, der einen Menschen ohne eigene Gefahr zu retten im Stande ist und dies unterläßt, gesetzlich strafbar ist.

Die Ortsvorsteher haben diese Bekanntmachung auf die gewöhnliche Art veröffentlicht, und wo die Anordnung zu 3. noch nicht besorgt ist, sie ungesäumt vollziehen zu lassen, auch eintretendenfalls strafend vorzufahren, beziehungsweise, wo ihre Strafgewalt nicht zureicht, an das Oberamt zu berichten. Die Herren Geistlichen aber wollen für Veröffentlichung in den Schulen sorgen. Den 2. Juni 1845.

A. Oberamt. Hörner.

Ludwigsburger Wochenblatt, 7. Juni 1845.

Heiße Jahre

Anfang der 1840er Jahre scheinen die Badehäuschen, die übrigens nicht von den Gemeinden, sondern von Privatpersonen errichtet und betrieben wurden, keinen einladenden Eindruck mehr gemacht zu haben. Zwischen 1843 und 1845 wurde in der Zeitung öfters der heruntergekommene Zustand beklagt, gleichzeitig aber auch die Errichtung neuer, komfortablerer Häuschen angeregt, was nicht ohne Erfolg blieb.

Wundarzt Uebele machte am 12. Juli 1845 im »Wochenblatt« auf seine »ganz bequem« eingerichteten Badehäuschen unterhalb der Brücke aufmerksam. Eine Woche später erschien eine Anzeige im »Wochenblatt«, in der Uebele darauf hinwies, gegen ein geringes Honorar ohne Begleitperson badende Kinder zu beaufsichtigen. Uebele wusste warum: Sein 5-jähriger Sohn war

zwei Jahre zuvor nur durch das beherzte Eingreifen eines Zwölfjährigen(!) vor dem Ertrinken gerettet worden.

Die Badelust der Ludwigsburger war größer denn je, es wurden bereits Extrakutschfahrten von Ludwigsburg zum Neckarweihinger Badeplatz geplant. Mehrere Ludwigsburger Händler warben im »Wochenblatt« für ihr Sortiment an Badehosen in jeder Größe und in neuem Dessin zu billigsten Preisen. Ein Kölnischwasser-Fabrikant aus Heilbronn empfahl zum Waschen nach dem Bad sein Produkt mit feinem Parfüm! Mit guten Ratschlägen wurde im »Wochenblatt« auch nicht gespart, was die praktische Anleitung zur lebensrettenden »Tote-Mann-Stellung« im Juli 1845 eindrucksvoll belegt.

Während der Badesaison 1846 entbrannte ein heftiger Konkurrenzstreit zwischen



Ludwigsburger Tagblatt, 3. Juni 1855.

den Betreibern der Badehäuschen um die Gunst der Badegäste. Den Anfang machte der Brückenwirt Peter Heuß zusammen mit Wundarzt Uebele. Am 2. Juni annoncierten sie sechs bequeme Badehäuschen unterhalb der Brücke, mit ebenem, kiesbeschüttetem Boden, zu billigsten Preisen. Zur weiteren Bequemlichkeit nach dem Bad stünden außerdem schattige Bänke zur Verfügung. Zwei Tage später konterten die Herren Rothweiler und Gohl. Sie empfahlen ihre neu errichteten Badehäuschen mit Spiegel oberhalb der Brücke, deren Boden mit Sand (!) aufgefüllt wurde. Einen Tag später wieder Heuß und Uebele. Sie wiesen darauf hin, dass ihre Häuschen für Frauenzimmer eingerichtet wurden und dass das Wasser rein, klar und rasch durchströmt. Außerdem biete der Badeplatz unterhalb der Brücke mehr Annehmlichkeiten als der oberhalb der Brücke.

Eine Kutsche fuhr jetzt regelmäßig vom »Waldhorn« zum Neckarbad, abends um 5 Uhr, nach Ende der Arbeit! Die gesteigerte Badelust, vornehmlich der Ludwigsburger, erfreute die Besitzer der Badehäuschen und verärgerte in zunehmendem Maße die Uferwiesenbesitzer von Hoheneck und Neckarweihingen, was zu offen ausgetragenen Missstimmungen führte. Die Ludwigsburger, die zu Fuß zum Badeplatz gingen, zertrampelten oft die Wiesen im »Täle« und anschließend die Wiesen am Badeplatz. Zum Neckar ziehende Jugendliche aus Ludwigsburg randalierten angeblich im Mai 1848 auf ihrem Weg durch Hoheneck und pöbelten ältere Leute an, was in der Zeitung eine hitzige Diskussion auslöste.

Im Lauf der Zeit wichen deshalb immer mehr Personen zum Baden auf das gefährliche linke Ufer oberhalb des Brückenhauses aus. Die tödlichen Folgen dieses Leichtsinns sind im »Wochenblatt« bzw. dem »Tagblatt« eindrücklich dokumentiert. Ein besonders tragisches Unglück ereignete sich im Mai 1848, als ein Ertrinkender vom Badeplatz an den Wörth-Wiesen abgetrieben wurde. Trotz des mutigen Einsatzes zweier Männer ging er unter und trieb weiter ab. Wenig später tauchte er beim »Totenkopf« wieder auf. Erneut stürzten sich zwei Retter ins Wasser, um den vermeintlich Lebenden zu retten. Bergen konnten sie jedoch nur noch seine Leiche. Einen Monat später ereignete sich beim »Totenkopf« wieder ein schwerer Unfall. Der zur Rettung bereitgehaltene Nachen konnte nicht sofort eingesetzt werden, weil er bis zur Hälfte mit Wasser vollgelaufen war.

Das Oberamt mahnte wiederholt das Einhalten der Sicherheitsvorschriften an. Als aber seitens der Stadt Ludwigsburg gefordert wurde, die Untiefe beim »Totenkopf« auf Staatskosten aufzufüllen, lehnte das Oberamt ab. Die Stadt war aber auch nicht bereit, die Kosten zu übernehmen. Selbst die Absicherung der Untiefe mit einem Seil war zu teuer. Der nächste tödliche Unfall am »Totenkopf« ereignete sich ein Jahr später im Juli 1849.

Das Ende des Neckarweihinger Badeplatzes

In demselben Maß wie die Zahl der Ludwigsburger Badegäste auf den Wörth-Wiesen zunahm, stieg auch der Unmut der Wiesenbesitzer, deren Geduld im Juni 1850 endgültig am Ende war. Der Neckarweihinger Gemeinderat wandte sich mit einer Beschwerde an das Oberamt. Die Wiesenbesitzer wollten das Baden nicht mehr gestatten. Viele Badegäste weigerten sich, die als Entschädigung für Futterausfälle gedachten 2 oder 3 Kreuzer Eintritt zu zahlen, ließen sich auch nicht abweisen und reagierten

»mit größten Grobheiten und Drohungen«. Auch den »Herren Offizieren«, die oberhalb der Wörth-Wiesen ihre Badehütten stehen hatten, sollte der Durchgang verweigert werden. Zur Bereinigung der Unstimmigkeiten wären die Wiesenbesitzer aber bereit, ihre Wiesen nach Ludwigsburg zu verkaufen.

Das Oberamt berief sich auf das über 40-jährige Gewohnheitsrecht und verlangte, das Baden gegen 1 Kreuzer nach wie vor zu dulden. Die Neckarweihinger reagierten unbeeindruckt und drohten bei Nichtbefolgung ihres Verbots mit Gewalt gegen die Badenden. Der Ludwigsburger Gemeinderat unterstellte den Neckarweihingern daraufhin »Gewinnmacherei« mit den Badegästen und wies die Forderungen zurück. Außerdem lehnte er einen Kauf der Wiesen ab.

Am 30. April 1851 sollte der Streit gütlich beigelegt werden. Die Delegationen beider Gemeinden einigten sich beim Oberamt auf einen Vertrag, der das Baden gegen 1 Kreuzer Eintritt pro Person künftig gestattete. Darüber hinaus sollte Ludwigsburg jedes Jahr eine pauschale Entschädigung in Höhe von 30 Gulden an Neckarweihingen zahlen. War der Streit mit diesem Kompromiss beendet? Weit gefehlt! Am 19. Mai lehnte der Ludwigsburger Gemeinderat den Vertrag ab und legte stattdessen Pläne vor, auf der linken Uferseite oberhalb des Brückenhauses einen städtischen Badeplatz einzurichten.

Eine Entscheidung aus Trotz, um den Neckarweihingern die Unabhängigkeit von ihrem Badeplatz zu beweisen? Auf jeden Fall war es ein schlechter Tausch. Weg von den günstig in der Sonne gelegenen flachen Wiesen hin zu dem steilen bewaldeten Schattenhang auf der gefährlichen linken Uferseite. Mit dieser Entscheidung wurde auch die weitere Entwicklung bis heute festgeschrieben. Die rechte Uferseite war für Ludwigsburg künftig tabu. Die nachfolgenden Badeplätze der Militärschwimmschule, des Wassersportvereins und des Schwimm-

vereins wurden alle auf der ungünstigeren und schlecht zugänglichen linken Uferseite des Neckars angelegt.

Nach dem Umzug der Ludwigsburger auf den eigenen Platz auf der anderen Uferseite verwaisten die Badeplätze von Neckarweihingen natürlich nicht. Sie blieben mit den Badehäuschen von Uebele, Rothweiler oder Heuß bestehen und wurden nach wie vor vom Oberamt auf Einhaltung der Sicherheitsvorschriften überwacht. Ab und zu kam man sich trotzdem noch mit den Ludwigsburgern in die Haare, wenn es zum Beispiel in den 1880er Jahren um die Einhaltung des Pferdeschwemm-Verbots in Brückennähe ging, oder wenn sich 1887 und 1892 sehr zum Entsetzen der Gäste des Brückenhauses nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene am gegenüberliegenden Ufer ohne Badehose im Wasser vergnügten. Noch 1923 ließ der Ortsvorsteher von Neckarweihingen im Rathaus einen Hinweis anschlagen, nach dem der Feldschütz befugt war, Kinder unter 16 Jahren »mit geeigneten Mitteln wegzuschicken«, wenn sie beim Baden im Bereich der Brühl-Wiesen erwischt wurden.

Der städtische Badeplatz

Viel Auswahl zur Anlage ihres Badeplatzes hatte die Stadt nicht. Etwa 400 Meter oberhalb des Brückenhauses, d.h. nur etwa 100 Meter oberhalb des berühmten »Totenkopfs« wurde der Platz im Lauf des Sommers 1851 eingerichtet. Dazu musste in den steilen, bis ans Ufer heranreichenden Waldhang ein tiefer Einschnitt abgegraben werden, um die notwendige Bewegungsfreiheit zu schaffen. Über einen neu angelegten, 1,5 Meter breiten Fußweg entlang des Flusses war der Platz zu erreichen. Die gefährlichen Stellen im Wasser wurden mit Pfosten gekennzeichnet, Warnschilder wiesen zusätzlich auf die Gefahren hin. Feste Stein-

keiten zu vermeiden, ersucht, solche ungesäumt auszuwechseln.«

Mit der im Jahr 1861 gut 300 Meter flussaufwärts eingerichteten Militärschwimm- schule, deren Zugang direkt am städtischen Badeplatz vorbeiführte, gab es dagegen ab und zu Unstimmigkeiten und Ärger. Sei es, dass Soldaten einmal sehr zur Empörung eines Gemeinderats den Badeplatz ohne Badehose benutzten, oder dass im Sommer 1897 die Soldaten nicht diszipliniert in Zweiergruppen am Badeplatz vorbei zur Schwimmschule marschierten, sondern ungeordnet und dabei den Badenden beinahe auf die Füße traten!

Nach 40 Jahren genügte der städtische Badeplatz nicht mehr den gesteigerten Ansprüchen des Publikums. Der Brückenwirt Retter, der schon in den vergangenen Jahren für frischen Wind im Brückenhaus gesorgt hatte, reagierte und befestigte 1883 gegenüber seinem Wirtschaftsgarten ein großes Schwimm-Bassin im Neckar.

Eine katastrophale Verschmutzung des Neckars mit Teer Anfang Juli 1902, verursacht durch einen Unfall in einem Imprägnierwerk in Zuffenhausen, beendete die laufende Badesaison vorzeitig und stellte die Zukunft des Platzes ernsthaft in Frage. Nach Eröffnung des Ludwigsburger Stadtbads im Herbst 1908 war dann das Schicksal des städtischen Neckarbades endgültig besiegelt. Am 20. Mai 1910 war in der Zeitung zu lesen: »Der städtische Badeplatz am Neckar ist durch Gemeinderatsbeschluss aufgehoben worden. Die Stadtgemeinde wird keinerlei Einrichtungen mehr dort halten und übernimmt für das Baden keine Verantwortung mehr.«

Kiesbaggern im Neckar

Die Neckarweihinger haben bekanntlich den Necknamen »Kiesranzen«. Während der starken Bautätigkeit in Ludwigsburg im 18.

Jahrhundert haben sie mit dem zum Bauen benötigten Kies, den sie aus dem Neckar baggerten, so gute Geschäfte mit den Bauherren in Ludwigsburg gemacht, dass ihr »Ranzen« (Bauch) vom guten Essen und Trinken immer dicker wurde und sie sich dadurch von den Bewohnern der Nachbargemeinden deutlich sichtbar unterschieden.

Neben dem Weinbau war die Kiesgewinnung aus dem Neckar ein wichtiger Erwerbszweig in Neckarweihingen. Eine Kiesgewinnungsgesellschaft mehrerer Bürger organisierte und betrieb den Abbau. Gebaggert wurde bis zu 6 Meter tief, mit Dampf-, aber auch mit Handbaggern. Umstritten wurde das Baggern erst, als im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr Badeplätze am Neckar eingerichtet wurden. Beim Baggern entstanden nicht vorhersehbare Untiefen im Flussbett, die für die Badenden gefährlich werden konnten.

Im Mai 1878 kam es deshalb zu einer Auseinandersetzung der Gemeinde Neckarweihingen mit dem Oberamt, das ein Baggerverbot vor den Badeplätzen ausgesprochen hatte, wogegen sich die »Kiesgesellschaft Sülzle und Genossen« wehrte, die wenigstens bis zur Flussmitte baggern wollte. Die Wasserbauinspektion Heilbronn empfahl als Kompromiss ein Baggerverbot vor den Badeplätzen jeweils ab 1. März. Oberhalb der Militärschwimmschule, wo frei gebadet wurde, sollte das Baggern dagegen frei sein. Zur Ruhe kam die Sache nie. Es wurde trotz Verbots vor den Badeplätzen gebaggert. Erst 1896 erließ die Wasserbauinspektion eindeutige Vorschriften, die u.a. das Baggern vor den Badeplätzen nur bis zu einem Abstand von 50 Metern gestattete.

Die Militärschwimmschule

Soldaten sollten nicht nur exerzieren und schießen, sondern auch schwimmen kön-



Soldaten am Neckar. »Mann über Bord«, 1905. (Stadtarchiv Ludwigsburg, Foto-Sammlung)

nen. Da dies in der Regel nicht der Fall war, wurden in großen Garnisonstädten wie Ulm, Stuttgart oder Ludwigsburg eigene Militärschwimmschulen eingerichtet. Am 18. Juli 1860 verhandelte der Ludwigsburger Gemeinderat eine Eingabe des Kommandos der 3. Infanteriebrigade zur Errichtung einer Militärschwimmschule auf einem städtischen Grundstück. Der vorgesehene Platz lag etwa 650 Meter oberhalb des Brückenhauses und etwa 300 Meter oberhalb des städtischen Badeplatzes auf der linken Uferseite. Der Gemeinderat stimmte dem Projekt zu.

Da das Gelände, wie beim städtischen Badeplatz, bis zum Ufer sehr steil abfiel, mussten auch hier tiefe Einschnitte in den Hang gegraben werden. Zwei bescheidene Ankleidehütten wurden errichtet. Die seitlich offene Hütte für die Mannschaften

(ca. 3 x 15 Meter) stand, einseitig auf Pfähle gesetzt, direkt am Wasser, während die auf drei Seiten geschlossene Hütte der Offiziere (ca. 3,5 x 4,5 Meter) etwas zurückgesetzt am Hang stand. Ein Schwimmfloß nach Ulmer Vorbild (ca. 3,5 x 17 Meter) bildete ein zentrales Übungsbecken mit einem Lattenboden. Das Floß, auf dem auch noch ein Sprungbrett montiert war, wurde mit drei schweren Schiffsketten am Ufer befestigt.

Das Garnisonkommando verpflichtete sich zur Schonung bzw. Nachpflanzung des Baumbestandes, ferner zur Sicherung der Uferböschung, zur Unterhaltung des Weges und zur Bereitstellung von zwei Rettungsnachen beim Brückenwirt. Die beweglichen Gerätschaften, also auch das Floß, mussten zu Ende der Saison abgebaut und beim Brückenwirt eingelagert werden.



Badefloß mit Sprungturm, um 1900. (Stadtarchiv Ludwigsburg, Foto-Sammlung)

Die Schwimmschule konnte außerhalb der militärischen Übungszeiten auch von Zivilpersonen benutzt werden. Der Abonnementpreis für Personen, die von den Militär-Schwimmlehrern Unterricht erhielten, betrug 3 Gulden pro Saison. Wer nur im Floß schwimmen wollte, musste 1 Gulden 30 Kreuzer zahlen.

Am 1. Juni 1861 wurde der einfache Badeplatz eröffnet. Die Bilanz des ersten Unterrichtsjahres konnte sich aus militärischer Sicht sehen lassen: Fünf Schwimmlehrer unterrichteten während der fünfständigen Übungszeit 200 Mann pro Tag, 180 davon waren Nichtschwimmer. Die Verköstigung der Soldaten übernahm der Brückenwirt. Die Statistik verzeichnet auch 30 Zivilabonnenten, die sich unterrichten ließen. Über den Erfolg des Unterrichts erfährt man leider nichts.

Wegen des hohen Bedarfs wurde schon ein Jahr später die Zahl der Schwimmlehrer verdoppelt und die Ausbildung im Nachen-

fahren zusätzlich aufgenommen. Wie intensiv der militärische Schwimmunterricht war, lässt sich daran erkennen, dass im Sommer 1863 die Badehosen der Soldaten so schadhafte waren, dass eine Reparatur durch den Schneider nicht mehr lohnte. Es mussten neue gekauft werden!

Ganz problemlos lief der Badebetrieb natürlich auch nicht. In den Jahren 1862, 1864 und 1869 bedrohte Hochwasser die Anlage und richtete vor allem am Schwimmfloß beträchtlichen Schaden an. Der Ärger, den die am städtischen Badeplatz vorbeimarschierenden Soldaten dort machten, wurde schon erwähnt. Internen Ärger gab es mit den berittenen Offizieren, die wegen der beengten Platzverhältnisse ihre Pferde nicht direkt bei der Schwimmschule »parken« konnten. Für sie musste beim Brückenhaus extra ein Stall mit acht Einstellplätzen errichtet werden.

Nach 40 Jahren waren die einfachen Badehütten von 1860 in die Jahre gekommen.

Sie mussten deshalb 1901/02 durch drei solide, auf Betonsockel gesetzte Baracken ersetzt werden. Auf den Bauplänen des Garnisonkommandos sieht man die unmittelbar am Ufer gelegenen Baracken der Offiziere und der Unteroffiziere sowie eine Wachbaracke für den diensthabenden Offizier. Die Baracke der Unteroffiziere ist zum Wasser hin geöffnet und im Gegensatz zu den beiden anderen Baracken nicht abschließbar. Auf einem um 1904 aufgenommenen und hier unten abgedruckten Foto ist sehr gut die auf dem Plan dargestellte Situation in natura zu erkennen.⁵

Die Mitte Juni 1902 fertiggestellte Badeanlage wurde ergänzt durch acht neckarabwärts am Ufer aufgestellte Schutzdächer, unter denen sich die Mannschaften umziehen konnten. Kurz nach der Eröffnung meldete der wachsame Feldschütz einen ernst zu nehmenden Verstoß an die Garnisonverwaltung. Er hatte beobachtet, dass der diensthabende Offizier auf dem Schwimmschul-Gelände eine freilaufende Geiß hielt, die zu allem Übel auch noch die Blätter des Waldes abfraß. Die von der Garnisonverwaltung befohlene Abhilfemaßnahme war knapp und eindeutig: die Geiß wird künftig angebunden!

Im Sommer 1908 meldete der Feldschütz, dass ein Leutnant auf dem Fußweg zur Schwimmschule geritten sei. Die Anzeige

hätte er sich fast sparen können; sie blieb ohne jegliche Folgen.

1909 wurde die Anlage zwar noch einmal aufgebaut, nachdem aber das Stadtbad seit Herbst 1908 in Betrieb war und sommers wie winters Möglichkeit zum Schwimmunterricht bot, lernten die Soldaten die Kunst des Schwimmens ab 1910 im ruhigeren Wasser des Stadtbades. Was sollte jetzt aus der Schwimmschule werden? Für die Beantwortung dieser Frage sorgte der 1908 gegründete Schwimmverein Ludwigsburg mit seinem Wunsch, am Neckar ein Sommerbad einzurichten. Hier endet die Geschichte der Militärschwimmschule und beginnt die Geschichte des Ludwigsburger Freibads (siehe unten).

Badeplätze in Hoheneck

Öffentliche Badeplätze

Der Grenzverlauf zwischen den Gemeinden Neckarweihingen und Hoheneck springt unterhalb der Neckarbrücke von der linken auf die rechte Uferseite, d.h. oberhalb der Brücke lag das zum Baden günstigere rechte Ufer auf Neckarweihinger Gemarkung, wohingegen die linke Hohenecker Uferseite unterhalb der Brücke wegen des dort gelegenen Garnisonbadeplatzes nur eingeschränkt benutzbar war.



Militärschwimmschule, um 1904. (Stadtarchiv Ludwigsburg, Foto-Sammlung Wetzig)

Dies ist wohl auch der Grund dafür, dass über die Hohenecker Badeplätze verhältnismäßig wenig bekannt ist. Aus Anzeigen im »Wochenblatt« erfährt man jedoch, dass die Wirte der »Krone«, Chr. Hirsch ab 1845 und Gottlob Dischinger ab 1860, »an dem gewöhnlichen Badplatz unterhalb des Ortes« ihre Badehäuschen aufgestellt haben. Was die Sicherheit anging, wurden sie genauso vom Oberamt überwacht wie die Neckarweiinger Plätze.

In einem Leserbrief vom September 1868 wird eine Lanze für Hoheneck gebrochen, wenn da zu lesen ist: »Der weitere Badeort Hoheneck hatte sich heuer einer großen Frequenz zu erfreuen, namentlich wandern da die sog. Stamm-Badegäste, die unverdrossen vom Mai bis zur Schlehenreife ihre Lieblingsbadeplätze besuchen. Der Weg ist bei heißer Witterung entschieden angenehmer als der nach Neckarweiingen, indem die Obst-Allee – eine der schönsten und dankbarsten im Garten Württembergs – vom Park bis an den Ort reichlich Schatten gewährt.«

Beschwerden gab es allerdings öfters wegen des Pferdeschwemmens in der Nähe der Badehäuschen unterhalb der Brücke.⁶ Nicht nur weil das Wasser nach dem Schwemmen trüb und schmutzig, sondern auch noch mit Pferdeäpfeln angereichert war. Das Oberamt hatte das Schwemmen zwar verboten, geschwemmt wurde aber trotzdem, weil dort immer schon geschwemmt wurde!

Der Garnisonbadeplatz Hoheneck

Seit wann dieser Badeplatz bestand, konnte nicht ermittelt werden. Fest steht nur, dass er am linken Ufer unterhalb der Schiffbrücke lag und dass für die zum Aus- und Anziehen der Soldaten benutzten Wiesen jährliche Entschädigungen an die Besitzer gezahlt wurden. Als nach 1822 das Wehr der Hohenecker Mühle bei der »Krone« abgebrochen wurde, veränderten sich die Strömungsver-

hältnisse des Neckars so, dass dieser Platz aufgegeben werden musste. Allgemein war man froh darüber, weil er wegen seiner Nähe zur Brücke und zur Straße als unsittlich und anstößig empfunden wurde.

Nach einer Zwischenlösung für die Jahre 1824 bis 1826 wurde im Juni 1827 ein Vertrag über 55 Gulden Pacht pro Saison für ein $1\frac{3}{8}$ Morgen großes Wiesengrundstück abgeschlossen.⁷ Die Benutzung des Badeplatzes war Zivilpersonen bei 1 Gulden Strafe verboten. Als die Besitzer 1847 eine höhere Pacht forderten, wick die Garnison auf andere Wiesen aus, deren Lage nicht bekannt ist. Bekannt ist nur, dass ab 1860 Regelungen mit dem Fischer Döbele und ab 1867 mit dem Schiffer Seibert über das Bereitstellen eines Rettungsnachens getroffen wurden.

Um 1890 scheint der Hohenecker Garnisonbadeplatz – nicht zu verwechseln mit der 1861 oberhalb des städtischen Badeplatzes auf Ludwigsburger Gemarkung eingerichteten Militärschwimmschule – aufgegeben worden zu sein. Ab Sommer 1893 badete die Garnison auf einem neu angelegten Badeplatz bei der Schießbahn Poppenweiler im Schießtal.

Der Wassersportverein Ludwigsburg

Das Sommerbad des Wassersportvereins nimmt unter den Badeplätzen am Neckar eine Sonderstellung ein. Als letztes der Neckarbäder erst im Sommer 1922 eingerichtet, wurde es nach nur elf Saisonen im Frühjahr 1933 schon wieder geschlossen. Der Wassersportverein, ein Mitgliedsverein des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, versuchte schon kurz nach seiner Gründung im Jahr 1919, die Genehmigung für die Errichtung eines Badeplatzes am Neckar zu erhalten. Favorit bei der Platzwahl war eine im Jahr 1904 etwa 100 Meter oberhalb des Brückenhauses im Neckar aufgeschüttete brachliegende Fläche. Eine erste Anfrage des Vereins

bei der Gemeinde Neckarweihingen wurde im Oktober 1921 abgelehnt. Ein Grund für die Absage waren u.a. die nicht ganz einfachen Besitzverhältnisse dieser Fläche.⁸ Der zweite Antrag wurde dann von Neckarweihingen genehmigt und der Pachtvertrag am 17. Mai 1922 unterzeichnet.

Der Verein zäunte den etwa 50 Meter langen Badeplatz mit einer zwei Meter hohen, stacheldrahtbewehrten Bretterwand ein. Innerhalb des Geländes wurde eine Hütte mit Umkleideräumen sowie einem Speise- und Getränkeverkauf errichtet. Auf ein aufwendiges Schwimmfloß verzichtete der Verein, stattdessen war der Nichtschwimmerbereich im Neckar abgeschränkt. Ein demontierbares, ein Meter hohes Sprungbrett, das am Ende eines Stegs befestigt war, vervollständigte die Anlage. Das Baden innerhalb des Sommerbades war nur Mitgliedern gestattet.

Der Wassersportverein hatte Mitte der 1920er Jahre über 200 Mitglieder, trotzdem scheint er mit den Finanzen Schwierigkeiten gehabt zu haben. Immer wieder wurde der Gemeinderat von Neckarweihingen gebeten, die Pacht zu reduzieren, mal wegen einer schlechten Saison, mal wegen Hoch-

wassers. Den Kauf eines neuen Rettungsnachens wollte sich der Verein 1926 mit 300 Mark von der Stadt bezuschussen lassen. Diese lehnte ab – ungeachtet des Hinweises, dass in den letzten zwei Jahren vier Personen vor dem Ertrinken gerettet wurden.

Das Ende kam dann überraschend, als der Platz im März 1933 polizeilich geschlossen wurde und die Gemeinde Neckarweihingen einen Monat später die Pacht kündigte. Kurzzeitig belegte der Schwimmverein die Hütten des Platzes und brachte dort Mitglieder des Arbeitsdienstes unter, die den Uferweg ausbauten. Ab September 1933 nutzte der Pionierzug II des Infanterieregiments 13 das Gelände als Wasserübungsplatz.

Schwimmverein Ludwigsburg: Vom Vereinsbad zum städtischen Freibad

Die Anfänge (1909–1919)

Die Geschichte des städtischen Freibads ist untrennbar mit der Geschichte des im September 1908 gegründeten Schwimmvereins Ludwigsburg (SVL) verbunden.⁹ Von Anfang an bestand im Verein der Wunsch, neben dem Schwimmen im 1908 eröffneten Stadtbad auch Schwimmübungen im Freien, also im Neckar durchzuführen. Der Vorstand nahm deshalb im April 1909 – allerdings erfolglos – Kontakt mit der Garnisonverwaltung wegen der Mitbenutzung der Militärschwimmschule auf. In der Festschrift zum 50-jährigen Vereinsjubiläum wird erwähnt, dass der Verein einige Zeit das so genannte Seibertsche Neckarbad beim Brückenhaus benutzte. Bei diesem Bad kann es sich nur um den städtischen Badeplatz oberhalb des Brückenhauses handeln, der 1909 noch benutzt wurde, ab 1910 aber bereits geschlossen war. Der Verein unternahm daher im Juni 1910 einen neuen Vorstoß zur Überlassung der Militärschwimmschule, diesmal mit einer Eingabe an das Kriegsministerium, jedoch abermals ohne Erfolg. Erst ein



Demontierbares Sprungbrett des Wassersportvereins, 1922. (Stadtarchiv Ludwigsburg, N 1 Bü 490)



Badeplatz des Schwimmvereins, um 1914. (Stadtarchiv Ludwigsburg, Foto-Sammlung)

Eintrag im Protokollbuch der Vereinssitzungen vom 29. Juni 1912 belegt, dass der Verein das Gelände der Militärschwimmschule zu diesem Zeitpunkt bereits übernommen hatte.

Anfang 1913 wurde mit der Garnisonverwaltung ein Vertrag über die Verpachtung einer Baracke, die zum Umkleiden dienen sollte, abgeschlossen. Vom Schiffbauer Martin Seibert kaufte der Verein im Mai für 400 Mark das zur Einrichtung und zum Betrieb des Platzes benötigte Material. Seibert war dann auch für den jährlichen Auf- und Abbau zuständig. Ein Schwimmfloß aus vier jeweils 11 Meter langen Eisenpontons wurde mit Ketten am Ufer befestigt. Bei Unglücksfällen lag ein Nachen zur Rettung bereit. Eine Hausapotheke vervollständigte

das Sicherheitskonzept. Das Bad durfte gegen ein geringes Eintrittsgeld nur von Mitgliedern benutzt werden. Für die Nutzung des Geländes zahlte der Verein jährlich drei Mark an die Stadt.

Ein »Anschwimmen« eröffnete am 14. Juni die Saison 1914. Martin Seibert übernahm für 50 Pfennig pro Tag die Aufsicht über den Badebetrieb. Mit der Anschaffung eines Rettungsrings und eines Sauerstoff-Apparats sorgte der Vorstand für zusätzliche Sicherheit. Bemerkenswert – bei der räumlichen Enge des Bades aber auch verständlich – ist die Entscheidung, auf der gegenüberliegenden Neckarseite zwei Wiesen als Liegewiesen zu pachten. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs waren alle Erweiterungs- und Verbesserungspläne hinfällig.

Nach Ende des Krieges wurde der Badebetrieb Ende Mai 1919 wieder aufgenommen. Die Garnisonverwaltung verkaufte neben der schon 1913 verpachteten Wachbaracke auch die Offiziers- und Unteroffiziersbaracken an den Schwimmverein.¹⁰ Interessant ist der Vergleich der beiden vom gegenüberliegenden Ufer aufgenommenen Fotografien des Bades: einmal um 1904 als



Ludwigsburger Zeitung, 13. Juni 1914.



Badefloß mit Rutsche. (Schwimmverein Ludwigsburg)



Schwimm Schüler des Schwimmvereins auf dem Badefloß. (Schwimmverein Ludwigsburg)

Militärschwimmschule und dann als Sommerbad mit Paddelbooten im Vordergrund und einem mit Wimpeln geschmücktem Fahnenmasten vor der ehemaligen Offiziersbaracke. 1919 konnte das Sommerbad auch vom Militär der Garnison benutzt werden, was Mitte September zu einem ernststen Zwischenfall führte, als Soldaten der Flak-Batterie unter Aufsicht von Offizieren zum Teil nackt badeten und zum Umziehen auch noch die Damen-Baracke belegten!

Das Ende des SVL-Bades kam unerwartet und plötzlich. Ende November oder Anfang Dezember 1919 verursachte zunächst eine umstürzende Pappel einen größeren Schaden an einem der Badehäuser, und am 24. Dezember 1919 beschädigte nach einem zweitägigen Dauerregen ein verheerendes Hochwasser die Badeanlagen schließlich so stark, dass sich ein Wiederaufbau nicht mehr lohnte.

Das neue Bad (1920–1928)

In jeder Katastrophe kann auch eine Chance liegen. Wie wenn alle nur darauf gewartet hätten, gab es jetzt einen triftigen Grund, das wenig komfortable und beengte Gelände der alten Militärschwimmschule zu verlassen, um an einer günstiger gelegenen Stelle neu zu bauen. Die Hilfsbereitschaft dazu war groß. Die Stadt genehmigte 700 Mark Aufbauhilfe. Mehrere private Schenkungen gingen beim Verein ein. Besonders hervorzuheben sind 5000 Mark eines nicht näher bekannten Ludwigsburgers.

Einen Monat nach dem Unglück, am 28. Januar 1920, schloss die Stadt mit dem SVL einen Pachtvertrag über drei, etwa 400 Meter flussaufwärts am Ende der Ludwigsburger Gemarkung gelegene Grundstücke ab. Der Verein erwarb darauf vom Reichsvermögensamt für 7220 Mark eine ausgediente Lazarettbaracke. Der Architekt Hermann Lang entwarf die Umbaupläne und reichte am 20. März das Baugesuch bei der

Stadt ein. Der künftige Badeplatz wurde mit einer Hecke eingezäunt und zusätzlich mit Stacheldraht gesichert. Ferner musste ein eigenes Rettungsboot angeschafft, ein hauptamtlicher Bademeister angestellt und eine Badeordnung formuliert werden. Zutritt hatten nur SVL-Mitglieder.

Am 4. Juli 1920 war es soweit, der SVL feierte die Eröffnung des neuen Bades. Das Badehaus im »schmucken Landhausstil« stand auf einer breiten, künstlich angelegten Terrasse einige Meter oberhalb des Neckars. Eine Freitreppe führte auf einen großen Rasenplatz hinab. Ein abgegrenzter Nichtschwimmer-Bereich und eine 50-Meter-Bahn ließen keine Schwimmer-Wünsche offen. Zusätzlich wurde im Neckar eine Art Tribüne und ein Sprungbrett errichtet. Am 27. April 1921 krönte der SVL sein Werk: Er kaufte die bisher gepachteten Grundstücke von der Stadt. Damit war der »Grundstein« für das vereinseigene Freibad am Neckar gelegt.¹¹

In den folgenden Jahren erfreute sich das Freibad steigender Beliebtheit, was zwangsläufig dazu führte, dass der Platz nicht mehr ausreichte. In den Jahren 1921, 1925, 1926 wurden deshalb schrittweise flussaufwärts liegende Wiesen auf Oßweiler Gemarkung zugekauft.¹² Die hinzugewonnenen Flächen wurden dazu genutzt, ein gesonderes Licht-, Luft- und Sonnenbad anzulegen. Eine zusätzlich aufgestellte Militärbaracke sollte ab 1923 die Raumnot lindern, wegen der dann schon 1924 ein Neubau des Badehauses erwogen, aber nicht realisiert wurde. Neu gebaut wurde aber im Jahr 1927 das dringend benötigte Bootshaus für die Paddelbootabteilung.

Ab Mitte der 1920er Jahre wurde die beängstigend zunehmende Verschmutzung des Neckars ein ernstes Thema. Ursache war die unzureichend arbeitende Stuttgarter Kläranlage. Ein Bad im Neckar war nicht mehr ratsam. Der SVL reagierte und erbaute im Sommer 1927 in einer der Wiesen ein



Zerstörter Badeplatz des Schwimmvereins. Obere Reihe: Schaden durch eine umgestürzte Pappel, November 1919; untere Reihe: Hochwasserschaden, Dezember 1919. (Schwimmverein Ludwigsburg)



Das neue Bad des Schwimmvereins, nach 1920. (Schwimmverein Ludwigsburg)

betoniertes Schwimmbecken. Geplant war zunächst ein 15 x 30-Meter-Becken, wegen fehlender Vereinsfinanzen konnten aber vorläufig nur 15 x 15 Meter realisiert werden. Das Wasser zum Füllen des Beckens lieferten praktischerweise ein im Frühjahr

1928 angezapfter Grundwasserstrom und einige auf dem Gelände gefundene Quellen. Seit Juli 1928 konnten sich die Badegäste im neuen Schwimmbecken, dem »Quellwasserbad«, im frischen und sicher auch recht kalten Wasser vergnügen.

Als Einschub eine kleine Episode. Zur Eröffnung des »Quellwasserbades« veranstaltete der SVL ein Sommerfest auf seinem erweiterten Gelände. Da öffentliche Lustbarkeiten vergnügungssteuerpflichtig waren, forderte auch die Gemeinde Neckarweiingen vom SVL einen Anteil an dem zu zahlenden Steuerbetrag, was der Ludwigsburger Kämmerer jedoch mit einer unübertreffbar schlaun Begründung ablehnte: Der Neckar gehöre zwar zur Gemarkung Neckarweiingen, das Ufer aber zu Ludwigsburg, und man habe das Fest erwie-senermaßen nicht im Neckar, sondern auf einer Ludwigsburger Wiese gefeiert.

Das Auffinden der Wasserquellen hatte ein Wünschelrutengänger besorgt. Nicht ganz so einfach und problemlos verlief das Auffinden von Finanzquellen, mit denen die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen bezahlt werden sollten. Der Schriftführer des Vereins bezeichnete das Bad als sein Sorgenkind. Konnte der Stadtverband für Sport einspringen? Mussten Kredite aufgenommen werden? Sollten Lotterien veranstaltet oder die Mitglieder zu Spenden aufgerufen werden? Auf jeden Fall sah der Verein in erster Linie die Stadt in der Pflicht zur Unterstützung, profitiere sie doch vom Freibad, außerdem würde sie durch den Einsatz des Vereins stark entlastet.

Freibadplanungen (1929–1931)

Die Notwendigkeit, das Neckarbad zu modernisieren, und die unsichere finanzielle Lage des SVL, verbunden mit den Horrormeldungen über die Wasserqualität des Neckars im Sommer 1928, führten dazu, dass im Herbst 1929 in Ludwigsburg ernsthafte Überlegungen angestellt wurden, endlich ein eigenes städtisches Freibad zu erbauen. Als möglicher Standort war das Gebiet »Fuchshof« oder als gemeinsames Projekt mit Kornwestheim ein Gelände zwischen beiden Gemeinden im Gespräch. Der SVL reagierte beunruhigt und schlug im September 1930 den

Ausbau seines eigenen Neckarbades über ein städtisches Darlehen vor.

Zur Debatte stand eine große Lösung mit einem neuen 50-Meter-Becken für 85 000 Mark oder eine kleine Lösung für 35 000 Mark, die lediglich den Ausbau des 15-Meter-Beckens auf 15x30 Meter vorsah. Nach längeren Diskussionen – ein weiterer Standort auf einer Wiese unterhalb des Heilbads wurde schnell wieder verworfen – verabschiedete sich der Gemeinderat am 16. April 1931 vom Projekt »städtisches Freibad« und gewährte dem SVL ein zinsloses Darlehen über 5000 Mark zum Ausbau des Bades nach der kleinen Lösung. Das Freibad blieb also ein Vereinsbad und die finanzielle und personelle Verantwortung für den Betrieb und Unterhalt lag nach wie vor beim SVL. Da die Stadt kein eigenes Freibad besaß, sah sie es als moralische Verpflichtung an, den SVL künftig mit einem Jahreszuschuss in Höhe von 2000 Mark zu unterstützen.

Das neue Schwimmerheim (1931–1933)

Sofort nach der positiven Entscheidung des Gemeinderats begannen im Mai 1931 die Arbeiten am Neckarbad, an denen sich viele Mitglieder aktiv beteiligten. Den Ausbau des Beckens auf 33 Meter plante Architekt Müller. Architekt Knecht und die gemeinnützige Handwerkervereinigung errichteten unterhalb des bestehenden Badehauses ein massiv gebautes Schwimmerheim mit Dachterrasse, Umkleideräumen, Toiletten und einem Erfrischungsraum mit Küche. Auch eine Telefonzelle war vorgesehen.¹³ Die finanzielle Belastung war deutlich höher als erwartet, so dass noch vor der Eröffnung des Bades am 28. Juni 1931 das städtische Darlehen verdoppelt werden musste.

Ein umfangreicher Artikel in der »Ludwigsburger Zeitung« würdigte die Errungenschaften der neuen Anlage und hob die freiwilligen Leistungen des SVL hervor. Aber keine Freude ohne erhobenen Zeigefinger. Knapp einen Monat nach der Eröffnung



*Freibadgelände mit neuem Schwimmerheim, Schwimmbecken und Bootshaus.
Skizze von Architekt Kurt Knecht sen., 1930/31. (Vorlage Stadtarchiv Ludwigsburg)*

schrrieb der Polizeirat von Ludwigsburg an den SVL einen mahnenden Brief. An die Behörde sei teilweise scharfe Kritik über die das Anstandsgefühl erheblich verletzende Badebekleidung herangetragen worden. Stein des Anstoßes war die so genannte Dreieckshose, in der häufig auch »Männer im vorgerückten Lebensalter« das Bad benutzten. Der Polizeirat schloss mit dem Hinweis, künftig für Männer keine Badehosen, sondern nur noch Badeanzüge zuzulassen.

Was jetzt noch fehlte, war ein vernünftiger Zugang bzw. eine Zufahrt zum Freibad. Ende 1931 wurde der schlechte Zustand des Weges vom Brückenhaus entlang des Neckars zum Freibad beklagt, was den SVL veranlasste, beim Arbeitsamt im Rahmen der so genannten Notstandsarbeiten eine Kolonne des freiwilligen Arbeitsdienstes zur Anlage einer Zufahrtsstraße und zur Planung des Badegeländes anzufordern. Im Januar 1932 erhielt der SVL die Genehmigung für das Projekt.¹⁴ Die Arbeiter wurden vom

Verein gepflegt und im Schwimmerheim untergebracht. Der benötigte Kies konnte aus dem Neckar gebaggert werden, die Steine stammten aus dem Steinbruch hinter dem Brückenhaus und die Straßenwalze stellte die Stadt zur Verfügung. Die zweispurige Straße war drei Meter breit, mit einem seitlichen Gehweg und einer abschließenden Wendeplatte. Ab dem 8. Juni 1933 konnte die fertige Straße, der heutige Otto-Konz-Weg, öffentlich benutzt werden. Aber nicht nur auf der Straße, sondern auch auf dem Wasserweg konnte das Freibad erreicht werden, nachdem für das Seibertsche Motorboot im Mai 1932 extra eine Anlegestelle beim Freibad eingerichtet worden war.

Auf dem Weg zum städtischen Freibad (1947–1986)

Die Geschichte des Neckar-Freibads nach 1945 ist neben den in den Archiven vorhandenen Akten durch die Berichterstattung der örtlichen Presse gut nachvollziehbar do-



Freibad unter amerikanischer Militärverwaltung, um 1950. (Schwimmverein Ludwigsburg)

kumentiert. In diesem letzten Abschnitt der Geschichte wird deshalb nur noch in Kurzfassung auf die wichtigsten Ereignisse und Veränderungen eingegangen.

Nach Kriegsende hatten die Amerikaner das Freibadgelände als »Military Swimming Pool« fürs eigene Badebedürfnis beschlagnahmt, weshalb seitens der Stadt Überlegungen für ein eigenes Freibad in Stadtnähe schon 1947 wieder aufgenommen worden sind. Oberbürgermeister Doch äußerte im Juli 1951 – etwas leichtsinnig, wie sich herausstellen sollte – sogar die feste Absicht, den Ludwigsburgern nach Ende seiner Dienstzeit (1954) ein Freibad zu hinterlassen. Die Standortfrage sollte im September 1951 über ein Preisausschreiben unter der Bevölkerung geklärt werden. Unter den zahlreichen Vorschlägen wurde 1952 ein gemeinsames Projekt mit Asperg im Gewann Altach ernsthaft weiter verfolgt. Nach dessen Ausfall fiel die Wahl im Frühjahr 1953 auf das Gewann Straßenäcker in Egelosheim.

Doch dann haben die Amerikaner das Freibadgelände im Juli 1953 wieder freigegeben. Das Projekt Straßenäcker wurde daraufhin fallengelassen und die Stadt verhandelte seit September 1953 wieder mit dem SVL wegen des Ausbaus des Bades

und der Finanzierung über städtische Darlehen. Das bestehende Becken wurde zum Nichtschwimmer-Becken umgebaut, ein neues Sportschwimmbecken angelegt und das Schwimmerheim erweitert. Zusätzlich entstand an Stelle des alten Badehauses ein neues Umkleidehaus. Am 17. Juli 1954 konnte das erweiterte Bad der Öffentlichkeit übergeben werden.

Anfang der 1980er Jahre war das Freibad dringend sanierungsbedürftig. Im Dezember 1983 fiel die klärende Entscheidung, auf dem Gelände nach den Plänen des Architekten Kurt Knecht ein völlig neues Freibad anzulegen, aber nicht mehr als Vereinsbad, sondern als städtisches Freibad. Die Stadt übernahm die gesamten Kosten des Neubaus, nachdem der SVL am 22. Mai 1985 das gesamte Freibadgelände an die Stadt verkauft hatte. Außerdem schloss die Stadt mit dem SVL am 8. Mai 1985 einen Vertrag über die künftige Führung des Bades durch den SVL ab. Am 21. Juni 1986 übergab Oberbürgermeister Henke das städtische Freibad am Neckar der Bevölkerung.

Wer heute am Neckar nach Spuren der früheren Badeplätze sucht, wird enttäuscht sein. Die Kanalisierung des Neckars in den 1950er Jahren, vor allem aber Straßenbaumaßnahmen und Gewerbeansiedlungen haben die Uferlandschaft nachhaltig verändert. Die Wörth-Wiesen sind mit Lagerplätzen und einer Anlande für Frachtkähne überbaut. Gegenüber dem Brückenhaus, wo die Kinder früher ohne Badehosen badeten, verläuft heute die Neckartalstraße. Wer von der Neckarbrücke entlang des Otto-Konz-Wegs zum Freibad geht, wird sich fragen, wie an diesem unfreundlichen Uferabschnitt überhaupt gebadet werden konnte. Das Freibad des SVL ist noch an Ort und Stelle, erhalten ist aber nur noch das 1931 errichtete und später erweiterte Schwimmerheim. Unbeschadet hat dagegen das Brückenhaus die Zeiten überdauert. Nur die

Badehäuschen fehlen, für die der Brückenwirt vor fast 200 Jahren so originell Reklame gemacht hat.

Teil 2: Vom Wannenbad zum Hallenbad

Etwa zeitgleich mit den Anfängen des freien Badens in Flüssen rückte die über Jahrhunderte vernachlässigte Variante des Badens in hölzernen Wannen oder Zubern auch in Ludwigsburg immer mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung. Der positive Einfluss der bisher oft zu kurz gekommenen Körperhygiene auf das allgemeine Wohlbefinden und die Gesundheit war unbestreitbar. Da aber das für die erforderlichen Reinigungsbäder benötigte warme Wasser den meisten Menschen nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stand, übernahmen Privatpersonen diese Aufgabe und boten ihre Wannenbäder der Allgemeinheit zur Benutzung an.

Die öffentliche Badeanstalt der Witwe Franke

Die Geschichte der Ludwigsburger Wannenbadkultur beginnt in den frühen Jahren des 19. Jahrhunderts. Eine erste Spur führt in die Stuttgarter Straße 50 in das Haus des 1818 verstorbenen Hofgürtlers Franke, dessen Witwe dort eine öffentliche Badeanstalt eröffnete.¹⁵ Am 1. Juni 1824 empfahl Catharina Franke in einer Anzeige des »Wochenblatts« ihre neue, »einem gefühlten Bedürfnisse begehrende Bade-Anstalt der freundlichen Teilnahme des verehrten Publikums«. Sie versäumte auch nicht, auf die Zweckmäßigkeit ihrer Einrichtung »in einem Orte, wo es bisher gänzlich an einer solchen mangelte«, hinzuweisen und den wohltätigen Einfluss der Bäder auf die Gesundheit zu erwähnen. Ob die Hofgürtlerswitwe dabei die Zeichen der Zeit erkannte

oder aus einer sozialen Notlage heraus handelte, ist nicht eindeutig zu beantworten.

Vieles spricht für die soziale Notlage. Catharina Franke musste sich nach dem Tod ihres Mannes irgendwie zurechtfinden und erwies sich dabei als eine zupackende und ideenreiche Überlebenskünstlerin. Im Jahr 1821 richtete sie in ihrem Haus eine Obstdörre ein und erbaute im Hof hinter dem Haus eine kleine Brauerei und Branntwein-Brennerei, die aber schon im August 1822 aus feuerpolizeilichen Gründen wieder geschlossen wurde. Noch im selben Monat eröffnete sie eine »wohlfeile Bleich-Wasch-Anstalt«. Im Mai 1824 dann die Eröffnung ihrer Badeanstalt, die sie vier Saisonen lang bis 1827 betrieb. Nebenher verkaufte sie »Erdbirnen« und weiße Hefe, sogar eine Drehbank hatte sie im Angebot. Dass sie Teile ihres großen Hauses vermietete, versteht sich fast von selbst. 1833 beantragte sie als einzige Möglichkeit »ihres Fortbringens« eine Konzession zum Wein- und Bierausschank, die sie auch erhielt.

Über das Bad selbst und den Badebetrieb geben die im »Wochenblatt« veröffentlichten Anzeigen nur spärliche Auskunft. Witwe Franke weist auf das vorzügliche Quellwasser, die hohe Reinlichkeit der Anlage und die anständige Behandlung ihrer Gäste hin. Sie hebt die »billigen Preise« (16 Kreuzer für das Bad, 3 Kreuzer Trinkgeld, 2 Kreuzer für ein Handtuch) hervor und bietet auf Wunsch auch Erfrischungen an.¹⁶ Zum Erwärmen des Badewassers diente übrigens der ausgediente Kessel ihrer Branntwein-Brennerei.

1838 brachte sich Catharina Franke mit einer Anzeige im »Wochenblatt« wieder in Erinnerung. So bot sie für ledige Herren oder Familien ein Logis an und empfahl sich ihren bisherigen Badegästen mit hohen Badezimmern und neuen Badezubern. Offensichtlich erfolglos, denn danach verliert sich die Spur der Hofgürtlerswitwe Catharina Franke. Das Haus wurde 1844 vom Sohn verkauft.

Der Badgarten und seine Wirte

Der Badgarten ist nach dem »Waldhorn« eines der ältesten noch bestehenden Traditionslokale der Stadt. Seine Geschichte beginnt im Jahr 1826 mit der Einrichtung einer öffentlichen Badeanstalt und eines Wirtschaftsgartens im Süden der Königlichen Anlagen, am Ende der heutigen Mühlstraße. Eine lange Reihe von Besitzern und Pächtern betrieb bzw. betreibt ohne Unterbrechung bis heute die Gastwirtschaft, während der Badebetrieb Anfang des 20. Jahrhunderts eingestellt wurde. Zwei Namen, Lutz und Rivinius, sind eng mit der Geschichte des Badgartens verbunden. Über 40 Jahre lang waren die beiden Wirtschaftsfamilien für die Geschicke des Badgartens verantwortlich. Neben den Bädern und dem Bier war die Nachmittags- und Abendmusik eine feste Größe im Unterhaltungsprogramm des Badgartens. Militärmusiker verschiedener in Ludwigsburg stationierter Einheiten wurden regelmäßig von den Wirten zwecks Hebung des Umsatzes engagiert. Der Biergarten mit seinen über 100 Jahre alten Kastanien ist heute nicht nur der älteste, sondern auch einer der schönsten und stimmvollsten der Stadt.

Johann Gottlob Lutz (1826–1831)

Der Hofbrunnenmacher Lutz besaß neben seinem in der Mömpelgardstraße 20 gelegenen Wohnhaus noch einen größeren Obstbaumgarten mit Gartenhaus und einer ergiebigen Quelle im Süden des Oberen Ostgartens. Als Fachmann in Wasserfragen erkannte Lutz das Potential seines Gartens. Er plante, sein 12 x 7,5 Meter großes, zweistöckiges Gartenhaus zu einer Badeanstalt umzubauen. Die in seinem Garten sprudelnde Quelle war allerdings herrschaftliches Eigentum. Unter Einhaltung strenger Auflagen konnte er sie aber als Wasserlieferantin für seine Bäder nutzen. Im März 1826 reichte er die entsprechenden Baugesuche

(Eröffnung eines neuen Bades).
Der Unterzeichnete hat die Eber, hienit bekannt zu machen, daß er in seinem an die K. Anlagen anstoßenden Garten eine Badeanstalt mit höchster Bewilligung errichtet hat, und solche nächst kommenden Samstag den 1. Juli eröffnen wird.
Da sämtliche Badwannen mit doppelten Häuten versehen sind, und Allen aufgeboten ist, um diesem Bad, welches außer seiner herrlichen Lage auch durch den mineralischen Gehalt des an Salzen und an fixer Luft reichen Wassers sich empfiehlt, die möglichste Vollendung zu geben, so schmeichelt sich der Unterzeichnete, die Zufriedenheit des Publikums zu erwerben, und eines geneigten Zuspruches sich erfreuen zu dürfen.
Der Preis eines Bades ist 18kr., sodann 3kr. Trinkgeld, und für ein Tuch, wenn solches verlangt wird, 3kr.
Endlich bemerkt der Unterzeichnete, daß er auch zu künstlichen Bädern erbötig, und daß für Erfrischungen an Wein, Bier &c. im Badhaus und Garten gesorgt ist.
Herrschaftlicher Brunnenmacher Lutz.

Eröffnung des Badgartens. Anzeige im
Ludwigsburger Wochenblatt, 27. Juni 1826.

bei der Stadt und der Finanzkammer ein und erhielt bereits Mitte Mai die entsprechenden Genehmigungen. Nachdem seine Frau 1100 Gulden Kapital zur Finanzierung aufgenommen hatte, stand der Realisierung des Projekts nichts mehr im Weg.

Das Erdgeschoss des Gartenhauses wurde zu einem Badehaus mit acht Badezimmern umgebaut. In der »Belle Etage« ließ Lutz zwei geräumige Wirtschaftszimmer und eine Küche einrichten. Das vom Kreis-Medizinalrat analysierte Quellwasser wurde in einer an das Badehaus angebauten Kesselanlage erhitzt und über Rohrleitungen zu den Wannen geführt, die aus zwei Hähen mit kaltem und warmem Wasser gefüllt werden konnten. Den ca. 60 Ar großen Garten hatte Gottlob Lutz auf die »neueste und geschmackvollste Art« mit zwei Pavillons und einer Laube, mit einer gedeckten Kegelbahn, einem Orchesterpodium und einem See mit Fischbehälter sowie mit 40 fest installierten Wirtstischen anlegen lassen. Für ein Bad mussten 18 Kreuzer und 3 Kreuzer »Trinkgeld« gezahlt werden.

Während der Badezeit in den Sommermonaten sorgten neben einem kühlen Bier unterschiedliche Musikdarbietungen nicht nur nach den Bädern für angenehme Unterhaltung. Der Badgarten, wie er bereits ab 1827 von den Ludwigsburgern genannt wurde, entwickelte sich schnell zu einem beliebten Treffpunkt und festem Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens der Stadt.

Der Tod seiner Ehefrau am 15. September 1829 löste bei Gottlob Lutz eine ernsthafte Krise aus. Als Reaktion versuchte er noch Mitte Oktober bzw. Mitte Januar 1830 zusammen mit dem Badgarten auch sein Anwesen in der Mömpelgardstraße zu verkaufen, was offensichtlich nicht gelang. Stattdessen heiratete er am 21. Februar 1830 Auguste Salome Häcker, die Witwe des Hirschwirts aus Kirchheim am Neckar. Außer ihrem noch unmündigen Sohn Friedrich brachte Auguste Häcker einige tausend Gulden Vermögen mit in die Ehe. Welche persönlichen oder finanziellen Überlegungen ausschlaggebend waren, dass sie ein Jahr später, am 9. Februar 1831, ihrem Ehemann den Badgarten für 5500 Gulden abkaufte, ist nicht bekannt. Schulden ihres Mannes? Kein Beweis, aber doch ein starkes Indiz hierfür ist, dass der Kaufpreis nicht an ihren Mann direkt, sondern an einen Treuhänder ausbezahlt werden musste.

Auguste Lutz/Friedrich Häcker (1831–1846)

Als Badwirtin betrieb Auguste Lutz den Badgarten in bewährter Art weiter. Von Glück gesegnet scheint die Ehe allerdings nicht gewesen zu sein, denn Ende 1834 lebte das Ehepaar bereits getrennt. Mit Eröffnung der Badesaison 1842 übernahm der in der Zwischenzeit volljährige Friedrich Häcker die Bad- und Gastwirtschaft und führte sie als Badwirt im Namen seiner Mutter weiter, die in diesem Zusammenhang in einem

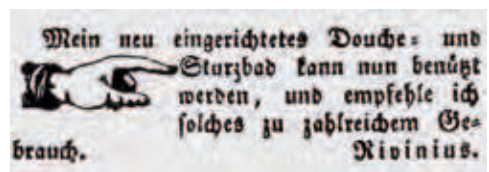
Gemeinderatsprotokoll vom 23. Mai 1842 als ein »zank- und streitsüchtiges Weib« beschrieben wurde.

Gottlob Lutz starb am 2. Juni 1844 an »Brustentzündung«. Seine Witwe verkaufte das gesamte Badgarten-Anwesen mit allen Einrichtungen am 26. Januar 1846 für 8750 Gulden an den ehemaligen Soldaten Adam Friedrich Rivinius. Auguste Salome Lutz starb am 13. Januar 1852 verarmt im Ludwigsburger Stadtsptial.

Adam Friedrich Rivinius (1846–1855)

Der neue Badwirt war ein Mann schneller Entscheidungen. Unverzüglich beauftragte er den Werkmeister Friedrich Baumgärtner d.Ä. mit der Erweiterung des seit zwanzig Jahren unveränderten Badhauses. Baumgärtner legte bereits Anfang März 1846 die Pläne für einen zweistöckigen, 8,5 x 11,5 Meter großen Anbau im Westen des Gebäudes vor. Während die Badeeinrichtungen im Badehaus unverändert bleiben sollten, hätte Rivinius die Gastwirtschaft durch den Umbau um vier Räume im Erd- und zwei größere Zimmer im Obergeschoss des Anbaus vergrößern können. Nach Aktenlage kam der Umbau jedoch nicht zustande.¹⁷

Bereits am 30. April erschien im »Wochenblatt« eine Anzeige, in der Rivinius die Eröffnung des Bades und der Haus- und Gartenwirtschaft ankündigte. Er führte die Tradition der beliebten Gartenmusik weiter, sorgte aber auch für einige Neuerungen im Badebetrieb. Neben »Bädern aller Arten« wie Solebädern oder sogar chemisch zubereiteten Bädern bot er auch Bäder nach ärzt-



Ludwigsburger Tagblatt, 20. Juli 1847.



Lageplan des Badgartens von Werkmeister Baumgärtner, 1846.
(Stadtarchiv Ludwigsburg, L 63 Bü 1196)

licher Verordnung an. Als neueste Attraktion kam 1847 ein »Douche- und Sturzbad« ins Angebot. Im Abonnement wurden die Preise günstiger. Jedes Jahr erschien zu Beginn der warmen Jahreszeit unter der Überschrift »Bad-Empfehlung« eine Anzeige in der örtlichen Presse, in der Rivinius seine Badeanstalt zu »zahlreichem Gebrauch« empfahl.

Christian Friedrich Rivinius (1855–1868)
Als sich Adam Rivinius altershalber aus der Bewirtschaftung des Badgartens zurückzog, verkaufte er seinem Sohn Christian Friedrich am 23. August 1855 das gesamte Anwesen. In der folgenden Zeit erfuhr der Badgarten seine größten Veränderungen. Zunächst führte Rivinius den Badebetrieb auch während der Wintermonate ein; we-

gen der aufwendigen Erwärmung der Badezimmer war Vorbestellung erforderlich. Nach kleineren Baumaßnahmen in eigener Sache – einem Geflügelhaus und einem kleinen bewohnbaren Hinterhaus im Garten – ließ er sich im Winter 1863/64 vom Werkmeister Schweizer ein modernes Badehaus an der Westseite seines Gartens erbauen. Auf einer Grundfläche von ca. 20 x 8 Metern richtete Rivinius 15 Badezimmer ein, acht davon waren mit Warmluft aus dem an der Stirnseite liegenden Kesselhaus beheizbar. Das Pumpwerk zur Wasserversorgung aus der Quelle und die Befuerung der Kessel waren so ausgelegt, dass etwa 200 Bäder pro Tag abgegeben werden konnten.

Am 1. Mai 1864 eröffnete Rivinius das »für alle Stände auf's Bequemste eingerichtete Bad«, gleichzeitig startete auch die Saison der Gartenwirtschaft. Ende Mai 1866 erhielt Rivinius für die Badgarten-Wirtschaft die dingliche Schildwirtschaftsgerechtigkeit, was bedeutete, dass der Wirtschaftsbetrieb nicht an eine Person, sondern an das Lokal gebunden war. So konnte er jetzt die Badgarten-Wirtschaft verpachten und sich ganz der Badeanstalt widmen. Er plante weiter und wollte seinen Badegästen auch Übernachtungsmöglichkeiten anbieten, ein Plan, der sich offensichtlich im Badgarten nicht realisieren ließ. Dies war möglicherweise auch einer der Gründe, warum Friedrich Rivinius am 25. Mai 1868 den Badgarten zusammen mit seinem gerade zwei Jahre alten Badehaus an Johann Heinzelmann verkaufte, um sich in der Schillerstraße eine neue Existenz aufzubauen.

Die Badwirte von 1868 bis 1909

Mit dem Weggang von Friedrich Rivinius endet die Kontinuität bei der Bewirtschaftung des Badgartens. In den nächsten 40 Jahren folgten sechs neue Besitzer. Größere bauliche Veränderungen wurden nicht mehr vorgenommen. Der Badgarten bot seinen Gästen weiterhin die bewährte Mi-

schung aus Unterhaltung und Badevergnügen, wobei der stimmungsvolle Biergarten mit seinen abwechslungsreichen Musikprogrammen gegenüber der Badeanstalt immer mehr an Beliebtheit und Anziehungskraft gewann.

Johann Heinzelmann verkaufte den Badgarten 1874 an Johann Jakob Eisele, einen Stuttgarter Siedemeister. Andreas Waibel führte als Pächter von Eisele drei Jahre lang den Badgarten. Nach dem Tod von Eisele im Jahr 1877 entschied sich Heinzelmann, den Badgarten erneut zu kaufen und David Reichert als Pächter zu beschäftigen. Als Heinzelmann 1883 starb, übernahm die Stabtrompeterswitwe Pauline Lutz bis zur Regelung der Erbschaftsangelegenheiten 1885 die Bewirtschaftung des Badgartens.

Zur Ruhe kam der Badgarten jedoch auch jetzt nicht. Im Gegenteil. Ein gewisser Karl Hauber aus Stuttgart kaufte das Anwesen, verschwand aber noch im selben Jahr unter Hinterlassung ungeklärter Vermögensverhältnisse von der Bildfläche. Die in solchen Angelegenheiten schon erfahrene Stabtrompeterswitwe übernahm wieder die Führung der Geschäfte, bis 1886 Jakob Müller die Badwirtschaft mit Garten und der Badeanstalt kaufte und erfolgreich weiterführte. So warb er im Adressbuch von 1888 für seine »hübsche Gartenwirtschaft in reizender Lage«, in der Nähe der Emichsburg und des Favorite-Schlusses.

Im Jahr 1893 übernahm Franz Rapp den Badgarten mit der Badeanstalt und ersetzte die veraltete Kegelbahn durch eine neue, beheizbare. Ganz glücklich schien er mit dem Geschäft trotzdem nicht gewesen zu sein. Als die Stadtverwaltung 1901 einen Bauplatz für das geplante Stadtbad suchte, bot Rapp der Stadt den Badgarten zum Kauf an, ohne Erfolg. Ende 1908 hatte er dann mehr Glück. Er verkaufte den Badgarten zusammen mit dem dinglichen Wirtschaftsrecht für 56 000 Mark an die Stadt.



Badgarten von Franz Rapp, um 1900. Straßenansicht mit Badhaus (links) und Kegelbahn (rechts); Gartenansicht mit See. (Stadtarchiv Ludwigsburg, Foto-Sammlung)

Die Stadt als »Badwirt« (1909–1997)

Der Badebetrieb wurde eingestellt und das Badehaus abgerissen, als Ersatz stand ja seit Herbst 1908 das komfortable neue Stadtbad zur Verfügung. Die Führung der Wirtschaft lag künftig in den Händen von Pächtern. Als bekanntester Pächter betrieb die Familie Gemmrig während zweier Generationen von 1931 bis 1988 die Badgartenwirtschaft.

In den Jahren 1950/51 gestaltete das städtische Gartenamt den während der Kriegejahre arg verwilderten Gartenbereich

neu. An Stelle des alten Quellteichs, den die Ludwigsburger Schnaken im Sommer offenbar besonders liebten, wurden zwei übereinander liegende Wasserbecken angelegt, die weiterhin von der Badgartenquelle mit frischem Wasser versorgt wurden. Die letzte große Sanierung des Wirtschaftsgebäudes ließ die Stadt Mitte der 1970er Jahre durchführen. Gestört wurde die geliebte Biergarten-Atmosphäre, als infolge der 1990 begonnenen Klinikneubauten der Grundwasserspiegel im Badgarten wie auch

im Ostgarten des Blühenden Barocks so stark absank, dass die Badgarten-Quelle die beiden Becken nicht mehr ausreichend mit Wasser versorgen konnte. Sie wurden zuge-schüttet und mit Blumen bepflanzt.

Nach längeren Diskussionen beschloss die Stadt, sich von einem Teil des Badgartens zu trennen. Am 20. Oktober 1997 verkaufte sie das Wirtschaftsgebäude mit der angrenzenden Kegelbahn an einen Privatmann. Der Biergarten befindet sich weiterhin im Besitz der Stadt.

Badeanstalt im »Englischen Garten« (Asperger Straße 49)

Carl Usenbenz

Mitte der 1860er Jahre schienen die Ludwigsburger endgültig die Annehmlichkeiten warmer Wannenbäder für sich entdeckt zu haben. Zwei Jahre, nachdem Friedrich Rivinius sein neues Badehaus im Badgarten eröffnet hatte, kaufte der gelernte Schuster Carl Usenbenz Ende Oktober 1866 von der Witwe Pommer eine Gastwirtschaft mit Saal und Wirtschaftsgarten an der Ecke von Asperger und Uhlandstraße, den seit über 40 Jahren beliebten »Pommerschen Garten«. Usenbenz war wohl von der im Badgarten bewährten Kombination von Gastwirtschaft und Badeanstalt als Geschäftsmodell überzeugt und kopierte die erfolversprechende Idee.

Anfang 1867 legte Werkmeister Paul Baumgärtner seine Pläne zum Umbau der Gastwirtschaft und zum Neubau eines Badehauses zur Genehmigung vor. Das Badehaus lag entlang der Uhlandstraße, hatte acht Badeskabinette und sah dem Badehaus von Rivinius zum Verwechseln ähnlich. Stolz nannte Carl Usenbenz sein Bad »Carlsbad« und die Gastwirtschaft »Zum Englischen Garten«. Das Geschäft mit den Bädern scheint gut gelaufen zu sein. Usenbenz entschloss sich, zu vergrößern. Im März 1868 legte Paul Baum-

gärtner Pläne für ein Bad mit jetzt zwölf Badeskabinetten vor, das in den Westflügel der Gastwirtschaft verlegt worden war. Das Badehaus von 1867 wurde abgerissen.

Am 15. Mai 1869 kündigte Carl Usenbenz im »Tagblatt« die Eröffnung des neu eingerichteten »Carlsbads« an. Von 5 Uhr morgens an konnten den ganzen Tag warme und kalte Bäder nach den Vorschriften des Arztes genommen werden. Das Wellness-Angebot im »Carlsbad« suchte sicher seinesgleichen. Neben russischen und türkischen Dampfbädern machte Usenbenz in einer Anzeige vom 16. Juni 1870 Werbung für insgesamt vierzehn unterschiedliche Bäder, vom Solebad über ein Kalmusbad bis zum Regenbad. Nach den Anwendungen konnten sich die Badegäste im Wirtsgarten ergehen und erfrischen, bei schlechter Witterung stand dafür der »Kursaal« zur Verfügung. Warum Carl Usenbenz am 24. März 1877 den »Englischen Garten« an den Privatier Gottlob Ockert verkaufte, ist nicht bekannt.

Gottlob Ockert

Nach dem Kauf des »Englischen Gartens« führte Ockert die Gastwirtschaft mit Garten sowie die Badeanstalt nahtlos weiter. Sogar die Bad-Abonnements seines Vorgängers akzeptierte er kulanterweise noch einen Monat lang. Ende April 1877 eröffnete Ockert seine erste Badesaison. Anschließend richtete er sein Bad speziell für die immer etwas ertragsschwache Wintersaison besser ein. Er investierte in einen neuen putzfreien Kessel und baute das bisherige Kesselhaus zu einem »Winterbad« um.

Im Jahr 1881 ließ Ockert seine Badeanstalt modernisieren: »13 ziemlich geräumige, helle, vollständig trockene und mit dem nötigen Komfort versehene Kabinette« standen den Badegästen jetzt zur Verfügung. Den Höhepunkt bildeten »drei nach der neuesten Art konstruierte Marmorbassinbäder mit Doucheeinrichtung«. Ein gewöhnliches Wannenbad kostete 50 Pfenni-



Milch-, Molkenkur- & Badeanstalt im Englischen Garten.

Der Anfang der

Milch- und Molkenkur

beginnt Sonntag den 16. Mai, Morgens 6 Uhr, bei ungünstiger Witterung im Kurtsaale.

Das neu eingerichtete Carlsbad wird Samstag den 22. Mai eröffnet.

Gewöhnliche Bäder, russische Dampfbäder, Soolbäder, Stahlbäder, Schwefelbäder, Kiefernadelbäder, Douche-Bäder

nach den neuesten Einrichtungen.

Mit demselben beginnt die Wasserkur. Alle Sorten Mineralwasser, direkt bezogen, werden glasweise abgegeben.

Auf nummerirte Zimmer kann von heute an abonniert werden.

Seine Anlagen und Spaziergänge wurden um Vieles ergänzt und auf's Prachtvollste hergerichtet, um meinen geehrtesten Besuchern den angenehmsten Aufenthalt zu bieten, und bitte daher um gütigsten Besuch.

Hochachtungsvoll

Carl Usenbenz.

Das »Carlsbad« im »Englischen Garten« von Carl Usenbenz.

Oben: Grundriß des Badhauses, 1867 (Stadtarchiv Ludwigsburg, L 63/1 Bü 39);

unten: Anzeige im Ludwigsburger Tagblatt, 15. Mai 1869.

ge, für das luxuriöse Bad im Marmorbassin musste der Badegast 15 Pfennige mehr bezahlen.

Etwas überraschend erschien dann am 27. März 1890 in der Presse eine Anzeige,

in der Ockert ankündigte, den »Englischen Garten« verkaufen, zumindest aber verpachten zu wollen. An dem Wirtschaftsbetrieb und vor allem an dem Wirtsgarten schien ihm zu diesem Zeitpunkt nicht mehr

viel gelegen zu sein. Als Verkaufsargument warb er mit den drei schönen Bauplätzen, die auf dem Anwesen vorhanden wären. Auch würde sich das Ganze zu einem »schönen Fabrikantenwesen« bestens eignen.

Sah Ockert seine Felle langsam davonschwimmen? Oder reagierte er schon auf die unübersehbaren Veränderungen der Zeit? Ludwigsburg hatte seinen Dornröschenschlaf hinter sich gelassen, besaß ein Gas- und Wasserwerk, einen Bahnhof und mehrere größere Industrieansiedlungen. Die Einwohnerzahlen stiegen und mit den neuen Kasernen kamen ab der Mitte der 1880er Jahre immer mehr Soldaten nach Ludwigsburg. Die Stadt befand sich im Aufschwung und dachte über ein Elektrizitätswerk nach. Die Bürger wünschten sich statt des primitiven Freibads am Neckar und den privaten Wannenbädern ein »Volksbad« mitten in der Stadt.

Zum Verkauf des »Englischen Gartens« kam es nicht. Aber Ockert opponierte entschieden gegen die Volksbad-Idee. Ende 1899, als die privaten Badeanstalten seiner Meinung nach nicht mehr prosperierten, schloss er sein Bad im »Englischen Garten« und baute stattdessen in die dadurch freiwerdenden Räume Gewinn bringende »Wirtschaftslokalitäten« ein.

Neues Bad von Friedrich Rivinius (Schillerstraße 6)

Die Geschichte des Bades von Friedrich Rivinius in der Schillerstraße 6 ist kurz und trotzdem ereignisreich. Fest steht, dass Rivinius am 30. Juli 1868 das Grundstück Parz. 531/1 von der Stadt als Bauplatz gekauft hatte, auf dem er dann innerhalb von acht Monaten ein Wohnhaus mit zwei Obergeschossen und einer Badeeinrichtung samt Heizkessel im Souterrain erbaute. Bereits am 4. April 1869 erschien im »Tagblatt« eine Anzeige, in der Rivinius die Eröffnung seines neuen Bades anzeigte.

Offensichtlich war das Bad im Souterrain aber nur als Provisorium gedacht, denn schon im Juni 1869 wurden Varianten für ein reines Badehaus im Hinterhof diskutiert. Die entsprechenden Pläne von Werkmeister Haug aus Markgröningen datieren von Ende Dezember 1869. In dem 15 x 8 Meter großen Badehaus waren im Erdgeschoss neben den Badekabinen noch eine Küche und der Heizkessel, im Obergeschoss Zimmer für Kurgäste vorgesehen. Sein Baugesuch erläuterte Rivinius sehr selbstbewusst: »Vielseitige Erfahrung in Beziehung auf Badeinrichtung veranlassen den Unterzeichneten, ein zweistöckiges Badhaus zu bauen und zwar im ersten Stock [EG] Einrichtungen der gewöhnlichen und außergewöhnlichen Kurbäder. Zweiter Stock hauptsächlich für Kurgäste bestimmt, was bei den neuen Bad-Einrichtungen unentbehrlich erscheint.«

Am 25. Juni 1870 kündigte Rivinius wortreich die Eröffnung des vergrößerten Bades an, mit jetzt 13 Kabinen, Bassins, Blech- und Holzwannen und zwei türkischen Bädern. »Großartiger Anpreisungen« wollte sich Rivinius enthalten, aber trotzdem anmerken, dass man diese Einrichtung »so leicht anderwärts nicht antreffen« werde.

Was sich in den nächsten zwei Jahren im Hause Rivinius ereignete, ist nicht bekannt. War die Konkurrenz des benachbarten »Carlsbads« letztlich doch zu groß? Im April 1872 wollte Rivinius das Wohnhaus an der Straße verkaufen, das Bad im Hinterhaus dagegen weiterbetreiben. Der Gemeinderat stimmte einem Teilverkauf nicht zu. Für Rivinius begann damit ein langer Gang durch die Instanzen, bis das Innenministerium seinen Einspruch im Februar 1873 endgültig ablehnte. Noch im selben Monat verkaufte Rivinius die Schillerstraße 6 an den Kaufmann Paul Rothfritz. Die Badeeinrichtungen wurden als Eigentum von Rivinius ausgebaut.

Badeanstalt »Englischer Hof« (Stuttgarter Straße 2)

Nachdem Carl Usenbenz im März 1877 den »Englischen Garten« an Gottlob Ockert verkauft hatte, erwarb er im Oktober 1877 von dem Partikulier Beck das Anwesen Stuttgarter Straße 2 (das heutige »Scala«), um dort die ihm vertraute Kombination von Gastwirtschaft und Badeanstalt fortzusetzen. In seinem neu eingerichteten Etablissement »Zum Englischen Hof« betrieb er ein Café-Restaurant mit Billard, Garten und Ludwigsburger Lagerbier.

Die im Süden des Gebäudes angebaute Remise mit Stall und Waschhaus ließ er zu einem Badehaus mit vier beheizbaren Badekabinetten umbauen. Ab Dezember 1877 empfahl er dem Ludwigsburger Publikum seine »aufs Beste« eingerichteten Wannen- und Bassinbäder,

seine Regen- und Winterbäder sowie die ausgezeichneten Duschen und Strahlapparate. Nach dem Tod von Carl Usenbenz Mitte 1886 verkaufte seine Witwe im Juli 1891 die Gastwirtschaft mit Bad und Garten. Bis 1900 wurde die Badeanstalt von den jeweiligen Pächtern der Gastwirtschaft noch weiter betrieben.

Charlottenbad (Schillerstraße 12)

Den Unterlagen des Gas- und Wasserwerks ist zu entnehmen, dass die Kommissär-Witwe Bertha Senghas im April 1897 die Wasserzuleitung in ihr kürzlich erworbenes Haus in der Schillerstraße 12 beantragte, weil sie im Hinterhaus eine Badeanstalt mit zehn Kabinen einrichten wollte. Die dazu benötigte Genehmigung zum Betrieb von zwei Öfen zur Erhitzung des Badewassers

Charlottenbad Ludwigsburg

12 Schillerstrasse 12.

Eröffnung: Donnerstag den 1. Juli 1897.

Den geehrten Einwohnern von Ludwigsburg erlaube ich mir die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich in hiesiger Stadt eine

öffentliche Bade-Anstalt

errichtet habe und lade Sie zum fleißigen Besuch derselben höflichst ein.

Die Bäder sind der Neuzeit entsprechend elegant und komfortabel ausgestattet.

Es werden verabreicht: **warme Bäder** in Bassin und Wanne, mit kalter und warmer Douch; **medizinische Bäder**, als: Sool- und Kiefernadelbäder, sowie kohlensaure Soolbäder (System Quaglio).

Die Badeanstalt ist Werktags von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr, an Sonntagen von morgens 7 Uhr bis mittags 2 Uhr geöffnet.

Für eine aufmerksame und reinliche Bedienung ist Sorge getragen.

Ich bitte höflichst mein Unternehmen durch häufige Benutzung meiner Badeanstalt gütigst zu unterstützen und zeichne

hochachtungsvoll

Frau Bertha Senghas.

erhielt sie Ende Juni von der Stadt. Am 1. Juli 1897 eröffnete Bertha Senghas das Charlottenbad, das in der Zwischenzeit fünfte private Wannenbad in der Stadt.¹⁸

Ein bemerkenswertes Detail ist vorbildlich und erwähnenswert: Das im Bad verwendete Wasser stammte aus einem hauseigenen Brunnen und wurde mit Hilfe eines Gasmotors in die Badeeinrichtung gepumpt. Nur im Sommer oder bei längerer Trockenheit musste auf die städtische Wasserversorgung zurückgegriffen werden. Den letzten Hinweis auf Bertha Senghas als Besitzerin des Charlottenbades findet man im Adressbuch von 1910. Am 1. Juli 1910 übernahm der Tapeziermeister Johannes Schwarz das Haus und führte die Badeanstalt bis 1920 weiter. Mit dem Charlottenbad endet die fast 100-jährige Geschichte der privaten Wannenbäder in Ludwigsburg.

Luft- und Sonnenbad des Naturheilvereins

Eine Sonderstellung unter den Ludwigsburger Bädern nimmt das Luft- und Sonnenbad des Naturheilvereins ein. Nicht, wie bisher gewohnt, im Wasser, sondern in Luft wurde gebadet. Der Ludwigsburger Verein war Teil einer Bewegung, die in der Rückkehr zur Natur und einer naturgemäßen Lebensweise die Möglichkeit sah, die Gesundung von Körper und Geist zu fördern. Als Mittel zum Zweck diente dabei ein Badeplatz in ruhiger, staubfreier und sonniger Lage, wo die Besucher beim Aufenthalt im Freien Erholung, Ruhe und Stärkung finden konnten.

Der 1904 gegründete Verein fand 1908 im Bereich der Jägerhof-Gärten zwischen der Eugenstraße und der Alt-Württemberg-Allee einen ca. 20 x 100 Meter großen Garten, der sich als Badeplatz eignete und von der Stadt gepachtet wurde. In getrennten Abteilungen konnten Männer und Frauen luftbaden und Sport treiben. Zur Abkühlung von

außen wurde eine Dusche installiert, für die Abkühlung von innen sorgte ein Erfrischungsraum mit alkoholfreien Getränken. Zwei Kühe, die im benachbarten Garten ebenfalls luftbadeten, lieferten bei Bedarf die zur Stärkung des Körpers benötigte Frischmilch.

1911 hatte der Verein rd. 240 Mitglieder, allein im Juni besuchten 375 Erwachsene und 275 Kinder das Bad. Als die zunehmende Bautätigkeit in diesem Gebiet die Ruhe des Badeplatzes immer mehr störte, zog der Verein 1926 auf einen Platz im Bereich des heutigen MTV-Geländes am Fuchshof um.¹⁹

Das Stadtbad in der Alleenstraße

Vorgeschichte (1893–1908)

Das Interessanteste und Spannendste an der Geschichte des Ludwigsburger Stadtbads ist zweifellos die Vorgeschichte. Was aber nicht bedeutet, dass sich nach der Eröffnung am 9./10. Oktober 1908 nichts Erwähnenswertes mehr rund um das Bad ereignet hätte. Es wurde geplant, kalkuliert und heftig diskutiert, wie die Anlage an den steigenden Zuspruch angepasst und erweitert werden könnte, aber ohne Erfolg. Der Ausbruch des Krieges machte 1939 aus den vorhandenen Überlegungen und Plänen Makulatur. So blieb das in der Zwischenzeit denkmalgeschützte Gebäude bis auf geringe Veränderungen in seiner originalen Bausubstanz erhalten und bis zur Eröffnung des Stadionbades im Jahr 1969 auch das einzige öffentliche Hallenbad in Ludwigsburg.

Den ersten Versuch, in Ludwigsburg das Thema Schwimmbad anzusprechen, unternahm ein unbekannter Schreiber eines Leserbriefes in der »Ludwigsburger Zeitung« am 30. Juli 1893. Er wies darauf hin, dass auch in Ludwigsburg ein dringendes Bedürfnis für ein gut eingerichtetes Bad existiere und führte andere Städte der Region als nachahmenswerte Beispiele an.²⁰ Mit



Ludwigsburger Zeitung, 4. Februar 1901.

einem eindringlichen Wunsch endete seine Zuschrift: »Mögen diese Zeilen Veranlassung geben, dass uns recht bald die Wohltat einer öffentlichen Badeanstalt zu Teil werde«. Seine Zeilen bewirkten nichts.

Erst zwei Jahre später, im September 1895, wandte sich der Werkmeister und Architekt Th. Kirschner mit der Ankündigung an die Stadt, auf seinem Grundstück entlang der Alleenstraße eine Schwimmbadanstalt errichten zu wollen. Um das Projekt realisieren zu können, verlangte er von der Stadt die Garantie, Wasser für das Bad dann zu liefern, wenn seine eigene Quelle nicht ausreichte. Die Stadt lehnte ab. Die Frage einer sicheren Wasserversorgung sollte in nächster Zukunft zum alles entscheidenden Kriterium bei der Planung eines städtischen Bades werden. Als wasserarme Stadt hatte Ludwigsburg in der Vergangenheit immer mit Wassermangel zu kämpfen. Die Entspannung der Situation nach Inbetriebnahme des 1891/92 in Hoheneck erbauten Wasserwerks wollte dabei niemand aufs Spiel setzen.

Einen Monat später startete Hauptmann a.D. Karl Kleemann, ein engagierter Ludwigsburger, den nächsten Vorstoß. Er plante, in Ludwigsburg ein Elektrizitätswerk zu bauen und dabei »eventuell später die Erstellung einer Bade-Anstalt ins Auge zu fassen«. Die Kombination von Elektrizitätswerk und Badeanstalt stieß allgemein auf

Unverständnis und war deshalb zum Scheitern verurteilt.

Hatte sich die Stadtverwaltung in der Diskussion um den Bau eines Volksbades, wie die Badeanstalten Ende des 19. Jahrhunderts allgemein hießen, bisher eher passiv verhalten, so mussten die Verantwortlichen im Oktober 1896, als die jährliche Medizinal-Visitation eine Stellungnahme in Sachen einer städtischen Badeanstalt forderte, erstmals Farbe bekennen. Die Antwort der Stadt an die Behörde fiel freilich unverbindlich und ausweichend aus. Der Gemeinderat habe beschlossen, »die Frage der Errichtung einer öffentlichen Badeanstalt in ernstliche Erwägung zu ziehen«, außerdem würde er die sanitäre Bedeutung einer guten Badeanstalt voll würdigen. Darüber hinaus könne die schwierige Ludwigsburger Wasserfrage neben der ungeklärten Finanzsituation als Grund dafür angeführt werden, dass »der Ausführung einer städtischen Badeanstalt seither nicht näher getreten wurde«. Trotz dieser gewichtigen Bedenken werde man die Errichtung oder Unterstützung einer Badeanstalt im Auge behalten.

Ein sozial engagierter Ludwigsburger wollte das Problem Badeanstalt nicht nur im Auge behalten, sondern auch aktiv zur Lösung beitragen. Der 1897 verstorbene Fabrikant Gustav Franck bestimmte 20 000 Mark aus seinem Vermächtnis zur Errichtung eines Volksbades. Die Stadtverwaltung nahm

das Vermächtnis dankend an und richtete damit bis zur endgültigen Verwendung eines Volksbad-Fonds als Grundstock für die Finanzierung eines künftigen Bades ein.

Im August 1899 kam dann plötzlich Bewegung in die bisher nur beiläufig behandelte Bad-Frage. Der Stadtbaumeister berichtete vor dem Gemeinderat von den zur Sanierung des wenig attraktiven städtischen Badeplatzes am Neckar notwendigen Maßnahmen und kam abschließend zu der Erkenntnis, dass »zur Befriedigung des Badebedürfnisses der hiesigen Einwohner nur die Erstellung einer Badeanstalt führen kann, welche neben Einzelbädern eine Schwimmhalle und Dampfbäder enthalten sollte«. Damit waren die künftigen Aufgaben klar umrissen.

Der Gemeinderat reagierte sofort und bildete eine Badkommission für die nötigen Vorarbeiten. Als möglicher, zentral gelegener Standort des Bades wurde zunächst der Garten hinter dem heutigen Ratskeller vorgeschlagen. Als ein eilig gegrabener Brunnen dort kein Wasser zu Tage förderte,



*Stadtbad in der Alleenstraße,
Skizze von Architekt Schmohl, 1907.
(Vorlage Stadtarchiv Ludwigsburg)*

meldete sich wieder Th. Kirschner und bot seinen Platz an der Alleenstraße erneut als möglichen Standort an. Weitere Vorschläge folgten: In einem Leserbrief vom Mai 1900 wurde auf den wasserreichen Badgarten hingewiesen, »der sich in hygienischer, ästhetischer und ökonomischer Hinsicht zu einem Volksbad eignen würde«. Auch Bertha Senghas vom Charlottenbad bot ihr Grundstück der Stadt zum Kauf an.

Im Laufe des Jahres 1900 hatte die Badkommission einen umfangreichen Bericht über die Errichtung einer Badeanstalt erarbeitet, in dem vier mögliche Standorte – Ratskellergarten, Feuersee-Südostecke, Feuersee-Nordostecke, Kirschner-Platz in der Alleenstraße – im Hinblick auf Wasserbeschaffung, Baukosten und Rentabilität miteinander verglichen und bewertet wurden. Zum Schluss empfahl die Badkommission den Bau eines Schwimmbades für 230 000 Mark auf dem Kirschner-Platz.

Der Bericht wurde am 8. Februar 1901 in einer Bürgerversammlung der Bevölkerung vorgestellt.²¹ In zwei Beratungen am 6. und 13. Februar fasste der Gemeinderat mehrere weitreichende Beschlüsse: Die Standorte Ratskellergarten und Badgarten scheiden aus. Die Stadt soll ein Schwimmbad für 230 000 Mark bauen, sobald die Finanzierung gesichert ist. Zur Finanzierung zahlt die Stadt jährlich 5000 Mark in einen Bad-Fonds. Weitere Mittel müssen aus Schenkungen und zinslos der Stadt gewährten Darlehen stammen. Die Beratungen des Gemeinderats und die Diskussionsbeiträge der Bürgerversammlung standen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Ausführlich berichtete die »Ludwigsburger Zeitung« über den Verlauf und die Ergebnisse der einzelnen Veranstaltungen. In Leserbriefen äußerten viele Bürger ihre Meinung zu der »Volksbadfrage«.

In der Gemeinderatsitzung vom 9. Juli 1901 fiel dann die endgültige Entscheidung für die Feuersee-Südostecke als Standort.



*Schwimmhalle des Stadtbads nach Süden.
Skizze von Architekt Schmohl, 1908. (Vorlage Stadtarchiv Ludwigsburg)*

Die Ereignisse danach überschlugen sich fast: In derselben Sitzung wurde die Finanzierung, u.a. über Schenkungen und Darlehen, genehmigt und der Beschluss gefasst, zur Erlangung von Vorschlägen für ein Bad einen engeren Wettbewerb auszuschreiben. Die Badkommission veröffentlichte in der Zeitung einen großen Spendenaufruf und ließ vorsorglich gleich Entwürfe für Schenkungs- bzw. Darlehensurkunden anfertigen. Die ersten Schenkungen und Darlehen wurden als Anreiz zur Nachahmung einzeln in der Zeitung erwähnt: Oberbürgermeister Hartenstein und Gemeinderat Huss schenkten je 1000 Mark, der Architekt Fritz Baumgärtner und der Fabrikant Karl Baumgärtner stellten der Stadt ein Darlehen von 4000 bzw. 8000 Mark zur Verfügung.

Zum Abschluss des ereignisreichen Jahres 1901 gab das Preisgericht im Dezember den Sieger des Wettbewerbs bekannt. Unter fünf eingereichten Vorschlägen überzeugte der Siegerentwurf der Stuttgarter Architekten Schmohl und Stähelin durch »die knappe und klare Fassung des Grundrisses und die vornehme Behandlung von Vestibül und Warteräumen«.

Wer allerdings geglaubt hatte, dass es mit dem Bau des Schwimmbades jetzt genauso schnell weitergeht, sah sich bald getäuscht. Nach dem an positiven Entscheidungen reichen Jahr 1901 folgten vier Jahre der äußeren Ruhe. Obwohl zu dem Vermächtnis von Gustav Franck noch ein Vermächtnis des Rechtsanwalts Dr. Wächter in Höhe von 20 000 Mark dazugekommen war und sich Hermann Franck im Rahmen einer seiner

Stiftungen verpflichtete, einen jährlichen Zuschuss zum Betrieb des Bades zu leisten, kam die Finanzierung nur schleppend voran.

Enttäuschte Schwimmbadfreunde beschwerten sich in der Zeitung über den zu langsamen Fortgang des Projekts. Der übelriechende Feuersee, der wegen seines schlechten Zustands häufig für negative Kommentare sorgte, wäre immer noch nicht zugeschüttet und die Frösche quakten mitten in der Stadt munter weiter. Erst im März 1904 schloss die Stadt mit der Kameralverwaltung einen Vertrag ab, nach dem sie den Feuersee trockenlegen und überbauen sowie das Wasser der Feuerseequelle für das Bad verwenden durfte. Nach dem Eingang von 75 Schenkungen und 61 Darlehenszusagen schien die Finanzierung Ende 1905 gesichert zu sein. Die Badkommission beauftragte Schmohl und Stähelin, detaillierte Baupläne und Kalkulationen auszuarbeiten. Nach Vorlage der endgültigen Pläne (der Standort war von der Südost- in die Nordostecke des Feuersees verlegt worden) und überarbeiteten Kalkulationen (Baukosten jetzt 255 000 Mark) wurde das Stadt-

bad-Projekt am 13. Februar 1907 definitiv vom Gemeinderat beschlossen. Die Bauarbeiten sollten sofort beginnen.

Im März wurde das Baugesuch eingereicht und im April genehmigt. Anfang Juni waren die Arbeiten an den Fundamenten bereits in vollem Gange. Ende Oktober konnte die Decke der Schwimmhalle erstellt werden. Das Gebäude kam noch vor dem Winter unters Dach, der aufwendige Innenausbau konnte folgen. Noch während der laufenden Bauarbeiten wurden planerische Änderungen vorgenommen, so dass ein zweites Baugesuch im März 1908 nachgereicht werden musste. Die Anfang 1907 in Höhe von 255 000 Mark berechneten Baukosten erhöhten sich auf 325 000 Mark, die Aufnahme von externen Darlehen war damit unumgänglich.²² Aber das Stadtbad erfüllte jetzt mit den eingeplanten Verbesserungen alle Ansprüche, die an ein modernes Bad gestellt wurden. Den Mittelpunkt bildete das 9x20 Meter große Schwimmer-/Nichtschwimmerbecken. Daneben standen den Besuchern neben Wannen- und Brausebädern auch ein Dampfbad sowie ein Warmluftbad mit Ruheräumen



Innenansicht auf einer Postkarte. (Kreisarchiv Ludwigsburg)



Innenansicht der Schwimmhalle.
 (Stadtarchiv Ludwigsburg, Foto-Sammlung Aigner)

zur Verfügung. Ein Hundebad mit getrenntem Eingang im Untergeschoss vervollständigte das Badeangebot.

Nach knapp eineinhalb Jahren Bauzeit wurde das Ludwigsburger Stadtbad am 9. Oktober 1908 in Anwesenheit des Architekten und der Ludwigsburger Honoratioren mit einer kleinen Feier eröffnet. Anschließend konnte die Bevölkerung ihr neues Stadtbad besichtigen. Mit einem langen, inhaltsreichen Satz eröffnete ein Redakteur der »Ludwigsburger Zeitung« seine vierteilige, detaillierte Berichterstattung über das neue Stadtbad: »Nach einer ungewöhnlich kurzen Bauzeit steht nunmehr das Werk, das während einer Reihe von Jahren in der Einwohnerschaft einen lebhaften Kampf der Meinungen entfesselt hatte, vollendet da, ein bei aller Bescheidenheit des verwendeten Materials stolzer Bau, der unserer Stadt zur Zierde gereicht und dessen treffliches Gelingen einigermaßen damit versöhnen

kann, dass ihm und freilich auch weiteren, für die nächste Zukunft geplanten Gebäuden der Feuersee und seine Anlagen haben zum Opfer gebracht werden müssen.«²³

Die ersten zwanzig Jahre (1908–1928)

Am Samstag, dem 10. Oktober 1908, war es dann endlich soweit! Um sieben Uhr morgens öffnete das Stadtbad und die ersten Neugierigen konnten im angenehm temperierten Wasser des Schwimmbeckens ihre Bahnen ziehen. Bis zur Schließung um acht Uhr abends ließen sich 430 Badefreunde den »stärkenden Genuss eines Schwimmbades« nicht entgehen. Bis zum Monatsende wurden 4652 Besucher des Stadtbads gezählt, davon 2975 Männer und 739 Frauen in der Schwimmhalle – und 33 Hunde im Hundebad.

Ordnung musste sein. Mit größtmöglicher Gewissenhaftigkeit wurde deshalb die unverzichtbare Badeordnung ausgearbeitet. 52

Paragrafen regelten den Badebetrieb. Nichts wurde vergessen, selbst auf die verpflichtende Benutzung der Spucknapfe wurde hingewiesen. Auffällig nur die Ungleichbehandlung von Mensch und Hund: Während ein Schwimmer schon nach 45 Minuten die Halle verlassen musste, wenn er nicht nachzahlen wollte, war dies für einen Hund erst nach drei Stunden der Fall. Ein Maschinenmeister, eine KassiererIn und eine Waschfrau sowie – jeweils männlich und weiblich besetzt – zwei Schwimmlehrer, zwei Badewärter und zwei Masseur sorgten für einen geordneten Badebetrieb und für das körperliche Wohl der Badegäste.

Ein Einzelbad in der Schwimmhalle kostete für einen Erwachsenen 40 Pfennig, ein Wannensbad der Ia. Klasse 1 Mark, der II. Klasse 50 Pfennig.²⁴ Neben den privaten Besuchern wurde das Stadtbad zu festgelegten Zeiten von Schulen, von Vereinen wie dem Schwimmverein oder dem Wassersportverein und – nach Schließung der Militärschwimmschule am Neckar – auch von den Soldaten der Garnison genutzt. Während

die Wannens- und Brausebäder jederzeit von Männern und Frauen in zwei getrennten Abteilungen benutzt werden konnten, galt für die Schwimmhalle strenge Geschlechtertrennung, wobei für die Frauen pro Woche lediglich ein Vormittag und zwei Nachmittage reserviert waren.²⁵

Eine besondere Werbeveranstaltung für das neue Stadtbad fand eine Woche nach der Eröffnung statt. Um den in Sachen Hallenbad unerfahrenen Ludwigsburgern zu zeigen, wie vielfältig und abwechslungsreich ein Badbesuch sein kann, veranstaltete der Schwimmerbund Schwaben ein großes Schwimmfest. Zu den Klängen einer Infanterie-Kapelle wechselten sich unterschiedliche Wassersportarten ab, Gruppen- mit Wettschwimmen, Hindernis- mit Stafetten- und Rettungsschwimmen. Tauchübungen fehlten ebenso wenig wie heitere Kunststücke vom Sprungbrett. Zum ersten Mal machte Ludwigsburg auch mit einem Wasserballspiel Bekanntschaft, einer Sportart, die der 1908 gegründete Schwimmverein bis heute erfolgreich betreibt.



Foyer des Stadtbads. (Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Sammlung Metz)



Sportliche Schwimmer im Stadtbad. (Stadtarchiv Ludwigsburg, Foto-Sammlung)

Die folgenden Jahre verliefen ruhig. Anfang 1922 machten sich die ersten Folgen der Inflation bemerkbar. Um auf die steigenden Kohlepreise reagieren zu können, erhöhte die Badkommission Ende April die Eintrittspreise um 100 Prozent, was langfristig nicht ausreichte. Die Schließung des Stadtbads drohte. Selbst eine Stiftung von 100 000 Mark (von Hermann Franck?) reichte zur Hilfe nicht aus. Als letzten Ausweg rief der Gemeinderat in der Zeitung zu einer Spendenaktion auf, um die unpopuläre Schließung zu vermeiden. Die Reaktion war überwältigend. Die Ludwigsburger liebten ihr Stadtbad und spendeten in einer beispielhaften Demonstration der Solidarität bis Ende Juli rund 60 000 Mark. Die beiden Schwimmvereine bildeten eine Arbeitsgemeinschaft und organisierten ein volkstümliches Schauschwimmen im Neckar zugunsten des Stadtbades. Die Bemühungen wurden belohnt, das Stadtbad

blieb geöffnet. Die Besucherzahlen stiegen weiter an, Mitte der 1920er Jahre sprach man schon von einer »Übernutzung« des Bades und der Notwendigkeit, durch den Bau einer zweiten Schwimmhalle den Badebetrieb wieder zu normalisieren.

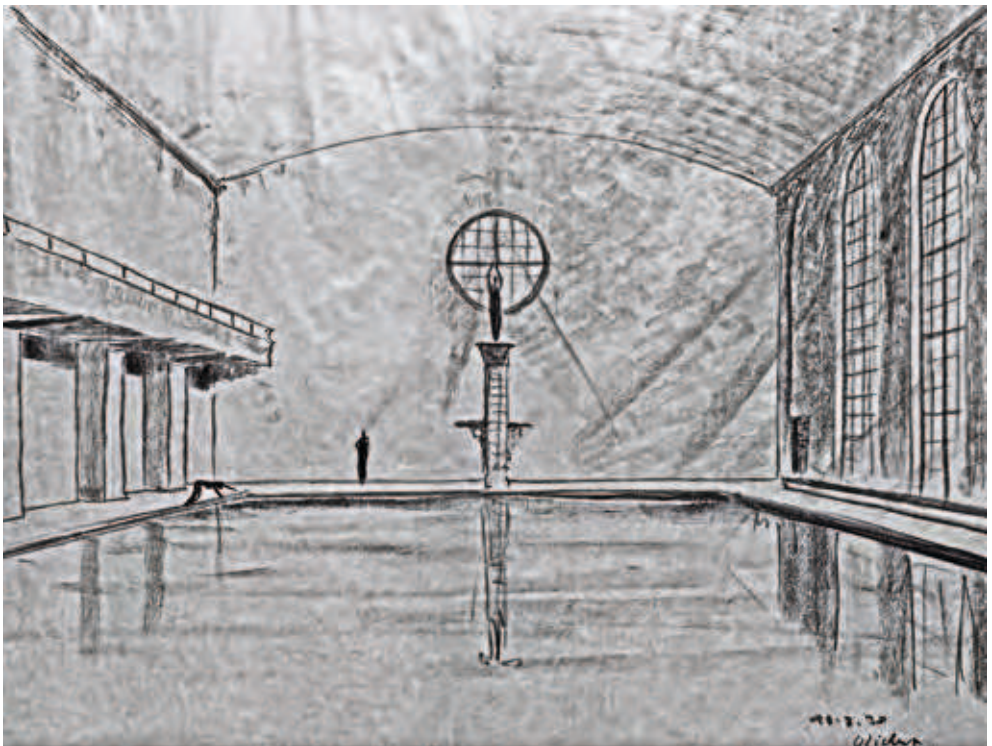
Zweite Schwimmhalle (1937–1942)

Seit Mitte der 1930er Jahre plante die Stadt, das Areal zwischen Alleen- und Karlstraße zu arrondieren und auf dem bisherigen Kasernengelände im Osten des Stadtbads ein Sammelschulgebäude mit der Mädchenrealschule, der Gewerbeschule, der Frauenarbeitsschule sowie der Landwirtschaftsschule zu errichten. Die Gelegenheit war überaus günstig, die dringend benötigte zweite Schwimmhalle in einem erneuten Anlauf nach 1928/29 doch noch zu erbauen. Es bot sich die einmalige Chance, die Erweiterung des Stadtbads in die Gesamtplanung einzubeziehen.

Im März 1938 gewann der Ludwigsburger Architekt Otto Eichert den Bauwettbewerb für das Sammelschulgebäude und wurde mit der Planung der Schule und der baukünstlerischen Bearbeitung beider Projekte beauftragt. Direktor Krohberger vom Wasser- und Gaswerk war als Leiter des Stadtbads für die Planung der zweiten Schwimmhalle verantwortlich, die im Süden des Stadtbads quer zur bestehenden Halle angebaut werden sollte. Gemeinsamer Berührungspunkt beider Projekte war das Kesselhaus des Stadtbads, von dem aus, wie beim Schiller- und Mörkegymnasium bereits praktiziert, auch die neuen Schulen mit Wärme versorgt werden sollten.

Mitte 1938 konnten die Entwürfe bei Oberbürgermeister Karl Frank diskutiert werden. Wer auf die Idee gekommen ist, die Entwürfe von Krohberger nicht von

einer neutralen Stelle, sondern von Eichert überprüfen und auch überarbeiten zu lassen, ist nicht bekannt. Eine taktisch kluge und sachdienliche Entscheidung war es keinesfalls. Eichert fand Krohbergers Entwurf völlig indiskutabel und dilettantisch, und umgekehrt sprach Krohberger dem Architekten Eichert die Fähigkeit ab, ein funktionsfähiges Bad entwerfen zu können. Im Laufe der weiteren Diskussionen wurde das Klima zwischen Eichert und Krohbergers immer gereizter. Im Juni 1939 erreichte die Auseinandersetzung der beiden streitbaren Persönlichkeiten ihren Höhepunkt, als Eichert die überarbeiteten Pläne Krohbergers des Plagiats bezichtigte und eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Krohberger bei der Ministerialabteilung für Disziplinarsachen anstrebte. Der Ausbruch des Krieges beendete den Streit. Das



Plan zur Stadtbad-Erweiterung: Innenansicht der zweiten Schwimmhalle; Entwurfsskizze von Otto Eichert, 1938. (Stadtarchiv Ludwigsburg, V 3/24 Bü 282)

Schulprojekt wurde Mitte Oktober 1939 wegen der angespannten »Rohstoff- und Arbeitseinsatzlage« bis zur Beendigung des Krieges zurückgestellt und die Beschwerde Eicherts im September 1940 endgültig abgewiesen.

Die Planungen zur Erweiterung des Stadtbades wurden allerdings noch nicht ganz aufgegeben. Vorsichtig oder unsicher geworden, beauftragte OB Karl Frank im April 1942 Baurat Dr. Erbs, einen anerkannten Bäderspezialisten aus Brandenburg, mit der Überprüfung der vorhandenen Pläne bzw. mit der Entwicklung eigener Vorschläge. Als Dr. Erbs im September seine Pläne und Modelle vorstellte, gab es allerdings wichtigere Probleme zu lösen. Dem OB blieb nur noch ein herzlicher Dank und der Wunsch, dass »bald eine glückliche Friedenszeit der Stadt die Inangriffnahme dieses wichtigen Projekts gestatten möge«.

Die Schule wurde nach dem Krieg mit geänderter Konzeption als Goethegymnasium von Eichert gebaut, während die Erweiterung des Stadtbades nur noch debattiert, aber nie realisiert wurde.

Juden im Stadtbad

Im Gemeinderatsprotokoll vom 25. Juli 1935 ist unter § 4 zu lesen: »Um unerwünschten Vorkommnissen vorzubeugen, hat der Oberbürgermeister am Stadtbad einen Anschlag mit der Aufschrift anbringen lassen: ›Personen nichtarischer Abstammung wird nahegelegt, das Stadtbad nicht zu benutzen.« Laut Protokoll erklärte der Ratsherr Ostertag daraufhin, dass ihn »der Anschlag sehr gefreut habe, nur wünsche er die Worte ›Personen nichtarischer Abstammung‹ abzuändern in Juden«. Nach Einschätzung des Ratsherrn Dr. Arnold musste »bei der Zurücknahme des Anschlags mit unliebsamen Vorkommnissen gerechnet werden«; er bat deshalb, »den Anschlag in der von Ratsherr Ostertag vorgeschlagenen Abänderung zu belassen«.

Vom Stadtbad zur Schulmensa (1946–2019)

Die Bombardierungen Ludwigsburgs während des Zweiten Weltkriegs überstand das Stadtbad mit verhältnismäßig geringen Schäden, im Gegensatz zum benachbarten Soldatenheim, das bei einem Angriff im Februar 1944 total zerstört wurde. Die US-Militärverwaltung gab Mitte Mai 1946 zunächst die Wannens- und medizinischen Bäder frei, was in Anbetracht der hohen Wohnungsbelegung und der geringen privaten Bademöglichkeiten mehr als notwendig erschien. Die Schwimmhalle blieb weiterhin für die US-Truppen beschlagnahmt.

Nach Freigabe der Halle sanierte die Stadt in den Jahren 1949/50 in zwei Bauabschnitten das Bad. Als wichtigste Maßnahme wurden zunächst die Fliegerschäden am Dach und an den Wannensbädern des Westflügels endgültig beseitigt. Eine generelle Sanierung und Modernisierung der technischen Anlagen sowie der Schwimmhalle und der Wannensbäder schloss sich an. Ende 1950 war das Stadtbad für die nächsten Jahre gerüstet. Um das Bad auf dem aktuellen Stand der Technik zu halten, musste zwischen 1964 und 1968 eine weitere Generalsanierung durchgeführt werden. Eine Umwälzanlage für das Wasser des Schwimmbeckens, ein leistungsstärkerer Heizkessel und eine verbesserte Belüftung der Halle wurden eingebaut.

Doch die getroffenen Maßnahmen konnten den Niedergang des Stadtbades auf lange Sicht nicht verhindern, nur verzögern. 1983 beging das Stadtbad seinen 75. Geburtstag. Von feiern konnte aber keine Rede sein. Die Besucherzahlen waren in den letzten 25 Jahren drastisch zurückgegangen, von über 160 000 im Jahr 1957 auf 21 000 im Jahr 1984, Tendenz weiter fallend. Entsprechend verschlechterte sich die finanzielle Lage des Bades. Mit den komfortableren Anlagen wie dem Heilbad Hoheneck oder dem Stadionbad konnte das Stadtbad

nicht mithalten. Es fristete hauptsächlich als Schul- und Vereinsbad sein Dasein. Investitionen lohnten nicht mehr, neue Strategien mussten entwickelt werden.

2004 war die Umnutzung zu einem Konzerthaus im Gespräch, 2005 der Umbau zu einer Wellness-Oase durch einen Investor. 2010 tauchte dann zum ersten Mal der Gedanke auf, an der Ecke Karl-/Seestraße ein Lehrschwimmbekken zu erbauen und im Stadtbad eine Schulmensa einzurichten. Ein Jahr später sind die Weichen gestellt, das neue Schul- und Vereinsbad, kurz Campusbad, soll gebaut werden.²⁶ Bis zu seiner Fertigstellung, d.h. bis Ende Februar 2016, musste das Stadtbad noch geöffnet bleiben. Am 28. Februar verließ der letzte Badegast die altherrwürdige Badestätte. Nun konnte das zweite Leben des Stadtbads beginnen.

Im Juli 2017 beschloss der Gemeinderat den Umbau zu einer Schulmensa. Seit dem 9. Mai 2019 ist die Verwandlung vom Schwimmbad zur Schulmensa erfolgreich vollzogen. Wo früher geschwommen wurde, d.h. auf dem abgedeckten Schwimmbekken, stehen heute die Esstische, auf der Galerie können die Schüler im Stillen arbeiten und der Jugendtreff soll zukünftig im Saunabereich einen neuen Platz finden.

Das Stadionbad

Um an die Worte von Oberbürgermeister Karl Frank im Herbst 1942 anzuknüpfen, wäre ja nach Kriegsende die glückliche Friedenszeit gekommen, um das wichtige Projekt des Hallenbades in Angriff zu nehmen. Von »glücklich« konnte keine Rede sein. Zunächst galt es, Prioritäten zu setzen. Wohnungsbau und Schulbau sowie die Rückkehr zur Normalität zählten für die Stadt ohne Zweifel zu den vorrangigen Aufgaben. Nach der Sanierung des Stadtbads 1949/50 ist der Wunsch nach einer zweiten Schwimm-

halle zwar nicht aufgegeben, aber zugunsten der Erweiterung des Neckarfreibades in den Jahren 1953/54 zurückgestellt worden. Erst danach stellte sich die Frage, wie es mit der längst überfälligen Erweiterung des Stadtbads weitergehen sollte.

Im Mai 1957 fiel die klärende Entscheidung, von einem Anbau an das bestehende Gebäude in der Alleenstraße abzusehen und stattdessen an einem geeigneten Ort einen Neubau zu errichten. 1960 standen fünf Vorschläge zur Auswahl, u.a. das Gartengelände hinter dem Mathildenhof in der Mömpelgardstraße und die ehemalige Marstallkaserne in der unteren Stadt. Am 14. Juli 1960 fiel im Gemeinderat die nicht unumstrittene Entscheidung für den Marstall. Umstritten wegen der unmittelbaren Nähe zur Wohnbebauung, vor allem aber wegen der Belegung des Geländes mit über 40 Wohnungen und mehreren Gewerbebetrieben, deren Räumung in nächster Zeit nicht absehbar war.

Als in der Öffentlichkeit die Vorwürfe der Terminverschleppung immer lauter wurden, kam im Oktober 1963 als sofort verfügbare Alternative das Stadion-Vorfeld am Fuchshof ins Gespräch, das schon Anfang der 1930er Jahre als Standort für ein Freibad diskutiert worden war. Vergleichende Untersuchungen mit dem Marstall fielen eindeutig zugunsten des freien Geländes vor dem Stadion aus. Der Beschluss Mitte 1964 für ein neues Hallenbad auf dem Stadion-Vorfeld war nur noch Formsache. Das Bauprogramm sah in der großen Schwimmhalle ein 25-Meter-Normalbekken und ein Lehrschwimmbekken vor, ferner eine Galerie für 300 Zuschauer, zwei Saunen, einen Gymnastikraum, eine Bowling-Bahn, einen Friseur sowie eine passende Gastronomie. Anfang 1965 erhielten die Architekten Haigis & Welz den Zuschlag für die Bauausführung. Nach Baubeginn im Juni 1966 konnte schon Ende März 1968 das Richtfest gefeiert werden. Am 14. Juni 1969 eröffnete Dr. Ulshöfer als fünfter an Planung und Bau

beteiligter Oberbürgermeister das neue Hallenbad.

Auch nach über 50 Jahren ist das Stadienbad ein lebendiges Bad geblieben. Immer wieder reagierten die Stadtwerke als Betreiber des Bades auf die sich verändernden Ansprüche der Besucher. 1986 wurde zur Steigerung des Badespaßes eine Rutsche in die Schwimmhalle eingebaut. 1997 folgte das Außenbecken mit Liegewiese. 2006 wurden die beiden getrennten Saunen aufgegeben und stattdessen eine großzügige Saunalandschaft auf mehreren Ebenen geschaffen. Als bisher letzte Neuerung konnte am 6. September 2018 eine 100 Meter lange, 10 Meter hohe, kurvenreiche Erlebnisrutsche mit Lichteffekten eingeweiht und »eingetruscht« werden.

Abschließend noch eine kurze Bemerkung zum Heilbad Hoheneck²⁷, das am 14. Juli 1918 das Schwabental erreichte, was bedeutete, dass sich die Verantwortlichen über die Zukunft des Bades öffentlich Gedanken machten. Ausgangspunkt aller weiterer Überlegungen ist die Tatsache, dass das Heilbad nach vierzig Jahren sanierungsbedürftig ist. Die aktuelle Frage lautet deshalb: Sanierung oder Neubau? Gegen eine Sanierung sprechen zunächst die etwa zweijährige Schließzeit und die beschränkten Erweiterungsmöglichkeiten am jetzigen Standort. Für einen Neubau, mit oder ohne angeschlossenem Wellness-Hotel, sind zur Zeit drei Standorte innerhalb Hohenecks im Gespräch. Eine Entscheidung steht noch aus.



Heilbad Hoheneck, 1929. (Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Sammlung Metz)

Anmerkungen

- 1 Seit 1758 verband eine mobile Schiffbrücke die beiden Gemeinden Hoheneck und Neckarweihingen. Ein Brückenzüllner trieb den Brückenzoll ein und öffnete die Brücke für durchfahrende Schiffe oder Flöße. In dem 1780 auf Hohenecker Seite erbauten Brückenhaus betrieb er auch eine Wirtschaft. Im Jahr 1860 wurde die Schiffbrücke durch eine 50 Meter flussabwärts gebaute Steinbrücke ersetzt.
- 2 Erste Erwähnungen vom Flussbaden gehen in Ulm auf das Jahr 1789 und in Cannstatt auf das Jahr 1792 zurück.
- 3 Der Neckar umfließt in einem weiten Bogen Neckarweihingen. Nur das flache rechte Ufer, das im 19. Jahrhundert durchgehend von Wiesen gesäumt wurde, eignete sich als Badeplatz. Das gegenüberliegende linke Ufer geht direkt in einen steil aufsteigenden bewaldeten Hang über. Der felsige Untergrund bildete Untiefen und Strudel, die ein Baden auf dieser Seite äußerst riskant, an manchen Stellen sogar unmöglich machten. Die gefährlichste Untiefe war der so genannte »Totenkopf«, direkt unter dem Schlossgut Harteneck gelegen. Der Name ging auf eine Warntafel mit einem Totenkopf zurück, die an dieser Stelle angebracht war.
- 4 Mitglieder der Schiffbauerfamilie Seibert übernahmen öfters das Amt der Badwartung. Die Identifizierung der Personen ist oft schwierig, da die Namen häufig ohne Vornamen erwähnt werden. 1873: Schiffbauer Seibert; 1887: Martin Seibert jr. und Carl Seibert; 1888: Aufseher Seibert; 1889: Brüder Heinrich und Georg Seibert; 1894: Martin Seibert; 1902: Badeplatz-Wärter Seibert.
- 5 Die rechts am Bildrand erkennbare zweistöckige Baracke wird schon 1896 in einer Beschreibung der Anlage erwähnt. Der Verwendungszweck ist unbekannt.
- 6 In der Saison 1889 werden als Badehäuschen-Betreiber erwähnt: Brückenwirt Gottlieb Eberle, Schiffbauer Martin Seibert sowie die Brüder Heinrich und Georg Seibert.
- 7 Die Pacht oder Entschädigung für die Wiesenbesitzer wurde von der Gemeinde Hoheneck mit der Garnisonverwaltung jedes Jahr ausgehandelt. 1848 waren es 57 Gulden, von 1878 bis 1883 in neuer Währung 100 Mark.
- 8 Das linke Neckarufer aus der Zeit vor der Aufschüttung von 1904 markiert die Neckarweihinger Markungsgrenze. Das aufgeschüttete neue Gelände lag demnach im Neckar auf Neckarweihinger Gemarkung. Die Fläche des Neckars ist aber Staatsbesitz. Folglich gehörte das aufgeschüttete Gelände dem Staat. Neckarweihingen musste also die fragile Fläche vom Staat pachten, um sie anschließend an den Wassersportverein weiterverpachten zu können.
- 9 Im vorliegenden Aufsatz wird die Geschichte des Schwimmvereins nur im Hinblick auf das Sommer- bzw. Freibad behandelt. Wer mehr über die Vereinsgeschichte erfahren möchte, sei auf die 1933, 1958, 1968, 1983 und 2008 erschienenen Festschriften des Vereins hingewiesen.
- 10 Es muss klargestellt werden, dass der Badeplatz der Militärschwimmschule städtisches Eigentum war und dass der Schwimmverein von der Garnisonverwaltung anfangs nur eine der dort befindlichen Baracken gepachtet hatte. Der Verein hatte nicht, wie in der »Ludwigsburger Zeitung« vom 25. Juli 1919 berichtet wurde, das Gelände von der Garnisonverwaltung gekauft, sondern nur die darauf stehenden Baracken.
- 11 Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich die Freibadanlage ab dem 7. August 1921 in eine große Freilichtbühne verwandelte, wobei die Zuschauer jenseits des Neckars auf der Neckarweihinger Uferseite Platz nahmen. Mitglieder des Vereins führten das Neckarfestspiel »Um die Heimat« von Dr. Ernst Bauer, eines Lehrers des Schiller-Gymnasiums, an mehreren Sonntagen zugunsten der Vereinsfinanzen erfolgreich auf. Richard Franck unterstützte das Festspiel mit einer Spende von 200 Franken. In der nächsten Saison folgte ein weiteres heimatverbundenes Neckarfestspiel von Watkin Brauer mit Graf Eberhard dem Greiner als Titelhelden, wobei der Erlös dieses Mal den Wernerschen Kinderheilanstalten zugutekam.
- 12 Es ist auffallend, dass weder in den Akten noch in der Ortschronik von Obweil auf einen eigenen Badeplatz am Neckar näher eingegangen wird. Zur Zeit sind nur zwei kurze Erwähnungen bekannt: In einem Bericht über das Kiesbaggern heißt es im Juni 1878, dass sich oberhalb der Militärschwimmschule der Badeplatz von Obweil befand. Ferner ist unter dem 22. Juni 1921 den Obweiler Gemeinderatsprotokollen zu entnehmen, dass der bei den Zugwiesen gelegene Badeplatz nunmehr der öffentlichen Benützung übergeben wurde.
- 13 Über den Einzug moderner Technik im Freibad ist nicht viel bekannt. Im Juni 1922 erwähnt ein Eintrag im Protokollbuch des SVL ohne nähere Details die Installation einer Lichtenanlage. Die zur Wasserversorgung des Quellwasserbeckens benötigte Pumpe wurde ab 1928 von einem Dieselmotor angetrieben. Schließlich wird im Juli 1929 im Protokollbuch vermerkt, dass die Beleuchtung mittels einer Lichtmaschine eingerichtet worden sei. Spätestens mit der Eröffnung des Schwimmerheims war das Freibad an die öffentliche Stromversorgung angeschlossen.
- 14 Im Sommer 1931 plante der SVL, auf der gegenüberliegenden Neckarseite im Gewann »Kieser« einen Parkplatz anzulegen und kaufte zu diesem Zweck das Flurstück 5728. Die Verhandlungen mit Neckarweihingen im Frühjahr 1932 wegen der Anlegung eines Zufahrtsweges auf der rechten Uferseite durch den Arbeitsdienst scheiterten. Die Wiese blieb bis zum Verkauf des Freibadgeländes an die Stadt im Besitz des SVL.

Mit dieser Idee, das Freibad auch von der gegenüberliegenden Uferseite aus zu erschließen, war der SVL seiner Zeit weit voraus. Aktuell wird wieder über einen weiteren Zugang zum Freibad über eine Brücke von der Neckarweihinger Uferseite aus diskutiert.

- 15 Catharina Franke war allerdings in der näheren Umgebung nicht die erste Betreiberin einer Badeanstalt. Bereits am 11. Mai 1819 kündigte W. Klein, Badwirt und Gastgeber »Zum weißen Haus« in Kornwestheim, im »Wochenblatt« die Wiedereröffnung seines bewährten Bades an.
- 16 Billig war das Badevergnügen allerdings gerade nicht. Für 14 Kreuzer konnte man 1827 in Ludwigsburg 6 Pfund Kernen-Brot bzw. 2 Pfund Ochsen- oder Schweinefleisch kaufen.
- 17 Die bei einer Bauaufnahme im Jahr 1909 ermittelten Hauptabmessungen des Gebäudes sind identisch mit den in den Plänen von 1827 bzw. 1846 eingetragenen Werten.
- 18 Im Adressbuch 1898 sind unter der Rubrik »Bad-Anstalten« eingetragen: Geßwein, Josefa, Stuttgarter Straße 2; Ockert, Gottlob, Asperger Straße 49; Rapp, Franz, Bei der Obermühle 2; Senghas, Bertha, Schillerstraße 12; Töpferwien, Fritz, Myliusstraße 17. Töpferwien, der Besitzer des Bahnhofs, wird in den Adressbüchern von 1892 bis 1913 als Betreiber einer Badeanstalt erwähnt. 1890 hatte er im Souterrain des Bahnhofs zwei Badezimmer mit je einer Wanne und einem eigenen Badofen eingerichtet.
- 19 1936 erfolgte ein weiterer Umzug auf ein städtisches Gelände nördlich des Favorite-Bahnhofs, das bis 1933 (!) dem Arbeiter-Turnerbund gehört hatte. Seit 1945 existiert der Naturheilverein in Ludwigsburg nicht mehr.
- 20 Stuttgarter Schwimmbad in der Büchsenstraße, eröffnet 1889; Stadtbad Heilbronn, eröffnet 1891.
- 21 Interessierte Ludwigsburger konnten den gedruckten Bericht für 40 Pf. in den örtlichen Buchhandlungen kaufen.
- 22 Die Gesamtkosten des Stadtbads betragen letztlich 381 610 Mark. Nach Abzug aller Eigenmittel war die Aufnahme eines Darlehens von 110 000 Mark erforderlich, das von Robert Franck mit 3,5 % finanziert wurde.
- 23 Es gab in Ludwigsburg auch Stimmen, die dafür plädierten, den See zu sanieren und zu erhalten. Während der Bauzeit konnten wenigstens die Platanen, die bisher den Feuersee umgaben, erhalten werden.
- 24 Zum Vergleich: Auf dem Wochenmarkt kostete 1 Pfund Butter 1,30 Mark und 1 Pfund Äpfel 20 Pf.
- 25 Im November 1909 wurde im Schwimmverein noch darüber diskutiert, ob Frauen überhaupt aufgenommen werden sollen. Im selben Monat organisierten sich schwimmfreudige Damen, unabhängig vom Schwimmverein, in einem Damen-Schwimmklub. Im Schwimmverein wurde erst im Oktober 1912 eine Damenabteilung gegründet.
- 26 Baugeschichte des Campusbads: Dezember 2011: Baubeschluss des Gemeinderats; Mai 2012: Start des Bauwettbewerbs (Gewinner: Gunnar Lehmann aus Offenburg); Juni 2014: Erster Baggerbiss; Ende März 2015: Richtfest; 22. Februar 2016: Eröffnung. – Weitere Lehrschwimmbecken befinden sich im Schuldorf am Favoritepark, in den Grundschulen von Egosheim, Grünbühl und Neckarweihingen sowie im »Bädle« Poppenweiler.
- 27 Auf die Geschichte des Heilbads Hoheneck soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Sie ist in zwei Publikationen bereits ausführlich dargestellt: Herbert Felden: Das Heilbad Hoheneck, in: Ortsbuch Hoheneck, 1983, S. 337–364; Günther Bergan: Bad Ludwigsburg – ein Traum, in: Ludwigsburger Energiebündel, 2018, S. 104–116.

Literatur und Quellen

Theodor Bolay: Chronik von Neckarweihingen, Bietigheim 1968.

Wolfgang Läßle: Schwäbisches Potsdam. Die Garnison Ludwigsburg von den Anfängen bis zur Auflösung, Bd. 2, Ludwigsburg 2009.

Schwimmverein Ludwigsburg: Festschriften 1933, 1958, 1968, 1983, 2008.

Jürgen Hagel: Cannstatt und seine Geschichte, Stuttgart 2007.

Eberhard A. Merk: Bäder am Fluss (online-Veröffentlichung des Stadtarchiv Ulm).

Harald Schmid: Stadtbad Ludwigsburg, Seminararbeit 1992 (Exemplar im Stadtarchiv Ludwigsburg).

Stadtarchiv Ludwigsburg

H 1 (Akten Hoheneck) Bü 247 f.

H 4 (Bände Hoheneck) Bd. 343

L 3 (Akten 20. Jh.) Bü 558, 629, 1240, 2057-2059, 2457, 2463-2465, 2467 f., 2479, 2984, 3002, 3282, 3293, 3750, 3763-3766, 3782

L 24 (Ökonomieverwaltung) Bü 82, 88, 104

- L 31 (Polizeiverwaltung) Bü 112
 L 32/3a (Gastwirtschaftskonzessionen) Bü 232, 315, 742, 745, 749, 941, 953, 971-973, 1243, 1272
 L 32 III (Dampfkesselkonzessionen) Bü 126
 L 63 (Bauakten abgebrochene Gebäude) Bü 434, 504, 1196
 L 63/1 (Bauakten bestehende Gebäude) Bü 8, 39, 898, 1042
 L 65 (Hochbauamt) Bü 7-10, 98, 162/1
 L 67 (Tiefbau- und Grünflächenamt) Bü 235, 363, 398, 429
 L 80/5 (Wasser- und Gasakten) Bü 185, 1947, 2307
 L 125 (Stadtbad-Betriebskasse) Bd. 2
 L 150 (Gemeinderatsprotokolle) Bde. 29, 33-36, 38, 40, 42-45, 47, 49 f., 52-55, 57-65, 69, 75, 80-82, 85, 87, 89, 91, 95-101, 108 f., 111, 117 f., 121-124, 126 f., 129-133, 143, 145 f., 150-152, 160-163, 165
 L 155 (Bauschauprotokolle) Bde. 7, 9-12, 14, 18, 25
 L 165 (Kaufbücher) Bde. 18, 21, 92 f., 97, 100, 105 f., 109 f., 113, 127
 N 1 (Akten Neckarweihingen) Bü 213, 490
 N 4 (Bände Neckarweihingen) Bde. 508-511, 606
 O 4 (Bände Oßweil) Bd. 675
 S 31 (Zeitgeschichtliche Sammlung) SJ 6.3.3.1 Heilbad, SK 5.3.2 Badgarten, SO 5.4.3.1 Frei- und Hallenbäder, SO 5.4.4 Schwimmverein SVL
 V 3/24 (Nachlass Otto Eichert) Bü 100, 282
 V 4/35 (Depositum Schwimmverein SVL) Protokoll-Bde. 1-4

Bürgerbüro Bauen
 Otto-Konz-Weg 3-5 (Freibad Hoheneck)

Staatsarchiv Ludwigsburg
 E 180 VI Bü 313
 F 181 III Bü 496, 655

Hauptstaatsarchiv Stuttgart
 E 271c Bü 2792, 2795
 E 271e Bü 196
 M 17/1 Bü 945 f.

Weitere Unterlagen

Flurkarten Nr. 3811 f.
 Zeitungen (Ludwigsburger Wochenblatt, Ludwigsburger Tagblatt, Ludwigsburger Zeitung, Ludwigsburger Kreiszeitung, Stuttgarter Nachrichten, Stuttgarter Zeitung)

Alle für den Aufsatz verwendeten Unterlagen sind im Stadtarchiv Ludwigsburg in einer detaillierten Materialsammlung unter der Signatur S3/1 Nr. 59 zusammengefasst.

Steinerne Bogenbrücken

Idyllen und schützenswerte Kulturdenkmale

von **Reinhard Wolf**,

Marbach am Neckar; bis 2013 in der Naturschutzverwaltung des Landes Baden-Württemberg tätig; zahlreiche Veröffentlichungen zu Natur, Landschaft und Kleindenkmalen.



Zugegeben: Brücken aus Beton sind zeitgemäßer als die alten Gewölbebrücken aus Bruchsteinen. Aber schöner sind meist doch die idyllischen Brücken, die unsere Vorfahren an zahlreichen Bächen gebaut haben. Und deshalb sollte man diese kleinen »Kulturdenkmale«¹ nicht als »altes Gerümpel« ansehen, sondern auf ihre Erhaltung achten und etwas dafür tun, wo immer es möglich ist.

Tonnenschweren Traktoren sind die meisten Bogenbrücken allerdings nicht gewachsen. Und da heute der Landwirt die Wiese am Bach – Gott sei Dank – nicht mehr mit der Sense mähen muss, sondern mit dem Traktor ansteuert, kann es schon hin und wieder Probleme mit den uralten Gewölbebrücken geben.

In unseren Bachtälern gibt es noch eine stattliche Anzahl dieser Brücken, oft an uralten, längst nicht mehr befahrenen Wegen von Ort zu Ort, von einem Gehöft oder Mühlenanwesen zum anderen. Selbst zu einzelnen Wiesen in Talbögen, die wegen steiler Hänge anders nicht erreichbar wä-

ren, hat man kleine Brücken gebaut. Einige sind in Gebüsch eingewachsen und seit langem unbenutzt, hin und wieder findet man sogar nur noch in einer überholten Wanderkarte ein Symbol »Brücke«, welche man dann bei einer Wanderung schmerzlich vermisst.

Im Landkreis Ludwigsburg gibt es alte Bogenbrücken an der Glems (Ditzingen, Markgröningen), im Kreuzbach-, Glattbach- und Strudelbachtal (Eberdingen, Vaihingen a.d. Enz), an der Metter und am Kirbach (Sachsenheim, Sersheim), am Baumbach (Walheim), am Gründelbach (Freiberg a. N.), an Zuflüssen der Bottwar (Oberstenfeld) und im Buchenbachtal (Affalterbach). Je nachdem, ob man nur die »klassischen« Bogenbrücken berücksichtigt oder auch einfache, aus Natursteinen gewölbte Durchlässe an Waldwegen, kommt man auf eine Zahl zwischen 50 und 65.

Stege für Fußgänger hat man in unserer Gegend aus Holz gebaut und eben alle paar Jahre durch neue ersetzt; in anderen Gegenden (Schwarzwald, Odenwald) sind eher steinerne Stege typisch. Der Grund: Aus Muschelkalk, der bei uns geologisch ansteht, kann man keine großen Platten, wie man sie für einen Steg bräuchte, hauen; der Buntsandstein des Nordschwarzwaldes und des Odenwaldes hingegen ermöglicht das. Der Steg im Baumbachtal bei Walheim ist der einzige im Landkreis, allerdings ein Prachtexemplar. Woher der riesige Steinblock stammt, ist leider nicht in Erfahrung zu bringen.²



Eine der fünf idyllischen Bogenbrücken am Buchenbach bei Affalterbach-Wolfsölden.



Der Sandsteinblock des Steges im Baumbachtal bei Walheim ist 3,50 m lang, 1 m breit und 35 cm hoch.



Skizze des »Rohbaus« einer Bogenbrücke, auf der man die keilförmigen, radial gesetzten Gewölbesteine und deren Anordnung sieht. Die Quader müssen sich innig verzahnen, damit das Gewölbe stabil wird. Dann kann der Überbau folgen.

Es bedurfte großer handwerklicher Fertigkeiten und Erfahrung, ohne Beton und Mörtel ein Gewölbe von mehreren Metern Spannweite zu bauen, das auch einem Hochwasser widerstehen konnte. Zunächst musste an den beiden Bachufern für eine feste Fundamentierung gesorgt werden. Optimal war dabei – wenigstens auf einer Uferseite – anstehender Fels, ansonsten benötigte man große Steinblöcke, die so gesetzt werden mussten, dass sie, vor allem bei Hochwasser, nicht frontal der Strömung ausgesetzt waren, sondern diese zwischen sich durchlassen konnten.

Auf diese Widerlager, die schon mal das A und O einer stabilen Brücke bedeuteten, musste aus Holz ein bogenförmiges sogenanntes Lehrgerüst gebaut werden. Auf diese Hilfskonstruktion konnten die akkurat behauenen Gewölbesteine neben- und hintereinander gestellt werden. Dabei mussten die Steine miteinander bzw. gegenseitig verzahnt werden, damit das Gewölbe Stabilität bekam. Alle Gewölbesteine mussten konisches Profil haben. Hilfsweise konnte man am Außenbogen mit kleineren Steinen auffüllen. Den letzten Stein oben in der Mitte nannte man Schluss- oder Keilstein. Wenn dann nach Setzen des Schlusssteins das Gerüst entfernt wurde, verkeilten sich die

Steine durch eigene Last, und das Gewölbe trug sich selbst. War dieser eine Steinbogen stabil gebaut, konnte man seitlich Wangenmauern anbringen, die Wegtrasse auffüllen, eventuell pflastern, ein Geländer anbringen und somit eine bequeme Überquerung des Baches ermöglichen.

Pläne und einen Statiker brauchten unsere Vorfahren zum Bau sicher nicht, Erfahrung ersetzte den Zeichen- und Rechenstift! Dabei waren es sicher keine ausgebildeten Steinmetze, sondern einfache Landleute, die das Wissen von Generation zu Generation weitergaben.

Robust und gediegen sind die kleinen Steinbrücken, aufpassen musste man nur, dass der Bach die Widerlager nicht unterspülen oder seitlich angreifen konnte. Schwarzerlen und Weiden können ein Bachufer so durchwurzeln und festigen, dass ein Hochwasser keine Chance hat – in direkter Nähe zu Brücken leisten Bäume besonders gute Dienste. Ein wüchsiger und deshalb etwa alle zwei Jahrzehnte abschnittsweise jüngter Uferbewuchs aus Erlen, Eschen und Weiden ist für die Stabilität der Ufer die beste, billigste und schönste Befestigungsart.

Über das Alter der Bogenbrücken weiß man im Allgemeinen kaum etwas; von einigen gibt es Hinweise, dass sie ins 17. Jahrhundert zurückreichen. Auch über das Eigentum an den Brücken ist schon Streit entbrannt – vor allem, wenn es an das Bezahlen von Reparaturen ging: Die Gemeinde, welcher in der Regel der Bach gehört, ist laut Grundbuch nicht unbedingt Eigentümer der Brücke, ebenso wenig aber sind es die Anlieger rechts und links. Unsere Vorfahren haben da nicht lange gefragt: Wo man einen Übergang brauchte, wurde einer gebaut. Heute übernimmt in aller Regel die Gemeinde die Unterhaltungspflicht, sofern dem Weg eine öffentliche Funktion zukommt.

In unsere motorisierte Zeit passen die kleinen Steinbrücken natürlich nicht, sie



»Falsches Gewölbe« an einer Brücke in Norwegen.

Echtes und Falsches Gewölbe

Als »Falsches Gewölbe« oder »Krag(stein)gewölbe« bezeichnet man Gewölbe, die aus überkragenden und übereinander geschobenen waagrechten Steinen konstruiert sind. Sie gelten allgemein als primitivere Bauform und wurden an vorzeitlichen Megalith-Gräbern (Newgrange/Irland, Trulli im Mittelmeerraum), aber auch von den Inkas und selbst in der Neuzeit an Brücken angewandt. Im Landkreis Ludwigsburg gibt es an Brücken keine »Falschen Gewölbe«; im Schwarzwald sieht man hin und wieder solche. Die »echte« Gewölbekonstruktion mit radial angeordneten Steinen – Natursteine oder Ziegel – war schon den Ägyptern und Assyrern bekannt und wurde wohl entwickelt, weil mit »Steinbalken« und »Falschem Gewölbe« nicht mehr als 5 m, in Ausnahmefällen 7 m Entfernung tragfähig überbrückt werden konnten. Die Römer haben schließlich den Gewölbe- und Kuppelbau perfektioniert.



Beispiel eines Lehrgerüsts – hier an einem Kellereingang.

wurden für leichte Fuhrwerke, Fußgänger, Handwagen und Reiter geschaffen. Aus diesem Grund wurden auch zahlreiche ersetzt durch moderne Brücken, aber es gibt Beispiele, wo unter der Feldweg-Betonbrücke noch das alte steinerne Gewölbe erhalten geblieben ist. Die Bachbrücken in den stillen Wiesentälern blieben von der modernen Entwicklung verschont, wo sie nicht beim Feldwegebau ersetzt wurden. Man findet sie heute noch in größerer Zahl in den Muschelkalktälern, und es lohnt sich, zu einer Zeit, wo man, ohne Schaden anzurichten, durch die Wiesen gehen kann, einen solchen Bach entlangzugehen.

Die wohl schönsten Bogenbrücken kann man auf einer Wanderung bei Affalterbach-Wolfsölden entlang des Buchenbaches sehen; an den Brücken sind Informationstafeln aufgestellt. Die stattlichste Bogenbrücke mit Medaillon von 1790 und mächtiger steinerner Brüstung befindet sich bei Sachsenheim-Hohenhaslach im Zuge eines alten Straßenverlaufs ins Kirbachtal. Eine

schöne Bogenbrücke am Gründelbach bei Freiberg-Heutingsheim sollte 2018 wegen angeblicher Einsturzgefahr bei Hochwasser abgerissen werden. Nachdem jedoch die Mehrzahl der Gemeinderäte zur Einsicht kam, dass die Brücke weit älter als sie selbst sei und auch noch weit länger, als sie leben würden, Hochwässern standhalten würde, ließ man sie stehen.



Gewölbe der Bogenbrücke am Gründelbach bei Freiberg-Heutingsheim; deutlich sieht man die Verzahnung der Steinblöcke.



Bogenbrücke an der Glems bei Ditzingen, (etwas unschön) verstärkt mit einem Betonsturz.



Alte Straßenbrücke am Kirbach oberhalb von Sachsenheim-Hohenhaslach.



Brücke am Buchenbach bei Affalterbach-Steinächle.

Steinerne Gewölbebrücken und Stege sind nicht nur idyllische Fleckchen in einem Tal, sondern können auch Tieren Unterschlupf bieten. Der Feuersalamander beispielsweise liebt die schattig-kühlen Ritzen einer steinernen Brücke, und nicht selten brütet die Wasseramsel, dieser knapp amselgroße, muntere braunschwarze Vogel mit dem weißen Brustfleck, unter Brücken und Stegen. Die Wasseramsel lebt von Kleingetier in sauberen Bächen und richtet ihr Nest bevorzugt in Höhlungen unter Brücken ein, wenn ihr nicht sogar mit einem Holzkasten die Wohnungssuche erleichtert wird.

Was aber tun, wenn eine alte Steinbrücke doch einmal ihren Dienst versagt? Am Buchenbach bei Affalterbach (Grenze zwischen Landkreis Ludwigsburg und Rems-

Murr-Kreis) gibt es so ein Beispiel: Das Gewölbe verlor in den 1980er Jahren seine Stabilität und drohte zusammenzubrechen. Die Gemeinde wollte die Brücke unbedingt erhalten, und so entschloss man sich zur Sanierung: Nach Freilegung und Reinigung des Steinbogens wurden in den Ritzen Baustahlhaken verankert, dann ein Betonsturz darüber gegossen, der den Haken Halt gibt. Äußerlich sieht man nahezu keinen Unterschied zum alten Zustand. Selbst die Wasseramsel hat nichts bemerkt: Sie brütet wie zuvor in einem Kasten an der Unterseite des Bogens, wo sie vor allen Feinden ihre Ruhe hat. Allerdings steht eine erneute Renovierung an, da die Belastung der Brücke in den letzten vier Jahrzehnten zugenommen hat und eine statische Verstärkung verlangt.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff »Kulturdenkmal« wird hier nicht generell im Sinn des § 2 Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg verwendet.
- 2 Der Steg führte früher im Ort über den Baumbach kurz vor dessen Mündung in den Neckar. Im Zug von Straßenausbauarbeiten wurde er ins Baumbachtal versetzt (Auskunft von Dr. A. Bezner, Walheim, April 2005).

Buchbesprechungen

Nation im Siegesrausch. Württemberg und die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71.

Wolfgang Mährle (Hrsg.)

Stuttgart 2020, 384 S., Abb.

Vor dem Hintergrund der historischen Jahrestage der letzten Jahre (100 Jahre Ende Erster Weltkrieg, 75 Jahre Ende Zweiter Weltkrieg) sind andere Kriegsereignisse der deutschen Geschichte häufig aus dem Blick geraten, obwohl diese ebenso wie die großen Weltkriege weitreichende Folgen für die deutsche Geschichte hatten. Viele verbinden daher mit dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 lediglich die »Emser Depesche« oder die »Erbfeindschaft« zwischen Deutschland und Frankreich. Das von Wolfgang Mährle herausgegebene Buch ermöglicht tiefere Einblicke als die genannten Schlagworte.

1870 erklärte Frankreich Preußen den Krieg. Die Waffenbrüderschaft der südlichen deutschen Staaten (Württemberg u.a.) mit Preußen bedingte ein national geprägtes Gemeinschaftsgefühl im Kampf gegen Frankreich. Der gemeinsame Feind einte und wirkte als Katalysator. Innerhalb eines kurzen Zeitraums vollzog sich ein grundlegender Stimmungswechsel in Württemberg: Die Idee für ein neu zu gründendes Deutsches Reich fand schnell Unterstützung. Noch während des Krieges wurde der preußische König Wilhelm I. zum ersten Kaiser des Deutschen Reichs ausgerufen. Das vormals preußenfeindliche »Ländle« Württemberg gab innerhalb eines Jahres freiwillig seine Souveräni-

tät auf und fügte sich als Bundesland in das neue Staatsgebilde ein. Die durch die Kriegserfolge ausgelöste Euphorie begünstigte diese Entwicklung.

Die positive Stimmung lag vermutlich auch darin begründet, dass sich die württembergische Bevölkerung in größerer Distanz zu den französischen Kriegsschauplätzen befand. Trotzdem stellt sich die Frage, warum es innerhalb weniger Monate zu einem grundsätzlichen Meinungsumschwung in Württemberg kam. Der hier vorliegende Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung »Nation im Siegesrausch« des Hauptstaatsarchivs Stuttgart dokumentiert die Entwicklung des württembergischen Gesinnungswandels im Kriegsverlauf von Sommer 1870 bis Sommer 1871.

Der Begleitband geht über die reine Dokumentation der gezeigten Ausstellungsexponate hinaus. Im ersten Teil des vielschichtigen Bandes bieten namhafte Autoren unterschiedliche Perspektiven auf die Wandlung dieser Zeit. Historisch Interessierte erhalten Einblicke in die politischen Strömungen sowie die Beweggründe einzelner Bevölkerungsschichten, den Krieg zu befürworten. Gleichzeitig kommen loyale und skeptische Standpunkte zum Ausdruck. Neben dem großen politischen Druck, dem die Regenten ausgesetzt waren, finden auch die Kriegsteilnehmer mit verherrlichenden, aber auch nachdenklichen Stimmungsbildern Beachtung. Die Schilderungen fesseln Wissenschaftler und Laien zugleich.

Aufschlussreich sind die abgebildeten Ausstellungsexponate im zweiten Teil der Veröffentlichung. Zu sehen sind u.a. idealisierte Szenemalereien, Fotografien zerstörter

Straßenzüge, Eindrücke der führenden Köpfe dieser Zeit, Staatsverträge im Original, eine Knieprothese, gezeichnete Karikaturen von Kriegsgefangenen und Presse- und Literaturauschnitte. Besondere Beachtung verdient das handschriftliche Manuskript Bismarcks zu der oben zitierten »Emser Depesche«. Ein gesondertes Kapitel widmet sich den (als Quelle oftmals unterschätzten) Kriegsdenkmälern und Gedenktafeln in verschiedenen Städten.

Auch für Lehrer oder Dozenten bietet der Katalog anschaulichen Lehrstoff und Zeitzeugenberichte für den Unterricht. Die Dokumente transportieren die Krisenstimmung der damaligen Zeit und können außerdem für die Gegenwart interessante Diskussionsansätze bieten.

Ereignisse und Archivalien aus dem Landkreis Ludwigsburg finden sich in der Publikation nur vereinzelt, wie die Geschichte der beiden am selben Tag gefallenen Söhne des Grafen Taube, an die heute noch ein Denkmal in Pleidelsheim erinnert. Die gezeigten Archivalien wurden größtenteils aus den Beständen des Hauptstaatsarchivs Stuttgart entnommen. Nichtsdestotrotz waren und sind Bezüge zur Garnisonstadt Ludwigsburg und dem Landkreis vorhanden: Mit Fahnen-schmuck auf dem Ludwigsburger Rathaus feierte man damals die Erfolge der württembergischen, badischen und bayrischen Truppen. Auf dem Hohenasperg und in den Ludwigsburger Kasernen waren über 1200 französische Kriegsgefangene interniert. Rund 100 eroberte französische Kanonen wurden auf dem Arsenalplatz präsentiert und der sogenannte Sedanstag, der an die bedeutendste Schlacht dieses Krieges erinnerte, wurde in Ludwigsburg und anderen Städten in den Folgejahren regelmäßig gefeiert. Auf dem Alten Friedhof in Ludwigsburg befinden sich die unterschiedlichen Ehrenmäler für die in Ludwigsburg verstorbenen deutschen, französischen und jüdischen Soldaten des Deutsch-Französischen Krieges. Gedächtnis-

tafeln im Erdgeschoss der Ludwigsburger Friedenskirche am Karlsplatz erinnern an die Namen gefallener Offiziere, Fähnriche und Militärbeamten dieser Zeit.

Der Katalogband schließt mit einer reich illustrierten Karte, die Daten, Orte, Ereignisse im Überblick aufzeigt. Unter anderem erfährt der Leser, dass 823 Offiziere und 29 410 Soldaten für Württemberg kämpften. In der Rückschau bleibt es beeindruckend zu sehen, wie schnell und durch welche Ereignisse eine Nation in einen »Siegesrausch« versetzt werden konnte.

Regina Witzmann

Karl Rapp 1886–1960.

Walter Zimmermann

Hemmingen 2019, 94 S., Abb.

Wer war Karl Rapp aus Hemmingen? Das Foto auf dem Buchdeckel zeigt einen bärtigen Mann unbestimmten Alters mit langen Haaren »in einer eigentümlichen Kleidung wie ein Gebirgsbewohner«, d.h. mit Lederhose und einem Trachtenhosenträger.

Karl Rapp, von Beruf Hauptlehrer, war überzeugter Sozialist, Marxist und Anarchist, ein Verfechter von Gerechtigkeit und Wahrheit, ein gescheiterter November-Revolutionär von 1918, der zwar zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats von Urach gewählt wurde, aber schon nach zwei Tagen wegen seiner überzogenen Machtansprüche (»Tyranne von Urach«) wieder gehen musste. Er hatte Kontakt zum »Urachter Kreis«, einer anarchistischen Gruppe um den späteren Romanschriftsteller Theodor Plievier und den expressionistischen Dichter Johannes R. Becher. Rapp war hochintelligent, aber radikal und fanatisch in seinen Äußerungen und Handlungen. Oft hat er berechtigte Missstände erkannt, wählte dann aber in seinem verblendeten Eifer die falschen Mittel, um auf die Ursachen hinzuweisen. Er selbst

sah sich als »internationaler anarcho-kommunistischer Theokrat« und beanspruchte für sich den Titel eines »Doctor of Bio-Psychology«. Seine Umgebung aber empfand ihn als Querulanten und Spinner und nannte ihn wegen seines Aussehens auch »Heiland«.

Auf Karl Rapp stieß Walter Zimmermann zufällig, als er sich über die Geschichte der Hemminger SPD informierte. Mehrjährige Recherchen zum tragischen Lebensverlauf von Karl Rapp schlossen sich an. Das Ergebnis seiner Untersuchungen hat Walter Zimmermann in sechs Kapiteln seines im Herbst 2019 in Hemmingen vorgestellten Buches protokollartig zusammengefasst.

Das Leben von Karl Rapp wurde bestimmt durch seine bereits in jungen Jahren auftretende psychische Erkrankung, die schon 1920 zu seiner frühzeitigen Pensionierung führte. Erregte, depressive Phasen wechselten sich ab mit ruhigen Zeiten. Insgesamt sechs Mal wurde Rapp in psychiatrische Kliniken eingeliefert, davon drei Mal nach Winnental. 1936 wurde er zwangssterilisiert, einer Verlegung nach Grafeneck entging er.

Wer mehr über die Gedanken von Karl Rapp erfahren möchte, sei auf die Beilagen im Buch hingewiesen, in denen Texte und Gedichte von Rapp exemplarisch wiedergegeben sind. Das lesenswerte Buch von Walter Zimmermann zeichnet das tragische Lebensbild einer Randfigur der Geschichte nach, die an sich und seiner Zeit gescheitert ist. Johannes R. Becher ehrte Karl Rapp 1947 mit einem Gedicht, in dem er ihn in der 3. Strophe selbst zitiert: »Er habe nie ein Hehl daraus gemacht / Dass er verpflichtet sei nur einer Lehre / Der Wahrheit – und der gebe er die Ehre / Wenn ihm auch darum bleibt kein Leid erspart / Er stehe nur im Dienst des Ewig-Wahren / Und dass die Wahrheit möglichst viel erfahren / Dien' er der Wahrheit jetzt auf neue Art.

Günther Bergan

Mundelsheim wie es früher war.

Alte Fotos und historische Bilder.

Geschichtsverein Mundelsheim (Hrsg.)

Freiberg am Neckar 2020, 156 S., Abb.

Am 21. Februar 2020 konnte der Geschichtsverein Mundelsheim e.V. in der örtlichen Turnhalle mit einem kleinen Festakt das 20-jährige Bestehen begehen. Anlässlich dieses Vereinsjubiläums stellte man an diesem Abend den vorliegenden Bildband der Öffentlichkeit vor.

Im Jubiläumsbildband wird dem Leser in insgesamt neun Kapiteln anhand der teils ganzseitig gedruckten Farb- und Schwarzweißabbildungen quasi ein historischer Ortsrundgang präsentiert. Nach einem kurzen Vorwort des Bürgermeisters Boris Seitz und der Vorsitzenden des Geschichtsvereins Mundelsheim, Anna Fink, wird das erste Kapitel »Geschichte und Luftbilder« mit ausgewählten Fotografien römischer Fundstücke aus Mundelsheim eröffnet. Neben der vermutlich ältesten Ortsansicht von Andreas Kieser aus dem Jahr 1684 besticht das älteste Luftbild aus dem Jahr 1927 mit seiner herausragend guten Qualität. Weitere Luftbilder zwischen 1944 und 1971 dokumentieren das Wachstum und den Wandel der Gemeinde und ihrer Baugrenzen im jeweiligen Jahrzehnt. Ein aktuelles Luftbild aus dem letzten Jahr mit der bekannten Neckarschleife rundet dieses Kapitel gekonnt ab.

Die »Ortsansichten« im zweiten Kapitel geben detailreich die besondere Lage Mundelsheims am Neckar unterhalb steiler Rebhänge wieder. Auch auf den Einzelansichten wird die Veränderung des Landschaftsbildes deutlich erkennbar. Das folgende Kapitel »Gang durch das »alte« Mundelsheim« lässt

den Betrachter nun endgültig in das Dorfgeschehen vieler Jahrzehnte eintauchen. Alte Ansichten der Gasthäuser und Geschäfte entlang der Hauptstraßen vermitteln einen Eindruck der letzten 100 Jahre in diesem Weinbauort. Gegliedert nach einzelnen Straßen und Plätzen informieren kurzweilige Bildunterschriften interessante Hintergründe zu den jeweiligen Motiven. Markante Gebäude und Örtlichkeiten wie das Großbottwarer Tor, das Rathaus, die Gemeindekelter oder der Schreyerhof nebst Fährbetrieb laden zum mehrmaligen vergleichenden Betrachten der eingefangenen Szenarien ein.

Mit Darstellungen der Kirchen, Schulen und Kindergärten befasst sich ein eigenes Kapitel, ohne dabei wiederholend oder motivisch unpassend zu wirken. Viele Mundelsheimer werden sich in den Gruppenbildern dieser Institutions-Trias hier wiederfinden.

Dass dem Neckar, dessen Kanalisierung sowie den Mühlen und dem Freibad ein eigenes Kapitel gewidmet wird, zeugt von der großen Bedeutung des ortsbildbestimmenden Gewässers. Eisgang und Hochwasser repräsentieren die wilde und teilweise lebensbedrohende Seite des Neckars. Badeszenen im Fluss und im Freibad künden dagegen von den schönen Seiten im Nass. Neben der Nutzung der Wasserkraft in der Neckarmühle für die Elektrizitätsgewinnung war die Umgestaltung des Neckars zur Bundeswasserstraße in den 1950er-Jahren die markanteste Landschaftsumgestaltung in unmittelbarer Nähe der Wohnbebauung.

Ein großes Kapitel spiegelt den Weinbau und die Landwirtschaft im Wandel der Jahrzehnte wider. Die harte Arbeit in den bekannten Steillagen »Käsberg« und »Mühlbächer«, die Erleichterungen durch die Rebflurneuordnung und Maschinerisierung sieht man den abgebildeten generationenübergreifenden Mundelsheimer Weinbauerfamilien förmlich an. Feldarbeit und Erntedank dürfen dabei natürlich nicht fehlen.

Dorf- und Vereinsfeste sowie Traditionen werden anhand vieler facettenreicher Darstellungen von Vereinsjubiläen und Ortsfesten dargestellt. Eine schöne Bereicherung für diesen Bildband sind die Eindrücke aus der Partnerschaft mit der französischen Gemeinde La Motte-Servolex in Savoyen. Seit 1974 pflegt man äußerst feierfreudig die deutsch-französische Partnerschaft hier wie dort. Man merkt den Bildern die Gastfreundschaft beider Orte regelrecht an.

Den Abschluss dieser sehr gelungenen gedruckten Bilderschau bildet der Rückblick auf 20 Jahre Geschichtsverein Mundelsheim. Freunden historischer Bildbände sei daher dieses Buch ebenso wie den Sozial- und Heimatgeschichtsinteressierten empfohlen, verbunden mit dem Wunsch, dass der Geschichtsverein Mundelsheim noch mindestens weitere 20 Jahre in Mundelsheim am Neckar aktiv sein kann.

Wolfram Berner

Helfenberg. *Geschichte von Burg, Schloss und Weiler.*

Hermann Ehmer

Ostfildern 2019, 307 S., Abb., Tabellen, Karten, Pläne.

In insgesamt dreizehn Kapiteln schildert Hermann Ehmer, profunder Kenner der württembergischen Landesgeschichte und langjähriger Leiter des Landeskirchlichen Archivs Stuttgart, die wechselvolle Geschichte der Burg Helfenberg sowie des gleichnamigen Schlosses und Ortes. Die akribisch untersuchte umfangreiche schriftliche Überlieferung dokumentiert äußerst detailliert den mehrfachen Besitzerwechsel über mehrere Jahrhunderte. Und bei diesen Wechslen wurden der bauliche Zustand und der zur Burg gehörende Besitz genauestens festgehalten.

Im ersten Kapitel »Die Burg Helfenberg und ihre frühen Besitzer« werden die Burg Helfenberg sowie die Namensherkunft verbunden mit dem gleichnamigen ersten urkundlich erwähnten Besitzer von 1259 ausführlich beschrieben. Das nächste Kapitel ist Helfenberg als Lehen des Bischofs von Würzburg ab 1330 gewidmet und befasst sich mit allgemeinen Fragen zum Lehenswesen, das mit den Familiengeschichten bis zu dessen Ende im 19. Jahrhundert immer wieder Gegenstand dieser Forschungsarbeit ist. Die folgenden Kapitel über den »Übergang Helfenbergs an Württemberg« und »Helfenberg als württembergisches Lehen« verdeutlichen den ersten markanten Wechsel aus fränkischer in württembergische Lehenshoheit, die 1456 ihren Anfang nimmt. Mit Konrad von Wittstadt beginnt ab 1526 das Kapitel »Der Helfenberg unter den Wittstadt«, in dem neben Jagd- und Zehntstreitigkeiten auch der Ausbau der Burg beschrieben wird. »Helfenberg steht zum Verkauf« ist das Resultat von Philipp von Wittstadts Modernisierungsplänen, die zu einer Verschuldung der Familie führen und ab 1576 in ersten Verkaufsabsichten münden.

Aus dem geplanten Verkauf entstand im weiteren Verlauf ein Geflecht aus Streitigkeiten über die Eigentums- und Herrschaftsansprüche, wie man es sich nicht besser für ein Geschichtsdrama hätte ausdenken können. Die Zwistigkeiten gipfelten in Lehensstreitigkeiten unter den Herren Jakob von Hoheneck und Hans von Buchholz, die sich bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges hinzogen. Eine lange Liste weiterer Lehensnehmer sollte folgen. Zu nennen sind etwa Peter Pflaumer, der für Kaiser Ferdinand II. als Leutnant in den sogenannten Türkenkriegen gedient hatte, und seine Nachfolger sowie die Familie Horneck von Hornberg mit Nachfahren. Eindrücklich werden hierbei aufgrund der dichten Quellenlage in den einzelnen

Kapiteln die jeweiligen Belehnungen, aber auch die Situation der Untertanen oder die Veränderung der Gebäude, wie die Schlosskirche, beschrieben.

Mit der Mediatisierung der Reichsritterschaft gelangte Helfenberg am 5. Dezember 1805, genauestens protokolliert, unter die Herrschaft Württembergs. Damit einhergehend sollte das schon länger unbewohnte ältere obere Schloss abgetragen werden, von dem bis heute die dicken Mauern der markanten staufischen Turmburg erhalten sind.

Die neuen Lehensverhältnisse im Königreich Württemberg werden gekonnt dargestellt. Dabei werden die beiden Lehensträger, Mitglieder der Familien von Gaisberg und von Bouwinghausen, detailliert wiedergegeben. Parallel dazu werden auch die weiteren baulichen Umgestaltungen, wie beispielsweise der Neubau des unteren Schlosses, das aus dem Maierhof in der Ortschaft Helfenberg hervorgegangen ist, in aller Gründlichkeit beschrieben. In dem kurzen abschließenden Kapitel »Helfenberg im 20. Jahrhundert« endet diese allumfassende Darstellung mit dem Abschluss der Sanierungsarbeiten der Burgruine im Jahr 1981.

Die Stammtafeln der wichtigsten Lehensnehmer sowie ein umfangreicher Anmerkungs- und Quellenapparat runden den Band ab. Der als Block eingefügte Bildteil verdeutlicht viele Besonderheiten in der Geschichte von Burg, Schloss und Ortschaft Helfenberg. Sehr eindrücklich wirken dabei die auf dem neuesten Stand der Technik angefertigten aktuellen Drohnenaufnahmen der Turmburg.

Mit dem vorliegenden Werk gelang Hermann Ehmer eine großartige wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte Helfenbergs. Heimatgeschichtsinteressierten und Liebhabern des Schozach- und Bottwartals sei das Buch zur Lektüre besonders empfohlen.

Wolfram Berner

1250 Jahre Ditzingen & Hirschlanden. *Neue Beiträge zur Stadtgeschichte.*

Florian Hoffmann und Herbert Hoffmann

Ubstadt-Weiher 2019, 240 S., Abb.

Um mögliche Missverständnisse zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, dass Ditzingen und Hirschlanden 2019 nicht zusammen 1250 Jahre alt geworden sind, sondern, wie Zwillinge, jede Gemeinde für sich. Die gemeinsame Geburtsurkunde ist der Lorscher Codex, in dem die beiden benachbarten Orte im Jahr 769 erstmals urkundlich erwähnt werden. Die 1250-Jahr-Feier war deshalb auch der Anlass, die vom Ditzinger Stadtarchiv herausgegebene Schriftenreihe um einen sechsten Band zu erweitern, mit jeweils zwei Aufsätzen zur Geschichte Ditzingens und Hirschlandens.

Der erste Beitrag von Herbert Hoffmann befasst sich mit der Ditzinger Schulgeschichte, die mit einer bescheidenen Dorfschule Mitte der 1550er Jahre begann. Mit unseren heutigen Vorstellungen von Schule hatten die damaligen Dorfschulen absolut nichts zu tun. Es bestand zwar Schulpflicht, aber wen kümmerte es? Die Kinder wurden in die Schule geschickt, wann es die anstehenden Haus- und Feldarbeiten erlaubten, d.h. bestenfalls während des Winters. Der »Lehrplan« umfasste in der Regel vier Fächer: Leseübungen in der Bibel, Schreiben, Auswendiglernen von Bibel- und Katechismussprüchen sowie Singen von Kirchenliedern. Rechnen fehlte. Wer mehr wollte, musste zur Lateinschule nach Leonberg. Der lange Weg von der ersten Dorfschule, die zwar Glaubensinhalte, aber kein Alltagswissen vermitteln konnte, bis zum Schulzent-

rum Glemsaue liest sich spannend und trägt auch dazu bei, die Qualität und Vielfalt unseres heutigen Schulsystems trotz aller Diskussionen zu erkennen und zu schätzen.

Einen wichtigen und unverzichtbaren Platz im bürgerlichen Zusammenleben nehmen die gemeinsamen Feste und Aktivitäten in den Vereinen ein. Unter dem Motto »Saure Wochen, frohe Feste« beschreibt Herbert Hoffmann in seinem zweiten Beitrag die Entwicklung der Fest- und Vereinskultur in Ditzingen. Das jährliche Kirchweihfest, die Kirbe, und verschiedene Märkte bildeten im 17. und 18. Jahrhundert die bescheidenen, von der Kirche geduldeten Anfänge. Freier Geist zog erst im 19. Jahrhundert mit der Gründung der Gesangs- und Turnvereine und den damit verbundenen Vereinsfesten ein. Ausführlich beschreibt Herbert Hoffmann die Vereinnahmung der Fest- und Vereinskultur durch das NS-Regime. Aktuell sind in der Gesamtstadt Ditzingen über 180 Vereine und Organisationen gemeldet.

Florian Hoffmann befasst sich in seinem ersten Beitrag »Hirschlanden 1945–1975« mit einem heiklen Thema: das Dorf Hirschlanden im Umbruch. Dass die Entwicklung Hirschlandens nach Kriegsende weitergehen musste, war klar. Aber wie schnell und teilweise auch brutal die Veränderungen durchgeführt wurden, zeigt der Beitrag erschreckend deutlich. Die Zuwachsrate der Dorfbewölkerung lag zwischen Juni 1961 und März 1974 bei fast 300 Prozent. Entsprechend mussten um den Ortskern Neubaugebiete erschlossen werden. Die anfangs noch bescheidene Bebauung mit Ein- und Zweifamilienhäusern endete in den 1970er Jahren mit der Errichtung von Wohnblocks und Punkthochhäusern. Darüber hinaus verwaiste der Ortskern. Die anschließende Ortskernsanierung trug das Ihre zum Verschwinden großer Teile

des alten Hirschlanden bei. Bürgerliches Engagement in Sachen Denkmalpflege war damals kaum erkennbar. Positiv steht dem die Neuordnung der Agrarflächen mit den Aussiedlerhöfen, der Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Freizeitanlagen sowie in begrenztem Umfang die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe gegenüber.

Wenigstens blieb die Oswaldkirche mit dem Pfarrhaus im Dorf. Im letzten Beitrag des Buches stellt Florian Hoffmann einzelne Bausteine zur Hirschlander Kirchengeschichte vor, allen voran die Baugeschichte der Kirche und das Leben und Wirken der evangelischen Pfarrer von Hirschlanden. Weitere Bausteine thematisieren die wirtschaftlichen Verhältnisse der Pfarrei, die kirchliche Sozialfürsorge sowie die Bemühungen von Ruggericht und Kirchenkonvent »zur Abstellung unchristlichen Lasters« wie Schlägereien, Saufgelage oder Verstöße gegen die Sonntagsheiligung. Eine Zusammenstellung der Biogramme aller in Hirschlanden nach der Reformation tätigen Pfarrer beschließt den Beitrag.

Günther Bergan

Aecht Franck.

Walter Schuster

Biographie einer Firma. Linz 2019, 244 S., Abb.

Das vom Stadtarchiv Linz herausgegebene, informativ bebilderte Buch hat die Biographie einer Firma, genauer gesagt des Linzer Zweigwerks der Kaffeemittelfabrik Heinrich Franck Söhne zum Thema. Trotzdem sollte das Buch von Walter Schuster zur Pflichtlektüre all derer werden, die sich für die Geschichte des Stammhauses von Franck in Ludwigsburg interessieren. Bis heute gibt es – abgesehen von der in

der Zwischenzeit bibliophilen Ausgabe von 1911 und den drei Jubiläumsschriften von 1928, 1978 und 1993 – keine in sich geschlossene Firmengeschichte des Ludwigsburger Stammhauses, zumal sich der umfangreiche Ausstellungskatalog von 1989 auf exemplarisch ausgewählte Themen beschränken musste.

Walter Schuster, der im Stadt- und im Staatsarchiv Ludwigsburg intensiv recherchierte, klammert in seinem Bericht die Geschichte des Stammhauses nicht aus, im Gegenteil, er bezieht sie als wesentlichen Bestandteil in die Linzer Geschichte ein und weist auf parallel bzw. unterschiedlich verlaufene Entwicklungen hin. Bestehende Lücken der Ludwigsburger Firmengeschichte werden somit, zumindest teilweise, geschlossen. Besonders lesenswert, da in dieser Ausführlichkeit noch nicht dargestellt, ist das Kapitel »Franck und Kathreiner während der NS-Diktatur«, in dem u.a. auch unmissverständlich auf die ideologische Nähe von Richard Franck zu Adolf Hitler und den Nationalsozialismus eingegangen wird. Die unter der Überschrift »Von Interfranck über Ursina-Franck zu Nestlé« zusammengefassten Kapitel beschäftigen sich abschließend mit der jüngeren Firmengeschichte bis zur endgültigen Schließung der Werke in Linz bzw. in Ludwigsburg in den Jahren 2017 bzw. 2018.

Quellenhinweise zu den einzelnen Kapiteln sowie ein ausführliches Literaturverzeichnis befinden sich auf den letzten Seiten des Buches. Der Vollständigkeit halber sei noch auf das 2014 ebenfalls in Linz erschienene Buch »Franck in Linz« von Roman Sandgruber hingewiesen, das ausschließlich die Geschichte des Linzer Werks zum Thema hat, ohne allerdings die Tiefe der Arbeit von Walter Schuster erreichen zu wollen. Beide Bücher können im Stadtarchiv Ludwigsburg eingesehen werden.

Günther Bergan

Bildnachweis

Franziska Dunkel, Stuttgart: S. 96

Jochen Faber, Ludwigsburg: S. 7, 114

Hans Dieter Flach, Wenzelbach: S. 54–59

Werner Fuchs, Großbottwar: S. 40

Hauptstaatsarchiv Stuttgart: S. 13, 45, 94

Haus der Geschichte Baden-Württemberg: S. 100, 211, 216

Florian Hoffmann, Stuttgart: S. 136, 148, 149, 152 (o.), 153, 154, 156

Kornelia Karow, Stuttgart: S. 15

Martin Klumpp, Großbottwar: S. 23, 26–35, 37, 39 (o.)

Kreisarchiv Ludwigsburg: S. 36, 39 (u.), 209, Umschlagbild

Schwimmverein Ludwigsburg: S. 189, 191, 194

Staatsarchiv Ludwigsburg: S. 14, 17, 74, 76, 83, 101, 108, 165–171

Staatsarchiv Sigmaringen: S. 16

Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen: S. 118, 119, 123–127

Stadtarchiv Ditzingen: S. 133, 134, 137, 140–147, 150, 152 (u.), 155

Stadtarchiv Ludwigsburg: S. 79, 85, 109, 112, 176, 178, 179, 181, 183–188, 193, 196–198, 200, 202, 204, 206–208, 210, 212, 213

Stadtarchiv Marbach: S. 43, 47, 50

Stadtarchiv Oberriexingen: S. 12, 19

Stadtverwaltung Ludwigsburg: S. 174, 175

Reinhard Wolf, Marbach: S. 221–226

Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–2020

Heft	Jahr	Seiten
Redaktion Christian Belschner		
1	1900	87
2	1901	100
3	1903	106
4	1905	186
5	1909	115
6	1911	88
7	1913	57
8	1916	48
9	1923	119
10	1926	107
11	1930	133
12	1939	46

Redaktion Dr. Oscar Paret		
13	1957	140
14	1960	66

Redaktion Heinrich Gaese		
15	1963	162
16	1964	203
17	1965	207
18	1966	192
19	1967	164
20	1968	196

Redaktion Dr. Willi Müller		
21	1969	92
22	1970	116
23	1971	195
24	1972	272
25	1973	141
26	1974	141
27	1975	199
28	1976	161
29	1977	179

Redaktion Dr. Paul Sauer		
30	1978	128

Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer		
31	1979	148
32	1980	188
33	1981	256
34	1982	176
35	1983	180
36	1984	242
37	1985	245
38	1985	196
39	1986	224

Heft	Jahr	Seiten
Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer		
40	1987	252
41	1988	200
42	1988	224
43	1989	188
44	1990	232
45	1991	236
46	1992	232
47	1993	168
48	1994	196
49	1995	264
50	1996	200
51	1997	244

Redaktion Dr. Thomas Schulz		
52	1998	240
53	1999	228
54	2000	220
55	2001	256
56	2002	204
57	2003	200
58	2004	296
59	2005	216
60	2006	224
61	2007	216
62	2008	220
63	2009	204
64	2010	248
65	2011	232
66	2012	240
67	2013	228
68	2014	248
69	2015	248
70	2016	248
71	2017	208
72	2018	272
73	2019	216
74	2020	236

Hefte 1–4, 11, 13, 26, und 28 vergriffen,
alle anderen lieferbar.

Ebenfalls noch lieferbar ist der 1997 vom Historischen Verein zu seinem 100-jährigen Jubiläum herausgegebene Sammelband „Ludwigsburg. Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1987–1997“.

Bestellungen:

bis Heft 72:

**Stadtarchiv Ludwigsburg,
Mathildenstraße 21, 71638 Ludwigsburg,
Telefon (07141) 910-2412,
stadtarchiv@ludwigsburg.de**

ab Heft 73:

**Ungeheuer + Ulmer KG GmbH + Co.,
Körnerstraße 14–18, 71634 Ludwigsburg,
Telefon (07141) 130-219/-220,
buchverlag@u-u.de**

Aus dem Inhalt

Eine Wassermühle aus dem 9. Jahrhundert in Oberriexingen

Das Großbottwarer Rathaus

Ein Kulturdenkmal im Wandel der Zeit

Die Taxordnung von 1669

Ein Einblick in das Marbacher Stadtleben vor 350 Jahren

Ludwigsburger Keramik-Maler

Geordnete Hilfe statt Almosen

Zur Geschichte der Wandererfürsorge im Oberamt Ludwigsburg

Der Anfang der Demokratie im Südwesten

Die Jahre 1918 bis 1920

Ferdinand Ostertag (1902–1984)

Der Brandstifter von der Bausparkasse

Wilhelm Holzwarth (1889–1961)

DLW-Betriebsobmann und NS-Agitator in Bietigheim

»Ein Spiegelbild der Gemeinde«

Friedhöfe in Ditzingen, Heimerdingen, Hirschlanden und Schöckingen

Hofbuchhändler und Literaturförderer

Die Ludwigsburger Familie Aigner

Ludwigsburg geht baden

200 Jahre Geschichte und Geschichten der Ludwigsburger Bäder

Steinerne Bogenbrücken

Idyllen und schützenswerte Kulturdenkmale



Stadt und Kreis Ludwigsburg

ISSN 0179-1842

ISBN 978-3-946061-39-7



9 783946 061397